Kurze Geschichte Österreichs

Band I:

Entstehung eines Staates

Wien 1946

Eva Priester

Eva Priester
Kurze Geschichte Österreichs
I
Entstehung eines Staates

Globus-Verlag Wien 1946

Vorwort

Das vorliegende Buch gibt nicht vor, eine ausführliche und allumfassende Geschichte Österreichs zu sein, noch erhebt es den Anspruch, eine endgültige und unverrückbare Neuinterpretation der österreichischen Geschichte zu geben. Es ist der Versuch, in großen Zügen die merkwürdige und widerspruchsvolle Geschichte unseres Landes darzustellen, – und es ist eine Diskussionsgrundlage. Ich bin der festen Überzeugung, daß die österreichische Geschichte, so wie sie heute in den Schulen gelehrt wird und schon vor der Okkupation gelehrt wurde, derartig vom Gestrüpp der großdeutschen Darstellung überwachsen ist, daß sie ganz von neuem geschrieben werden muß. Es ist gleichfalls meine Überzeugung, daß eine solche gigantische Arbeit nur von einer großen Zahl von Menschen geleistet werden kann – von einer Kommission von Historikern, einem Sonderausschuß, einer wissenschaftlichen Körperschaft allerdings *nach* vollzogener Entnazifizierung. Solange dies aber Zukunftsmusik bleibt, ist ein Versuch und eine Diskussionsgrundlage besser als nichts.

Es ist notwendig, unsere Geschichte neu zu schreiben und neu zu bewerten, weil die Darstellungen, die noch heute gelehrt und verbreitet werden, immer wieder Ausgangspunkt und Nährboden für antiösterreichische, großdeutsche, antislawische Propaganda sein können und sind. Das bezieht sich nicht nur auf die Geschichte der Neuzeit, sondern – und vielleicht noch mehr, weil es sich hier anscheinend um „harmlosere“ Dinge handelt – auch auf die Darstellung der Zeit vom 10. bis zum 19. Jahrhundert. Mit der Darstellung des frühen Österreich als einer Art deutscher Kolonie, mit der ganzen Schilderung des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation“ und seiner Gleichsetzung mit einem modernen Nationalstaat haben die Nazis die „historische Notwendigkeit der Heimkehr der Ostmark ins Reich“ zu begründen versucht. Mit einer Darstellung der frühen europäischen Geschichte, in der das ganze Schwergewicht auf die Entwicklung des Westens gelegt wurde und in der die Entwicklung östlicher Staaten – wie zum Beispiel Byzanz einfach verschwiegen wurde, ist es den Nationalsozialisten – und nicht nur ihnen – gelungen, den Österreichern das Gefühl einzupflanzen, als wären sie „der letzte Vorposten westlicher Kultur“, „ein Brückenkopf gegen den barbarischen Osten“, der schon seit jeher eine bestimmte Herrschermission gegenüber den sozusagen traditionell minderwertigen slawischen Völkern zu erfüllen hatte. Die Konsequenz war die Teilnahme zahlloser Österreicher an der Unterdrückung der „minderwertigen“ Tschechen, Serben, Slowenen, Kroaten, Slowaken, Polen, Ukrainer und schließlich Russen in den von den Deutschen besetzten. Gebieten; die Kon[6:]sequenz waren die österreichischen Toten der karelischen Front, die Toten von Stalingrad, die Toten des deutschen Rückzugs 1943-1945. Daß die Nazis die österreichische Geschichte mit solcher Leichtigkeit für ihre Ziele ausnützen und zum Beispiel Prinz Engen sozusagen zum Schutzherrn des „Kampfes gegen den Osten“ ernennen konnten, war natürlich kein Zufall. Die österreichischen Schulbücher und populären Geschichtsdarstellungen hatten da gute Vorarbeit geleistet – Prinz Eugen trug auch schon vor 1938 das Etikett „deutscher Held“.

Dagegen wurden Tatsachen und historische Prozesse, die die Entwicklung Österreichs als die eines selbständigen, von Deutschland sehr verschiedenen Staates und die Entwicklung der österreichischen Nation zeigen, im Hintergrund gehalten oder überhaupt nicht erwähnt. Die Entwicklung des geschlossenen österreichischen Staates, die Entstehung einer zentralen österreichischen Verwaltung, die Rolle des frühen österreichischen Absolutismus waren alles Dinge, die nicht ins Konzept des „eigentlich deutschen“ Österreich paßten; deshalb ließ man sie womöglich ganz fort oder erwähnte sie nur im Vorübergehn. Eine solche Tatsache wie die erste Tagung der österreichischen Generalstände, ein Ereignis, das in jedem nationalbewußten Lande als das erste sichtbare Zeichen der Entstehung der Nation gewertet und als eines der wichtigsten Daten der Geschichte des Landes hervorgehoben werden würde, wird in den meisten österreichischen Schulbüchern überhaupt nicht erwähnt. Wo wäre die „deutsche Geschichte“ Österreichs geblieben, hätte man gewußt, daß in Österreich eine Vertretungskörperschaft des ganzen Landes zu einer Zeit entstand, als die 300 deutschen Fürstentümer, freien Städte und reichseigenen Dörfer noch gegeneinander Krieg führten! All dies sind nur einige Beispiele, deren Zahl man vervielfachen könnte. Jedenfalls trägt an dem tragischen Mangel an Nationalgefühl in Österreich die österreichische Geschichtsschreibung und insbesondere die populäre Geschichtsdarstellung ein gerüttelt Maß von Schuld.

Für alle diejenigen, die sich schon vor der Befreiung Österreichs mit den Problemen seiner nationalen Wiedergeburt beschäftigten, war es daher klar, daß zu dieser nationalen Wiedergeburt auch eine Neuentdeckung der Geschichte Österreichs gehörte und daß man nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern mit aller Beschleunigung an die Arbeit gehen mußte, auch wenn jede solche Arbeit unter den gegebenen Umständen nur ein Versuch, nur Stückwerk sein konnte.

Das vorliegende Buch ist in dieser Situation entstanden und widerspiegelt ihre Schwierigkeiten. Es ist in England geschrieben worden. Mir stand also fast nichts von jenem großen und reichhaltigen Material zur Verfügung, das der Geschichtsschreiber in Österreich benützen kann. Ich mußte mich auf international bekannte Standardwerke beschränken, die es auch im Ausland gibt, und auf einige Bücher, die sich zufällig im Besitz von Österreichern im Ausland befanden. Überdies wurde das Buch während der letzten Kriegsjahre geschrieben, in einer Zeit, da London unter deutschem Luftbombardement stand, die meisten Bibliotheken gesperrt oder evakuiert waren und selbst das British Museum, das offenblieb, nur einen Teil seiner Bücher in London behielt. Ein großer Teil der notwendigen Materialien war deshalb unzugänglich. Und das bezog sich nicht nur auf österreichische Literatur. Es ist unmöglich, ein Buch über österreichische Geschichte zu schreiben, ohne dabei die Entwicklung seiner Umwelt mit in Rechnung zu ziehen, und zwar nicht nur der Umwelt im Westen und Süden, sondern auch der im Osten – kurz gesagt, der slawischen Völker. [7:] Es ist aber gleicherweise fast unmöglich, die Entwicklung der slawischen Völker richtig einzuschätzen, ohne die Geschichtswerke der Sowjetunion zu kennen insbesondere die Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; die wichtigsten und wertvollsten Werke, die in den letzten Jahrzehnten über den europäischen Osten von Byzanz bis zu den modernen slawischen Staaten erschienen sind, stammen von Sowjetautoren. Da aber während des Krieges fast kein russisches historisches Buch nach England kam, war ich leider gezwungen, auf diese große und wertvolle Hilfe zu verzichten.

Die dritte Schwierigkeit: ich bin kein Historiker, sondern ein Laie, der sich mit Geschichte beschäftigt. Abgesehen von allen anderen Nachteilen bedeutete diese Tatsache eine ungeheure Erschwerung der Arbeit, weil der Laie sich eine Menge Fachwissen und viele technische Voraussetzungen, die ein Historiker selbstverständlich besitzt, erst mühsam erwerben muß. Es ist zum Beispiel weder gut für ein Buch, das vor allem das Mittelalter behandelt, noch angenehm für den Autor, der es schreibt, wenn er sich durch Materialien, die in mittelalterlichem Latein geschrieben sind, mit dem Wörterbuch in der Hand mühsam durchkämpfen muß, statt sie fließend zu lesen, wie das ein Historiker gewöhnlich kann. Und ein großer Teil der Materialien über diese Zeit ist in Latein geschrieben – und in was für einem Latein! Da das Buch aber geschrieben werden mußte, mußte es auch mit den Mängeln behaftet sein, die es nun einmal hat.

Immerhin gibt es Kompensationen. Der Autor, der ein Buch in England schreibt und gezwungen ist, sich vor allem auf englische Geschichtswerke zu stützen, lernt dabei eine Geschichtsliteratur kennen, die ihresgleichen nicht hat. England ist nicht nur das Land der großen Historiker, angefangen von Gibbon, Macaulay und Trevelyan bis zu Leeper, A. J. P. Taylor, Runciman und anderen hervorragenden Geschichtsschreibern der Gegenwart, es ist auch das Land, wo man Geschichte so schreibt, daß sie auch ein einfacher Mensch, ein Laie versteht. Erst beim Lesen englischer Geschichtswerke begreift man ganz, daß Geschichte nicht etwas Totes, Verstaubtes ist, sondern vergangene, aber festgehaltene Politik, Wirtschaft, Entwicklung, die Spur menschlichen Denkens und menschlichen Fühlens, Liebe, Haß, Fortschritt und Kampf – der Grund, auf dem wir stehen. Von den englischen Historikern kann man lernen wie man Geschichte zu einer Sache macht, die nicht nur einer kleinen Spezialistenschicht nahe und verständlich ist, sondern dem ganzen Volk – und wir in Mitteleuropa haben gerade in dieser Beziehung viel zu lernen.

Eva Priester

Wien, Herbst 1946.

[9:]

I.
Vom Grenzland zum Herzogtum

[11:]

Rom und die Völkerwanderung

Die Legionen Roms hatten das Land an der Donau in Besitz genommen. Sie waren durch dichten, wegelosen Urwald marschiert, in dem Bären, Wölfe und riesige Hirsche lebten. Manchmal erhoben sich an den Lichtungen umgrenzte Dörfer, denen sich primitiv behaute Felder anschlossen. Manchmal weidete an den Waldrändern mageres, sehniges Vieh, einige Schweine, Kühe, Schafe. Als die Römer an die Donau kamen, stießen sie häufiger auf Dörfer. Die Siedlungen waren wohlhabender als die abseits gelegenen. Der große Strom gab Wasser für die Menschen und für ihre Felder, Wasser für das Vieh, er spendete Fische, die die karge Kost ergänzten.

Die Felder und die Herden gehörten dem ganzen Dorf, die Ernte wurde gemeinsam bestellt, gemeinsam eingebracht. Es gab noch keine Handwerker. Jede Familie wob sich selbst ihre Kleider, gerbte sich die Felle erjagter Tiere, schnitzte sich ihre Werkzeuge. Hin und wieder tauschte man gegenseitig oder mit einem benachbarten Stamm überflüssige Fische, den überschüssigen Ertrag einer besonders erfolgreichen Jagd, einige Werkzeuge oder Schmuckstücke aus. Aber das war alles. Jede Dorfgemeinschaft war eine kleine abgeschlossene Welt für sich, die ihre Nachbarn kaum kannte, einen eigenen örtlichen Dialekt sprach und oft zu ihren eigenen Göttern betete.

Mit dem Einzug der Legionen begann die Veränderung. Besser gesagt, ein Prozeß, der sich in allen Gebieten früher oder später abspielte, wurde durch die römische Kolonisierung beschleunigt, wie ein Gärungsprozeß durch Wärme beschleunigt wird. Um die eroberten Länder militärisch zu befestigen, baute die römische Verwaltung Straßen durch die Urwälder, über die Bergpässe und entlang den Flüssen, und legte befestigte Plätze an, aus denen sich langsam Städte entwickelten. Die Städte hießen Vindobona (Wien), Petronell, Carnuntum, Mutenum (Bruck an der Leitha), Alanova (Klein-Schwechat). Viele Städte des heutigen Österreich stehen auf den Ruinen römischer Siedlungen. Innerhalb kurzer Zeit entstand eine römische Schiffsflottille, die auf der Donau patrouillierte, für die Schiffe wurden Hafenpläne angelegt. Römische Siedler, Soldaten und Offiziere, die ihre Zeit abgedient hatten, ließen [12:] sich im Lande nieder, römische Handwerker stellten ihre Waren in den Straßen der neuen Garnisonstädte aus. Römische Kaufleute kamen vom Mutterlande in die Kolonie. Sie brachten Stoffe und Gewürze, alle Fertigwaren, die das Imperium herstellte, nach dem Norden und nahmen Felle, Fische und Honig nach dem Süden mit.

Die neuen Siedler vermischten sich langsam mit der Urbevölkerung.* Neben den primitiv bebauten Feldern entstanden Güter, die nach römischer Art bewirtschaftet, Äcker, die nach römischen Methoden

---

* Es ist im Rahmen dieses Buches unmöglich, die Vorgeschichte Österreichs vor seiner Eroberung durch die Römer ausführlich darzustellen. Hier nur einige Stichworte: Von den frühen Jahrhunderten menschlicher Besiedlung an war das heutige Österreich von Stämmen bewohnt, die von Süden, Osten, Norden und Westen kamen und sich in diesem Land der Mitte trafen und vermischten. Nach Volksstämmen, die vom Mittelmeer stammten, kamen Stämme vom Norden, Stämme aus Spanien, später gesellten sich keltische Völker und etruskische Stämme – die Vorfahren der Römer – hinzu. Etwa um 2000 vor Christi gehörte Österreich wahrscheinlich dem großen und sagenhaften Illyrischen Reich an, das zu einem guten Teil von slawischen Völkern bewohnt war und von der Adria bis Schlesien reichte. In Tirol und Vorarlberg lebten vor allem rätische Stämme. Etwa 400-500 vor Christi kam die große keltische Invasion.

Die langsame Eroberung der Gebiete des heutigen Österreich durch die Römer begann zwei Jahrhunderte vor Christi Gehurt, wahrscheinlich um 170 vor Christi. Etwa zur gleichen Zeit begannen neue slawische Stämme in Österreich einzusickern. Gleichzeitig kamen auch Völker vom Norden, die Cimbern, die wahrscheinlich aus dem heutigen Dänemark stammten. Um die Zeit von Christi Geburt folgten ihnen Markomannen, die ursprünglich auf dem Territorium des heutigen Brandenburg gelebt haben sollen.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Gebieten, die später Österreich bilden sollten, war von Beginn an besonders bunt und vielfältig. Übrigens vermerken römische Schriftsteller wiederholt, wie rasch sich all diese Völker miteinander vermischten und wie schwer es schon nach kurzer Zeit war, die Neuankömmlinge von den übrigen Bewohnern des Landes zu unterscheiden. Es ist schwer zu sagen, aus welchen Völkern sich die

bebaut wurden. An sonnigen Hängen entstanden die ersten Weinberge. Die Sprache Roms verdrängte allmählich die lokalen Dialekte. Die Altäre der Götter Roms fanden ihren Platz neben den Schreinen der alten Götter; später sickerte die neue Lehre des Christentums auch in die Kolonien ein.

Wie überall, beschleunigte der Einfluß Roms auch hier den Zerfall der alten Stammesordnung. Die neuen Methoden der Feldbebauung machten die Landarbeit leichter und steigerten die Ergiebigkeit des Bodens. Die Hungersnöte wurden seltener, die Bewohner konnten sich für den Fall von Mißernten Reserven anlegen und Überschüsse regelmäßig gegen andere Güter eintauschen. In den Dörfern blickten Menschen, die handwerklich besonders geschickt waren, mit Neid auf die Handwerker in den befestigten Städten, die dort in Sicherheit lebten [13:] und in einer Wohlhabenheit, die den Landbewohnern wie ungeheurer Luxus vorkam. Hier und dort zog ein Dorfbewohner in die Stadt. Andere begannen Weinberge anzulegen – oft mit Hilfe der Römer, die Wert darauf legten, die Kolonialarmee von der Lebensmittelzufuhr aus dem Mutterlande unabhängig zu machen. Ganze Familien begannen sich aus der alten Dorfgemeinschaft herauszulösen.

Das Land, das die Römer in Besitz nahmen, war kein friedliches, unberührtes Paradies mehr, in dem Raubzüge und Kämpfe unbekannt waren. Neben dem gemeinsamen Besitz an Feld, Ackerland und Vieh kannten die Menschen schon Privateigentum – Werkzeuge, Häuser, Schmuck, Geräte, Waffen, sogar Sklaven. Sie kannten den Weg, um sich solche Dinge zu verschaffen – Krieg, Überfälle auf benachbarte Stämme. Im Verlauf dieser Kämpfe oder im Verlauf der Abwehr von Überfällen anderer, bildete sich unter der Führung der gewählten Stammesfürsten eine Schicht junger Männer heran, deren Hauptbeschäftigung das Kriegführen war. Sie leisteten – außer auf der Jagd – wenig Gemeinschaftsarbeit, aber der Stamm, den sie beschützten, ernährte sie. Die Krieger beschränkten sich natürlich nicht auf die Abwehr feindlicher Überfälle; schien die Gelegenheit günstig, griffen sie auch selbst an. Daß bei diesen Raubzügen die Krieger und ihre Familien den Löwenanteil an der Beute erhielten, versteht sich von selbst. Der Reichtum dieser Familien, ihr Besitz an Sklaven und Waffen hatte gerade begonnen sie aus der Dorfgemeinschaft herauszuheben, als Rom nach dem Norden, Nordwesten und Nordosten vordrang.

Rom hatte es, vom Beginn des Imperiums an, niemals verschmäht, Angehörige der Barbarenvölker für seinen Kriegsdienst zu werben. Nun, da die Grenzen der zu verteidigenden Gebiete immer länger wurden, und Rom auch aus inneren Gründen nicht mehr imstande war, selbst die Soldaten für seine Armeen zu stellen, begann es in steigendem Ausmaß die jungen Krieger der unterworfenen Stämme anzuwerben – und auch die Krieger jener Stämme, die jenseits der römischen Grenzbefestigungen lebten. Unter den römischen Adlern lernten die Barbaren die Kriegskunst Roms, etwas über sein Leben und seine Wirtschaft. Sie lernten nicht alles. Roms hochentwickelte, zum großen Teil städtische Wirtschaft, die feine und äußerst komplizierte Verwaltung und die Lebensform der römischen Gesellschaft – all dies war zu weit von ihrer Welt entfernt. Aber sie lernten, daß es eine andere, reichere und leichtere Existenz gab, als die ihrige, eine Existenz, die ihnen die Dorfgemeinschaft nicht bieten konnte.

Rom eroberte und nahm, aber es gab seinen Soldaten einen Anteil an der Beute. Die jungen Krieger, die in der Armee Roms dienten, kehrten reich – oder doch nach ihren Stammesbegriffen reich – von den Feldzügen zurück. Statt zwei oder drei Sklaven hatten ihre Familien jetzt vierzig oder fünfzig, anstatt gewählte Fürsten ihrer Stämme allein zu sein, herrschten sie jetzt noch als Beauftragte Roms über an-[14:]dere, unterworfene Stämme. Ihre Macht wurde so groß, daß sie die alte Dorfgemeinschaft schließlich auch dort zerbrach, wo Roms Kolonialmacht nicht direkt hinreichte.

Der Zerfall der Dorfgemeinschaft, der Übergang zu einer Gesellschaft, die von Fürsten und Kriegern beherrscht wurde, und wo die Fürsten bald darauf auch das Hauptproduktionsmittel jener Zeit, den Grund und Boden, in Besitz nahmen, brachte eine europäische Revolution mit sich, die einige Jahrhunderte dauerte. Ihr Ablauf wurde dadurch kompliziert und verlängert, daß der Zerfall der Dorfgemeinschaft und der Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform sich nicht überall gleichzeitig und

---

Bevölkerung unseres Landes vor allem zusammensetzt. Ost und West, Süd und Nord trafen sich, und aus Kelten und Etruskern, Spaniern, Slawen und Germanen wurde etwas Eigenes, Neues.

gleichmäßig vollzog. Während in gewissen Gebieten der Übergang schon vollzogen war, drängten von außen her Stämme nach, die sich noch mitten in dieser Umwälzung befanden. Das Vordringen der Hunnen, Magyaren, Bulgaren, die Einfälle der Dänen ins heutige England, die der Goten in Italien und Spanien, und schließlich die Einfälle der Tataren ins heutige Rußland, sind Beispiele für diesen Prozeß, den man als Völkerwanderung bezeichnet.

In verschiedenen Teilen Europas begannen Kriegergruppen, von ihren Stammesfürsten kommandiert, sich in Bewegung zu setzen. Sie drängten nach den benachbarten reicheren Ländern. Diese Gruppen waren nicht groß, manche umfaßten nur wenige hundert, viele nur wenige tausend Mann. Der Hunnenkönig Attila begann seinen Zug mit 2000 Kriegern. Die Völker selbst blieben, wo sie waren.

Viele der Krieger, die plündernd in benachbarte Länder eindrangen, ließen sich dort nieder und vermischten sich mit der Urbevölkerung. Andere zogen weiter und rissen auch die Krieger der neuen Länder mit sich oder stießen sie vorwärts, wie eine Welle die andere vorwärts stößt. Aus vielen Rinnsalen wurde die Flut, die Europa überschwemmte. Man darf sich unter der Völkerwanderung natürlich nicht einen reißenden und raschen Ansturm vorstellen, eine Art Heuschreckenflug. Sie dauerte mehrere hundert Jahre, aber als sie zu Ende war, hatten sich das Gesicht und die gesellschaftliche Struktur unseres Kontinents gründlich verändert.

Im Verlauf der Völkerwanderung zerbrach die Kraft, die unfreiwillig deren Kommen beschleunigt hatte – Rom. Rom wurde nicht direkt überrannt. Durch die Verlegung des Zentralpunktes der römischen Herrschaft nach Byzanz hatte sich von selbst die Teilung in Oströmisches und Weströmisches Reich ergeben. Aber während Byzanz aus eigener Kraft imstande war, die eindringenden Barbarenstämme abzuwehren oder zu unterwerfen, sein Gebiet geschlossen zu erhalten und später sogar weit auszudehnen, hatte das Weströmische Reich, das am System der Sklavenwirtschaft erstickte, nicht mehr die Kraft zu einer so verhältnismäßig ruhigen Umwandlung. Armeen fremder Krieger, die als Söldner Roms oder als Prätorianergarden der zahlreichen Kaiser und Gegenkaiser auf römischem Territorium standen, übernahmen die Herr-[15:]schaft. Rom wurde zur Beute und bald zum Kampfplatz der neuen Söldnerfürsten.

Manche der fremden Krieger, die im Verlauf der Kämpfe das römische Gebiet überfluteten, standen hilflos vor jenem komplizierten und hochentwickelten Gebilde, das einst ganz Europa beherrscht hatte. Das, was sie alle von Rom gesehen hatten, reichte noch nicht aus, um ihnen seinen gesellschaftlichen Organismus verständlich zu machen. Sie waren aus der alten agrarischen Dorfgemeinschaft herausgewachsen, aber noch beherrschte diese ihr Denken. Sie standen hilflos vor den Straßen der römischen Städte, in denen Tausende von Handwerkern Rohstoffe aus fernen Ländern verarbeiteten, von denen sie kaum gehört hatten, von den Häfen, in denen die vollbeladenen Gewürz- und Farbstoffschiffe lagen. Sie verstanden nicht, wozu es Straßen und Kanalisation, Lagerplätze und Münzwerkstätten gab, wie ein einziger Mann einen riesigen Latifundienbesitz aus der Ferne sein eigen nennen und durch Sklaven bewirtschaften lassen konnte. (Noch weniger allerdings verstanden sie die wirtschaftliche Bedeutung und die Existenzbedingungen der kleinen Einzelpächter.) Roms Handel, Roms städtische Produktion, Roms verwickelter und zarter Verwaltungsapparat zerbrachen in ihren Händen.

Die meisten fremden Fürsten wollten Land – den einzigen Reichtum, das einzige Produktionsmittel, das sie kannten. Auf dem Lande brachte ihre Herrschaft – von den Verwüstungen der Kämpfe abgesehen – keine sehr schwere Umwälzung, nicht viel Elend und Hunger mit sich. Die Lage der Sklaven, die zu jener Zeit in Rom den Großteil der ländlichen Bevölkerung darstellten, verschlechterte sich nicht – der bald darauf einsetzende Übergang zur Leibeigenschaft verbesserte sogar ihre Lage. Wer wirklich litt, waren die Einwohner der Städte.

Die fremden Krieger plünderten Häuser und raubten Paläste aus, setzten Kirchen in Brand und töteten die, die sich ihnen widersetzten. Sie plünderten nicht aus Zerstörungswut, sondern weil sie mit den fremden, unverständlichen Gebilden der Städte nichts anfangen konnten. Ihre Fürsten machten tausende einstmals freier römischer Frauen und Männer zunächst zu Sklaven – nicht aus Grausamkeit,

sondern weil sie gewohnt waren, Unterworfene und Besiegte zu Sklaven zu machen und weil der Begriff des freien städtischen Bürgers ihnen fremd war.

Die Städte verfielen. Mit der Zerstörung, dem Verfall der Produktion und des Transportsystems kam der Hunger. „So schlimm ist es um uns bestellt“, schrieb ein römischer Geistlicher zu jener Zeit, „daß oft eine ganze Straße voll ehemals wohlhabender Handwerker nicht einmal ein ganzes Brot hat, das sie unter sich verteilen könnten.“ Das geschah in einem großen Teil des römischen Reichs, in einem großen Teil des heutigen Italien, aber das geschah nicht überall in gleicher Weise und mit gleicher Intensität. Unter den „Barbarenstämmen“ wie die Römer die Eindringlinge nannten, gab es Unterschiede. Manche von ihnen hatten schon so lange in Rom oder im Machtbereich Roms gelebt, [16:] daß die römische Lebensweise für sie nichts Unbekanntes mehr war. Andere kamen aus Gebieten, in denen sich bereits Kloster, Städte, Ritterburgen zu entwickeln begonnen hatten und in denen es neben Sklaven und freien Dorfgemeinschaften auch schon hörige Bauern gab. Die Fürsten dieser Stämme übernahmen vieles vom römischen Verwaltungsapparat und von der römischen Produktion. Vor allem nahmen sie römische Beamte und Bürger in ihre Dienste, die ihnen helfen sollten, ihre neuen Länder zu verwalten, eine gewisse Ordnung aufrechtzuerhalten, ihre Einkünfte einzutreiben und jenen Handels- und Seeverkehr durchzuführen, den sie brauchten, wenn sie die Waren haben wollten, an die sie sich im Verlauf ihres Lebens als römische Generäle gewöhnt hatten. Diese Römer, die sich später mit der eingewanderten persönlichen Dienerschaft und mit den Angehörigen der neuen Fürsten vermischten, bildeten mit ihnen den Grundstock der späteren italienischen Adelsgeschlechter.

Roms Erbe erhielt sich auch in den kleinen Siedlungen freier Pächter lebendig, die erst langsam in völlige Abhängigkeit von den neuen Fürsten gerieten. Am nachhaltigsten aber wurde es in einer anderen Körperschaft bewahrt, die den Untergang des römischen Imperiums nicht nur überwand, sondern stärker und mächtiger als vorher aus ihm hervorging – in der christlichen Kirche. Es war die Kirche – mit dem hochentwickelten und niemals endgültig unterworfenen Stadtgebiet Roms als ihrem Sitz – allein, deren Mitglieder lesen und schreiben konnten – und ihre Sprache war die Roms – Latein. Es war die Kirche, die den Fürsten Verwalter und Beamte, Ärzte und Richter gab und damit römische Verwaltungsmethoden, römische Rechtsbegriffe und römische Philosophie in die neue Zeit hineintrug. Die Kirche drang immer wieder in die von barbarischen Stämmen überfluteten Gebiete vor und lehrte die Menschen wieder neue Methoden des Ackerbaus, der Viehzucht und etwas später des Handwerks – Methoden, die in Wirklichkeit die Methoden Roms waren. Gesellschaftlich waren Rom und die Staaten, die Rom folgten, etwas völlig Verschiedenes, aber in den äußeren Existenzformen und im Geistesleben war der Unterschied oft weit weniger sichtbar. Begriffe und Gedankengänge aus der Zeit der römischen Herrschaft und der Antike überhaupt spielten im Denken des Mittelalters eine gewaltige Rolle. Es war kein Zufall, daß die neuen Fürsten sich „Kaiser“ nannten – es schien begehrenswert, ein Kaiser, das heißt ein „Cäsar“ zu sein. Und noch im 13. Jahrhundert wurden die großen philosophischen Auseinandersetzungen im Schoße der katholischen Kirche unter den Namen zweier antiker Philosophen durchgeführt – hie Aristoteles, dort Plato.

Und es gab noch eine dritte Kraft, die Roms Kultur, Roms Tradition lebendig erhielt, sie der neuen Zeit anzupassen und zu verjüngen verstand. Sie hieß Byzanz; Byzanz, das ungebrochen und blühend in der Brandung der großen europäischen Umwälzung stand. Byzanz, das die [17:] slawischen Völker um sich herum und bis ins ferne Rußland zum geistigen Leben erweckte.

Was in Rom geschah, geschah auch in den Kolonien Roms. Nur war hier die Umwälzung viel gründlicher, die Zerstörung viel vollständiger. Die Völker, die das Gebiet des heutigen Österreich besetzten, waren wirkliche Barbaren, nicht die halbzivilisierten Soldaten der Söldnerfürsten-Römer. Die Legionen Roms hatten in andauernden Kämpfen die Grenzen gegen die benachbarten Stämme gehalten, obwohl sie eine ständige Infiltration aus den noch nicht kolonisierten Gebieten nicht verhindern konnten. Es kam die Zeit, da der Nachschub aus dem Mutterlande immer schwächer wurde, als immer mehr eingeborene und benachbarte Fürsten und Krieger herangezogen werden mußten, um die Befestigungen zu bemannen und instand zu halten. Dann mußte die Provinz geräumt werden und die Legionen zogen ab. Das romanisierte Land erwartete schutzlos den Einfall der Barbaren. Sie kamen bald. Den Hunnen Attilas folgten die Goten, die Langobarden, schließlich die Avaren, die vom Osten

kamen und ein Reich gründeten, das von der Enns bis an die Südalpen, von der Adria bis zu den Karpathen reichte. Über diese Zeit ist sehr wenig bekannt. Wir wissen nur, daß die Neuankömmlinge die römische Kolonialgesellschaft zerschlugen, daß die Produktion verfiel und die Städte zerstört wurden. Hier und dort lebten noch römische Siedler und bestellten auf römische Art ihr Feld, hier und dort reifte noch der Wein. Aber langsam begann der Wald wieder vorwärtszukriechen und bedeckte bald das ihm einmal abgerungene Land.

Die Zeit des Feudalismus

Der Bischof von Laon, ein Kirchenfürst des Mittelalters, charakterisierte den gesellschaftlichen Aufbau seiner Zeit durch folgenden Satz: „Gottes Haus ist dreifach. Manche beten darin, manche kämpfen darin, manche arbeiten darin." Diese Dreiteilung der Gesellschaft in Betende, Kämpfende und Arbeitende, das heißt in Kirche, Adel und Bauern – später Bauern und Handwerker – ist die Grundlage des Feudalismus. Die darin ausgedrückte Arbeitsteilung entsprach – wenigstens in ihrem Beginn und in ihrer Blütezeit – der stürmischen Epoche, in der sie entstand, und den Bedürfnissen der Menschen, die in dieser Zeit lebten. Der Feudalismus war, wie jede andere Gesellschaftsform, zunächst ein warmes Kleid, das die Menschen schützte und am Leben erhielt. Erst als die Gesellschaft wuchs und sich entwickelte, wurde er schließlich – im 14. und im 15. Jahrhundert – zu einer Zwangsjacke, die die Menschen abwerfen mußten, wenn sie nicht ersticken und verkümmern wollten.

[18:] In der Zeit zwischen dem 5. und dem 9. Jahrhundert glich ein großer Teil Europas einer quirlenden Masse glühenden Metalls, die sich noch nicht erkaltend geformt hatte. Kein Gebiet war vor der Überflutung durch fremde raub- und bodenhungrige Kriegergruppen sicher. Avaren, Hunnen, Ungarn und Tataren im Osten, Dänen und Wikinger im Norden und im Nordwesten, Sarazenen im Süden und im Südwesten machten zuerst Rom, dann seinen Erben die Herrschaft streitig. Es gab keine anderen Grenzen als jene, die die Hand eines Kriegerfürsten zog, keine andere Sicherheit als die, die das Schwert und der Pfeil gewährleisteten. Es war dieser Zustand, der den Feudalismus notwendig machte.

Ein Merkmal jener Zeit ist das Entstehen und rasche Vergehen großer Reiche – des Reiches der Ostgoten, des Großmährischen Reiches, des Reiches Karls des Großen. Diese Reiche, die noch nach römischem Muster zurechtgeschnitten und unter einem starken Fürsten vereinigt waren konnte: sich in dieser Form nur kurze Zeit halten. Keiner der neuen Fürsten verfügte über eine Armee, eine Verwaltung und ein Straßennetz nach römischem Muster, die es ihm erlaubt hätten, sein Reich selbst zu kontrollieren und gegen fremde Angriffe zu verteidigen. Nur das byzantinische Reich, das vieles vom römischen Staatssystem und von seiner städtischen Produktion fast unzerstört übernahm und weiterentwickelte, brachte schon zu jener Zeit eine verhältnismäßig starke Monarchie hervor, die sich zwar auch auf einen neuen Feudaladel stützte, in der aber die Kaiser dennoch die Herrscher waren. In den übrigen großen Reichen geschah folgendes:

Unter den damaligen Bedingungen war es nur möglich, verhältnismäßig kleine Gebiete zu kontrollieren und zu beherrschen – im Grunde genommen nur solche Gebiete, deren Grenzen man in einem Tagesritt erreichen konnte. Die Könige und die zentralen Fürsten, die dies nicht imstande waren, mußten deshalb die Verwaltung abgelegener Territorien an andere abgeben – an Verwandte, an Krieger mit einer starken Privatarmee von Stammesangehörigen, oder auch an lokale Herrscher, deren Territorien, sei es durch militärische Eroberung, sei es durch Einbeziehung in den Einflußbereich der Kirche (durch Christianisierung), auch dem Einflußbereich der mit der Kirche verbündeten Herrscher einverleibt wurden. Die lokalen Fürsten wurden, wie es in der Sprache der damaligen Zeit hieß, von einem größeren, stärkeren Fürsten mit der Herrschaft über ihr Territorium „belehnt". Die stärkeren Fürsten saßen meist auf einem Territorium, das sich entweder wirtschaftlich bereits weiter entwickelt hatte als die umliegenden Gebiete, oder dessen alte, von Rom begründete städtische Produktion im Verlauf der Völkerwanderung nicht ganz zerstört worden war, und schließlich in Gebieten, wo sich schon vor der Völkerwanderung der Feudalismus zu entwickeln begonnen hatte. Das ist der Grund, warum um jene Zeit nicht gleichmäßig in ganz Europa verhältnismäßig starke Könige herrschten,

sondern die politische Macht sich an einigen Punk-[19:]ten konzentrierte: in Byzanz, am Rhein, im Süden Frankreichs und in gewissen Teilen Italiens.

Die lokalen Fürsten bildeten den weltlichen Teil des hohen Adels. Aber auch sie waren nicht selbst imstande, ihr Gebiet wirklich zu beherrschen. Sie waren gezwungen, ihr Territorium in noch kleinere Herrschaftsgebiete zu unterteilen und belehnten ihrerseits Krieger, Günstlinge, jüngere Söhne großer Fürstenfamilien oder wieder kleinere lokale Herrscher mit Teilen ihres Gebietes. Auch diese Teile wurden oft noch an kleinere lokale Grundherren unterparzelliert. So entstand der niedere Adel (Grafen und Ritterschaft).

Theoretisch waren die Fürsten Untertanen des Königs, an den sie als Gegenleistung für die Belehnung und für gelegentlichen militärischen Schutz durch ein zentrales Heeresaufgebot einen Teil des Ertrages ihrer Ländereien abgaben, dem sie zu Kriegsdiensten zur Verfügung standen und den sie in Streitfragen mit anderen Fürsten als obersten Gerichtsherren anerkannten. In Gebieten, wo es bereits einigermaßen stabile Verhältnisse gab und wo die Entfernung zwischen dem Sitz des Herrschers und der Gebiete der Fürsten nicht allzu groß war – etwa im Territorium des heutigen Südwestfrankreich – war die Stellung des Königs zeitweise auch verhältnismäßig stark. Anders stand es in Gebieten, in denen es oft zwischen der einen und der anderen Ecke des „Reichs“ fast keine Verbindung gab, und die ständig durch feindliche Einfälle bedroht waren – etwa in Mitteleuropa. Der König hatte hier seinen fürstlichen „Untertanen“ gut Befehle geben [können] – er hatte meist nicht die Möglichkeit, die Durchführung seiner Befehle zu erzwingen. Je weiter die Fürsten von ihm entfernt waren, desto stärker wurde ihre Stellung, desto weniger waren sie von ihrem „Lehnsherrn“ abhängig. Deshalb war zum Beispiel das feudalistische System auf dem Gebiet des heutigen Deutschland oder später des heutigen Polen schon sehr früh mehr eine lose Fürstenföderation als eine feste „feudalistische Pyramide“, eine Föderation, in der der zentrale Herrscher sozusagen die Rolle eines Vorsitzenden spielte und froh sein mußte, wenn seine fürstlichen Untertanen ihn in Ruhe ließen.

Am stärksten waren die Macht und die Unabhängigkeit der lokalen Herrscher in den Grenzgebieten – oder in Gebieten die Stück um Stück dem dichten Urwald oder fremden Stämmen abgewonnen worden waren – zum Beispiel die Macht der Herrscher Böhmens oder der Babenberger im späteren Österreich. Böhmen gehörte seit der Zeit Karls des Großen immer wieder gelegentlich dem System des „Heiligen Römischen Reiches“ an – praktisch war es völlig selbständig. Die Babenberger kamen zunächst nicht einmal als Vasallen des Kaisers, sondern als Vasallen seines „Untertanen“, des Fürsten von Bayern, in die Ländereien, die heute österreichisch sind. Schon nach kurzer Zeit reduzierten sich ihre Verpflichtungen auf rein symbolische Akte und ihre Rechte wurden fast unumschränkt.

[20:] Märchen und Balladen, die Sagen von König Artus und von Roland, von den Rittern, die auszogen, um Drachen zu töten und Königreiche gewannen, haben die Welt des frühen Mittelalters in ein romantisches Licht getaucht, haben sie zu einer Welt des Heldentums und des Abenteuers gemacht. In einem gewissen Sinne ist das richtig. Die Welt jener Zeit *war* trotz Hunger und trotz Kriegen, trotz Gewalttaten und Epidemien romantisch, ebenso wie das Amerika des 18. Jahrhunderts romantisch war. Ebenso wie das Amerika der Kolonisierungszeit, war das Europa des frühen Mittelalters ein Land der dichten, undurchdringlichen Wälder und der reißenden Flüsse, ein Land, in dem große Gebiete noch „terra incognita“ waren – ein junges, unerobertes Land. Ebenso wie der mit Flinte und Pulverbeutel bewaffnete Abenteurer des neuen Amerika in kurzer Zeit Besitzer eines großen Gebiets werden konnte, wenn er die Kraft besaß, den Kampf gegen die Indianer, den Hunger, die wilden Tiere zu gewinnen, konnte der bewaffnete Abenteurer in Ritterrüstung jedes Territorium in Besitz nehmen, das seine Kraft ihm zu halten erlaubte. Es stand praktisch jedem jungen Mann, der ein Pferd, eine Rüstung und ein Schwert besaß und eine kleinere oder größere Gefolgschaft unter seinem Kommando vereinigen konnte, frei, auf Eroberungen auszugehen. Der Fürst, zu dessen Herrschaftsbereich das zu erobernde Gebiet nominell gehörte, und der seinen Anteil an dem eroberten Territorium erhielt, unterstützte das Vordringen der Kolonisatoren – nicht nur der Ritter, auch der Bauern.

Das Schwert allein vermochte im Mittelalter ebensowenig Gebiete zu erobern wie in der Neuzeit. Wie im neuen Amerika, folgte dem Eroberer der bäuerliche Siedler – oft ging er ihm voraus. Wie die

Pioniere, die Auswanderer aus der Unfreiheit Europas in die Freiheit Amerikas, mit Planwagen, Beil und Gewehr Urwald und Steppe besiegten, so drangen verarmte Bauern und Sklaven, für die es im neuen Territorium Freiheit und Boden gab, jüngere Söhne kinderreicher Familien, die Brot und Abenteuer suchten, in die Wälder vor, die einen Teil Mitteleuropas bedeckten. In den Lichtungen der Wälder, in bergigen, schwer zugänglichen Gebieten, entstanden Dörfer freier Bauern. Teile des heutigen Österreich sind so besiedelt worden; das Recht auf Waffentragen, das die Bauern vieler österreichischer Gebiete bis ins 17. Jahrhundert hinein besaßen – und manche noch heute besitzen – stammt aus einer Zeit, in der der Siedler bewaffnet hinter dem Pflug herging, um die Überfälle von Avaren, Hunnen, Ungarn abzuwehren.

Aber das Schwert des Bauern genügte nicht überall, um diese umkämpften Territorien zu halten. Die Menschen, die in Ruhe pflügen und ernten wollten, brauchten Beschützer, die das Kriegführen als Beruf ausübten. Sie waren bereit, ihnen als Gegenleistung für diesen Schutz einen Teil ihres Arbeitsertrags abzugeben – das heißt, sie auf einem verhältnismäßig hohen Lebensniveau zu erhalten. So kamen auch freie Bauernsiedler allmählich in ein Abgabenverhältnis zum lokalen Adel. [21:] In anderen Gebieten spielte sich der Vorgang umgekehrt ab. Die Berufskrieger eroberten Gebiete und holten sich entweder Bauernauswanderer nach oder versprachen den ansässigen Bauern ihren Schutz – als Gegenleistung nahmen sie das Hauptproduktionsmittel jener Zeit – den Grund und Boden – in Besitz. Diese Berufskrieger, „die erbliche Polizei“, wie sie der französische Historiker Boissonade nennt, richteten damit die Herrschaft des Adels über den eroberten Territorien auf.

Das bedeutet nicht, daß dieser „Vertrag“ mit den Bauern sozusagen freiwillig abgeschlossen wurde. Nach außen hin vollzog sich der Machtantritt des Adels sehr oft als Kampf *gegen* den Bauern. Das Land, das von adligen Grundherren in Lehen genommen wurde, war, wenigstens in den dichter besiedelten Gebieten Europas, ja nicht leer, meistens lebten dort die freien Bauern der alten Dorfsiedlungen, denen der Grundherr zunächst einmal Boden und Freiheit nahm – denn von Land ohne Arbeitskräfte hatte er nichts. Einer der Beweggründe für die Entstehung der Fürstenkoalitionen, die sich Reiche nannten, war wahrscheinlich auch das Bedürfnis des oft landfremden Adels, sich für die Unterwerfung der bäuerlichen Urbevölkerung Bundesgenossen zu sichern – wenn die Unterwerfung vollzogen war, zerfiel nicht selten auch das Bündnis.

Sehr oft vollzog sich die Verwandlung der Überreste einer freien Dorfgemeinschaft in Untertanen eines adligen Herrn langsam und fast unmerklich. Der Prozeß vollzog sich in Jahrzehnten, manchmal auch in Jahrhunderten, manchmal wurde er überschattet und verwischt durch die Wirren der fremden Überfälle und Raubzüge. Aber manchmal wurde die Adelsherrschaft auch mit Blut und Gewalt aufgerichtet. Die Unterwerfung der Sachsen unter Karl dem Großen, ihre zwangsweise Bekehrung zum Christentum, der Religion der neuen Gesellschaft, die Tausende von Menschenleben kostete, ist ein Beispiel. Die Unterwerfung der slawischen Urbevölkerung des heutigen Bulgarien durch die Oberschicht der Bulgaren, die aus Asien bis nach dem Balkan vordrangen und jahrzehntelang eine Erhebung nach der anderen niederschlagen mußten, bis sie ihre Macht endgültig festigten, ist ein zweites. In den Gebieten, die heute Österreich darstellen, gingen die Dinge wahrscheinlich nicht unter so schweren Kämpfen vor sich. Das liegt daran, daß das Gebiet Grenzland war und um jeden Preis Siedler brauchte, selbst wenn viele dieser Siedler von Verpflichtungen gegenüber dem Adel ausgenommen werden mußten.

Trotzdem war der Feudalismus ein Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen, ein Fortschritt, der auch dem Bauern zugute kam. Sein Leben wurde leichter, besser und vor allem sicherer. Aber dennoch wird zu Beginn des Mittelalters so mancher Bauer nach den „guten alten Zeiten“ geseufzt haben, in denen die starke Hand des Herrn ihn zwar nicht beschützte, aber auch nicht knechtete, ähnlich wie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts mancher von den neuen Industriearbeitern nach [22:] den Zeiten geseufzt haben mag, in denen die Maschine noch nicht das Gesicht des Landes und das Leben der Menschen verwandelt hatte.

Diese bäuerlichen und adligen Pioniere und Eroberer sind – neben vielen anderen – die Begründer des heutigen Österreich. Der Kampf dieser Pioniere gegen den Urwald und gegen den Hunger, gegen

wilde Tiere und gegen barbarische Stämme ist ein Teil der Geschichte unseres Volkes. Er ist weiter von unsrer Zeit entfernt als die Pionierzeit Amerikas von der Gegenwart des Volkes der USA. Aber das Bild des Rittertrupps, der durch menschenleeres Land zieht, um zwar nicht die jungfräuliche Prinzessin aus der Gefangenschaft des Drachen, wohl aber die jungfräuliche Erde aus der Gefangenschaft des Urwalds zu befreien, das Bild des Bauern, der mit Axt und Schwert ein Walddorf in der Wildnis begründet, gehören ebenso in das große Mosaik unserer Geschichte, wie das Bild des langen Zuges westwärts rollender Planwagen in jenes der Geschichte Amerikas gehört.

Ebenso wie die amerikanischen Pioniere die Indianer verdrängten, verdrängten fränkische, bajuwarische Bauern mongolische Stämme und Kriegergruppen, die das Territorium des heutigen Österreich als ihre Jagdgründe betrachteten. Wie die Siedler Amerikas, siegten die Siedler der Ritterzeit nicht deshalb, weil sie einer überlegenen Rasse angehörten, sondern deshalb, weil ihre Gesellschaftsordnung schon weiter entwickelt war als die ihrer Gegner: Sie hatten den langen Weg von der Dorfgemeinschaft zum Feudalismus, den jene erst zur Hälfte zurückgelegt hatten, schon vollendet. Mit ihnen ging die Kirche – das Kreuz, in dessen Gefolge Pflug, Spindel und Alphabet ihren Einzug hielten.

Das System des Feudalismus wurde in nur sehr wenigen europäischen Ländern in erster Linie „von innen her“ aufgerichtet. Meist bildete es sich endgültig im Verlauf einer Durchdringung und Eroberung des Landes durch eine fremde Ritter- und Kolonistenschicht, die sich später meist mit der Urbevölkerung vermischte und mit ihr verschmolz. In England zum Beispiel waren es die normannischen Eroberer, die neue Adelsschicht, die im 11. Jahrhundert endgültig den englischen Feudalismus schufen. In Nordrußland waren es Wikinger – die Ruriks mit ihrem Gefolge, in Bulgarien und in einem großen Teil des übrigen Balkan die mongolischen Bulgaren, die der slawischen Urbevölkerung zunächst ihr Herrschaftssystem aufpfropften und sich dann mit ihr vermischten. Das gleiche geschah in Österreich. Soweit das Land, das im 9. Jahrhundert die fränkische und im 10. Jahrhundert, nach der Zurückdrängung der Magyaren, die bajuwarische Ostmark wurde, bewohnt war, war es vor allem von slawischen Stammesgruppen bewohnt, die entweder die mongolische Flut überlebt hatten oder bereits vom Norden und vom Osten her begonnen hatten, das Land neu zu besiedeln. Auch unter ihnen hatte sich der Feudalismus zu entwickeln begonnen. Aber die endgültigen Schöpfer und Träger des österreichischen Feudalismus, die neuen Herren, die ihn stabilisierten und seine Entwicklung vollendeten, [23:] kamen auch hier „von außen“ – vor allem aus dem heutigen Franken und dem heutigen Bayern. Und in Österreich, ebenso wie in anderen Ländern, vermischten sich die neuen Ritter und die neuen Kolonisten sehr rasch mit den einheimischen Bauern und Fürsten und den slawischen Siedlern zu einer neuen Bevölkerung. Ebenso wie aus Normannen und Angelsachsen jenes Volk wurde, das später die englische Nation bildete, entstand aus der Mischung von bajuwarischen und fränkischen Einwanderern und slawischen Einwohnern das Volk, das später zur österreichischen Nation wurde.

Die Gründer der bajuwarischen Ostmark kamen zweifellos aus dem Gebiet, aus dem viele Jahrhunderte später Deutschland wurde. Wenn man aber aus dieser Tatsache irgendeine besondere und besonders enge Zusammengehörigkeit zwischen Österreichern und Deutschen ableiten wollte, wenn man daraus folgern wollte, daß die Österreicher „eigentlich Deutsche“ seien, müßte man mit dem gleichen Recht und der gleichen Konsequenz erklären, daß die Engländer „eigentlich“ Franzosen seien – denn die Normannen kamen aus dem heutigen Funkreich. Man müßte feststellen, daß das nördliche Rußland „eigentlich“ norwegisches oder schwedisches Territorium sei und sich an diese Länder anschließen müßte – denn die Ruriks kamen aus Skandinavien (Kiew existierte schon lange vor den Ruriks) –, und daß die Bulgaren „eigentlich“ mit den mongolischen Einwohnern des heutigen Kasakstan oder der Inneren Mongolei „enger verbunden sind“ als mit allen anderen Völkern.

Die Entstehung Österreichs

Vor nicht ganz tausend Jahren taucht zum erstenmal in der Geschichte der Name „Ostarrichi“ (Ostreich) auf. 976 wurde die bayrische Ostmark gegründet. Ihr Herrscher war Markgraf Leopold, ein Babenberger, ein Lehensmann der Herzöge von Bayern, die ihrerseits dem Kaiser unterstanden. 996 reichte das von den Ungarn zurückeroberte besiedelte Gebiet bis zum Wienerwald. Dreißig Jahre später hatte es sich bis zur Leitha vorgeschoben.

„Besiedelt“ bedeutet nicht im heutigen Sinne besiedelt. Es gab schon einige Städte – Wien, den Markt Mödling –, aber im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes spielten sie noch so gut wie keine Rolle. Das Land war von kleinen, in sich abgeschlossenen Einheiten überzogen – Burgen, Stiften, Herrensitzen und hie und da Siedlungen freier Bauern.

Das für die Zeit des Feudalismus charakteristische Siedlungsbild war die Burg oder der Herrensitz, der „Fronhof“ genannt wird. Um den [24:] Wohnsitz des adeligen Grundherrn, der gleichzeitig Haus und Befestigungsanlage war, gruppierte sich das Dorf mit Feldern, Weideflächen und Wald. Das Fronhofsystem war die Verkörperung des ungeschriebenen und oft aufgezwungenen Gesellschaftsvertrages des Feudalismus – Arbeitsleistung für Waffenschutz. Der Grundherr mußte in der Lage sein, sein Gebiet zusammen mit seinen Familienangehörigen und Haushaltsmitgliedern und den zu militärischen Dienstleistungen verpflichteten freien Bauern gegen Überfälle zu verteidigen und dort eine gewisse Rechtssicherheit aufrechtzuerhalten. Dafür ernährte und kleidete ihn der Bauer.

Unter den Bauern gab es Freie, Hörige und Leibeigene. Die freien Bauern waren zu Waffenhilfe und zu gewissen geringen Dienstleistungen verpflichtet. Die Hörigen waren am ehesten mit den heutigen Pächtern zu vergleichen. Sie mußten für das Recht der Bodenbebauung (der Boden gehörte dem Grundherrn) und für militärischen Schutz gewisse, genau festgelegte Abgaben – in Naturalien oder in Arbeitsleistung – bezahlen, konnten aber, wenn sie wollten, ihren Boden verlassen. Der Leibeigene war an Grund und Boden gebunden. Er durfte nicht fortgehen, durfte aber auch nicht von seinem Grund vertrieben werden. Auch er zahlte dem Grundherrn gewisse Abgaben – manchmal in Naturalien, meist in Arbeitstagen auf den selbstgenutzten Feldern des Grundherrn. Die Abgaben waren genau festgelegt und durften nicht willkürlich erhöht werden. Im Verlauf der folgenden zwei Jahrhunderte verschwand in ganz Europa immer mehr der Unterschied zwischen Freien, Hörigen und Leibeigenen, das heißt, Freie und Hörige gerieten langsam ebenfalls in Leibeigenschaft.

In der Zeit des aufsteigenden Feudalismus war diese Tatsache nicht so fürchterlich wie sie heute klingt. Der Leibeigene war kein rechtloser Sklave. Die Unverletzlichkeit seines Rechtes auf sein Stück Boden, die der Grundherr manchmal auch bewaffnet verteidigte, wog praktisch die Arbeitsleistung für den Ritter auf. Solange die Städte noch keine wichtige Rolle im Leben des Landes spielten, war die Einschränkung seiner Freizügigkeit für ihn noch keine Knechtschaft – im besiedelten Land waren die Fronlasten und die Dienstverhältnisse überall ungefähr gleich. Der Bauer hatte keinen Grund, anderswohin zu ziehen. Um den Grundherrn und sich selbst zu ernähren, mußte er schwer arbeiten, aber nicht unerträglich schwer.

Selbst wenn die Forderungen des Grundherrn an seine Bauern nicht durch Überlieferung und Übereinkunft beschränkt gewesen wären, so waren sie es durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Fronhof war eine sich selbst versorgende, in sich abgeschlossene Wirtschaftseinheit. Alle Lebensmittel, Kleidung, Waffen und Gebrauchsgegenstände, alles, was Schloßherr und Bauern brauchten, wurde dort hergestellt. Nur selten besuchte ein reisender Kaufmann den Herrensitz und verkaufte einige Luxusgegenstände – Seidenstoffe, Gewürze, Schmuck –, aber im Wirt-[25:]schaftsleben dieser Gemeinschaft spielten diese wenigen Gegenstände kaum eine Rolle. Der Grundherr brauchte vom Bauern nicht mehr als er selbst essen oder tragen, höchstens noch einlagern oder verschenken konnte, war daher also an einer Steigerung der bäuerlichen Arbeitsleistung nicht sonderlich interessiert.

Wenn der Bauer aber unbedingt seinen Aufenthaltsort verlassen wollte, konnte er es in Österreich um jene Zeit noch verhältnismäßig leicht tun. Österreich war eine „Mark“, ein vorgeschobenes Grenzgebiet. Der Bauer, der bereit war, als Kolonisator in die am weitesten vorgeschobenen, am wenigsten sicheren Gebiete zu gehen, erhielt in der Zeit, bevor die Kolonisierung ganz abgeschlossen war, dafür meist seine Freiheit und das Eigentumsrecht an dem von ihm behauten Boden. Ein solcher Bauer unterstand meist direkt dem Landesfürsten und nicht einem kleinen Ritter. Wie in den meisten Grenzländern gab es daher in Österreich einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz freier Bauern, von denen manche, zum Beispiel die Bauern Tirols, überhaupt niemals ihre Unabhängigkeit verloren.

Neben den Herrensitzen des Adels gab es Güter des Landesfürsten und der bayrischen, Herzöge, Domänen des Kaisers – um jene Zeit gehörten dem Kaiser an 80 Domänen in der Ostmark. Etwa ein

Drittel des Landes gehörte der Kirche, die sie meist vom Landesfürsten, manchmal von kleineren Grundbesitzern erhalten hatte.

In der Gesellschaft des frühen Mittelalters war die Kirche in allen europäischen Ländern (vielleicht mit Ausnahme des byzantinischen Reiches, das früh einen eigenen zentralen Beamtenapparat entwickelte) das einzige Kulturzentrum. Ihre Funktionäre – Geistliche, Mönche, Nonnen – waren die „Intellektuellenschicht“ der Zeit; Rom war das Herz der westlichen Kirche und in der Kirche wurden gewisse Teile von Roms kulturellem Erbe – vor allem Kenntnis der Verwaltung, des Schulwesens, der Sozialfürsorge, der Feldbebauung und der Handwerksproduktion lebendig erhalten. Seit dem 7. Jahrhundert wandte sich die römische Kirche scharf gegen das „kontemplative (betrachtende) Christentum“ und verlangte insbesondere von den Klöstern Arbeit und aktive Anteilnahme, nicht nur an der Christianisierung der noch nicht christlichen Völker, sondern auch an der wirtschaftlichen Kolonisierung Europas. Unter der Losung „Untätigkeit ist der Feind der Seele“ wurden die Klöster rasch zu Zentren, in denen neue Ackerbaumethoden, Gartenbau, verbesserte Holzbearbeitung usw., gelehrt und ausgeübt wurden.

In Österreich begann die Kolonisierungsarbeit der Kirche, vor allem durch schottische und irische Missionare, schon im 7. Jahrhundert. Sie wurde vorübergehend durch die mongolischen Einfälle unterbrochen. Mit den ersten feudalen Kolonisten – manchmal auch vor ihnen – kamen die Missionare und Mönche zurück. Der Grund für die ersten Waldsiedlungen wurde von Mönchen gerodet, die ersten Weinberge wurden von ihnen angelegt, Viehwirtschaft und Obstveredelung von ihnen ein-[26:]geführt die ersten Wege und Brücken von ihnen gebaut. Die ersten größeren Siedlungen im neueroberten Österreich waren Klöster und Stifte – Ebersberg, Hochstift Salzburg, Stift Kremsmünster.

Die Kirchengüter hatten im wesentlichen den gleichen gesellschaftlichen Aufbau wie die Herrensitze, nur daß der kirchliche Würdenträger oder das Kloster die Stelle des Grundherrn einnahm. Auch diese Güter waren im wesentlichen abgeschlossene Wirtschaftseinheiten, bei denen allerdings schon sehr früh der Anteil der Handwerksproduktion höher war als auf dem gewöhnlichen adeligen Besitztum. Die moderneren und intensiveren Bewirtschaftungsmethoden der Kirchengüter machten es den Stiften und Klöstern schon sehr früh möglich, große Reserven von Lebensmitteln und Handwerkswaren anzulegen. Die Waren wurden ausgetauscht oder an reisende Händler verkauft – die ersten Niederlagenplätze der Kaufleute in Österreich entstanden auf Kirchengrund. Später unterstützte die Kirche auch die Entstehung der ersten Handwerkergruppen auf ihrem Territorium. Die Mittel aus dem Verkauf der Überschußwaren wurden zum Ankauf von neuem Kirchenland, zum Bau von Kapellen und Klöstern, meistens aber für Sozialfürsorge verwendet. Die Kirche finanzierte im frühen Mittelalter Waisenhilfe. und Krankenpflege, den Bau von Altersheimen und Lazarhäusern (Lazarhäuser waren zuerst Heime für Leprakranke, später Krankenhäuser schlechthin) und legte Fonds zum Freikauf von Kriegsgefangenen an. Die Lage der Bauern auf den Kirchengütern war um jene Zeit im allgemeinen gut. Die feudalen Lasten waren zumeist leichter als auf den weltlichen Gütern, die bessere Produktion schütte die Bauern vor Hungersnot. Schließlich war die Kirche die einzige Institution, in der Hörige und manchmal sogar Leibeigene in gesellschaftlich hohe Positionen aufsteigen konnten. Von Papst Adrian IV. zum Beispiel heißt es, daß er in seiner Jugend Schweinehirt war.

Die Umwelt

Zur Zeit der Entstehung der bajuwarischen Ostmark war der größte Teil des europäischen Kontinents in zwei Einflußsphären geteilt, die sich an manchen Stellen überschnitten. Das Zentrum der einen war das Oströmische Reich – Byzanz, das Zentrum der anderen, das mit Rom (dem Sitz der westlichen Kirche) vereinigte Ostfränkische Reich – das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Jede der beiden Mächte erhob Anspruch, der einzige legitime Nachfolger des römischen Imperiums zu sein. Beide waren keine Staaten im heutigen Sinne, sondern übernationale Föderationen mehr oder weniger selbständiger [27:] feudaler Fürstentümer, die sich um den am weitesten entwickelten feudalen Staat gruppierten. Ihre Grenzen veränderten sich ständig, jede Gruppe versuchte, die noch selbständigen Stammesfürstentümer in ihre Einflußsphäre einzubeziehen; nicht selten wechselte ein Fürstentum von der einen zur anderen „Föderation“ hinüber. Das Großmährische Reich zum Beispiel war zuerst unter

byzantinischem Einfluß gestanden und hatte sich dann mit dem Heiligen Römischen Reich verbündet, das Großbulgarische Reich unterstellte sich zuerst der geistigen und politischen Führung Roms und tauschte sie später gegen die von Byzanz ein. Die barbarischen Magyaren empfingen lange Zeit hindurch Botschafter und Geschenke von beiden, bis sie sich im Jahre 1000 endgültig an den Westen anschlossen und diesen Akt durch den Anschluß an den westlichen Teil der christlichen Kirche dokumentierten.

Hundertfünfzig Jahre früher war Byzanz eindeutig die militärisch und politisch stärkere Macht. Die Führung der Kirche und des Staates war in der Hand der Kaiser vereinigt, das Imperium besaß einen gut funktionierenden Beamtenapparat, eine starke Armee und ein sorgfältig ausgearbeitetes Rechtssystem. Seine Schiffe beherrschten das Mittelmeer, seine Handelskarawanen drangen bis nach China und Indien vor und brachten von dort Seide und Gewürze nach Europa. Seine Generäle – zugleich noch römische Feldherren und schon mittelalterliche Ritter – verteidigten die bis tief nach Kleinasien und westlich bis an die Adria vorgeschobenen Grenzen des Imperiums gegen die tatarisch-arabischen Stämme im Osten und die Kriegerstämme der Awaren, Petschenggs, Magyaren im Westen und im Norden. Im sechsten Jahrhundert besiegte sein Feldheer Belisarius den damals stärksten mitteleuropäischen Kriegerstamm, die Ostgoten, und einige hundert Jahre lang erstreckte sich die Oberhoheit des Oströmischen Reiches auch auf Italien.

Die Stadt Byzanz selbst hieß „Perle und Krone der Christenheit". Von allen europäischen Fürstensitzen war es der größte und zivilisierteste. Hunderte von Kirchen und Klöstern lagen Seite an Seite mit römischen Amphitheatern; Wasserleitungen und Befestigungsanlagen nach römischem Muster umgaben Straßen, in denen die ersten mittelalterlichen Handwerkergilden ihren Sitz hatten. Die alte Zivilisation Roms und Griechenlands hatte sich mit der neuen des christlichen Feudalismus zu einer Einheit verschmolzen. Das geistige Bild glich dem architektonischen. In Byzanz las man griechische Philosophen und die Schriften der Kirchenväter, man schrieb die ersten großen theoretischen Werke der christlichen Lehre, Ritterromanzen und Verse über das Leben der trojanischen Helena.

Ein solches Reich begnügte sich nicht damit, auf eigenem Territorium zu herrschen. Schon um seine Grenzen zu sichern, mußte es versuchen, seinen Einfluß so weit als möglich auszudehnen. Eines der [28:] wichtigsten Mittel der politischen Einflußnahme war die Christianisierung. Wenn einmal ein barbarischer Fürst dazu gebracht werden konnte, die moralische Autorität der bekehrenden Kirche anzuerkennen und ihr Erziehungs- und Verwaltungssystem in seinen primitiven Staatsapparat einzubauen, wurde er damit zu einem ziemlich sicheren Verbündeten oder Vasallen. Gleichzeitig beschleunigte die zivilisierende Arbeit der Kirche bei dem Stamm den Übergang von der halbnomadischen zur landwirtschaftlichen Lebensweise und nahm damit seinen Angehörigen nach einiger Zeit den Appetit auf Raubzüge ins Territorium der zivilisierenden Macht.

Das cäsaro-papistische* Byzanz war in seinen Christianisierungsmethoden nicht wählerisch. Wie einst Rom allen unterworfenen Völkern die Möglichkeit gab, ihre eigene Weltanschauung zu behalten und dennoch Römer zu werden, versuchte Byzanz, das Christentum allen benachbarten Völkern schmackhaft zu machen. Die Schaffung einer eigenen slawischen Schriftsprache, in der man die slawischen Völker das Christentum lehren konnte, ohne sie zur Erlernung des Griechischen zu zwingen, war ein solches Mittel. Die Schaffung des slawischen Alphabets durch Kyrill und Method half nicht nur die neuen slawischen Reiche der Bulgaren, Serben, Kroaten, Russen fest an Byzanz zu binden, sie legte auch die Grundlage zur Entstehung einer eigenen slawischen Kultur, die bald die des Westens überflügelte. Im 10. Jahrhundert beklagte sich ein bulgarischer Geistlicher, daß die Menschen in seinem Land „mehr Bücher schreiben als lesen". (Im Westen bestand um jene Zeit noch kein Anlaß zu solchen Beschwerden. Karl der Große hatte es als große Errungenschaft betrachtet, daß er als reifer Mann lesen lernte.) Der Anpassungswille Byzanz' führte allerdings nicht immer zu solchen friedlichen Entwicklungen. Im 5. und im 6. Jahrhundert führte das Kokettieren der byzantinischen Herrscher mit der Lehre des Arianismus (die an Stelle der Dreieinigkeit die Zweieinigkeit setzte, und die einige Barbarenstämme angenommen hatten) zu jahrzehntelangen Kämpfen und Bürgerkriegen. An

* Cäsaro-papistisch = der Kaiser ist zugleich oberster Kirchenherr.

der Wende des 8. und 9. Jahrhunderts führte der ikonoklastische Kampf schließlich zum Bruch mit Rom und zur Entstehung des „Heiligen Römischen Reiches“. Ohne aus traurigen Erfahrungen etwas gelernt zu haben, hatte Byzanz versucht, Heiligenbilder und Statuen aus der christlichen Kirche zu entfernen, um das Christentum den mohammedanischen Völkern, die eine bildliche Ausschmückung der Religion als Götzenkult ansahen, annehmbar zu machen. Die diktatorisch erlassene Verordnung führte zu einem Empörungsausbruch in dem weniger opportunistischen Teil der Christenheit. Rom – gleichzeitig Sitz der Päpste und der einzige Teil des ehemaligen römischen Imperiums, der von den Barbareneinfällen verschont geblieben war und städtische Produktion und römische Ordnung halbwegs aufrechterhalten [29:] konnte – hatte jahrhundertelang versucht, sich von der byzantinischen Vorherrschaft zu befreien. Das Papsttum, das in dieser ganzen Periode gezwungen gewesen war, die oft an Ketzerei grenzende Glaubensdiktatur der unüberwindlichen byzantinischen Kaiser zu dulden, sah seine große Chance und schlug zu.

Um das Jahr 800 war Byzanz nicht mehr die einzige Großmacht Europas. Im Westen Europas, dort wo Roms Einfluß am längsten gewirkt hatte, entwickelte sich der Feudalismus rascher als in anderen Gebieten. Das Fürstengeschlecht der Karolinger wurde so stark, daß es die militärische und politische Führung der Fürstentümer auf dem Territorium eines Teiles des heutigen Frankreich und von Westdeutschland übernahm. Durch die Niederwerfung der Araber an der spanisch-französischen Grenze qualifizierte es sich zur Herrschaft über die übrigen Fürsten. Die so entstehende ziemlich lose Fürstenföderation, die im Austausch für militärische Hilfe den Karolingern lehenspflichtig wurde, erhielt in Anlehnung an römische Begriffe den Namen „Imperium“ – Reich.

Hier war die Macht, mit der sich das Papsttum verbinden konnte, um der byzantinischen Diktatur zu entgehen. Im Jahre 800 krönte der Papst den Karolingerfürsten Karl den Großen zum Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches“. Die Krönung war der Ausdruck des Bündnisses der westlichen römischen Kirche mit dem stärksten Herrscher des Westens. Der Name war die Bezeichnung für eine Kräftekombination – der geistlichen Macht des Papstes (die in Italien auch eine weltliche Macht war) mit der Macht des west- und mitteleuropäischen Feudalismus. Der Name hielt sich länger als das Bündnis. Das „Heilige Römische Reich“ war ein übernationaler Begriff. Als sich aus der feudalistischen Gesellschaft heraus neue Kräfte – die Nationen – zu entwickeln begannen, fiel es in Stücke.

Mit der Schaffung des „Heiligen Römischen Reiches“ begann der Wettlauf der Kolonisierung zwischen Osten und Westen. Byzanz beherrschte Ost- und Mitteleuropa bis zum Mittelmeer, Karl der Große unterwarf mit ziemlich unsanften Methoden die Sachsen und schob, erst mit der Eingliederung Bayerns, dann mit der Gründung der ersten Karolingischen Ostmark, die Grenzen seiner Einflußsphäre vor. Die Scheidelinie verlief beim Großmährischen Reich, das selbst stark genug war, um frei wählen zu können, und sich nach längeren diplomatischen Manövern für den Westen entschied. Die Verbindung zur kaiserlichen Zentralmacht wurde sowohl militärisch als politisch immer loser, je weiter die neuen Vasallenländer von ihrem Sitz entfernt waren.

Der Einfall der Magyaren zu Beginn des 10. Jahrhunderts machte sowohl dem Großmährischen Reich wie der Ostmark ein Ende. Die Gebiete lagen zu weit im Osten, um vom ritterlichen Aufgebot der fränkischen Fürstenkoalition verteidigt zu werden. Sie waren noch nicht stark genug, um sich selbst zu verteidigen. Die Zugehörigkeit zum [30:] „Heiligen Römischen Reich“ war, wie man sieht, vom militärischen Gesichtspunkt aus ein höchst platonischer Vorteil.

Die Fürsten, die siebzig Jahre später, nach der Niederlage der Magyaren am Lechfelde, die wiederbefreiten Länder in Besitz nahmen, zogen aus dieser Erfahrung ihre Konsequenzen. Die Babenberger, die die Ostmark, die Přemysliden, die Böhmen und Mähren beherrschten, verließen sich mehr auf ihre eigene Stärke als auf die Hilfe einer Fürstenkoalition, die überdies bereits durch die ersten Machtkämpfe geschwächt wurde. Sie schufen sich, gestützt auf freie bäuerliche Siedler, ihnen direkt unterstehende Ritter und – kaum ein Jahrhundert später – gestützt auf die Bürger der neuentstehenden Städte, ihren eigenen Militärapparat, der sie bald von der militärischen Hilfe der westlichen Koalition unabhängig machte. Ihre militärische Stärke äußerte sich bald politisch. Nominell gehörten sie – und später zeitweise auch das neue christianisierte Ungarn – dem Heiligen Römischen Reich an. Praktisch

waren sie bald unbeschränkte Herren in ihren Ländern mit Privilegien, die kein Fürst außer ihnen besaß. An der Kreuzung der Handelswege zwischen Byzanz und dem Westen gelegen, machte der Warenstrom, der bald durch Europa zu fließen begann, sie reich und stark. Politisch erhielten sie den Kontakt mit der westlichen *und* mit der Östlichen Großmacht aufrecht. Sie waren zu gleicher Zeit Angehörige der westlichen und der östlichen Machtsphäre, beiden Kulturkreisen offen, von der Entwicklung beider genährt, Jahrhunderte später beide beeinflussend.

Österreich bis zum Ende des 13. Jahrhunderts

In der Zeit zwischen dem 11. und dem 14. Jahrhundert wurde aus der kleinen, von Bayern abhängigen Ostmark das selbständige Land Österreich. Aus den österreichischen Vasallenfürsten wurden Herzöge, deren Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser allmählich fast nur symbolisch wurden. Im Jahre 1156 wurde die „Mark“ Österreich zum Herzogtum erhoben, 1190 vereinigte der Babenbergerherzog Leopold V. die Steiermark mit Österreich. Mitte des 13. Jahrhunderts erwarb der letzte Babenberger Krain, Mitte des 14. Jahrhunderts kam Kärnten dazu. Tirol stand seit dem 13. Jahrhundert unter Einfluß der österreichischen Herzöge, gehörte ihnen jedoch nicht.

Seit dem 11. Jahrhundert waren die Verhältnisse in Europa stabiler geworden. Die große Revolution, die den Feudalismus hervorgebracht hatte, war im wesentlichen vollendet, das Leben wurde ruhiger, geregelter. Es war noch immer nicht ganz ungefährlich, durch Europa zu reisen, aber [31:] es war nicht mehr unmöglich. Der europäische Handel lebte auf. In Frankreich und am Rhein, in Italien, in Byzanz und in Kiew begann man die ersten Handelsmessen abzuhalten. Gehandelt wurde zunächst vorwiegend mit Rohstoffen und Lebensmitteln, mit Fellen, Salz, Honig und ähnlichem. Die wenigen Fertigwaren – Stoffe, Metallwaren, Kunstgegenstände – kamen zunächst vor allem aus Byzanz, später aus Italien und Frankreich.

Österreich war ein Durchgangsland. Der Seeweg von Byzanz nach Italien und weiter nach dem Westen wurde von sarazenischen Piraten unsicher gemacht, die beste Verbindung Byzanz’ und der slawischen Reiche des Ostens mit dem Westen war der Weg entlang der Donau. Mit der Erwerbung Steiermarks wurde Österreich zum einzigen Durchgangsweg für allen Handel, der über Ungarn kam. Später, als sich in Rußland und in Polen wichtige Handelszentren entwickelten (Kiew hatte im 13. Jahrhundert mehr Einwohner als London), ging auch ein Teil des nordsüdlichen Handels durch Österreich oder durch von der österreichischen Dynastie beeinflußte Gebiete. (Von allen Alpenpässen war der Brennerpaß als der am leichtesten zu überschreitende der wichtigste Paß.) Schon im Nibelungenlied heißt es, daß in Wien Waren aus dem fernen „Chiow“ (das ist Kiew) gehandelt wurden.

Die geographische Lage Österreichs begünstigte und beschleunigte die Entwicklung der Städte, die zunächst einmal Stapelplätze für den Handel waren. Wien, das römische Vindobona, wurde sehr rasch nicht nur zu einem wichtigen Handelszentrum, sondern entwickelte auch bald eine eigene Handwerksproduktion. Schon zu Ende des 11. Jahrhunderts waren die Straßen Wiens nach den Handwerkern benannt, die dort ihren Sitz hatten – wie Schustersteig und Bindersteig, Goldschmiedgasse, Bognergasse usw. An manchen Plätzen gab es bereits ständige Märkte – der Hohe Markt war der damalige Haupthandelsplatz. In seiner Nähe lagen die Handelshöfe der Kaufleute, vor allem der Regensburger, Kölner und Passauer. Wien oder das, was davon existierte, war allerdings schon vorher eine Durchgangsstadt; die Kirche Maria am Gestade soll schon im 8. Jahrhundert von den Donauschiffern gegründet worden sein.

1002 wurde der Markt Mödling gegründet, der Babenberger Leopold der Schöne erbaute 1005 Heiligenstadt. 1194 entstand Wiener Neustadt. Ende des 13. Jahrhunderts erhielten Graz, Judenburg, Wiener Neustadt und Freistadt – sehr zum Mißvergnügen Wiens, das seine Monopolstellung gefährdet sah – das Niederlagsrecht. Anfang des 14. Jahrhunderts erhielten Linz, Wels, Enns, Freistadt, Steyr und Wien das Monopol für den Transit nach Venedig.

Die Zahl der Menschen und der Waren, die durch Wien strömte, vervielfachte sich in den Kreuzzügen. Dreimal – in den Jahren 1096, 1147 und 1190 – rollte die große Lawine von Rittern und Pilgern, von Kämpfenden und Troß, von Abenteurern und Händlern – die Donau entlang. In den Ostertagen

des Jahres 1096 glich Wien einem riesigen Heerlager, die Stadt war nicht imstande, die Kreuzfahrer zu fassen. [32:] Dieses außerordentliche Ansteigen des Durchgangsverkehrs war an sich eine Ausnahmeerscheinung, aber der militärische Pendelverkehr zwischen Ost und West riß während der ganzen Kreuzzugszeit nicht ab. Der europäische Handel erfuhr durch die Kreuzzüge einen starken Aufschwung, der auch Wien und ganz Österreich zugute kam.

In Österreich – vor allem in Wien – sammelten sich bald verhältnismäßig mühelos erworbene Reichtümer. Das Land Österreich saß wie eine Spinne mitten auf den Handelswegen und war daher imstande, sich das Recht der Durchfahrt und der Niederlage in Zöllen und Abgaben reichlich bezahlen zu lassen. Den Kaufleuten blieb nichts anderes übrig, als zu zahlen oder einen Umweg zu machen; und solange die Abgaben nicht zu hoch waren, zogen sie das Zahlen vor. Allerdings mußten sich Babenberger und Wiener Bürger bei ihrer Preisbemessung eine gewisse Reserve auferlegen, denn Wien hatte eine gefährliche Konkurrenz – das aufblühende Prag. Es gibt auch bis zum Ende des Mittelalters einen ständigen erbitterten Wettbewerb Wien-Prag, und erst als in der Zeit der Hussitenkriege und der damit verbundenen Unsicherheit in Böhmen das Zünglein an der Waage sich zugunsten Wiens neigte, atmeten die Wiener Bürger erleichtert auf.

Österreich als Transitland machte nicht nur Wien und andere Städte reich, sondern auch die Landesherren. Die Babenberger erreichten sehr rasch, daß die Erträge der Regalien – Zölle, Wegegelder und Münzabgaben –, die bei der Gründung der Ostmark noch Eigentum der deutschen Kaiser waren, an sie übertragen wurden. Sie wurden daher bald zu einem der reichsten mitteleuropäischen Fürstengeschlechter. Ihr Reichtum stärkte ihre Stellung sowohl gegenüber den Kaisern wie auch gegenüber dem österreichischen Adel, der nicht in der glücklichen Lage war, auf eine jährliche Rente von Tausenden von Talern zu rechnen, die solange floß, solange im Lande Ruhe war.

Die österreichischen Städte blieben nicht lange Transitpläne allein. Vom Strom des internationalen Handels genährt, begann sich in Österreich im 12. Jahrhundert eine Handwerksproduktion zu entwickeln, die allmählich das Gesicht des Landes veränderte und das städtische Bürgertum zu einer politischen Kraft machte.

Der Strom von Waren, der durch die Städte Österreichs floß, legte den Gedanken nahe, sie an Ort und Stelle zu verarbeiten. Bis zu dieser Zeit hatten die Handwerker der Städte Österreichs im wesentlichen für den Bedarf der Stadt selbst gearbeitet – auch die Städte waren selbstversorgende Wirtschaftseinheiten gewesen. Sozial waren die Stadtbewohner in Bürger und Einwohner geteilt. Die Bürger waren entweder Nachkommen ursprünglich freier Familien oder Familien, die im dritten Gliede frei waren. Sie besaßen Äcker und Weinberge, die von ihren Leibeigenen bearbeitet wurden, und hielten sich eigene Handwerker – meist Hörige oder ebenfalls Leibeigene. Die Bürger unterstanden meist direkt dem Landesfürsten.

[33:] Mit der Entwicklung des Handels wurde alles anders. Besonders geschickte leibeigene Handwerker begannen vom Lande in die Stadt zu strömen. Städte und Landesfürst unterstützten diese Entwicklung, die ehemaligen Leibeigenen wurden in der Stadt frei. Bald überstieg die Zahl der Neuankömmlinge die der alten Patrizier. Aber noch waren die Handwerker Bürger zweiter Ordnung. Im 12. Jahrhundert begann in Wien der erste Zusammenschluß der eingewanderten Handwerker. Sie bildeten gegenseitige Hilfsorganisationen, die Handwerkergilden. 1152 bildete sich die Innung der Tuchscherer, 1153 die der Krämer, der Gewandschneider und der Schuster. Im 15. Jahrhundert gab es in Wien mehr als 100 verschiedene Gilden. Die Gilden waren zunächst keine Kampforganisationen gegen die alten Patrizier; ihre Aufgaben waren: Regelung der handwerklichen Arbeitsverhältnisse, Regelung der Produktion (die Gilde schrieb jedem Handwerksmeister vor, wieviel er im Jahr produzieren durfte), Fürsorge für die Witwen und Waisen verstorbener Kollegen, Altersfürsorge für die Mitglieder der Gilden usw. Aber es war unvermeidlich, daß diese großen und reichen Organisationen bald als Sprecher für die Rechte der Handwerker aufzutreten begannen.

Die Babenberger unterstützten bewußt die Handwerker gegen die Patrizier. Damit gewannen sie sich bald starke Verbündete vor allem gegen den unruhigen österreichischen Adel. Seit dem 12. Jahrhundert gab es förmliche Schutzbündnisse zwischen Landesfürst und Handwerkern, sei es gegen

einzelne Adelige, sei es später, zur Zeit der großen Fürstenkämpfe, gegen die andere Fürstenpartei. Heinrich II. Jasomirgott gab den Handwerkern als erster das Recht, Waffen zu tragen und verpflichtete sie, sich an der Verteidigung der Stadt zu beteiligen. Später nahmen die Handwerker auch an größeren Feldzügen teil – noch im 16. Jahrhundert kämpften in den italienischen Feldzügen Maximilians I. Handwerkerkompanien, die sich in der Schlacht von Pavia auszeichneten. Mit der Verleihung des Rechtes zum Waffentragen wurden die Handwerker nach mittelalterlichen Begriffen auf immer frei und den Patriziern gleichberechtigt. Allerdings dauerte es noch 200 Jahre, bis die Handwerker auch voll an der Verwaltung der Stadt beteiligt waren. Die Städte erhielten schon zu Ende des 12. Jahrhunderts (Wien 1198) das Recht auf eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit (vorher wurden diese von Beamten des Herzogs ausgeübt), aber Richteramt, Geschworenenfunktion und die Zugehörigkeit zu dem aus hundert Bürgern bestehenden Stadtrat, der alle inneren Angelegenheiten der Städte ordnete, war bis Ende des 14. Jahrhunderts ein Monopol der alten Stadtgeschlechter. Erst Leopold III. bestimmte 1396, daß Handwerker ebenso wie Patrizier an der Stadtverwaltung beteiligt werden müßten. Gleichzeitig unterstützten sowohl die Babenberger wie später auch die Habsburger die Einwanderung von Handwerkern aus Italien, Frankreich und den Niederlanden.

Die wachsende Kraft der Städte kam in den Stadtrechten zum Aus-[34:]druck, die seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts zuerst an Wien, dann an alle größeren Städte Österreichs verliehen wurden. Das Wiener Stadtrecht wurde endgültig 1221 vom Babenberger Leopold VI. an Wien verliehen (die ersten städtischen Privilegien kamen schon im ersten Drittel des 12. Jahrhunderts). Es legte die Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums des Bürgers fest. „Wir wollen“, hieß es darin, „daß jedem Bürger sein Haus eine Feste sei und Zuflucht für ihn, für seine Hausgenossen und für jeden, der sein Haus betritt oder in dasselbe flieht“. Städtisches Strafrecht, Verwaltung, die Regelung von Käufen, Verkäufen, Erbangelegenheiten, sozialer Fürsorge und später auch der Verteidigung der Stadt waren Angelegenheiten der Stadt selbst – eines Stadtrats von hundert gewählten Schöffen, dem zuerst ein landesherrlicher Kommissar beigegeben war und der bald völlig selbständig wurde. Gleichzeitig erhielten die Städte die ersten Export-, Import- und Transithandelsprivilegien für den Warenverkehr mit Ungarn, Venedig und anderen europäischen Handelszentren.

Die Stadtrechte bestätigten die Gültigkeit des städtischen Asylrechts. Sie enthielten zum Beispiel die Bestimmung, daß Bürger, die bei der Ausübung des Asylrechts den Verfolger eines Flüchtlings töteten, straffrei ausgehen sollten. Diese Bestimmung richtete sich klar gegen die Grundherren, die um jene Zeit den ständig wachsenden Abzug der leibeigenen Handwerker in die Stadt oft mit Waffengewalt zu verhindern versuchten. Die Anerkennung der Bürgerrechte als solche durchlöcherte das Fundament der auf Grundbesitz beruhenden feudalen Ordnung des frühen Mittelalters, die in dem Sat „kein Herr ohne Land, kein Land ohne Herrn“ Ausdruck fand.

Die Zeit, in der sich in Österreich das städtische Bürgertum entwickelte und in der die Landesfürsten – in erster Linie die Babenberger – sich mit dem Bürgertum verbündeten, ist die Zeit, in der die Kultur Österreichs den Höhepunkt ihrer frühen Blüte erreichte.

Die reich gewordenen und freien Bürger Österreichs und die reichen und starken Landesherren begannen ihre Städte und ihr Land zu verschönern. In Wien und in anderen Städten wurden Zunfthäuser und Bürgerhäuser gebaut, die Straßen wurden verbreitert und gepflastert, die ersten großen Kirchen erhoben sich. 1113 entstand Stift Melk, 1114 begann der Bau der Stephanskirche, 1157 wanderten die Schottenmönche in Wien ein und errichteten in der Stadt ihre Klöster. Um die gleiche Zeit entstand eines der größten Kunstwerke Österreichs, der Verdun-Altar in Klosterneuburg, so benannt nach seinem Schöpfer Nikolaus von Verdun.

Die Entwicklung einer frühen Literatur in Österreich beginnt etwa im 10. Jahrhundert. In dieser Zeit – wie man heute annimmt zwischen 950 und 980 – entstand das erste und vielleicht größte Heldenepos des Mittelalters – das Nibelungenlied. Die erste, zunächst lateinische Fassung wurde von einem österreichischen Mönch namens Konrad ge-[35:]schaffen, der in einem Kloster irgendwo zwischen der Wachau und St. Pölten lebte. Die Figur des tapferen „Rüdiger von Bechelaren“ ist wahrscheinlich eine Darstellung des damaligen Herrschers von Österreich, des Markgrafen Burghardt. Die zweite,

endgültige Version, diesmal in deutscher Sprache, entstand zwischen 1140 und 1200. Ihr Verfasser ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Dichter Kürenberger – ebenfalls ein Österreicher.

In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstand auch eines der ersten geistlichen Werke in deutscher Sprache, das berühmte Melker Marienlied“, und etwas später „Das Leben Jesu“, der „Antichrist“ und „Das letzte Gericht“, drei Werke in Versen, deren Verfasserin eine Nonne war. Um 1200 gab es bereits mehrere große Versepen, zwei davon, „Biterolf und Dietleib“ und „Walther und Hildegunde“, stammen von steirischen Dichtern.

In dieser Zeit der glänzenden Fürstenhöfe und der prunkvollen Ritterturniere entstand in Österreich eine neue Art von Dichtern – die Minnesänger. Auch hier zerbrach die aufsteigende Stadt ein Monopol der alten Gesellschaft – das Monopol der Kirche auf intellektuelle und künstlerische Tätigkeit. Die neuen Dichter waren nicht mehr Mönche, sondern Laien. Die Stadt und der Fürstenhof waren imstande, ihnen jene Möglichkeit der Beschäftigung mit künstlerischen Dingen zu geben, die ihnen vorher nur das Kloster geben konnte.

Die Vertreter des österreichischen Minnesangs sind Dietrich von Aist, Reinmar von Hagenau, Neidhart von Reuenthal, Heinrich von dem Türlin, Heinrich von Ofterdingen, Ulrich von Liechtenstein und ihr berühmtester – Walter von der Vogelweide.

Walter von der Vogelweide, ein geborener Tiroler war nicht nur ein Schilderer der Turniere und der Krönungen, des Prunks und der Romantik seiner Zeit. Er war auch ein politischer Schriftsteller, ein großer Satiriker, der die Schwächen seiner Zeit erbarmungslos geißelte und vorbehaltlos Partei nahm. Er war nur in dem Sinne ein „ritterlicher Schriftsteller“, daß er selbst aus dem niederen Ritterstande stammte. Aber er war in viel höherem Maße ein Sprecher des einfachen Menschen, des Bauern, dessen Nöte er beschrieb, des Handwerkers, für den er eintrat, als alle anderen Minnesänger. Und aus seiner Feder stammen Liebeslieder und Naturgedichte, die noch heute frisch und unverwelkt sind.

Das Bündnis zwischen Wien und dem Landesherrn wurde durch einen äußeren Akt symbolisiert – die Verlegung der landesfürstlichen Residenz zuerst in die Nähe Wiens. 1101 verlegten die Babenberger ihre Residenz aus Tulln auf den Kahlenberg, der einen Teil des Befestigungsgürtels um Wien darstellte und dessen Burg nun von byzantinischen Künstlern ausgeschmückt wurde, dann, unter Leopold VI., nach Wien selbst. (Um diese Zeit entstand der ältere Tell der Hofburg.) 1359 wurde Wien von Rudolf IV. endgültig zur Residenzstadt gemacht. [36:] In der Urkunde, die diesen Akt verzeichnete, hieß Wien „ein Haupt des Herzogtums Österreich, die oberste Wohnung seines Landesfürsten, das der Herzog mit solcher Liebe umfangen hat, daß er nur dort weilen will, auf Leben oder Tod“. Auch wenn man die mittelalterliche Höflichkeit in Rechnung stellt, war dieser Akt eine politische Demonstration. Sehr viele Fürsten zogen es um jene Zeit noch immer vor, ihr Leben auf einem Schloß, weit von dem plebejischen Leben der Städte zu verbringen. Der Habsburger, der sich mitten nach Wien setzte, bestätigte damit, daß er auch in Zukunft das Bürgertum der Städte als seinen Verbündeten zu betrachten und behandeln gedachte.

Daß die Wiener die Landesfürsten ebenfalls als Partner betrachteten, geht aus einem Volkslied hervor, das nach dem Tode des Babenbergers Leopold VI. – des Mannes, der neben Heinrich Jasomirgott wohl der klarste Exponent der Politik des Bündnisses mit der Stadt war – in Wien gesungen wurde. Nebenbei zeigt es auch, daß die Wiener ihrerseits den Landesfürsten brauchten und *wozu* sie ihn brauchten.

> Wer singt uns nun vor – zu Wien auf dem Chor,
> Als er viel oft hat getan – der viel tugendhafte Mann?
> Wer stift’ uns nun den Reigen – im Herbst und in den Maien?
> Wer schafft uns guten Fried’ – wer hängt die Rauber auf die Wid? (Weide)
> Wer befreit uns die Städte – als er viel gerne täte?
> Wen sieht man turnieren – und ritterlich lustieren?
> Wer freit uns die Straße – wer schafft uns Fried’ und Maße?
> Wie Herzog Leopold uns tat – beide in Dörfern und in Stadt?“

Der Landesfürst hatte, wie man sieht, die Funktion des Chorführers, Vergnügungsmeisters, obersten Eichamtes, Richters und Urteilsvollstreckers in einem. Die Rolle der „erblichen Polizei“ begann in dem Maße, in dem das Land sich aus einem losen Gefüge selbständiger Herrensitze in eine größere und festere Einheit verwandelte, als es begann, aus den Händen des Adels schlechthin in die Hände des Landesfürsten überzugehen. Davon, wie weit er sie erfüllte, hing der Umfang der Unterstützung ab, die ihm von waffentragenden Einwohnern gewährt wurde. In einer Zeit, in der alle Fürstenkämpfe mit mehr oder weniger freiwilligen Parteigängern ausgekämpft wurden, war das keine unwichtige Frage. Wie weit er diese Funktion des „erblichen Gendarmen“ und Gesetzgebers erfüllen konnte, hing davon ab, inwieweit er sein Gebiet erweitern, seine Position als Herrscher stabilisieren und sich gleichzeitig seinen Gefolgschaftsverpflichtungen gegenüber dem Kaiser genügend entziehen konnte, um die Hände für eigene Angelegenheiten frei zu haben. Die Politik sowohl der Babenberger wie der ersten Habsburger (die sich in diesen Dingen kaum voneinander unterscheiden) ist in dieser Hinsicht geradezu virtuos. Durch geschicktes Manövrieren, durch geschickte Ausnützung der Fraktionskämpfe der deutschen Fürsten und ihrer eigenen starken Position gelang es ihnen, ein Privileg nach dem anderen zu erpressen, eine Verpflichtung nach der [37:] anderen loszuwerden, bis sie schließlich zu den stärksten Herrschern Europas gehörten.

Das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ war seit Beginn des 12. Jahrhunderts nicht allzu heilig – jedenfalls nicht besonders friedlich. Zwei Fürstenparteien – die Staufen und die Welfen – kämpften miteinander um die Vorherrschaft. Um die kaiserlichen und gegenkaiserlichen Führer beider Parteien gruppierten sich Fraktionen fürstlicher und ritterlicher Satelliten – manche als treue und ständige Anhänger, die mit ihren Parteiführern aufstiegen und fielen, manche als gelegentliche Parteigänger, die von einem Meistbietenden zum anderen hinüberwechselten und auf Kosten beider ihre eigene Macht erhöhten. Die Babenberger gehörten zur zweiten Kategorie.

Leopold IV., der übrigens mit einer byzantinischen Prinzessin verheiratet war, und sein Bruder und Nachfolger Heinrich II. (Jasomirgott) unterstützten die Staufenpartei. Das brachte ihnen nach dem Sturz des Welfenherzogs von Bayern und Sachsen, Heinrichs des Stolzen, Vaters Heinrichs des Löwen, zunächst die Alleinherrschaft über das Herzogtum Bayern und die Ostmark ein. Bayern war durchgehend welfenfreundlich und der nächste Staufenkaiser, Friedrich I., der beide Lager zu versöhnen versuchte, gab Bayern Heinrich dem Löwen zurück. Beide Teile sahen aber, daß man die starken Babenberger für den Verlust Bayerns (das sie infolge der Feindschaft des welfenfreundlichen Adels niemals wirklich in Besitz genommen hatten) entschädigen mußte. Die Mark Österreich mit ihren drei Grafschaften und Gerichtssitzen Tulln, Mautern und Korneuburg wurde daher abgetrennt und zum babenbergischen Herzogtum Österreich gemacht. Gleichzeitig erhielten die neuen Herzöge noch eine Reihe von Privilegien. Sie konnten ihr Land nun direkt nicht nur an Söhne, sondern auch an Töchter vererben und, falls sie keine direkten Nachfolger hatten und das Land daher an den Kaiser zurückfiel, selbst ihre Nachfolger vorschlagen. Alle Einnahmen aus dem Lande gingen nun voll an sie, sie wurden zum obersten Gerichtsherrn für alle österreichischen Gebiete – auch für die Kirchenländer. Eines der wichtigsten Privilegien war, daß sie nicht mehr Heereskontingente für alle kaiserlichen Kriege zu stellen brauchten, sondern nur für Kriege, die sich an der Grenze Österreichs abspielten. Angesichts der ständigen Fraktionskriege, in denen sich die Anhänger beider Fürstenparteien militärisch verbluteten, war das kein geringer Vorteil. Ihre Stellung als unbeschränkte Herrscher ihres Landes gab ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, zu verhindern, daß Städte „reichsunmittelbar“ wurden (die meisten deutschen Städte waren reichsunmittelbar, das heißt, sie unterstanden direkt dem Kaiser, was später nicht wenig zum deutschen Dezentralisationsprozeß beitrug). Geistliche und adelige Herren mit eigener, vom Landesherrn unabhängiger Gerichtsbarkeit hatte es in Österreich von Anfang an nicht gegeben und die Stärke der Babenberger nahm ihnen jetzt alle Lust, für eine Verände-[38:]rung ihrer Stellung zu kämpfen. Wien versuchte einige Male, reichsunmittelbar zu werden, wurde aber durch eine Mischung von Gewaltandrohung und dem Versprechen neuer Privilegien und Monopole daran gehindert. Leopold V. schließlich nannte sich ab 1192 „Landesherr“ und bezeichnete Österreich als „unser Land“ – obwohl es theoretisch noch kaiserliches Lehensland war.

In die Herrschaftszeit Leopolds V., des Nachfolgers Heinrichs II., fällt die Legende von der Entstehung der Babenbergerfahne – der Fahne des heutigen Österreich.

Die Fahne der Babenberger, heißt es, soll auf dem dritten Kreuzzuge entstanden sein, als Herzog Leopold und seine Ritter auf dem Wüstenwege durch Kleinasien von einer vielfach überlegenen Sarazenentruppe aus dem Hinterhalt überfallen wurden. Rückweg und Weg nach vorne waren ihnen abgeschnitten, die Kreuzfahrer mußten haltmachen und kämpfen. Der Kampf zog sich bis tief in die Nacht – bis schließlich die Sarazenen sich geschlagen im Schutz der Dunkelheit zurückzogen. Dann erst, als die Kreuzfahrer ihre Toten zählten und ihre Wunden verbanden, sah der Babenbergerfürst, daß sein weißes Kreuzfahrergewand von oben bis unten vom Blute von Feind und Freund scharlachrot war. Nur ein langer Streifen in der Mitte, dort, wo der hohe, schmale Schild den Herzog gedeckt hatte, war weiß geblieben. Zur Erinnerung an diesen Kampf und als Dank für die Rettung vor der sarazenischen Übermacht machte der Herzog den blutgetränkten Mantel zu seiner Fahne – rot, weiß, wo ihn der Schild beschützt hatte, und wieder rot.

Unter Leopold V. erwarben die Babenberger die Steiermark durch einen komplizierten Erbschaftsvertrag, zu dem der kaiserliche Parteiführer seinem Verbündeten durch Belehnung die Sanktion gab. Die Position des Sohnes Leopolds, der der Schwiegersohn des Staufenkaisers Heinrich VII. wurde, war bereits so stark, daß er als Friedensvermittler zwischen Kaiser und Papst auftreten konnte.

Sein Sohn Friedrich II. war in einer schwierigeren Position. Seine Versuche, seine Herrschaft auf Bayern, Ungarn und Böhmen auszudehnen, alarmierten die Staufen, die befürchteten, daß der zu starke Verbündete sich in einen Rivalen verwandeln könnte. Der Staufenkaiser Friedrich schlug zu. Wien wurde zur reichsunmittelbaren Stadt gemacht, der Adel unter Zusicherung einer kaiserlichen Unterstützung zur Rebellion gegen den Herzog aufgefordert. Einige Zeit hindurch beschränkte sich der Einfluß Friedrichs II. nur auf Wiener Neustadt und Mödling. Der Gegenzug des Babenbergers war, Verhandlungen mit dem neuen papstfreundlichen und staufenfeindlichen Fürstenbund aufzunehmen, der sich gerade in Deutschland und in Italien gebildet hatte. Zu gleicher Zeit kam ein neuer Faktor ins Spiel, der den Staufen und den deutschen Fürsten überhaupt die Notwendigkeit eines starken Österreich brutal vor Augen führte. Aus dem Nordosten drang einer der letzten noch nicht zivilisierten Stämme – die mongolischen Tataren [39:] – bis an die Karpathen, im Süden bis an die Adria vor, überflutete Ungarn und bedrohte die Donau- und Alpengebiete. Die Angst vor den Tataren war größer als die Angst vor den starken Babenbergern. Kaiser und Fürstenbund wetteiferten in Versprechen und Lockungen. Der Kaiser versprach den Babenbergern die Königswürde, Krains Angliederung an Österreich wurde beschlossen. Aber am St.-Veits-Tage 1246 fiel der kinderlose letzte Babenberger im Kampf gegen die Magyaren, in der Schlacht an der Leitha. Es begann die Periode des „österreichischen Interregnums“.

Ein Land ohne Herrscher war um jene Zeit ein gefährdetes und gefährliches Land. Der österreichische Adel und die österreichischen Städte sahen sich nach einem starken Herrscher um, der Ruhe und Sicherheit garantieren konnte. Unter den deutschen Fürsten war dieser Herrscher nicht zu finden. Dort waren die Kämpfe der Parteien auf ihrem Höhepunkt, es war die Zeit des deutschen Interregnums, die „kaiserlose, die schreckliche Zeit“, in der das ganze Land durch die Fraktionskriege in Trümmer gelegt wurde. Ein Landesfürst der einer der zwei Parteien angehörte, hätte Österreich sofort in den Hexenkessel des Krieges hineingezogen. Es gab Adelige, die für die eine und Adelige, die für die andere Partei eintraten, aber der größere Teil des österreichischen Adels, und vor allem die Städte, waren zwar bereit, von den Fürstenkämpfen zu profitieren, aber nicht sich an ihnen zu beteiligen. Sie wählten einen starken und fortschrittlichen Neutralen, den Sohn Wenzels I. – König Ottokar II. von Böhmen und Mähren. Ottokar heiratete die babenbergische Königswitwe Margareta und erhielt den Titel „Herzog von Österreich und Steier“.

Die Herrschaftszeit Ottokars gehört zu den glücklichen Jahren Österreichs. Noch lange, nachdem er im Kampfe gegen Rudolf I. von Habsburg auf dem Marchfelde gefallen war, gingen Volkslieder um, die von der „guten Zeit“ des „goldenen Königs mit der gebenden Hand“ erzählten. Ottokars Politik unterschied sich – mindestens in Österreich – nicht grundsätzlich von der der Babenberger. Eine

seiner ersten Regierungshandlungen war die Bestätigung und der Ausbau der Privilegien der Städte. In der Regierungszeit Ottokars vergrößerte sich Wien sehr stark. Der Handel stieg so, daß ein neuer Handelsplatz, der Neue Markt, angelegt werden mußte, der Hohe Markt war zu klein geworden. Eine selbständige Politik der großen Adelsgeschlechter ließ Ottokar ebensowenig zu wie die Babenbergerfürsten vor ihm und die großen Habsburger nach ihm. Eine Verschwörung des steirischen Adels, der mit der Staufenpartei und gleichzeitig mit dem ungarischen Hof konspirierte, wurde erbarmungslos niedergeschlagen, ihr Führer Seifried von Mährenberg hingerichtet. Einige Zeit hindurch verhielten sich die Adeligen ruhig. Erst im Kampf zwischen Rudolf von Habsburg und Ottokar erhoben sie sich wieder – als Parteigänger des Habsburgers.

Die Steiermark, die vorübergehend vom ungarischen König besetzt [40:] worden war, wurde 1260 wieder an das Reich der Přemysliden angeschlossen. Kärnten und Krain wurden 1268 durch einen Ehevertrag mit den Ländern Ottokars vereinigt. Zu gleicher Zeit versuchte er Ungarn, Istrien und Friaul anzugliedern.

Ottokar war der stärkste Fürst Mitteleuropas. Er wäre der einzige gewesen, der als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches die Kraft gehabt hätte, die Fürstenkämpfe zu beenden und endlich Frieden zu schaffen. Aber die rivalisierenden deutschen Fürsten waren nicht an einem starken Kaiser interessiert, sondern an einem schwachen. Sie wählten im Jahre 1273 den fast unbekannten Schweizer Grafen Rudolf von Habsburg zum Kaiser, einen Anhänger der Staufenpartei, der mit den Nürnberger Hohenzollern verwandt war und es verstanden hatte, sich die Unterstützung der Schweizer und der südrheinischen Städte zu sichern. Sie rechneten damit, daß der schwache Habsburger nur eine Marionette in ihren Händen sein würde. Damit hatten sie sich, wie es sich später zeigte, verrechnet.

Rudolf I. wandte sich zuerst gegen seinen stärksten Konkurrenten, Ottokar II. Zuerst bereitete er den Boden vor, nahm mit den österreichischen Adeligen, die bereit waren, sich mit dem Teufel in eigener Person zu verbünden, um nur die Herrschaft Ottokars, der ihre Machtstellung zerschlagen hatte, loszuwerden. Verbindung auf und sicherte sich ihre Zustimmung zur Bestellung seiner Söhne als Reichsverweser in den österreichischen Ländern. Ähnliche Verträge wurden mit den Bischöfen von Salzburg, Passau, Regensburg, Bamberg, Freising und Gurk abgeschlossen. Abgesandte Rudolfs verhandelten mit dem Erzbischof von Salzburg, dem ungarischen König Ladislaus IV., dem Herzog von Görz-Tirol, mit einem Teil des böhmischen Hochadels, schließlich mit dem bayrischen Herzog, der nach außen hin ein Verbündeter Ottokars blieb. Als die Fronde der offenen und der heimlichen Gegner Ottokars geschaffen war, schlug Rudolf zu. Man fand einen formalen Vorwand, um Ottokar einer Verletzung seiner Lehenspflichten gegen den Kaiser zu beschuldigen und verlangte von ihm den Verzicht auf Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain. (Allerdings hatte Ottokar, der sich um Formfragen und Rechtsnormen prinzipiell nicht kümmerte, seinen Gegnern die Arbeit leicht gemacht.) Das Verlangen war jedoch nach den Begriffen der damaligen Zeit eine glatte Provokation und Ottokar lehnte mit Recht ab. Daraufhin wurde gegen ihn der Reichskrieg erklärt. Seine beiden Hauptverbündeten, der Papst und der Herzog von Bayern, gingen nun offen auf die Seite seiner Gegner über, der steirische und der Kärntner Adel erhoben sich gegen ihn. Ottokar mußte 1276 den Wiener Frieden abschließen, in dem er auf die österreichischen Länder verzichtete und Böhmen und Mähren aus der Hand Rudolfs als Lehen nahm. Zwei Jahre später erhob er sich wieder gegen den erzwungenen Vertrag, wurde auf dem Marchfelde geschlagen und fiel im Kampf.

Rudolf wurde Reichsverweser der eroberten österreichischen Länder. [41:] 1282 übertrug er das Amt seinen Söhnen, kurze Zeit später erreichte er ihre Belehnung mit Österreich, der Steiermark und Krain. Meinhard von Görz-Tirol erhielt – als Dank für geleistete Dienste – die Reichsverwesung Kärntens und den Pfandbesitz von Krain. Die Grundlage zur habsburgischen Hausmacht war gelegt. Allerdings wuchs die Macht des österreichischen Hochadels in diesen Jahren der Kämpfe und Geheimverträge so an, daß die Habsburger mehr als 200 Jahre brauchten, um seinen Einfluß zu brechen und ihre Herrschaft wirklich zu sichern.

[43:]

II.
Der Beginn der Habsburgerherrschaft

[45:]

Die Zeit der Fürstenkriege

Die Zeit zwischen dem Anfang des 14. und dem Ende des 15. Jahrhunderts war in Österreich, ebenso wie in ganz Europa, eine Zeit von Kriegen und inneren Kämpfen. Das kommt schon in den Chroniken dieser Periode zum Ausdruck, die von Not und Tod, von Pest und von Hungersnot sprechen, Gesetzlosigkeit und Gewalt der Zeit beklagen und auf das 13. Jahrhundert zurückblicken wie auf eine längst vergangene goldene Zeit.

Im 14. Jahrhundert beginnt die Verwandlung der Gesellschaft, der Niedergang des Feudalismus, die erste Entwicklung des frühen Kapitalismus. Die Naturalwirtschaft wird durch die Warenwirtschaft verdrängt, die Burg weicht der Stadt, die abgeschlossene, sich selbst versorgende, kleine Wirtschaftseinheit der Feudalzeit wird gesprengt und an ihre Stelle tritt langsam ein Wirtschaftssystem, das das ganze Land umfaßt. Diese Umwandlung, die mehrere Jahrhunderte dauert, wird von einer schweren Krise begleitet, der sogenannten Transformationskrise, die zwar erst im 16. und im 17. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht, aber schon im 14. dem Leben ganz Europas ihren Stempel aufdrückt.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Grundlage fand ihren Ausdruck in der Veränderung der politischen Verhältnisse, die erst nach langen, schweren Kämpfen zustande kam. Eines der Merkmale dieser Zeit ist daher eine Kette von inneren Kriegen – vor allem Fürstenkriegen und Bauernkriegen.

Der Kampf mehrerer großer Fürstengruppen um die zentrale Herrschaft spielte sich in mehr oder weniger veränderter Form in fast allen Ländern Europas ab. In Österreich, wo die Position des Landesfürsten gegenüber dem Hochadel von Anfang an ziemlich stark war, traten die Adelsgruppen oft nicht selbständig auf, sondern bildeten die „Partei“ eines der Habsburger, der mit seinen männlichen Angehörigen um die Krone kämpfte. Aus diesem Grunde wirken die Fürstenkämpfe in Österreich auf den ersten Blick oft wie ein Familienkampf, ein „Bruderzwist im Hause Habsburg“.

In der gleichen Zeit stieg die politische Bedeutung der Städte, die aber in Österreich im allgemeinen nicht als selbständige Kraft, sondern als Verbündete einer der Fürstenparteien auftraten – wenn auch meist mit eigenen Forderungen.

[46:] Die Ständevertretung der geistlichen und der weltlichen Fürsten, Ritter und Städte, und in Tirol auch der Bauern, wurden vorübergehend zu einer selbständigen politischen Kraft. In der Haltung der Stände spiegelte sich die wirre und unstabile Situation dieser Übergangsperiode wider, in der verschiedene Schichten der Bevölkerung, deren Interessen oft miteinander unvereinbar waren, Bündnisse abschlossen – Städte mit Fürsten oder Rittern gegen den Landesherrn, der Landesherr mit gewissen Sektionen des Adels gegen die Städte, Städte der einen Partei gegen Städte, Ritter und Fürsten der anderen. Hin und wieder gab es sogar Allianzen zwischen Rittern und Bauern. Diese Bündnisse waren sehr kurzlebig, es kam nicht selten vor, daß eine Stadt – zum Beispiel Wien – in wenigen Jahren dreimal die Fronten wechselte. Die Geschichte dieser Zeit wirkt deshalb oft so wirr und unverständlich, weil die Zugehörigkeit der einen oder anderen Bevölkerungsschicht zu der einen oder anderen Partei sehr oft nicht von ihren wirklichen historischen Interessen bestimmt wurde, sondern ein Notbündnis im Kampf um unmittelbare Vorteile war. Im Verlauf der Entwicklung kristallisierten sich jedoch immer klarer die Fronten heraus, die den wirklichen Klasseninteressen entsprachen – Städte, Landesherr und oft Bauern auf der einen – Hochadel und Ritterschaft auf der anderen Seite.

In der gleichen Zeit wurde auch der Bauer vom Strom der Ereignisse erfaßt und auf die politische Bühne geschleudert.

Bei den Bauern gab es zwei Prozesse, die zusammenwirkten und sein bisheriges Leben veränderten. Auf der einen Seite wurde diese ärmste Schicht der Bevölkerung, die am wenigsten Reserven hatte und von ihrem Bodenertrag und ihrer Arbeit auch noch den Adel erhalten mußte, besonders schwer von der Transformationskrise getroffen, die eine wirkliche Krise mit Kriegsverwüstung und Hungersnot war.

Gleichzeitig versuchte der Adel nicht nur alle Lasten der Krise auf den Bauern abzuwälzen, sondern er begann auch in dem Augenblick, in dem der Grund und Boden durch die Ausdehnung der Warenwirtschaft auch zum Handelsobjekt wurde, ihn zuerst von Wald und Weide und schließlich auch von seinem Grund und Boden zu verdrängen, oder aber er machte den Versuch, dem Bauern die wenigen Rechte, die ihm in der Leibeigenschaft garantiert waren, zu nehmen und ihn einfach in einen Sklaven zu verwandeln. Auf der anderen Seite wurde der Bauer bewußter und selbständiger, die Berührung mit der neuen Stadt gab ihm nicht nur Wissen, sondern oft auch Bundesgenossen; die Möglichkeit, die Produkte seiner Arbeit in der Stadt zu verkaufen, machte ihn auch wirtschaftlich stärker und gestattete es ihm zum Beispiel manchmal sogar, sich von seinem Grundherrn freizukaufen. Das System der Leibeigenschaft selbst war im Zerfall. Es hing von der Kraft des Bauern ab – und von der Unterstützung, die er von anderen Schichten der Gesellschaft, vor allem von den Städten, erhielt, ob er aus der [47:] Übergangskrise als freierer Mensch – als Höriger oder Pächter – hervorging oder als eine Art Sklave des Grundherrn.

Dieser Kampf des Bauern um seine Rechte drückte sich in den Bauernkriegen aus, die vom Ende des 13. Jahrhunderts an immer wieder in verschiedenen Ländern Europas ausbrachen. Die ersten Bauernkämpfe begannen in Griechenland, in Italien und in Frankreich, die letzten mündeten schließlich, wenn auch in veränderter Form, in den Strom der großen bürgerlichen Revolutionen.

Der Niedergang des Feudalismus führte zu einer neuen Erscheinung, zur Herausbildung der Nationen. In einer Reihe von Ländern wurde der Kampf der Bauern um ihre Emanzipation auch äußerlich sichtbar zu einem Element der nationalen Konsolidierung. Ein solches Land war Böhmen, wo die Hussiten gleichzeitig um ihre bäuerlichen und bürgerlichen Rechte kämpften und nicht nur die Integrität Böhmens verteidigten, sondern überhaupt erst zum Träger und Schöpfer des neuen tschechischen Nationalbewußtseins wurden. Die Hussitenkriege waren eines der größten Ereignisse ihrer Zeit, ihre Wirkung auf die Umwelt entsprach etwa der Wirkung der Französischen Revolution auf das Europa des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Obwohl die Hussiten schließlich geschlagen wurden, hatten sie durch ihren Kampf nicht nur die europäische Kriegführung revolutioniert, nicht nur ihrer ganzen Umwelt die Unterlegenheit des Adels gegenüber der kämpfenden Bauernschaft und dem kämpfenden Bürgertum bewiesen, sondern auch den Bauern in allen Ländern ringsum gezeigt, was sie zu erreichen fähig waren. Es ist durchaus kein Zufall, daß es zum Beispiel in Wien und in Niederösterreich noch jahrzehntelang nach der Niederlage der Hussiten eine „illegale“ Hussitenbewegung gab, die auch durch Prozesse und Todesurteile nicht ausgerottet werden konnte, es war auch kein Zufall, daß die Bauern Ungarns in ihren Aufständen Hussitenlosungen verwendeten und sich als Nachfolger der Hussiten bezeichneten.

Die Bauern des westlichen Österreich, vor allem in Tirol, in Salzburg und bis nach Oberösterreich hinein, standen sehr stark unter dem Einfluß eines anderen Bauernkampfes, der ebenfalls zu einem nationalen Kampf geworden war und im Gegensatz zum Kampf der Hussiten, siegreich blieb – dem Kampf der Schweiz. Eine Föderation Schweizer Kantone hatte es vermocht, in einem zähen Kampf, der sich durch die zweite Hälfte des 13. und einen Teil des 14. Jahrhunderts zog und in der vernichtenden Niederlage der Habsburger bei Morgarten 1315 seinen Höhepunkt fand, die Unabhängigkeit der Schweiz ein für allemal zu sichern. Dieser Sieg war gleichzeitig ein Sieg der Schweizer Bauern gegen den – zumeist fremden – Adel, und der Bauer der Schweiz wurde frei und blieb frei. Der Einfluß der benachbarten Schweiz trug nicht wenig zur Herausbildung des Freiheitswillens – und des Nationalbewußtseins – der Tiroler sowie der oberösterreichischen Bauern bei, die nicht nur, im Gegensatz zu den Bauern anderer österreichischer Provinzen, in den folgenden Jahr-[48:]hunderten ihre Rechte zumeist mit Erfolg verteidigen konnten, sondern auch später wiederholt fremde Überfälle bewaffnet zurückschlugen und – wie in Oberösterreich 1626, in Tirol während des spanischen Erbfolgekrieges und der napoleonischen Kriege – auch um die Zugehörigkeit ihrer Länder zu Österreich kämpften.

Die politische Entwicklung in Österreich hatte zwei Haupttendenzen. Erstens: Kampf der Dynastie – der Habsburger – um die Vorherrschaft im Innern des Landes und die Vereinigung der Macht in einer Hand. Zweitens: Kampf der Dynastie um die Ausdehnung ihres Territoriums zunächst auf die unmittelbar angrenzenden Gebiete – Böhmen und Ungarn.

Der Kampf um die Ausdehnung der Territorien wurde im allgemeinen nicht mit der Waffe in der Hand geführt. Solange die Vorherrschaft der Dynastie im Innern nicht gesichert war, war sie nicht stark genug, um Eroberungskriege durchzuhalten. Die Vergrößerung Österreichs in jener Periode war das Resultat eines jahrhundertelangen vorsichtigen Lavierens, des Ausspielens aller europäischen Gegensätze gegeneinander – Kaiser gegen Papst, Ungarn gegen Böhmen oder Polen, der einen Adelspartei in den Gebieten, nach denen die Habsburger ihre Hand ausstreckten, gegen die andere. Erbverträge, dynastische Ehen, Vormundschaftsverträge über minderjährige Fürstensöhne waren die äußeren Kennzeichen dieser Politik, die praktisch darin bestand, eine der Parteien der neuen Gebiete durch Versprechungen, Bestechung und Vertrag so fest an sich zu ketten, daß sie bereit war, der starken habsburgischen Dynastie die Herrschaft ihres Landes zu übertragen. Das war deshalb immer wieder möglich, weil die ganze Entwicklung in der Richtung der Eingliederung kleiner Gebiete in größere ging, und die Adelsparteien der kleinen Gebiete nur die Wahl hatten, unter die Herrschaft des einen oder des anderen starken Nachbarn zu fallen, nicht aber selbständig zu bleiben. Derjenige, der am meisten zu bieten hatte, wurde als Herrscher anerkannt.

Die Habsburger erwarben auf diesem Weg im 14. Jahrhundert Tirol, Istrien, die Windische Mark, Vorarlberg und Görz und erreichten die Rückgabe Krains aus der Görzschen Pfandschaft. Diese Erwerbungen gingen zwar verhältnismäßig friedlich vor sich, aber der Zustand, der sich daraus ergab, war alles andere als friedlich. In allen angegliederten Ländern gab es mehrere Fürstenparteien – eine pro-habsburgische und eine oder mehrere andere, die das Geschäft mit einer anderen Dynastie machen wollten. Selbst wenn die Opponenten für kurze Zeit befriedigt wurden, ließ sie ihr Appetit nicht lange ruhen – und auch die pro-habsburgischen Adelsgeschlechter waren durchaus bereit, sich mit der Drohung einer Unterstützung des anderen Aspiranten auf das Land neue Zugeständnisse zu erpressen. Jeder Angliederung folgte deshalb eine Kette von Adelsverschwörungen und Adelsrebellionen. Die Aufstände des steirischen und des Kärntner Adels zu Ende des 13. Jahr-[49:]hunderts, die Kämpfe zwischen der pro-venezianischen und der prohabsburgischen Partei nach der Angliederung Triests 1382 sind nur einige Beispiele dafür. Seit Beginn des 15. Jahrhunderts entstanden ganze Fürstenbünde, Allianzen, die quer durch die Erblande gingen, allerdings meist rasch wieder zerfielen. Zur gleichen Zeit entstand etwas anderes – Bünde zwischen den Ländern selbst. Diese Bünde richteten sich nicht immer gegen den Landesfürsten, sie waren meist ein Organ der Selbsthilfe. Die Vereinigung von Ländern in der Hand einer Dynastie bedeutete noch nicht Zentralisierung. Jedes Gebiet war mehr oder weniger autonom, mußte aber auch selbst für seine Sicherheit sorgen. Die Bünde waren ein Mittel, die Interessen des Landes zu vertreten und gegen alle kämpfenden Parteien seine Sicherheit zu verteidigen. In dieser stürmischen Zeit wurden auch (seit Beginn des 14. Jahrhunderts) die Landesvertretungen, die Stände, zu einer politischen Realität. So widersprechend die Interessen von Adel und Städten auch sein mochten sie hatten alle ein Interesse an Ruhe und einer geregelten Verwaltung. Es gelang den Habsburgern immer wieder, ihre Herrschaft zu festigen, ihre Gegner zu trennen und sie getrennt, sei es allein, sei es mit Hilfe verbündeter Fürsten, zu schlagen, Aufstände niederzuwerfen, schwankende Parteien an ihre Seite zu ziehen. Oft gelang es ihnen im allerletzten Augenblick, oft stand ihr eigener Hals auf dem Spiel. Der Anblick eines Landesfürsten, der von den Herren der gegnerischen Partei verfolgt durch das Land floh oder in einer umzingelten Burg belagert und ausgehungert wurde, war in dieser Zeit keine Seltenheit. Daß es ihnen doch gelang, sich zu behaupten, war nur zum Teil ihr Verdienst. Die Entwicklung stärkte die Kräfte, die zuerst ihre potentiellen, dann mit dem Ende des 14. Jahrhunderts ihre wirklichen Verbündeten wurden – die Städte. Städtisches Bürgertum und Bauern waren an der Beendigung der Adelskämpfe, die das Land in einen Zustand des ständigen Bürgerkriegs versetzten, interessiert und beteiligten sich immer weniger und weniger an den Kämpfen der adeligen Fronde. Seit etwa 1400 waren sie ein ziemlich fester Verbündeter der Habsburger.

In all diesen Kämpfen gelingt es den Habsburgern noch, ihre Selbständigkeit gegenüber den deutschen Kaisern nicht nur zu behaupten, sondern sich sogar immer mehr von ihnen unabhängig zu machen. Unter Rudolf IV. (1358-1365) gelang es ihnen, von Karl IV. das „Privilegium majus“ zu erhalten, das sie praktisch von allen Lehenspflichten gegenüber „Kaiser und Reich“ befreite. Der

Anspruch auf das Privilegium wurde durch Dokumente, die angeblich von Julius Cäsar, Nero, Heinrich IV. und einer Reihe anderer geschichtlicher Personen stammten, belegt. Alle Beteiligten waren sich darüber klar, daß sie eine offene und unverschämte Fälschung waren, und alle Beteiligten gingen über diese Tatsache höflich hinweg. Durch das „Privilegium majus“ wurden die Habsburger von jeder Steuer und Dienstleistung ans Reich befreit. Im Kriegsfalle brauchten sie nur eine symbolische Armee von 12 Mann zu [50:] stellen und auch die nur in einem Reichskrieg gegen Ungarn. Zur Belehnung eines Habsburgers mußte der Kaiser nach Österreich kommen, nicht der Habsburger an den Kaiserhof. Kam der Kaiser aber nicht, dann galt die Belehnung nach dreimaliger schriftlicher Anfrage als vollzogen. Der Herzog konnte die Gerichtsbarkeit des Kaisers für sich anerkennen, war aber nicht dazu verpflichtet. Er hatte das Recht, neue Gebiete – auch wenn es sich um Reichs- oder Kirchenlehen handelte – durch Geschenk, Vererbung, Verkauf oder Verpfändung zu erwerben. In seinen Erbländern war er unumschränkter Herrscher und oberster Gerichtsherr die Fürsten unterstanden ihm direkt und hatten bei Gerichtsentscheidungen nicht einmal das Appellationsrecht an den Kaiser. Gleichzeitig wurden sämtliche Regalien, Zölle, Gerichtsabgaben, Mauten, Erträgnisse von Bergwerken und Salinen, Erträgnisse der Münze, Wälder usw., zu seinen Privateinkünften. Achtzig Jahre später erhielt der Habsburger Friedrich III. für seine Unterstützung des Papstes Eugen VI., auf dem Konzil von Konstanz auch außerordentliche Privilegien gegenüber der Kirche. Er erhielt das Recht, die Kandidaten für die wichtigsten Bischofssitze selbst zu nominieren und auf die Besetzung der wichtigsten Stellen in Klöstern, Kathedralen und Kollegiatstiften Einfluß zu nehmen. Sein Recht, die Steuerfreiheit für kirchlichen Grundbesitz nach Belieben aufzuheben, wurde ebenfalls stillschweigend anerkannt.

Ab 1414 trugen die Habsburger den Titel Erzherzog. 1438 wurde Albrecht V. zum deutschen Kaiser gewählt. Dieser Titel blieb in der Familie der Habsburger bis zum Jahre 1806.

Obwohl der Titel „Deutscher Kaiser“ immer mehr an Bedeutung verlor und nach dem Westfälischen Frieden überhaupt zu einem leeren Höflichkeitsprädikat wurde, hatte der habsburgische Kampf um die deutsche Kaiserkrone für Österreich keine gute Wirkung. Die Habsburger fühlten sich zwar niemals als „deutsche Kaiser“ in dem Sinne, daß sie in irgendeiner Weise für die innere Entwicklung in den Staaten des heutigen Deutschland verantwortlich gewesen wären. Ob Deutschland blühte, welkte oder seine Völker sich gegenseitig auszurotten versuchten, interessierte sie wenig. Für sie bedeutete die Position eines deutschen Kaisers die Möglichkeit, als österreichischer Fürst *über* Deutschland, oder besser gesagt, über gewisse deutsche Staaten eine Vorherrschaft auszuüben und gegenüber dem jahrhundertealten Rivalen Frankreich eine bessere Position einzunehmen. Die politisch Klügeren unter den Habsburgern ließen, soweit es irgendwie ging, die Finger von allen deutschen Angelegenheiten, andere konnten aber nicht der Versuchung widerstehen, sich in die deutschen Fürstenintrigen und Fürstenkämpfe einzumischen, um auf diese Weise ihr eigenes politisches Gewicht zu erhöhen. Die politische und militärische Energie, die man dabei aufwandte, wäre einer besseren Sache würdig gewesen, die Schmiergelder, die man immer wieder ausgab, um sich die deutsche Kaiserkrone zu sichern, waren praktisch hinausgeworfene [51:] Geld, denn im Ernstfall richteten sich die deutschen Fürsten natürlich nicht nach irgendwelchen Verpflichtungen gegen „ihren“ Kaiser, sondern verkauften sich einfach an den Meistbietenden. Das Manövrieren und Intrigieren, das sich bei jeder Kaiserwahl wiederholte, hatte noch einen Nachteil. Die Habsburger vernachlässigten dadurch nicht nur österreichische Angelegenheiten, sondern stärkten im Verlauf der „Vorarbeit“ für die Kaiserwahl gewisse deutsche Fürsten „ihrer“ Partei, die ihnen dann selbst sehr unangenehm wurden. Zum Beispiel trugen die habsburgischen Wahlmanöver nicht wenig zum Aufstieg jener Macht bei die ihnen bei erster Gelegenheit dann an die Gurgel sprang – des friderizianischen Preußen.

Seit Mitte des 14. Jahrhunderts versuchten die Habsburger, Böhmen und Ungarn mit ihrem Besitz zu vereinigen. 1438 benützte Albrecht V., Schwiegersohn des Luxemburger Kaisers Sigismund, die Erschöpfung, die in Böhmen dem Sieg der Utraquisten folgte, um sich von einem Teil des böhmischen Adels zum König von Böhmen wählen zu lassen. (Die Utraquisten waren die „rechte“, vor allem adelige Richtung der Hussitenbewegung.) Gleichzeitig wurde er – als Gatte der Tochter Sigismunds – als Kaiser auch König von Ungarn, ungarischer Wahlkönig. Die Herrschaft der Habsburger dauerte

nur wenige Jahre. Böhmen wie Ungarn waren kein Görz und kein Triest. In beiden Ländern war die nationale Entwicklung so stark fortgeschritten, daß sie sich nicht ohne weiteres von den Habsburgern schlucken ließen. In diesen Ländern waren die Fürstenkämpfe keineswegs beendet, der Adel war keineswegs geschlagen – aber die Habsburger saßen trotz ihrer Kaiserwürde nicht fester im Sattel als die anderen Kronkandidaten.

Die Machtkämpfe in Österreich hatten in der gleichen Zeit eine neue Form angenommen, die der habsburgischen Familienkämpfe. Verschiedene Linien der Familie Habsburg, jede mit einer eigenen Adelspartei, kämpften miteinander um die Herrschaft. Zur Regierungszeit Friedrichs III. erreichten diese Kriege ihren Höhepunkt. Friedrich III., der die Vormundschaft für Ladislaus Posthumus, den minderjährigen Sohn Albrechts und Elisabeths, der Tochter Sigismunds, übernommen und als kaiserlichen Verwalter Böhmens Georg Podiebrad und als Verwalter Ungarns Johannes Corvinus bestätigt hatte, wurde von der Gegenpartei unter Führung des Grafen von Cilli und des Bruders Friedrichs III., Herzog Albrecht, gezwungen, Ladislaus dem Grafen Cilli auszuhändigen. Ladislaus – das heißt, in Wirklichkeit der Graf von Cilli und seine Partei – wurde damit zum Herrscher Böhmens, Österreichs und Ungarns. Der Graf von Cilli wurde Statthalter Ungarns – und starb kurze Zeit später durch die Hand eines Mitglieds der corvinischen ungarischen Nationalpartei. Ladislaus starb im Alter von 17 Jahren in Prag – wahrscheinlich durch Gift. In Prag und in Ofen wurden nun nationale Könige gewählt – Georg Podiebrad und Matthias Corvinus der Sohn von Johannes Corvinus. Friedrich III. wurde von der anticorvini-[52:]schen Partei zum Gegenkönig gewählt, aber die Wahl blieb ein rein platonischer Akt. In Österreich gingen die Kämpfe zwischen den Habsburgern Friedrich III., Albrecht IV. und Sigismund von Tirol weiter. Wien rebellierte gegen Friedrich und verbündete sich mit Albrecht. Friedrich III. wurde in der Hofburg belagert, nur das Eingreifen seiner Privatsöldner und die Vermittlung Georg Podiebrads retteten ihn und seinen kleinen Sohn, den späteren Maximilian I. Dann wechselte Wien die Front, verbündete sich mit Friedrich – und der Krieg begann von neuem. 1468 brach zu allem anderen noch ein steirischer Adelsaufstand und ein Aufstand in Triest aus.

So atmete ganz Österreich erleichtert auf, als Matthias Corvinus (Georg Podiebrad war 1471 gestorben) 1482 das Land bis an die Enns eroberte. Wien, nun Corvinus' Herrschaftssitz, erfuhr nach langer Zeit wieder, was Frieden hieß. Die Herrschaft Matthias Corvinus' war im Grunde nicht fester verankert als die Friedrichs III., der nun im Exil in Graz saß. Zwischen der vorübergehenden Ruhe der Herrschaft Corvinus' und dem Chaos der Fürstenkämpfe stand nichts als seine eigene Person. Um dieses Chaos zu beenden, brauchte man mehr als einen starken Fürsten allein – man brauchte die endgültige Niederschlagung des Adels und einen neuen einheitlichen, zentralen Staat. Der Mann, der ihn schaffen konnte, würde der Sieger sein, das Land, in dem er zuerst entstand, würde die anderen unter seiner Herrschaft vereinigen. Der Mann, der diesen Staat schaffen sollte, war um jene Zeit fast ein Landloser, ein junger Flüchtling am Hofe von Burgund, Maximilian I., den man den „letzten Ritter" nannte, und der in Wirklichkeit der erste moderne Herrscher des neuen Österreich wurde.

Die Zeit der großen Umwälzung

Die Zeit zwischen der zweiten Hälfte des 15. und der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist die große Übergangsperiode Europas. An Stelle des losen, feudalen, überstaatlichen Systems, das den Begriff der Nationen noch nicht kannte, trat am Ende dieser Zeit der geschlossene, verhältnismäßig einheitliche, absolutistische Staat, der Staat der großen Dynastien, die nach den Worten eines englischen Historikers „die Fäden sind, um die herum sich die Nationen kristallisieren", der Staat, der den Bedürfnissen der großen neuen Kraft, des Bürgertums, entsprach, des Bürgertums, das zwar schon stark genug war, politische Bedingungen zu erzwingen, in denen es sich weiterentwickeln konnte, aber noch nicht stark genug, um selbst die politische Herrschaft anzutreten.

Der Adel hörte in den meisten Ländern auf, eine selbständige poli-[53:]tische Kraft zu sein, wenn er auch seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Privilegien zum Teil behielt. Die Macht lag in der Hand der Dynastien, die sich einen eigenen – zum Teil schon bürgerlichen – Beamtenapparat und einen von ihnen abhängigen Hofadel schufen. Jede Dynastie versuchte, sich einen zusammenhängenden, abgerundeten Staat zu schaffen, der gleichzeitig möglichst viele reiche und wirtschaftlich

wichtige Gebiete enthalten sollte. Die Periode des 16. und des 17. Jahrhunderts war die Zeit großer Kriege – der Kämpfe der Dynastien um solche Gebiete.

Wenn man die innenpolitische Entwicklung der europäischen Länder zusammenfassen wollte, müßte man diese Periode die Periode des Kampfes zwischen den zentrifugalen und den zentripetalen Kräften nennen. Die absolutistische Monarchie war die zentripetale, zusammenschweißende Kraft, der Adel die zentrifugale, auseinandertreibende. Die Dynastien versuchten einen einheitlichen Staat zu schaffen in dem die ganze Macht in ihren Händen lag, der Adel versuchte das Entstehen eines solchen Staates zu verhindern und ihn, wenn er schon da war, zu zerbrechen. Mit der Entstehung der Herrschaft einer zentralen Dynastie war der Kampf noch nicht entschieden – überall dauerte es 100 bis 200 Jahre, bis die Macht des Hochadels endgültig gebrochen wurde und er aufhörte, das Gefüge des neuen Staates zu bedrohen. Der Kampf zwischen zentrifugalen und zentripetalen Tendenzen spielte sich in den verschiedensten Formen ab. Manchmal waren es reine Adelsaufstände, wie die französischen Adelsverschwörungen gegen Richelieu und Mazarin, manchmal verbündete sich ein Teil des Bürgertums mit dem Adel gegen die Krone und benützte die Stände in seinem Kampf, wie im Aufstand der französischen Fronde, die im Namen der Freiheit der Stände und unter Ausnützung bürgerlicher Forderungen die Vorherrschaft einiger großer Fürsten wiederherzustellen versuchte. In Mitteleuropa nahm der Kampf zwischen zentrifugalen und zentripetalen Kräften schließlich den Charakter eines Religionskampfes an. Hinter den Kämpfen zwischen Reformation und Gegenreformation in Deutschland und den Kämpfen zwischen Hugenotten und Krone in Frankreich steckte der gleiche Konflikt wie im Kampf der Tudors gegen den rebellischen Hochadel oder später im Kampf Peters des Großen von Rußland gegen die Bojaren. Immer wieder ging es um die Frage: gelingt es, im Lande eine zentrale Gewalt zu schaffen oder nicht.

Die Entstehung des absolutistisch-zentralistischen Staates war ein notwendiges Übergangsstadium in der Entwicklung der modernen Gesellschaft, eine Voraussetzung zur Entstehung der Nation. Aber in einigen Ländern waren die Kräfte des Adels zu stark, um entscheidend geschlagen zu werden. Die Weiterexistenz des Feudalismus erstickte allmählich die Entwicklung in diesen Ländern, hielt den Wachstumsprozeß des Bürgertums auf, führte zu ständigen inneren Kriegen, zu kulturellem Zerfall und schließlich oft zum Verlust der staatlichen Selb-[54:]ständigkeit der Länder oder machte sie zum Kampfplatz der großen Mächte.

Die Länder, in denen sich im Verlauf der Übergangsperiode eine Zentralgewalt herausbildete, waren Frankreich, Spanien, England, Portugal, Schweden, Österreich und Rußland. Die Länder, in denen das nicht gelang, waren: Italien, Deutschland, die Staaten des Balkans und Böhmen. Die Balkanländer und Böhmen fielen unter fremde Herrschaft; Deutschland und Italien wurden zum europäischen Kriegsschauplatz. In Polen gelang es zwar, vorübergehend eine Zentralgewalt zu schaffen, aber sie war nicht fest genug verwurzelt und fiel schließlich dem nicht endgültig liquidierten Adel zum Opfer. Zwei Länder – die Schweiz und Holland – bildeten eine Ausnahme. Hier entstand aus einem Bund freier Städte und Provinzen, in denen das Bürgertum das Übergewicht hatte, ohne die Zwischenform des Absolutismus frühzeitig der bürgerlich-demokratische Staat.

Die große gesellschaftliche Umwälzung des 15., 16. und 17. Jahrhunderts drückte sich auch auf dem Gebiet der Kultur aus. Die Zeit des 15. und des 16. Jahrhunderts ist die Periode der Erfindungen und Entdeckungen, der Entdeckung Amerikas, der Umsegelung Afrikas, der Erfindung der Feuerwaffe, der Buchdruckerpresse. Sie ist die Periode einer Revolution in Naturwissenschaft und Philosophie, der Neugestaltung der Physik und der Mathematik, der Astronomie, Chemie und Anatomie. Sie ist die Periode der Renaissance in der Kunst, der Entstehung des modernen Dramas und des modernen Romans in der Literatur. Wenige Zeiten glänzen durch eine solche Fülle von tönenden Namen wie diese Jahrhunderte: Columbus und Galilei, Copernikus und Bacon, Comenius und Spinoza, Shakespeare und Cervantes, Leonardo da Vinci und Raphael, Dürer, Grünwald und die großen niederländischen Maler. Es ist die Zeit in der Machiavelli die Theorie des Absolutismus niederlegt und Thomas Morus das Bild einer kommenden sozial gerechten Welt zeichnet, die Zeit, in der die Menschen an der Gerechtigkeit und Ewigkeit des Bestehenden zu zweifeln begannen und die Gesetze der neuen Zeit, in die sie eintraten, zu erkunden und festzuhalten versuchten.

Wie jede neue Gesellschaft, wurde auch diese in Schmerzen und Blut geboren. Das Zerbrechen der alten politischen und wirtschaftlichen Formen, die Entstehung neuer, war von einer schweren Übergangskrise begleitet, die Inflation, Hunger und Arbeitslosigkeit mit sich brachte. In ihr spielten sich große revolutionäre Erhebungen ab – der deutsche und der österreichische Bauernkrieg, die Aufstände der französischen und der italienischen Bauern und jene Volksaufstände, bei denen bereits nationale Momente eine entscheidende Rolle spielten – die Hussitenkriege, der Aufstand der Niederlande, der oberösterreichische Bauernaufstand 1626.

In Österreich vollzog sich in dieser Zeit nicht nur die Entstehung [55:] und Befestigung des Absolutismus, der in Österreich wie in Frankreich seine Herrschaft erst nach 200jährigem Machtkampf sichern konnte. Österreich führte in dieser Periode auch einen ständigen Zweifrontenkrieg – den Abwehrkampf gegen die Türken im Osten, im Westen den Kampf um die Vorherrschaft in Mitteleuropa und in Italien gegen Frankreich. Diese Tatsache drückte der ganzen Entwicklung Österreichs ihren Stempel auf. Auf der einen Seite verstärkte die Türkengefahr die Zentralisierungstendenzen, weil nur ein zentralisierter, starker Staat eine solche Belastungsprobe aushalten konnte. Sie erleichterte vorübergehend die Eingliederung nichtösterreichischer Gebiete in Mittel- und Osteuropa in die Monarchie – zum Beispiel Böhmens und Westungarns 1526 – weil die Zugehörigkeit zu einem starken zentralisierten Österreich den Menschen in diesen Ländern einen greifbaren Vorteil bot – den Schutz gegen die Türken. Die territoriale Vergrößerung der österreichischen Monarchie ging auf, diese Weise verhältnismäßig leicht vor sich. Aber aus den Umständen, die im 16. und im 17. Jahrhundert zur Entstehung einer starken österreichischen Monarchie beitrugen, wurden die Widersprüche geboren, die Ende des 18. und im 19. Jahrhundert die Entwicklung in Österreich hemmten und schließlich das ganze Gebäude der Monarchie sprengten.

Zweihundert Jahre lang, von der Katastrophe auf dem Schlachtfeld von Mohacs 1526 bis zur Zeit, als Prinz Eugen die Türken hinter Belgrad zurücktrieb, war Österreich unmittelbares Hinterland einer Front, die sich bald vorschob, bald zurückschob, aber niemals aufhörte, Front zu sein. Wien, die Hauptstadt des Landes, war niemals vor türkischen Belagerungen sicher. Infolgedessen wurde ein sehr beträchtlicher Teil der Energien des ganzen Volkes für Kriegszwecke verbraucht, ein großer Teil der Arbeit der Handwerker, Bauern, des neuen Verwaltungsapparates diente nicht produktiven Zwecken, sondern der Ausrüstung von Armeen, der Abwehr feindlicher Überfälle. Das Geld der Staatskasse, ein Teil der Verdienste des neuen Bürgertums flossen ins bodenlose Faß der Militärausgaben. Selbstverständlich hatten Krieg und Kriegskosten in der damaligen Zeit keine so entscheidende Wirkung auf die Wirtschaft des Landes wie heute, weil der Krieg nur auf einem begrenzten Gebiet und mit zahlenmäßig kleinen Kräften geführt wurde. Aber trotzdem gingen diese zweihundert Jahre Aderlaß nicht spurlos an dem sich entwickelnden österreichischen Bürgertum vorbei. Dieses System einer stark vom Krieg beeinflußten Wirtschaft führte zwar zunächst zu einer starken Entwicklung des Bergbaus und aller Produktionszweige, die mit dem Krieg zusammenhängen, machte aber die Manufakturproduktion noch stärker und länger als anderswo von der Krone und ihren Bedürfnissen abhängig und verlangsamte damit die selbständige, wirtschaftliche – und später politische – Entwicklung des österreichischen Bürgertums. Ende des 18. Jahrhunderte wirkte sich das aus – die Reformen Maria Theresias und Josephs II. waren Reformen [56:] „von oben“, nicht Reformen des Bürgertums selbst. Die Tatsache, daß das junge Bürgertum Österreichs nicht am Wettlauf um Kolonien und Überseebesitz teilnehmen konnte, wirkte sich ebenfalls Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts aus. Das österreichische Bürgertum, das keinen Zugang zu überseeischen Rohstoffen hatte und keinen Überseehandel betreiben konnte, führte auch aus diesem Grund seine industrielle Revolution später und unvollständiger durch als das Bürgertum anderer Länder.

Die Umwelt

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts waren die Verhältnisse in den an Österreich angrenzenden Gebieten folgende:

Italien

Italien, eines der Länder, in denen im Mittelalter die städtische Produktion am höchsten entwickelt war, bestand aus zahlreichen selbständigen Stadtrepubliken und Fürstentümern, deren wichtigste das Fürstentum Neapel, der päpstliche Staat mit Rom als Hauptstadt, Mailand, die Stadtrepubliken Venedig, Genua und Florenz waren. Keines von ihnen war aber stark genug, um gegenüber den anderen die Vorherrschaft zu erkämpfen und Italien unter seiner Führung zu vereinigen. Im Gegenteil, die Nichtüberwindung des fürstlichen und republikanisch-oligarchischen Partikularismus führte zum Kampf aller gegen alle. In diesem Kampf versuchte jede italienische Macht, ihre Position durch Anlehnung an eine außeritalienische Macht zu stärken. Diese außeritalienischen Mächte, die ihrerseits um den Besitz Italiens oder den Einfluß auf Italien kämpften, waren Frankreich auf der einen, Spanien und Österreich auf der anderen Seite.

Deutschland

Anfang des 16. Jahrhunderts unternahm der päpstliche Legat Campano eine Informationsreise durch Deutschland. In seinem Bericht an den Papst findet man die Worte: „Ganz Deutschland ist eine große Räuberhöhle.“ Die Feststellung war zu jener Zeit nicht unberechtigt.

Deutschland befand sich in einer ähnlichen, wenn auch weit schlimmeren Lage als Italien. Die Dezentralisierung der politischen Kräfte hatte in diesem großen Territorium ein gigantisches Ausmaß ange-[57:]nommen. Es bestand zu jener Zeit aus mehr als 300 selbständigen Fürstentümern, Bistümern, Herzogtümern, freien und reichsunmittelbaren Städten – und zwei reichsunmittelbaren und selbständigen Dörfern. Bei einer einzigen Kaiserwahl trafen sich einmal 70 Fürsten, mehr als 100 Bischöfe und Erzbischöfe und – 6400 Ritter. Von allen europäischen Ländern steckte Deutschland politisch am tiefsten im absterbenden und verfaulenden Feudalismus.

Die Adelskämpfe, in anderen großen Ländern bereits mehr oder weniger beendet, waren in Deutschland in vollem Schwung. Jede Stadt, jedes Fürstentum lag im Kampf gegen andere oder gehörte irgendeiner Kräftekombination, einem Bund an. Jeder Fürst, jeder große Adelige hatte nach wie vor sein eigenes Zoll- und Abgabensystem, seine eigene Rechtsprechung, vergab seine eigenen Privilegien. Je schärfer der Adelskampf wurde, desto stärker war die Unterparzellierung des adeligen Grundbesitzes, weil sich auch der kleinste Ritter durch Bodenvergebung eine Anhängerschaft zu schaffen versuchte. Zu gleicher Zeit aber gab es Inflation, gab es alle Krisenerscheinungen, die der Übergang zur Geldwirtschaft mit sich brachte, gab es jene Verarmung des Rittertums, die in ganz Europa vor sich ging, nur daß die Zahl der verarmten Ritter in Deutschland bereits ungleich höher war als irgendwo anders. Ein kleiner Teil der Ritter, wie etwa Franz von Sickingen, versuchte sich dadurch vor dem Verhungern zu retten, daß er Privatarmeen aufstellte und sich als Landsknechtsführer dem Meistbietenden anbot, der größere Teil jedoch verlegte sich offen auf das Räuberhandwerk.

Im Verlauf des 16. und des 17. Jahrhunderts entwickelten sich in Deutschland einige starke fürstliche Mächte – Sachsen, Bayern, die Pfalz, später Brandenburg. Aber auch hier war keiner der Fürsten stark genug, die anderen niederzuzwingen, und aus dem Kampf aller gegen alle wurde der Kampf einiger großer Fürsten mit ihren städtischen und ritterlichen „Satelliten“. Zwei Schichten waren in Deutschland an der Herstellung einer Zentralgewalt interessiert und sehnten sie herbei: das städtische Bürgertum und die Bauern. Aber die Städte waren zu tief in die fürstlichen Mächtekombinationen verstrickt, um gemeinsam und aktiv die Entstehung einer Zentralgewalt zu unterstützen; auch sie standen im Kampf gegeneinander. In ganz Deutschland gab es nur eine einzige Schicht, die außerhalb der Mächtekombinationen stand und die deshalb politisch in der Lage war, diese Forderungen zu rechtfertigen. Das waren die deutschen Bauern, auf deren Rücken und auf deren Kosten die Machtkämpfe durchgeführt wurden. Wäre der deutsche Bauernkrieg erfolgreich gewesen – vielleicht hätte Deutschland den Sprung aus dem Mittelalter in eine neue fortschrittliche Gesellschaft gemacht, vielleicht hätte der zerfallende deutsche Feudalismus, der verfaulend das Leben des ganzen Landes lähmte und vergiftete, endlich sterben. dürfen.

[58:] Aber als sich die deutschen Bauern 1525 erhoben, einigten sich alle übrigen Kräfte der Gesellschaft gegen sie – Fürsten und Städte, Kirche und Ritter. Der Bauernkrieg endete nicht nur mit einer

Niederlage der Bauern, sondern auch mit der Ausrottung Zehntausender ihrer Besten, mit der Aufrichtung der Leibeigenschaft auf Jahrhunderte hinaus. Den Bauern wurde das Rückgrat gebrochen. Aber in dem Strom von Blut, das der rachehungrige Adel vergoß, ertrank mit der schwarzen Fahne des Bauernkrieges auch die Hoffnung auf die Schaffung eines deutschen Staates, auf die Entstehung einer deutschen Nation.

Deutschland in seiner Ohnmacht war für ganz Europa vielleicht nicht weniger gefährlich als Deutschland in seiner Macht. Dieses große, von Kämpfen zerrissene Land absorbierte und verstärkte alle europäischen Konflikte. Sein Zustand war für alle anderen Staaten an seiner Grenze eine ständige Einladung, ihre eigenen Konflikte mit Hilfe der deutschen Fürsten und mit Ausnützung ihrer Kräfte auszutragen. In Frankreich, in Österreich und in anderen Ländern verstärkte und verlängerte die bloße Existenz deutscher Fürsten, mit denen sich der einheimische Hochadel verbünden konnte, den Widerstand dieser reaktionären Kräfte.

Alle Mächte Europas – einschließlich der Habsburger – betrachteten Deutschland als billiges und fast unerschöpfliches Truppenreservoir.

Böhmen, Ungarn, die Balkanländer

Böhmen war wie Italien eines der europäischen Länder gewesen, in denen sich die städtische Produktion am frühesten entwickelt hatte, in dem die wirtschaftliche Entwicklung zum frühen Beginn der Entwicklung der nationalen Kräfte geführt hatte, zur Entstehung einer großen und blühenden eigenen Kultur, zur Entstehung eines Nationalbewußtseins. Allerdings wurde das reiche Böhmen, so wie das reiche Italien, frühzeitig zu einem lockenden Preis, nach dem jede starke Fürstenmacht die Hand auszustrecken versuchte. Der Hussitenkrieg, in dem zum ersten Male die Forderung nach einer eigenen, nur Böhmen zugehörigen Staatskirche erhoben wurde, einer Kirche, die in der Landessprache zum Volke sprach, war der erste Nationalkrieg Europas gewesen. Aber ebenso wie Italien hatte auch Böhmen Anfang des 16. Jahrhunderts die politischen Kräfte des Feudalismus nicht überwunden. Im Gegensatz zu Italien war in Böhmen zwar für einige Zeit ein nationales Königtum entstanden, aber keine Dynastie hatte ihre Herrschaft stabilisieren können.

Die Hussitenkriege hatten mit der Niederlage der „Linken“, der Taboriten, und dem Sieg der „Rechten“, Utraquisten, geendet. Vor allem aber war der große Adel nicht geschwächt, sondern gestärkt aus den Kriegen hervorgegangen. Seine Macht war stärker als zuvor, seine Überwindung schwerer. Seit dem Ende der Hussitenkriege befand sich Böhmen politisch in einer schweren Krise.

[59:] Seit dem Ende der Hussitenkriege gab es in Böhmen nur eine kurze Zeit lang ein nationales Königtum. Von 1458 bis 1471 herrschte Georg Podiebrad, utraquistischer Wahlkönig des Landes. Nach seinem Tode ging die Krone Böhmens für fast ein halbes Jahrhundert in nichtböhmischen Besitz über. Von 1471 bis 1526 regierte in Böhmen die jagellonische Dynastie, die gleichzeitig Ungarn beherrschte. 1526 fiel der letzte Jagellone, Ludwig II., in der Schlacht von Mohacs und die pro-habsburgische Richtung des böhmischen Adels setzte die Wahl Ferdinands I. als König von Böhmen durch.

In Ungarn und den Ländern des Balkans befand sich die politische Macht ebenfalls in den Händen des Hochadels. In Ungarn war sie fast unumschränkt. Dort hatten die Stände als Ganzes überhaupt nicht die Möglichkeit, in die Führung der Landesgeschäfte einzugreifen. Die Macht befand sich weder in ihrer Hand noch in der Hand der Jagellonen, die kaum mehr waren, als Marionetten in der Gewalt des Hochadels, sondern vollständig in der Hand einiger hundert großer Magnatenfamilien. Die unbeschränkte Herrschaft des Hochadels verhinderte nicht nur die Überwindung der Leibeigenschaft, die Entwicklung des frühen Kapitalismus, sie bedrohte auch die Sicherheit des Landes. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts drohte den ost- und mitteleuropäischen Ländern eine neue und furchtbare Gefahr – der Vormarsch der Türken. Ein Land nach dem anderen fiel ihnen zum Opfer. Seit Beginn des 16. Jahrhunderts bedrohten sie auch Ungarn.

1514, als die Gefahr eines Türkeneinfalls unmittelbar schien, erhob sich das ganze Volk – Städter, kleiner Adel, Bauern – zur Verteidigung des Landes. Es war nicht notwendig, die Bauern auszuheben,

sie strömten freiwillig zu den Fahnen. Aber der Adel Ungarns protestierte gegen die Teilnahme der Bauern am Kampf, denn – so erklärten die Herren Ungarns – wenn die Bauern zum Kampf gegen die Türken auszögen, könnten sie den Herren die Ernte nicht einbringen. Diese Erklärung war nur ein Vorwand. Was die Herren wirklich fürchteten, war, daß die Krone, wie es damals üblich war, die Bauern, die am Krieg teilnahmen, von der Leibeigenschaft befreien würde. Aus dem Versuch der Herren, die Bauern zurückzuschicken, aus dem Widerstand der Bauern, die ihr Land verteidigen wollten, wuchs der große Bauernkrieg von 1514, den der ungarische Adel nur mit Hilfe des Feindes niederschlagen konnte – mit Hilfe Johann Zapolyas, des Fürsten von Siebenbürgen, des engsten Verbündeten und Vasallen des türkischen Reiches. Zapolya wurde mit einer Hilfsarmee ins Land geholt, der Bauernaufstand wurde blutig niedergeschlagen. Als „Strafe“ wurde über alle Bauern Ungarns die Leibeigenschaft „für ewige Zeiten“ verhängt. 1526 zeigten sich die Folgen. Die Bauern weigerten sich, das Land gegen die Türken zu verteidigen. Die türkische Herrschaft, so erklärten sie, könne nicht ärger sein als die Knechtschaft, in der sie sich befanden. Auch ein Teil des Adels folgte nicht dem Aufgebot. Die Herren begnügten sich damit, ihre eigenen Schlösser zu verteidigen. Mit der Katastrophe auf dem [60:] Schlachtfeld von Mohacs endete die Existenz des selbständigen Ungarn. Der kleine Streifen des Landes, der nicht von den Türken besetzt wurde, unterwarf sich der Herrschaft der österreichischen Dynastie.

In den übrigen Ländern des Balkans lagen die Verhältnisse ähnlich. Der Sultan hatte wohl vor allem die Verhältnisse in diesen, dem türkischen Reich benachbarten Ländern im Auge, als er 1500 in einer Ansprache an seine Wesire ihnen folgende Schilderung ihrer Gegner gab:

„Die Christen kämpfen ständig gegeneinander, weil jeder einzelne von ihnen König oder Fürst oder der Erste unter ihnen sein will. Einer sagt zum anderen ‚Bruder, hilf mir heute gegen diesen Fürsten und ich werde dir morgen gegen jenen helfen.‘ Fürchtet euch nicht vor ihnen, es herrscht keine Einigkeit unter ihnen ... Wenn sie eine Schlacht verlieren, sagen sie immer, ‚wir waren nicht gut vorbereitet‘ oder ‚dieser oder jener Verräter hat uns verraten‘ oder ‚die Türken haben unser Land dadurch besetzt, daß sie unsere inneren Schwierigkeiten für sich selbst ausgenützt haben.‘“

1458 fiel Serbien, 1463 folgten Bosnien und Slawonien, die griechischen Inseln folgten nach kurzem Widerstand. Die türkische Welle rollte langsam, aber unaufhaltsam weiter. Sie rollte bis Österreich. Dort wurde sie gebrochen. Denn in Österreich hatte sich eine andere Entwicklung abgespielt als in den Ländern, in denen der Adel unumschränkt regieren durfte.

[61]

III.
Der Absolutismus übernimmt die Macht

[63:]

Der soziale und wirtschaftliche Hintergrund

Österreich zu Beginn des 16. Jahrhunderts unterschied sich noch immer sehr stark von dem Österreich, das wir kennen. Trotz der Entwicklung des Handels, der handwerklichen Produktion und der Städte war es noch immer im wesentlichen ein Agrarland. Noch immer gruppierten sich – mit Ausnahme vieler Dörfer in Tirol und der Bauernhöfe in Waldgegenden – die Dörfer wie schutzsuchend um den Herrensitz, nur war dieser nicht mehr imstande, Schutz zu geben. Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung war noch immer klein, es gab aber bereits eine Anzahl reicher und verhältnismäßig großer Städte – Wien, Innsbruck, Linz, Krems, Stein, Steyr, Wiener Neustadt, Freistadt usw. Wiens Einwohnerzahl wurde um jene Zeit auf etwa 80.000 bis 100.000 geschätzt, Ende des 14. Jahrhunderts soll die Zahl sogar noch etwas höher gewesen sein; man rechnete damals, daß bei der großen Pestepidemie 40.000 Menschen, ein Drittel der Einwohner Wiens, starben. (Allerdings sind diese Zahlen, wie die meisten Zahlen aus dieser Zeit, keineswegs zuverlässig, da sie entweder auf Schätzungen oder auf unkontrollierten und unkontrollierbaren Angaben beruhen.) Nach damaligen Begriffen war Wien jedenfalls bereits eine Großstadt.

In Österreich lebten um jene Zeit folgende Bevölkerungsschichten: Bauern und Landarbeiter. (Die Landarbeiter waren manchmal auf den großen Gütern, meist aber auf dem Grundbesitz des städtischen Bürgertums beschäftigt, zum Beispiel in den Weinbergen der Wiener Bürger. Um diese Zeit hatte jeder fünfte Wiener Bürger einen Weinberg. Es gab außerdem bereits eine kleine Zahl von Arbeitern in den Bergwerken und Salinen, die aber nicht Arbeiter im heutigen Sinne, sondern eher Handwerker waren.) Städtisches Bürgertum – Handwerker und Händler. Adel – Freiherren, Herren, Ritter, Grafen und Fürsten. Kirchlicher Adel – Prälaten, Bischöfe, Domherren usw. und Geistlichkeit überhaupt. Die soziale Lage der verschiedenen Bevölkerungsschichten war folgende:

[64:]

Die Bauern

Der Adelige war zwar noch immer der Herr, aber der Bauer war nicht völlig rechtlos. In Tirol und in Teilen von Niederösterreich besaß der Bauer das Recht, Waffen zu tragen. In Tirol gehörten die Bauern seit dem 15. Jahrhundert *den Ständen an*. In den meisten Teilen Österreichs hatten sie das Recht auf persönlichen Schutz und konnten gegen den Herrn klagen.

Die Bauern waren eine Kraft, mit der die übrigen Schichten der Gesellschaft rechnen mußten. In einer Schilderung der Verhältnisse in Oberösterreich heißt es: „Es geschah nicht selten, daß die Regierung auswich und den Bauern nachgab... Die Bauern wurden oft vom Adel aufgeboten und geschützt ... manchmal sogar von kaiserlichen Beamten gegen geistliche Grundherrschaft aufgewiegelt ...“ Beim Aufstand in Windischgarsten 1595 erklärten die Bauern: „Auch wenn ein ganzer Wagen voll kaiserlicher Patente käme, würden wir nicht Folge leisten.“

Der Historiker des deutschen Bauernkrieges, Zimmermann, schildert die Lage der österreichischen Bauern, die sich sehr wesentlich von der der deutschen unterschied, folgendermaßen: „Die fünf österreichischen Herzogtümer waren noch immer reich genug an Salzen und Erzen, an Weiden auf den Almen und in den Alpentälern, an Ackergütern und unerschöpflichen Wäldern. Die Rechtsverhältnisse dieser Bauern hatten sich zudem bis ins erste Viertel des 16. Jahrhunderts hinein bei weitem freier erhalten als in den meisten anderen Ländern. Schon durch die bloße Anwesenheit der Kaiser, die in den letzten Jahrhunderten diese ihre Erblande meist nur auf kurze Zeit verließen, wurden die Anmaßung und das faustrechtliche Umsichgreifen, womit anderswo die edlen Herren die armen Leute plagten, eingedämmt. Es war vergleichsweise eine geregeltere, strengere Gerechtigkeitspflege und schon darum konnten hier die bäuerlichen Verhältnisse damals noch nicht in jene Knechtschaft ausarten, die den größten Teil des deutschen Bodens entweihte. Es saßen hier noch viele Bauern persönlich frei auf ihren

erblichen Gütern und auch die, welche dienend, aber auch erblich auf den Gütern der Grundherren und deren Gericht unterworfen saßen, die Hörigen, lebten jahrhundertelang unter relativ sehr geringem Druck. Sie waren durch feste Rechte gesichert, die Gemeinden hatten die Wahl ihrer Richter, hatten Geschworene, hatten teilweise Selbstverwaltung und ihre Abgaben, wenn auch an und für sich beträchtlich, waren gegen andere noch immer gering. Man werfe nur einen Blick auf die Verhältnisse der einzelnen österreichischen Bauernschaften. Der Grundzins zum Beispiel konnte wegen Veräußerung des Gutes vom Grundherrn nicht gesteigert werden, der Nutznießer des Gutes hatte diesen aber ohne rechtlichen Anspruch auf Nachlaß zu entrichten, der Jahrgang mochte ausfallen wie er wollte. Zu Frondiensten (Roboten) war der Untertan, der nicht nach-[65:]weisbar davon frei war, nur insofern verpflichtet, als diese sich auf Hilfeleistung bei der Landwirtschaft des Grundherrn bezogen. Nur in der äußersten Not durfte der Grundherr ungewöhnliche Dienste, wie Bewachung seines Schlosses, von dem Grundholden fordern, nie durfte er diesen an der Bestellung seiner eigenen Wirtschaft hindern und wenn er Dienste leistete, mußte der Grundherr ihm Brot und anderen Unterhalt und auch Futter für Pferde und Ochsen geben."

Die Zahl der wirklichen Leibeigenen war in dieser Zeit in großen Teilen Österreichs verhältnismäßig klein. Oft waren die Bauern jener Zeit hörig – das heißt, sie waren zwar noch immer zu gewissen Dienstleistungen verpflichtet, ihre Gegenleistung für die Benützung des Bodens, der noch immer dem Grundherrn gehörte, bestand aber vor allem in Abgaben – Naturalabgaben, und um diese Zeit schon Geldabgaben. Mit ihrer Person waren sie nicht an den Boden gebunden und konnten ihn, wenn sie wollten, verlassen. In Tirol und in Oberösterreich gab es verhältnismäßig viele freie Bauern, auch in anderen Gebieten gab es Lehnbauern und Erbpächter. Im 12. und im 13. Jahrhundert hatte es in Österreich (wie in ganz Europa) eine viel größere Zahl von Leibeigenen gegeben. Woher kommt diese Veränderung? Sie hat mehrere Gründe.

1. Die Leibeigenschaft in ihrer klassischen und reinen Form ist nur möglich – und nur rentabel – im geschlossenen, sich selbst versorgenden „Fronhof"-System und bei einer verhältnismäßig primitiven agrarischen Produktion, dort, wo der Bauer mit seiner Arbeitsleistung nur die persönlichen Bedürfnisse des Grundherrn und seiner Umgebung zu befriedigen hat. Der Leibeigene ist an einer Steigerung des Bodenertrages nicht besonders interessiert.

Von der Zeit an, da die Städte vor allem zu handwerklichen Produktionszentren werden und nicht mehr imstande sind, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen und in der noch dazu Bergwerke, Salinen usw. sich entwickeln, die völlig auf die auswärtige Lebensmittelzufuhr angewiesen sind, werden die Agrarprodukte von einem Mittel der Bedarfsdeckung zu einem Handelsobjekt. Der Grundherr, dem es bisher mehr oder weniger gleichgültig war, wieviel sein Boden trug, ist nun an einer Steigerung des Ertrages interessiert, er kann die Überschüsse verkaufen. Die Bewirtschaftung seines Bodens durch den an der Erhöhung des Ertrages ebenfalls interessierten Hörigen oder Pächter wird jetzt für ihn rentabler.

2. Der Boden selbst wird um jene Zeit zum Handelsobjekt. Das neue Bürgertum und die großen Händler, frühe Bankiers und Manufakturisten beginnen, Land zu kaufen. Der leibeigene Bauer, der mit festgelegten Pflichten, aber auch mit festen Rechten, unvertreibbar auf dem Boden sitz, wird dabei oft zu einer Belastung. Der neue Grundherr gibt dem Leibeigenen oft die Möglichkeit, sich billig freizukaufen, damit er mit seinem Land machen kann, was er will. Allerdings beginnt damit auch die Vertreibung des Bauern von seinem Land.

[66:] 3. Wie in allen europäischen Ländern, trägt auch in Österreich die Pest mit ihren fürchterlichen Menschenverlusten, dem daraus entstehenden Mangel an Arbeitskräften in der Stadt und auf dem Lande (in Wien können zum Beispiel im Pestjahr 1348/49 die Weinberge nicht bebaut werden, weil es keine Arbeiter gibt) zur Lockerung der Leibeigenschaft bei. Nicht nur, weil durch den Menschenmangel in der Stadt die Verlockung für den Bauern, in die Stadt zu gehen, sich vergrößert – der Grundherr hat in diesen Jahren oft überhaupt nicht die Möglichkeit, zu verhindern, daß sein Leibeigener davongeht.

4. In dem Maße, in dem die alte ritterliche Kriegführung durch die Erfindung der Feuerwaffe, die Entstehung der Infanterie usw. untergeht, wird nicht mehr der Ritter allein, sondern auch der „gemeine

Mann“ zum Kriegführen herangezogen. Der Bauer, der in den Krieg geht, wird damit frei und oft erzwingt der Landesherr gegen den Grundbesitzer seine Freilassung zum Kriegsdienst. Am stärksten drückt sich diese Entwicklung in der Entstehung der Landsknechtsarmee aus, die zum größten Teil aus Bauern, meist jüngeren Bauernsöhnen, besteht. Die Heranziehung der Nichtadeligen zum Kriegsdienst nimmt schon im 16. Jahrhundert einen solchen Umfang an, daß beispielsweise der edle Ritter Bayard, der in den italienischen Kriegen (1499-1559) im vierten Feldzug auf der Seite Karls V. kämpft, sich weigert, an der Schlacht von Pavia teilzunehmen, mit der Begründung, man könne ihm nicht zumuten, an der Seite von „Schuster, Schneider und Bauer“ zu kämpfen.

5. Im Verlauf der Adelskämpfe und später der Kämpfe der Fürstenparteien, stützen sich die Kriegführenden immer wieder auf die Bauern und werben um sie. Damit verbessert sich die Lage der so Umworbenen – und damit wächst ihr politisches Selbstbewußtsein.

Dies ist allerdings nur eine Seite der Entwicklung. Zu gleicher Zeit steigern sich die Angriffe des Adels auf die Position der Bauern, mehren sich die Versuche, ihm seine Rechte zu nehmen und ihn in eine neue, schlimmere Knechtschaft zu pressen.

Die Adeligen betrachten den Bauern noch immer als Instrument, um sich mit Nahrung, Kleidung, Geld und allem, was sie sonst brauchen, zu versorgen sie haben sonst nicht viel Möglichkeit, sich diese Dinge zu beschaffen, denn sie haben ihre Rolle als „erbliche Gendarmerie“ ausgespielt und haben – jedenfalls als selbständige politische Kraft – keine soziale Existenzgrundlage mehr. Gleichzeitig steigen aber ihre Ansprüche. Das reichgewordene neue Bürgertum entfaltet in seiner ganzen Lebensweise einen unerhörten Luxus und der Adel versucht vergeblich, mit ihm zu konkurrieren. Die Klage über die Bürgersfrauen, die Kleider und Schmuck im Werte von Hunderten von Gulden tragen, und über die Rittersfrauen, die ihnen mit dem ganzen Neid der armen Verwandten dabei zuschauen müssen, die Beschwerden der Adeligen über die Bürger, die sich Paläste hauen, während der arme [67:] Adel in verfallenden Burgen dahinvegetiert, kehrt um jene Zeit in allen literarischen Äußerungen über die Lage des Adels und ist ein ständiger Beschwerdepunkt der adeligen Sektion in den Ständen.

Infolgedessen versucht der Adel aus den Bauern herauszupressen, was nur herauszupressen geht, das heißt, er beginnt die alten, festgesetzten Abgaben willkürlich zu erhöhen, neue zu erfinden, die verhältnismäßig hohen Abgaben, die der Landesherr nun von ihm zu verlangen beginnt, auf die Bauern abzuwälzen, versucht einen Raubbau an Grund und Boden zu erzwingen. Während der Grundherr des 12. Jahrhunderts noch in gewissem Sinne Interesse hat am Wohlergehen des Bauern, ohne dessen Arbeitskraft sein Boden wertlos ist, ist es dem Adeligen des 15. und 16. Jahrhunderts gleich, ob der Bauer lebt oder verhungert – er kann den Boden auch verkaufen. Dort, wo er die Abgaben nicht ohne weiteres verändern kann, erfindet der Grundherr „Strafen“. Zum Beispiel versuchen die Adeligen in manchen Gebieten, den Bauern für jeden Tag, um den die Holzsteuer zu spät abgeliefert wird, einen Aufschlag von 100 Prozent anzurechnen.

Mit der Entwicklung des Bergbaus wird das Holz zu einer wichtigen Handelsware und der Grundherr streckt die Hand nach dem Stück Wald aus, das bisher der Gemeinde gehört hat. Durch Kniffe und Winkelzüge, oft auch einfach durch brutale Gewalt, versucht er der Gemeinde den Anspruch auf dieses Land und auf andere Gemeindeländereien streitig zu machen. Schließlich versucht er, entweder den Bauer vom Land zu vertreiben, oder ihn wieder in die Leibeigenschaft zurückzuzwingen, um ihn noch weitgehender ausbeuten zu können. Die Verdrängung des Bauern wird in jener Zeit mit schrankenloser Brutalität durchgeführt.

Daher fällt in einer Reihe von Ländern, wo der Adel besonders stark ist, wie etwa in Deutschland oder in Böhmen, der Bauer zu Beginn des 16. Jahrhunderts wieder in die Leibeigenschaft zurück. Im westlichen Österreich gelingt den Adeligen diese letzte Ausbeutungsmaßnahme im allgemeinen nicht. (Anders steht es in Kärnten und vor allem in Böhmen und in Ungarn.) Daher enthalten die Forderungen der österreichischen Bauern Im Bauernkrieg 1525 im Gegensatz zu jenen der deutschen nicht den Punkt „Aufhebung der Leibeigenschaft“. Was die österreichischen Bauern fordern, ist vor allem Fixierung der Abgaben, Wiederherstellung der alten Rechte, wie etwa Feuerholzrecht, Aufhebung aller Sonderdienste und Einführung neuer Rechte wie Jagdrecht und Fischereirecht.

Denn die Bauern lassen sich nicht ohne Widerstand unterdrücken. Sie sind selbständig und selbstbewußt geworden, sie haben vor allem in Österreich im Verlauf der fremden Einfälle und als Landsknechte das Waffenhandwerk gelernt. Sie sind reicher geworden. Zu Beginn des Fadinger-Aufstandes 1626 bieten zum Beispiel die Bauern Ferdinand II. [68:] an die Summe für die Oberösterreich an Bayern verpfändet werden mußte selbst aufzubringen. Ein anderes Beispiel: In der Inflationszeit weigern sich die Bauern wiederholt, den Tiroler Gruben Nahrungsmittel gegen entwertetes Geld zu verkaufen und erzwingen die Zahlung mit altem Geld. Sie wissen, daß sie eine politische Kraft sind. In Österreich wissen sie überdies, daß sie bei ihrem Kampf gegen den Adel meist auf die Unterstützung der Städte und gelegentlich auch auf die des Landesherrn rechnen können.

Das 15., 16. und 17. Jahrhundert sind daher in Österreich die Periode der großen Bauernkämpfe – angefangen von den Kämpfen in Kärnten und der Steiermark 1432, den Kämpfen 1503, 1514, 1515, die oft noch so stark mit den Fürstenkämpfen verwickelt sind, daß man die eigenen Elemente der Bauernkämpfe nur schwer erkennt, über den Bauernkrieg von 1525, wo die Bauern zum ersten Mal klar für ihre eigenen Interessen und in einem offenen Bündnis mit den Städten kämpfen, bis zum Fadinger-Aufstand 1626 – der schon wieder kein reiner Bauernkampf mehr ist, sondern über ihn hinauswachsend zum ersten nationalen Freiheitskrieg des neuen Österreich wird.

Aber während in Deutschland die Bauern blutig niedergeschlagen werden und Herz und Rückgrat der Bauernschaft in den fürchterlichen Blutorgien und schrankenlosen Rachefeldzügen des Adels auf Jahrhunderte hinaus gebrochen werden, gewinnen die Bauern Österreichs einige ihrer Kriege. Und selbst dort, wo sie sie verlieren, ist die Macht des Adels nicht stark genug, als daß er die Bauern ganz zu Boden schlagen könnte.

Die Städte und das Bürgertum

Österreich hatte Ende des 15. Jahrhunderts eine Anzahl mittlerer und kleiner Städte, die sich ziemlich gleichmäßig über das ganze Land verteilten, und eine Großstadt – Wien. Obwohl auch andere Städte Zentren des Handels und der Produktion waren – Innsbruck zum Beispiel war Durchgangsstelle für den Italienhandel, Steyr das Zentrum der neuen Metallproduktion –, hatte Wien das stärkste Bürgertum, den stärksten internationalen Charakter. Ende des 15. Jahrhunderts verglichen ausländische Chronisten Wien mit Paris und mit den Städten Italiens, in der damaligen Zeit ein großes Kompliment. Sie betonten, daß die Straßen gepflastert waren, die Häuser fast durchwegs Glasfenster hatten (damals ein Luxus), und daß die Wohnungen der Bürger „reich wie Adelspaläste“ waren. Die Wiener liebten gutes Essen und gutes Trinken, in den meisten Beschreibungen der Stadt wurde auf den großen Eßluxus der Wiener hingewiesen, viele hoben halb mit Ehrfurcht, halb mit Schaudern hervor, daß „eine jede Wiener Bürgersfrau eine Kanne Wein trinkt und ein gebratenes Huhn ißt, bevor sie zur Frühmesse geht.“ Die Frühmesse war um sechs Uhr.

[69:] Wolfgang Schmelzl gibt – allerdings etwas später – in einem Gedicht ein gutes Bild vom Internationalismus Wiens:

„An das Lugeck trat ich ongfer (= von ungefähr),
Da traten Kaufleut hin und her,
Alle Nacions in ihrer Kleidung.
Da wird gehört manch Sprach und Zung.
Ich dacht, ich wer gen Babel khumen,
Wo alle Sprach ein Anfang gnomen,
Und hört ein seltsam Dräsch und Gschrey
Von schönen Sprachen mancherlei.
Hebräisch, Griechisch und Lateinisch,
Teutsch, Französisch, Türkisch, Spanisch,
Behaimisch, Windisch, Italienisch,
Hungarisch, gut Niederländisch,
Natürlich Syrisch und Chaldäisch.
Des Volks auch war ein große Meng.“

Der ständige internationale Einfluß machte sich bei den Wienern und den Österreichern überhaupt in der üblichen Weise bemerkbar: sie kopierten die Fremden. Und Seifried Helbing hielt seinen Landsleuten folgende Strafpredigt:

„Wie groß auch immer Ungarland, ist uns doch gar wohl bekannt,
Der Ungar tritt mit keinem Schritte aus seiner ungarischen Sitte.
Doch nah daran ist Österreich, ein kleines Land – doch wie ungleich die Sitten sind darin!
Ein Sachs, zu Wien geboren, sei immerdar verloren,
Ein Thüringer aus Neuenstadt, der finde nimmer guten Rat.
Von Bruck gebürtig ein Pole – den gleich der Böse hole,
Von Haimburg ein Meißner, der ist ein böser Gleisner,
Der Marchecker zeigt sich aus Brabant, der Neuburger aus Holland,
Der Rheinfrank gar aus Triebensee, diesen geschehe allen weh,
Ein Hesse, aus Tulln gebürtig, ist gleicherart nichtswürdig.
Lieber Herr, das fällt mir schwer, alle, die ich genannt daher,
Werden gerne aufgenommen, wenn sie aus der Fremde kommen
Daß aber der Ostermann fremde Lindessitt nimmt an,
Hat ihm der Teufel angetan."

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts heißt es schließlich in einer einheimischen Beschreibung Wiens (die ersten 20 Jahre des 17. Jahrhunderts sind an sich eine schwere Krisenzeit): „Die Bürgerschaft ist nicht allein stark an der Zahl, sondern auch sehr reich und habselig. Nun ist wohl kaum zu glauben, was für ein Gemeng aus allen Ländern stetig dahin kommt, weil es da ein stark Gewerb und Handel hat. Aus Teutschland wird auf der Donau Eisen, eichene Instrumente, dergleichen Korn, Tücher und Kleider dorthin gebracht. Aus Italien allerlei fremde [70:] Stein, Seiden, Sammet und ausländische Früchte. Aus Ungarn feiste Ochsen und gewaltige Ochsenhäut, aus Böhmen und Polen gesalzenes Fischwerk und dergleichen. Hingegen wird weit von dannen in fremde Länder geführt: Gold, Silber, Wein, Augstein, Pech und viele köstliche Waren." Die Beschreibung zeigt, daß Österreich um jene Zeit verhältnismäßig viel verarbeitete Produkte exportierte.

Die Stärke Wiens und anderer österreichischer Städte waren die Handelsmonopole, die sie sich in zähem Kampf, manchmal gegen den Landesherrn, manchmal gegeneinander, erobert hatten. Ende des 15. Jahrhunderts war Österreich ziemlich streng in – man würde heute sagen – „Handelszonen" eingeteilt. Fast jede Stadt exportierte Waren nach diesem oder jenem Land, und Wien hatte den Löwenanteil daran. Es besaß schon im 13. Jahrhundert ein Monopol für den Export von Wein und Bier nach Ungarn, für den Handel mit Textilwaren von und nach Italien. Ende des 15. Jahrhunderts hatte es den Hauptanteil am Handel mit Köln, Brüssel, Mecheln, Löwen, London, Venedig, mit Polen und Rußland. Aber ein Teil dieser Monopole stand nur noch auf dem Papier.

Die Handwerkergilden waren die stärkste politische Kraft der Städte. In jahrhundertelangem Kampf durchbrachen sie die Monopolstellung der städtischen Patrizier, erkämpften Gleichberechtigung mit ihnen und drängten sie schließlich in den Hintergrund. Rein äußerlich sah es aus, als hätten die in den Gilden vereinigten Handwerker oder, besser gesagt, die Handwerksmeister, noch immer die Vorherrschaft. Die Stadtverwaltung lag fast ganz in ihrer Hand, die meisten sozialen Institutionen der Städte – Altersheime, Schulen, Spitäler – wurden nicht mehr von der Kirche, sondern vom städtischen Bürgertum unterhalten. Sie hatten eine eigene Polizei, eine eigene städtische Gesetzgebung, sie schickten im Kriegsfalle eigene Handwerkerkompanien unter eigenen Standarten ins Feld; sie hatten Rittern und Hochadel Kämpfe geliefert und gewonnen. Aber das siegreiche Handwerkerbürgertum konnte sich seines Sieges nicht lange erfreuen. Im Schoße der Stadt war ein neuer Feind aufgestanden, der die Machtstellung der Handwerker bedrohte und das ganze von ihnen aufgerichtete System ins Wanken brachte.

Der Feind saß auf der Wollzeile und am Hohen Markt; seine Vertreter waren Ausländer, die Fugger, die Rulands, die Behaims, oder auch Einheimische – die Männer, die „Lagerer" hießen und zunächst Agenten der fremden Großkaufleute, später selbständige Unternehmer waren. (Aus den „Lagerern" oder „Legerern" wurden später die „Verleger", die Kapitalisten der Manufakturperiode und der frühindustriellen Zeit.)

Die fremden Kaufleute und ihre Agenten durchbrachen die Monopole und zerschlugen das Wirtschaftsleben des Handwerks. Dieses Wirtschaftsleben war durch die Gilden streng geregelt und eingeschränkt. Die Gilde [71:] der Wollweber schrieb ihren Mitgliedern zum Beispiel vor, daß sie nur drei Webstühle aufstellen und nur eine bestimmte Menge Rohmaterial im Jahre verarbeiten durften. Für die Handwerksmeister waren diese Einschränkungen eine Sicherung, für die neuen Großhändler eine Hemmung.

Die neuen Großhändler begnügten sich nicht mehr damit, Waren von einem Land in ein nahegelegenes anderes zu bringen. Ihre Aktivität umfaßte die ganze bekannte Welt. Ihre Schiffe überquerten den Ozean, ihre Handelsexpeditionen gingen nach China, nach Indien, an die Küste und ins Innere Afrikas. Die Expeditionen waren kostspielig und gefährlich, aber man konnte an ihnen rasch reich werden, vorausgesetzt, daß man die Waren rasch verkaufte, die Rohstoffe rasch verarbeiten ließ und mit, dem Erlös wieder neue Expeditionen ausrüstete.

Aber die Handwerksmeister konnten nicht rasch verarbeiten und wollten es meist auch nicht. So prallten die Interessen des neuen, vorwärtsdrängenden frühkapitalistischen mit denen des alten Bürgertums zusammen – und die neue Kraft siegte. Ohne sich um die Bestimmungen und Gesetze der Gilden zu kümmern, begannen die Großkaufleute und ihre Vertreter, auf eigene Faust neue Formen der Produktion zu organisieren. Statt seine Rohstoffe den Handwerkern zu verkaufen (denen sowohl die Produktionsmittel wie Webstühle usw. als auch die fertige Ware gehörten), schuf sich der große Händler „seine“ von ihm abhängigen Handwerker. Verarmte Handwerksmeister, Gesellen, die infolge der Erstarrung des Gildenwesens keine Aussicht mehr hatten, zum Meister aufzusteigen, erhielten über den Kopf der Gilden hinweg den Rohstoff zur Verarbeitung und mußten die fertige Ware wieder dem Händler abliefern. Manchmal baute der Händler der Bequemlichkeit und besseren Kontrolle halber auch große Hallen, in denen Dutzende dieser abhängigen Handwerker zusammen arbeiteten – in Florenz und Genua zum Beispiel gab es „Fabriken“, in denen mehrere hundert „Arbeiter“ beschäftigt waren. Die Fabriken waren natürlich noch nicht Industriebetriebe im heutigen Sinne und die Arbeiter noch keine Industriearbeiter. Das Fertigprodukt wurde meist von einem Handwerker allein, ohne Arbeitsteilung, angefertigt und die Produktionsmittel – die Werkzeuge – waren nach wie vor sein Eigentum. Aber diese Männer waren die Vorläufer der modernen Industriearbeiter ebenso wie ihre Auftraggeber die Vorläufer der Unternehmer von heute waren.

Der frühe Kapitalismus führte zu einem Umsturz auf dem Gebiet des Kreditwesens. Im Mittelalter war der Kreditverkehr kein integrierender Bestandteil des Wirtschaftslebens. Kredit war im wesentlichen eine Nothilfe oder eine Luxusangelegenheit – Könige und Fürsten borgten sich Geld aus, um Feldzüge zu führen oder Eroberungskriege zu unternehmen, Adelige nahmen gelegentlich für irgendeine be-[72:]sondere Luxusanschaffung einen Kredit auf. Sehr selten lieh sich ein Kaufmann, der eine besonders weite oder gefährliche Reise unternahm, Geld aus, um ein Schiff oder eine Karawane auszurüsten oder eine Schutzwache zu bezahlen. Sowohl beim Fürsten wie beim Kaufmann handelte es sich um Unternehmen, die entweder mißlangen oder einen sehr hohen Gewinn trugen. Neue Territorien bedeuteten für den Fürsten neuen Reichtum, und seltene Waren aus fernen Ländern konnte man praktisch um jeden Preis verkaufen, den man verlangte. Der Kreditgeber trug also ein großes Risiko mit einer großen Gewinnchance. Der Zinsfuß war entsprechend hoch bemessen, ein Satz von 80 bis 100 Prozent war durchaus normal und spielte, wenn alles gut ging, auch keine Rolle.

Mit der Entwicklung des Großhandels wurde das anders. Der Kaufmann, der ständig Handelszüge unternahm, der Mann, der selbst die Rohstoffe verarbeiten ließ, brauchte dauernd flüssiges Kapital – brauchte Kredit – und brauchte ihn zu vernünftigen Bedingungen, wenn sich das Geschäft lohnen sollte. Er brauchte auch eine Verringerung des Risikos und eine Herabsetzung seiner Expeditionskosten, wenigstens was Schutzmannschaft und lokale Abgaben betraf, und das ist der Grund, warum der frühe Kapitalismus so eng mit jenen politischen Kräften verbunden ist, die imstande sind, Ordnung im Lande herzustellen, die Fürstenkämpfe zu beenden, die Ritter zu bändigen, gute Landstraßen zu bauen und die lokalen Mauten und Zölle des Adels aufzuheben – kurz, mit den absolutistischen Dynastien. Das ist zum Beispiel einer der Gründe, warum die Fugger die Habsburger bis zum finanziellen Ruin unterstützten. Zu gleicher Zeit waren die Großhändler und ihre Agenten diejenigen, in

deren Händen sich eine verhältnismäßig große Menge von flüssigem Kapital ansammelte, und die daher imstande waren, Geld herzuborgen oder an ihre Mitarbeiter in anderen Orten Kreditbriefe auszustellen. Die Lagerer in Österreich übernahmen daher im 15. und 16. Jahrhundert einen immer größeren Teil des Kreditverkehrs und übernahmen ihn zu herabgesetztem Satz. Der Zinsfuß sank in wenigen Jahren von 100 auf 10 bis 12 Prozent. Die Lagerer in Österreich waren also nicht nur die Vorläufer des Industriekapitals, sondern auch die Vorläufer des Finanzkapitals, die ersten Bankiers. Selbstverständlich ließen sich die alten Geldverleiher, die Wucherer, den Verlust ihres Geschäfts nicht ohne weiteres gefallen. Ebenso, wie es um jene Zeit Zusammenstöße zwischen den Handwerkern und den Lagerern gab, kam es auch zu regelrechten Gefechten zwischen den Vertretern des alten Wucherkapitals und den neuen Geldverleihern. Die damaligen Judenverfolgungen in Wien waren teilweise ein Ausdruck dieses Konflikts.

Vom Gesichtspunkt des Handwerksbürgertums aus war eine Tatsache besonders arg. Ihr alter Verbündeter, der Landesfürst, wandte sich, von der Herrschaftszeit Maximilians an, immer stärker den neuen Kapita-[73:]listen zu, ignorierte deren Übergriffe und Monopolverletzungen und unterstützte sie manchmal ganz offen gegen seine ehemaligen Partner. Kein Wunder, daß das alte Bürgertum Wiens mit Zähnen und Klauen um jedes Privileg kämpfte, ständig der Krone neue Gesetze gegen seine Konkurrenten aufzuzwingen versuchte, (etwa Einwanderungsverbote gegen fremde Kaufleute, die nach langen Kämpfen mehrere Male von der Krone bewilligt und nach kurzer Zeit wieder aufgehoben wurden).

Die Lagerer und die ausländischen Großkaufleute und Manufakturisten stellten übrigens in der Zeit der Gegenreformation einen nicht geringen Teil des neuen, von der Krone abhängigen Adels, der die leergewordenen Güter der vertriebenen protestantischen Adeligen übernahm. In einem Wiener Witz aus den zwanziger Jahren des 17. Jahrhunderts klagt ein Wappenschildermaler: „Wie soll ich die vielen neuen Wappen kennen und was für Wappen soll ich nur auf die vielen neuen leeren Schilder malen?!“ Ein Vorübergehender gibt ihm den Rat: „Ganz einfach! Male eine Kaufmannswaage, einen Bauernschuh oder einen Geldsack!“

Der Adel

Die Zahl der adeligen Herren in Österreich war im 16. Jahrhundert noch immer verhältnismäßig hoch. Ende des 16. Jahrhunderts gab es zum Beispiel in Oberösterreich vier Grafengeschlechter, 23 Freiherrngeschlechter, 17 Herren-, 66 Rittergeschlechter. Das war zwar, gemessen an Deutschland, eine bescheidene Zahl, aber diese Adelsgeschlechter stellten zusammen 1600 Familien dar, für ein Land mit 300.000 Einwohnern nicht allzu wenig. Im Verlauf des 15. und 16. Jahrhunderts begann die politische Macht des selbständigen Adels langsam niederzugehen und wurde schließlich im Verlauf der Gegenreformation ganz gebrochen.

Die Entwicklung der Warenwirtschaft und die zunehmende Sicherheit im Lande hatten die ökonomische Grundlage und die Existenzberechtigung des Adels zerstört. Die neue Gesellschaft brauchte keine „erbliche Gendarmerie“ mehr, sie war, wie die Handwerkerkompanien der Städte zeigten, imstande, sich selbst zu verteidigen. Die Erfindung der Feuerwaffe führte das militärische Verteidigungssystem des Feudalismus ad absurdum. Vor den Feldschlangen und den Musketen boten die Ritterburg und die Ritterrüstung keinen Schutz mehr. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs und in Mitteleuropa in den revolutionären Hussitenkriegen schlug die neue plebejische Infanterie das berittene Ritterheer in die Flucht und schlachtete die schwergepanzerten, unbeweglichen Ritter, die wehrlos in Schlamm und Busch stecken blieben, zu Tausenden ab. Schließlich gab die Schaffung des neuen Lands-[74:]knechtsheeres dem Adel als militärischer Körperschaft den Todesstoß.

Im Verlauf des 14. und des 15. Jahrhunderts verarmte der niedere Adel, der seinen Grundbesitz ständig unter den Familienmitgliedern unterteilte, oder, um Waffenhilfe. oder politischer Unterstützung willen, an Vasallen unterparzellierte, sehr rasch. Die Geldentwertung ruinierte viele Adelige, die keine andere Existenzgrundlage hatten als die Abgaben, die ihnen ihre Bauern zahlten, und die zu unwissend und zu reaktionär waren, um den Bodenertrag durch neue Methoden des Ackerbaues zu verbessern. Ihre Lage in Österreich war nicht ganz so arg wie in Deutschland, wo es Ritter gab, die

in Erdlöchern lebten und 14 Mark Jahreseinkommen hatten, aber auch in Österreich blieb einem Teil des niederen Adels nichts anderes übrig, als sich offen auf das Räuberhandwerk zu verlegen.

In Erzählungen und Schauergeschichten aus der österreichischen Vergangenheit tauchen die Namen vieler solcher Raubritter auf – Hans von Lichtenecker, der einmal, als er an die Wiener Stadtgrenze vordrang, von den Bürgern erschlagen wurde; Johann von Sokol, Kilian von Drachenfels und andere. Gegen sie unternahmen die Bürger, Kaufleute, Handwerker und oft auch Bauern, wahre Strafexpeditionen, meist mit Unterstützung der Habsburger. Fast alle österreichischen Raubritter fielen früher oder später solchen Expeditionen zum Opfer.

Aber der niedere Adel – die „armen Ritter", deren Bild Cervantes im „Don Quijote" zeichnet – war nur ein Teil des Adels und nicht der gefährlichste. Wirklich gefährlich waren die großen, unabhängigen Fürstengeschlechter, deren Kampf um die Herrschaft für zweihundert Jahre das Land in Krieg und Bürgerkrieg stürzte. Maximilian I. schlug sie nieder. In der Periode der Reformation, der Zeit, als die österreichische Dynastie durch schwankende, unentschlossene, kompromißbereite Fürsten repräsentiert wurde, erhoben sie sich wieder. Erst in der Periode der Gegenreformation wurde ihre Macht völlig gebrochen und an ihre Stelle wurde ein vom Landesfürsten abhängiger Hofadel gesetzt. Der Kampf der Krone gegen den Adel entsprach dem Interesse von Bürgertum und Bauern und wurde vom Volk begrüßt. „Wir brauchen einen starken Fürsten, der den. wölfischen Fürsten steuert", hieß es in einem Lied Mitte des 15. Jahrhunderts und ein Bauerngedicht, das sich auf Maximilian I. bezieht, lautet:

„Die eine große Angst wird nit zergen,
bis man einige Gewalt wird haben
der da regiert und keiner mehr!"

(Die Kirche wird im Kapitel über Reformation und Gegenreformation behandelt werden.)

[75:]

Die Entwicklung der Wirtschaft

Am Ausgang des Mittelalters ist Österreich ein verhältnismäßig dichtbesiedeltes Land – Jedenfalls für damalige Verhältnisse. 1600 hat Österreich (zusammen mit Böhmen und Mähren) fünfeinhalb Millionen Einwohner. Spanien hat um die gleiche Zeit acht Millionen, Deutschland sechzehn, England viereinhalb. Im Gegensatz zu Deutschland, das neben dichtbesiedelten und hochentwickelten Gebieten im Süden und am Rhein außerordentlich dünn besiedelte Gebiete besitzt, die abseits von jedem Verkehr liegen, und in denen die Menschen noch fast auf der Grundlage der Naturalwirtschaft leben, ist in Österreich die Bevölkerungsverteilung und die wirtschaftliche Entwicklung ziemlich gleichmäßig. Die Städte sind über das ganze Land verteilt, es gibt – von gewissen schwer zugänglichen Bergtälern und Waldgebieten abgesehen – keine größeren Teile Landes, an denen der Strom des Handels ganz vorbeigeht, keine besonders krassen wirtschaftlichen Entwicklungsgegensätze.

Der Grund dafür ist zunächst, daß die österreichischen Länder fast zur Gänze an den internationalen Durchgangswegen liegen, und zwar sowohl am ost-westlichen, wie am östlichen Nord-Süd-Handelsweg. Selbst als zu Beginn des 15. Jahrhunderts durch das beginnende Vordringen der Türken, und 1453 durch die Eroberung von Byzanz der ost-westliche Weg an Bedeutung verliert, bleibt der östliche Nord-Süd-Weg weiter wichtig. Außerdem ist um diese Zeit Österreich nicht mehr Transitland allein. Im Verlauf des 14., 15. und 16. Jahrhunderts entwickelt sich dort eine nicht unbedeutende einheimische Produktion, vor allem seit dem 15. Jahrhundert ein starker Bergbau.

Bis zum Ende des 12. Jahrhunderts werden in Österreich selbst nur wenige Waren in solcher Menge und in solcher Qualität erzeugt, daß sie exportiert werden können, wie zum Beispiel Wein (der berühmte „Osterwein"), Häute usw. Allerdings scheint schon um diese Zeit die Wiener Modeindustrie mindestens im Bewußtsein der Zeitgenossen eine Rolle zu spielen – im Nibelungenlied wird erzählt, daß die Brautausstattung Kriemhildens vor ihrer Heirat mit Attila in Wien bestellt wurde.

Es gibt aber schon um diese Zeit einen Exportzweig. dessen Ausnützung außerordentlich zur Bereicherung der österreichischen Landesfürsten, die darauf ein Monopol haben, beiträgt – Geld. Österreichs

geographische Position und militärische Stärke machten es dem Landesherren möglich, zu erzwingen, daß das aus Ungarn exportierte Kupfer und Silber zu einem großen Teil in Österreich selbst verarbeitet werden mußte, – schon bevor Österreich unter die Silberproduzentenländer trat. Es gibt schon um jene Zeit Gesetze, die das ganze Gebiet der österreichischen Länder betreffen, in denen der Import ausländischer Geldmittel verboten ist und in denen verfügt wird, daß Gold und Silber nur an die Krone verkauft werden dürfen. Schon vor der Eröffnung der [76:] Tiroler Silbergruben heißt der „Easterling" „eine der berühmtesten Münzen der Christenheit." Der Easterling wird bis nach England exportiert und gibt schließlich der noch heute gültigen britischen Währung, dem Pfund „Sterling", seinen Namen.[1]

Im 13. Jahrhundert entwickelt sich dann in Österreich selbst eine starke Handwerksproduktion – vor allem Textilproduktion, Kürschnerei und Metallverarbeitung. Die Landesfürsten unterstützen die Einwanderung fremder Handwerker nach Wien – zum Teil im Kampf gegen die Gilden. Die Einwanderungsliste des Jahres 1360 in Wien sieht zum Beispiel so aus:

17 Schneider, 1 Tuchmacher, 6 Weber, 6 Taschner, 6 Kürschner, 4 Sattler, 8 Goldschmiede, 11 Messerschmiede.

Eine Zusammenstellung der in Österreich erzeugten und aus Österreich exportierten Waren um die gleiche Zeit zeigt die Erhöhung der Warenproduktion. Es sind: Barchent (das österreichische Barchent hat das deutsche und das niederländische Barchent im Osten verdrängt), Schleier aus Wien und Tulln, Metallwaren wie Nadeln, Ketten, Küchengeräte, landwirtschaftliche Geräte, Messer (in einem Jahr werden anderthalb Millionen Messer aus Wien nach dem Osten ausgeführt), und aus Niederösterreich Lederwaren, Glas und Papier. Agrar- und Rohstoffexporte gibt es natürlich weiter, ebenso wie Re-Export, aber der Anteil der einheimischen handwerklichen Produktion ist stark gestiegen.

Vom 13. Jahrhundert an entwickelt sich in Österreich eine Salzproduktion, im 14. und 15. Jahrhundert eine Silber- und Metallförderung. Salz und Metall sind die erste „Großproduktion" des mittelalterlichen Europa.

Salz ist das erste Genußmittel, das in Massen gehandelt und konsumiert wird, vor allem deshalb, weil man es zum Konservieren der Lebensmittel über den Winter braucht. Bis zur Eröffnung der ersten Salinen verwendet man das bei der Verdampfung von Meerwasser zurückbleibende Salz, das vor allem in Italien gewonnen wird. Die ersten österreichischen Salinen werden schon Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts in Hallstatt eröffnet. Sie gehören dem Landesherrn. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte – Erfindung von Wasserpumpen, Einführung des Systems von Destillierhäusern aus Katalanien – wird der Übergang zur Massenproduktion möglich. Ihr erstes Symptom ist ein Gesetz: das Verbot der Einfuhr von Meersalz nach den österreichischen Ländern. In den folgenden 150 Jahren wird eine Reihe neuer Salinen in Gmunden, Aussee, Ischl, Ebensee usw. eröffnet. Österreich wird zu einem führenden Salzexportland. Die Salzgewinnung ist von Anfang an ein „Staatsunternehmen"; ab 1445 werden alle Hallämter von landesfürstlichen Beamten bewirtschaftet.

Noch mehr Bedeutung als das Salz gewinnt das Silber. Die Entwicklung des Handels im 15. Jahrhundert schafft eine außerordentliche Nach-[77:]frage nach Zahlungsmitteln. In der Zeit zwischen 1400 und 1500 steigt der Anteil der unter Verwendung von Geld durchgeführten wirtschaftlichen Transaktionen von 15 Prozent auf 40 Prozent. In der gleichen Zeit beginnt sich die Produktion der böhmischen Silbergruben zu verringern. Österreich wird zum großen europäischen Silberproduzenten. Hier sind einige. Beispiele für den Umfang der österreichischen Silberförderung: Im Jahre 1595 entsprach die Silberproduktion der Tiroler Gruben (Hall) dem jährlichen Wert von 23.000 Mark (es handelt sich um die mittelalterliche Markwährung). Joachimstal produzierte um die gleiche Zeit für 4000, Kuttenberg für 13.000 Mark Silber. In den Silbergruben in Schwaz in Nordtirol wurde das Silber von 1200 Meter Höhe bis auf 900 Meter Tiefe abgetragen. 600 Arbeiter waren allein mit dem Ausschöpfen von Wasser beschäftigt. Als der Salzburger Anton Lasser das Ausschöpfen durch die Erfindung des

---

1 Diese Annahme gilt mittlerweile als widerlegt. Die Schreibweise wurde etwas mit der des schottischen Ortes *Stirling* verwechselt. *KWF*

mechanischen Schöpfrades überflüssig machte, stieg die Zahl der im Bergbau selbst beschäftigten Arbeiter rasch an und betrug bald 10.000. Innerhalb von 38 Jahren wurde aus diesen Gruben für zwei Millionen Mark Silber gefördert. Neben diesem Bergwerk gab es noch große Silbergruben in Kitzbühel, Rattenberg und Schladming. Schladming wurde allerdings in den Bauernkriegen 1525 vom Heer Dietrichsteins fast völlig zerstört.

Die Arbeit wurde entweder von der Krone selbst oder von Gewerken betrieben. Gewerke waren Vereinigungen von mittleren und großen Handelskapitalisten, die sich zur Durchführung so großer Unternehmen wie der Ausbeutung von Gruben zusammenschlossen. Das ausgehende Mittelalter und die beginnende Neuzeit litten im Gegensatz zur modernen Wirtschaft ständig unter Kapitalmangel; mit Ausnahme der ganz großen Kapitalisten, wie etwa der Fugger, waren die Großkaufleute der damaligen Zeit meist nicht in der Lage, allein so große Geschäfte zu machen. Die Förderung selbst wurde von den Arbeitern meist auf genossenschaftlicher Grundlage betrieben. Eine Gruppe von Arbeitern, die „Schicht", förderte das Metall. Die Schicht verkaufte das Geförderte auf dem Wege über den Zwischenmeister an den Großhändler oder an das „Gewerke" und teilte den Ertrag nach einem festen Schlüssel unter den Schichtangehörigen auf. In manchen Gruben – allerdings seltener in den Silberbergwerken – wurden einzelne Abschnitte auch an Bergleute fest verpachtet, die das geförderte Metall wieder an den Grubenbesitzer verkaufen mußten. Es gab also noch keine Lohnarbeit im heutigen Sinne. Der Ausdruck „Grubenbesitzer" ist übrigens irreführend. Die Gruben blieben Eigentum der Krone und wurden an die Großhändler und an die Gewerke nur verpachtet. Silber durfte nach wie vor auch von ihnen nur der Krone zum Kauf angeboten werden. An den freien Verkauf anderer Metalle wurden oft Bedingungen geknüpft; zum Beispiel durften seit Beginn des 16. Jahrhunderts an die Türken weder Metalle noch Eibenholz (das für Waffen [78:] verwendet wurde) verkauft werden. Die Arbeiter wurden meist in Geld und in Naturalien bezahlt, manchmal nur in Naturalien. Um die Höhe der Bezahlung gab es immer wieder Kämpfe, vor allem in den Perioden der Geldentwertung, als man versuchte, den Arbeitern in abgewertetem Geld zu zahlen, während die Bauern für ihre Lebensmittel vollwertiges Geld verlangten (und nicht selten erhielten). Die Kämpfe wurden nicht selten zu Aufständen. 1555, 1583, 1649 sind zum Beispiel Jahre, in denen es große Lohnkämpfe und Erhebungen der Silberarbeiter gab.

Die Silberproduktion ging Ende des 16., Anfang des 17. Jahrhunderts nieder. Ein Grund dafür war die Erschöpfung der Silbergruben, die mit Raubbaumethoden betrieben wurden, der Hauptgrund jedoch war der Zustrom des neuen billigeren Silbers aus Peru. Dafür begann sich ein anderer Zweig des Bergbaus stark zu entwickeln. Das war die Eisenproduktion (und die Eisenverarbeitung). Ihre Erhöhung hing vor allem mit der Entwicklung der Kriegführung zusammen, mit dem erhöhten Bedarf an Eisen für die Herstellung der neuen Geschütze. Später, im Dreißigjährigen Krieg, erlebten nicht nur die Eisenbergwerke, sondern auch die eisenverarbeitenden Waffenschmieden in Österreich trotz Krise und Zerstörung im übrigen Mitteleuropa eine ausgesprochene Konjunktur. Österreich und Schweden waren in dieser Hinsicht Kriegsgewinnler, deren Waffen-„Industrie" sich in jener Zeit rasch und stark entwickelte, und die eine Zeitlang fast ein europäisches Monopol für Kanonen und andere Feuerwaffen hatten.

Die Eisenproduktion entwickelte sich vor allem im 16. und im 17. Jahrhundert. Auch hier kam es zu einer Verbesserung der Produktionsmethoden, zur Ausnützung von Wasserkraft für Bergwerke, zur Einführung neuer Pumpen, Schleifsteine und Zerkleinerungsmaschinen. Die wichtigste Erzabbaustelle war der steirische Erzberg, der schon in der Römerzeit bearbeitet wurde und der seit dem 16. Jahrhundert die bedeutendste Erzquelle Europas war. Er wurde von 19 Gewerken betrieben – zunächst von Augsburgern, dann von fremden und einheimischen Kapitalisten. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts produzierte er im Durchschnitt jährlich 60.000 Zentner Roheisen. Damals waren dort 51 große Eisenhämmer in Betrieb. Das Eisen wurde vor allem von den Blech-, Sensen-, Faust- und Waffenschmieden Steyrs verarbeitet, wobei die Höhe des Eisenpreises von der Regierung festgesetzt wurde. Die Eisenwaren von Steyr gingen nach Norddeutschland, Rußland, Polen, Burgund, England und über Holland nach Westindien. Die Ausbeutung des Erzberges wurde immer wieder durch Kapitalmangel erschwert. Um dem abzuhelfen, versuchte die Regierung wiederholt, auch kleinere Händler zur Beteiligung

heranzuziehen. 1600 wurde zunächst zu diesem Zwecke die steirische Eisenhandelsgesellschaft gegründet. Als das nicht genügte, wurde 1625 auf Betreiben des Staates die größte „Genossenschaft“ des alten Österreich, die „Hauptgewerkschaft“ vereinigter Rad-[79:]meister, Hammermeister, Eisenhändler, und kaiserlicher Gewerkbeamter gegründet, die den Abbau des Erzberges ziemlich lange Zeit auf genossenschaftlicher Grundlage führte. Weitere Erzförderung und Erzverarbeitung gab es in Pillersee in Tirol, im Zillertal (hier wurden vor allem Kanonengeschoße hergestellt). Seit 1580 bestand ein großes Schmelzwerk in St. Veit, etwa zur gleichen Zeit wurde auch Ferlach in Betrieb genommen. In Vorarlberg wurden jährlich 40.000 bis 50.000 Zentner Erz gefördert. Der Export der Waren ging bis nach London. Unter Königin Elisabeth wurden Vorarlberger Häuer nach England geholt, um die englische Förderung in Gang zu bringen.

In Kärnten und in Eisenerz gewann man Kupfer, in Bleiberg jährlich etwa 8000 Zentner Blei. Kupferbergwerke und Bleigruben wurden ebenfalls von Gewerken betrieben oder von großen Einzelkapitalisten – den Fuggers, den Gasteiner Weitmosers, Putzers, Lendners und Zotts. Nach damaligen Begriffen war Österreich ein „schwerindustrielles“ Land.

Die großen Bergwerkskapitalisten und ihre Agenten hatten eine noch stärkere Position als die übrigen Händler und Lagerer. Während in den anderen Produktionszweigen die Städte wenigstens hin und wieder die Aufrechterhaltung ihrer Monopole für einige Zeit erzwingen konnten, wurden die Bergbauunternehmer von Maximilian I., von Ferdinand I., aber auch schon von Friedrich III. ganz offen gegen die Städte unterstützt. Wien verbot zum Beispiel Anfang des 16. Jahrhunderts die Niederlassung von Lagerherren in der Stadt und die Einreise fremder Kaufleute außerhalb der Messezeit, mußte aber sofort auf Druck Maximilians jene ausnehmen, „die den Bergwerken dienen“. Kurze Zeit später fiel das Verbot ganz. Als die Fugger durch Wiener Neustadt Kupfer transportierten und damit das Monopol der Stadt durchbrachen, erklärte Maximilian den Wiener Neustädter Bürgern auf ihre Beschwerde: „Laßt sie nur gewähren, man kann sie ohnehin nicht hindern.“ Wiens Handelsmonopol mit Venedig wurde Mitte des 16. Jahrhunderts von den Großkaufleuten völlig durchlöchert.

Nicht nur das. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts begann die Krone immer mehr Monopole für Export und Import, bisher das Privileg der Städte, an Einzelkaufleute zu verleihen. Hier sind einige Beispiele:

Maximilian I. verlieh Bartholomäus Firmian und Johannes Fuxmayer das Recht, alle Silber- und alle Erzbergwerke in Niederösterreich zu bearbeiten, selbst neue Gruben anzulegen und alles zu unternehmen, „was für den Fortgang der Gruben zuträglich ist“. Dadurch wurde die Metallgewinnung tatsächlich gesteigert. Friedrich III. verlieh Hans Kaltenhauer und Söhnen das Monopol für den gesamten Handel mit Kupfer und Vitriol von Kärnten nach Venedig. Ferdinand I. verlieh drei Kaufleuten, einem Tiroler und zwei Nürnbergern, das Monopol für das gesamte Schlagen und den gesamten Export von Eibenholz. Das Eibenholz ging hauptsächlich nach England. Eine der Folgen dieser [80:] Politik, die vor allem durch die ständige Geldnot der Habsburger verursacht wurde, war eine beschleunigte Entwicklung des Frühkapitalismus in Österreich. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts war der Zuzug der Großkaufleute aus dem Ausland nach den österreichischen Ländern sehr stark. Unter den Wiener Großkaufleuten sind zu jener Zeit Namen, die für ihre ausländische Herkunft sprechen, wie „Jan aus Prag“, „Peter aus Würzburg“, sehr häufig. Dieses neue österreichische Großbürgertum vermischte sich später stark mit dem Adel. Ein Beispiel ist Pölgl von Törl, der Waffenfabrikant Maximilians, der später den wohlklingenden Namen „Freiherr von Reifenstein und Aarberg“ erhielt.

Die Zeit vom 15. bis zum 17. Jahrhundert ist in Österreich die Epoche der Sturmjahre des Übergangs von der Handwerksproduktion zur frühen Manufaktur, von der Agrarproduktion für die Deckung des Bedarfs einer verhältnismäßig kleinen Gemeinschaft zur Agrarproduktion für Handelszwecke. Diese wirtschaftliche Umbildung ist von einer schweren Transformationskrise begleitet, die neben Hunger und Arbeitslosigkeit eine starke, in der Zeit zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert immer wieder auftretende Geldentwertung mit sich bringt.

Diese „Inflation“ geht zunächst nicht von Österreich aus. Sie beginnt in Italien. Fürsten, die, um ihre Geldschwierigkeiten zu beheben, mit der Währung manipulieren und den Gold- und Silbergehalt des Geldes verändern, bringen die Lawine ins Rollen. Die Inflation greift auf Deutschland über. Die

österreichische Münze hält sich verhältnismäßig lange auf ihrer alten Höhe, aber der ausgedehnte internationale Handel macht es auf die Dauer unmöglich, die Währung stabil zu halten. Die steirischen Grubenbesitzer, die mit Venedig Handel treiben, werden zum Beispiel vor die Wahl gestellt, die abgewertete venezianische Münze als Bezahlung anzunehmen, oder ihre Waren nicht zu verkaufen. Die Grubenbesitzer geben das abgewertete Geld an die Haumeister weiter, diese wieder zwingen es den Arbeitern auf. Die Bauern weigern sich jedoch, für das abgewertete Geld gleiche Mengen von Lebensmitteln zu liefern wie bisher, es kommt zu einer Preissteigerung und zu Arbeiterunruhen. Nach einiger Zeit ist die Regierung selbst gezwungen, die Geldentwertung zu legalisieren und ein Aufgeld einzuführen.

Wie in der modernen Inflation, gehen die Löhne mit den steigenden Preisen nicht mit. Die Arbeitslöhne in Tirol und in der Steiermark werden zum Beispiel eine Zeitlang so niedrig, daß es unmöglich wird, Arbeiter zu bekommen. In den Städten, vor allem in Wien, gibt es eine „Flucht in die Sachwerte“, die reicheren Wiener Bürger kaufen fieberhaft Grundstücke und Weinberge auf. Einer der Leidtragenden der Geldentwertung ist der kleine Adel; die Geldabgaben ihrer Bauern sind festgesetzt und es ist nicht immer möglich, sie zu erhöhen. Der Prozeß der Verarmung des kleinen Adels wird in der Inflation abgeschlossen.

[81:] Selbstverständlich ist die Inflation in Österreich nur zu Beginn von außen hereingetragen, sehr bald beginnt auch die Entwertung der österreichischen Münze. Ab 1619 fällt die Währung ins Bodenlose. 1633 führt die Regierung selbst die Abwertung durch. Das schlechte „lange Geld“, die „Kippermünzen“, werden zu einem Sechstel bis zu einem Achtel des Nennwertes eingelöst, der Gulden ist 1633 nur zehn Kreuzer wert statt 75. Viele Leute verlieren bis zu 85 Prozent ihres Geldbesitzes. Die großen Kaufleute und Grubenherren und die Lagerer leiden nicht sehr unter der Inflation, weil sie meist stark genug sind, eine Zahlung in gutem, nicht abgewertetem Geld zu erzwingen, selbst dagegen in wertlosem Geld zu zahlen. Im Gegenteil – im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation in Österreich spielt die Inflation eine nicht unbeträchtliche Rolle.

Der Beginn der Verwandlung der Wirtschaft von einer lokalen zu einer Landeswirtschaft, die Entstehung komplizierterer Produktionsformen, die internationale Ausdehnung des Handels, machen eine Änderung der politischen Verhältnisse notwendig. Die neue Wirtschaft braucht Ruhe und Sicherheit, nicht nur in kleinen, umschlossenen Gebieten, sondern im ganzen Land. Daher wird die endgültige Beendigung der Fürstenkriege, die Übernahme der politischen Macht durch eine starke zentrale Macht zu einer Notwendigkeit. Die neue Wirtschaft braucht ein einheitliches oder verhältnismäßig einheitliches Münz-, Zoll- und Abgabensystem. Auch das kann nur die zentrale Dynastie schaffen. Damit die Länder politisch kontrolliert werden können, müssen die Gebiete, die von der Dynastie beherrscht werden, wenigstens in ihrer Mehrheit zusammenhängen und nicht über halb Europa verstreut sein. Es beginnt daher die Entwicklung des geschlossenen, zusammenhängenden Staates, des Staates, dessen Existenz die Voraussetzung zur Entwicklung der Nation ist. Im Kampf um die Abrundung ihrer Territorien versucht jede starke Dynastie die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete und Durchgangswege in ihren Besitz einzugliedern. Um jene Zeit sind erstens der westliche Nord-Süd-Weg, der Weg, der durch Brabant, Lothringen, die Niederlande geht, und zweitens die italienischen Gebiete trotz der beginnenden Verschiebung des Handels nach dem Atlantik noch immer wichtig. Um diese Gebiete beginnt nun der Kampf der stärksten europäischen Dynastien, der Valois und später der Bourbonen (der Herrscher Frankreichs) gegen die Habsburger. Dieser Kampf dauert bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts.

Davon, ob die Länder um jene Zeit imstande sind, einen absolutistischen Staat zu schaffen, hängt es in der Regel ab (die Schweiz und die Niederlande sind eine durch besondere geographische und politische Verhältnisse bedingte Ausnahme), ob ihre nationale Entwicklung weitergeht und sie unabhängig bleiben, oder ob sie aufgehalten wird und sie zum Kampfplan fremder Mächte werden. Österreich geht, wenn auch unter Schwierigkeiten und Kämpfen, den ersten Weg.

[82:]

Maximilian I.

Maximilian I., einer der großen „Staatenerbauer“, besaß eine Eigenschaft, die bei späteren Mitgliedern seines Hauses nicht besonders ausgeprägt war. Diese Eigenschaft war Sinn für Humor. Charakteristisch dafür sind zwei Bemerkungen, die er zum Thema Hexenfurcht machte. (Die „mittelalterliche“ Hexenpsychose war im Mittelalter fast unbekannt. Ihre Entstehungszeit ist das Ende des 15. Jahrhunderts. Am stärksten ausgeprägt in denjenigen Ländern, in denen die Religionskämpfe besonders erbittert durchgeführt wurden, griff sie, wenn auch nicht allzu heftig, auch auf Österreich über – was Maximilian nicht daran hinderte, sich öffentlich über sie lustig zu machen.) Als man ihn aufforderte, seine Einwilligung zur Abhaltung eines Hexenprozesses in Wien zu gehen, lehnte er das mit der Bemerkung ab: „Wenn es wahr ist, daß die Hexen Ungewitter und Hagel erzeugen können, wäre es viel gescheiter, an Stelle der teuren Armeen ein paar alte Weiber, die donnern und blitzen können, an die Grenzen zu stellen, statt sie zu verbrennen.“ Ein anderes Mal bemerkte er etwas resigniert: „Wie ist es möglich, daß Hexen über den Teufel Gewalt haben können, wenn kein ehrlicher Mann etwas von einem Engel erhalten kann?“ Der skeptische Humor, der in diesen Bemerkungen zum Ausdruck kommt, paßt schlecht zu dem Bilde Maximilians, das uns durch populäre Geschichtsbücher überliefert wurde, dem Bild einer romantischen, glänzenden, zutiefst weltfremden Figur, der Figur, die den Beinamen „der letzte Ritter“ trägt. Und tatsächlich ist diese Darstellung Maximilians nichts anderes als eine letzte, diabolische Manifestation des Maximilianischen Humors. Denn Maximilian, der letzte Ritter, der schwankende Träumer, der weltfremde Troubadour, hat niemals existiert, oder besser gesagt, er existierte in dieser Gestalt nur in der Phantasie eines einzigen Mannes. Dieser Mann war er selbst. Durch jahrelange, emsige Bemühungen gelang es ihm jedoch, das Bild des „letzten Ritters“ so in der Vorstellung von Zeitgenossen und Biographen zu fixieren, daß es bis zum heutigen Tage in Geltung ist.

Die Weltfremdheit des letzten Ritters Maximilian bestand unter anderem darin, daß er sozusagen sein eigener Reklamechef war. Fast alle Anekdoten und Berichte über Maximilian stammen von ihm selbst. Dieser merkwürdige Mann, dessen Vitalität und Arbeitslust niemals erschöpft zu sein schienen, hatte eine Lieblingserholung, die er noch eifriger betrieb als die Jagd. Sie bestand darin, seinem Sekretär in Arbeitspausen, beim Essen, bei Feldzügen und sogar bei der Jagd, romantische Geschichten über sich selbst – wahre spätmittelalterliche Zehngroschenromane – in die Feder zu diktieren. Fugger, der Augsburger Großkaufmann, der zum engsten Freundeskreis Maximilians gehörte, beschreibt einmal folgende Szene: Maximilian sitzt in einer Jagdpause bei Tisch. Zwischen zwei Bissen und zwei Schlucken Wein diktiert er seinem [83:] Sekretär mit größter Seelenruhe die hochdramatische Schilderung eines Turniers, bei dem er, Maximilian, von einem schwarzen Ritter, von dem es sich später herausstellte, daß er der Teufel in Person war, angegriffen und erst im letzten Moment durch die persönliche Intervention eines Engels vor einem furchtbaren Tode bewahrt wird. Übrigens kommen solche und ähnliche Engel in sehr vielen der maximilianischen Romanzen vor, es scheint, daß er sie als eine Art Anhängsel zu seinem Hofstaat, als eine Art himmlische Leibwache, betrachtete.

Von Fugger, der es ablehnte, Maximilians autobiographische Bemühungen als bare Münze zu nehmen, und seinen kaiserlichen Freund mit einem Gemisch aus Hochachtung und leisem Amusement zu betrachten schien, stammt übrigens eine der wenigen realistischen zeitgenössischen Darstellungen Maximilians.

Der „letzte Ritter“ war einer der modernsten und fortschrittlichsten Politiker seiner Zeit, der erste große Diplomat, Verwaltungsfachmann, Militärspezialist des neuen österreichischen Staates, der vor allem ihm seine Entstehung verdankte. Der letzte Romantiker war einer derer, die das ritterliche Zeitalter auf immer beenden halfen. Und die Bürger und Bauern, die neuen Kaufleute und die neuen plebejischen Soldaten, die die untergehende und verfaulende Zeit des Rittertums haßten, betrachteten den Mann, der ihr den Todesstoß gab, als ihren Verbündeten und ihren Führer.

Eine Schilderung der Jugendjahre Maximilians – die ausnahmsweise nicht von ihm stammt – erinnert sehr stark an die Beschreibung der Jugendjahre eines anderen großen Staatenerbauers – Peters des Großen von Rußland. Wie Peter, trieb sich der junge Maximilian Abend für Abend in den Quartieren der fremden Kaufleute herum, trank und spielte mit ihnen und ließ sich von ihnen über die anderen

Länder Europas und über Indien und China erzählen. Wie Peter, verschwand Maximilian oft für ganze Tage und wurde dann meist in irgendeiner Waffenschmiede gefunden, wo er den Schmieden bei der Arbeit zusah und manchmal selbst mitzuarbeiten versuchte. Und wie Peter, zog Maximilian, sehr zum Unbehagen seiner Familie und seines Hofes, die Gesellschaft von Bürgern – Großkaufleuten, großen Waffenschmieden, Gewerkebesitzern usw. – jener der konservativen österreichischen Adeligen vor.

Noch eine andere Eigenschaft Maximilians erinnert an Peter den Großen: seine Vielseitigkeit. Maximilian schuf eine neue österreichische Staatsverwaltung, baute die Landsknechtsarmee auf, legte die Grundlagen für eine europäische Allianzpolitik großen Stils, führte mehrere Kriege und war nicht nur österreichischer Landesfürst, sondern auch Träger der deutschen Kaiserkrone, von dem man verlangte, in dem deutschen Chaos wenigstens halbwegs Ordnung zu schaffen. Das wurde zwar von Tag zu Tag aussichtsloser, aber eine Zeitlang versuchte Maximilian auch das. Neben all dem fand er Zeit, mit Dürer und mit Melan-[84:]chthon zu korrespondieren, zahlreiche bekannte Humanisten nach Wien zu holen und mit ihnen die „Danubische Gesellschaft" zu begründen, alte Manuskripte zu sammeln, sich mit Astronomie und Astrologie, Chemie und Alchimie zu beschäftigen, das Metallgießverfahren für Kanonen zu verbessern und mehrere kleine Erfindungen auf dem Gebiet der Feuerwaffenkonstruktion und der Pyrotechnik zu machen. Daneben schrieb er Dutzende von Abhandlungen über die verschiedensten Themen, über Religion, Ethik, Strategie, Architektur, Jagd, über die Geschichte des Hauses Habsburg, über Gartenbau und – ein Kochbuch.

Maximilians Vater, Friedrich III., soll der Schöpfer jenes Pentagramms aus den Vokalen des Alphabets sein, in dem die kommende Rolle Österreichs als Weltmacht etwas übertrieben vorausgesagt wurde, des Pentagramms AEIOU, „Austria Erit In Orbe Ultima" oder „Alles Erdreich ist Oesterreich untertan". Friedrichs Herrschaftszeit verging im Kampf mit den Fürstenparteien. Obwohl Friedrich ständig von der endgültigen Niederlage bedroht war, obwohl er einen großen Teil seines Lebens auf der Flucht vor seinen Feinden verbrachte, verfolgte er hartnäckig sein Ziel – die Stärkung seiner Dynastie durch vorteilhafte außenpolitische Bündnisse. Es gelang ihm, Maximilian mit Maria, der Erbin der Länder von Burgund, zu vermählen. Diese Ehe war ein großer diplomatischer Erfolg, denn die Territorien, die Französisch-Burgund und die Niederlande einschlossen, beherrschten nicht nur den wichtigen neuen europäischen Handelsweg, den westlichen Verbindungsweg zwischen Mittelmeer und Nordsee, sondern waren auch strategisch wichtig. Wer diese Provinzen besaß, besaß die Schlüsselstellung zum nordwestlichen Italien und eine Position, von der aus man sowohl Frankreich als auch England ständig bedrohen konnte. Allerdings war die Gebietserweiterung nur ein gemischter Segen. Die Habsburger in Burgund – das war für die größte europäische Macht, Frankreich, fast eine Kriegserklärung, eine ständige Bedrohung ihrer Sicherheit, der Versuch der Verhinderung ihrer territorialen Expansion nach Norden und nach Süden. Ein Jahr nach der Heirat in Gent begann der erste Krieg zwischen dem französischen König und Maximilian, ein Krieg, der mit kurzen Unterbrechungen auf allen Schlachtfeldern Europas, zunächst in Burgund, dann in Italien, schließlich in Deutschland bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts weitergeführt wurde.

Maximilian gewann den ersten Krieg in Burgund. Er hatte keine Absicht, Frankreich das Feld zu räumen, obwohl sich nach kurzer Zeit auch die franzosenfreundlichen Bürger von Gent und Brügge gegen ihn erhoben und ihn sogar für kurze Zeit ins Gefängnis setzten. Aber gerade weil Maximilian wußte, daß der Machtkampf zwischen Habsburg und Valois unvermeidlich war, konnte er Vergleiche ziehen. Auf der einen Seite war Frankreich, kurze Zeit nach der endgültigen Vertreibung der Engländer von französischem Territorium, bereits als Staat konsolidiert, mit einem König, dessen Stellung zwar noch nicht völlig gesichert [85:] war, der aber imstande war, seine Macht gegen den Hochadel zu behaupten. Auf der anderen Seite war Österreich, ein loses Konglomerat fast unabhängiger Territorien, das gegenwärtig noch dazu zum größten Teil von Matthias Corvinus besetzt gehalten wurde, dessen Fürst froh sein mußte, wenn er von Fall zu Fall seine Herrschaft gegen die fürstlichen Fronden aufrechterhalten konnte – ein Land, das ein Sprungbrett für die Beherrschung Europas werden konnte, wenn man es zu einem festen Staat machte. Und selbst, wenn es nicht um die Beherrschung Europas ging, eines Tages – vielleicht bald – konnte es um die nackte Existenz gehen. Langsam, aber unausweichlich, näherte sich vom Osten her der Feind, dem 1453 das große Byzanz zum Opfer gefallen

war, der die starke Republik Venedig bedrohte, der ein Heer nach dem anderen in die Flucht schlug – die Türken. Maximilian verließ Burgund und wandte sich nach Österreich.

1490 betrat Maximilian wieder jenes kleine Stück Österreich, in dem die Habsburger noch Herrscher waren. Zwei Ereignisse kamen ihm im gleichen Jahr bei seinem Versuch, seine Erbländer wiederzuerobern, zu Hilfe. Das eine war die endgültige Angliederung Tirols an Österreich. Herzog Sigismund von Österreich versuchte mit Hilfe einer bayernfreundlichen Partei, den „bösen bayrischen Räten", wie sie im Volk genannt wurden, Tirol an den Herzog von Bayern abzutreten. Die überwältigende Mehrheit der Tiroler Bevölkerung war gegen die Angliederung an Bayern. Auf dem Meraner Landtag kam es zum offenen Bruch zwischen dem Herzog und den Ständen, die das Volk aufriefen, „wenn notwendig, bewaffnet", für das Verbleiben bei Österreich zu kämpfen und dem Herzog einfach alle Subventionen sperrten. Sigismund blieb nichts übrig, als nachzugeben. Er übertrug Tirol an Maximilian und zog sich mit einer von den Ständen nun bewilligten Lebensrente auf seine Schlösser zurück. Damit hatte Maximilian eine feste Operationsbasis in Tirol gewonnen. Kurze Zeit später kam ihm ein zweites Ereignis zu Hilfe. König Matthias Corvinus starb in Wien. Nach seinem Tod brachen die Fürstenkämpfe in Ungarn mit erneuter Heftigkeit aus. Maximilian konnte vormarschieren, Wien, Wiener Neustadt, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten wieder nehmen und den Krieg sogar bis nach Westungarn vortragen. Mit seinen Truppen vor Stuhlweißenburg erzwang Maximilian vom Nachfolger Corvinus, Władisław, den Preßburger Frieden, in dem nicht nur alle ungarischen Ansprüche auf österreichische Territorien aufgegeben wurden, sondern den Habsburgern auch die Nachfolge der Jagellonen in Ungarn und Böhmen garantiert wurde.

Maximilian begann sofort mit den Verwaltungsreformen, die in kurzer Zeit aus dem losen Gebilde Österreich einen verhältnismäßig festen absolutistischen Staat machten.

Das Verwaltungssystem Maximilians war eine Mischung aus zwei Verwaltungsformen, der sehr straffen, zentralisierten Verwaltung Bur-[86:]gunds, deren Funktionäre fast ausschließlich Berufsbeamte, oft bürgerlicher Herkunft – Räte und fürstliche Kommissare – waren, und der demokratischen Selbstverwaltung Tirols, deren Träger entweder gewählt oder von den Ständen nominiert waren. In der Praxis sah das so aus, daß die zentralen Landesbehörden vor allem aus Berufsbeamten mit einigen Ständevertretern bestanden, die lokalen Behörden aus gewählten oder von den Ständen bestimmten Funktionären, denen ein fürstlicher Kommissar – sozusagen als letzte lokale Instanz – beigegeben war.

1491, also unmittelbar nach Abschluß des Preßburger Friedens wurde das erste zentrale Amt für alle österreichischen Länder geschaffen, die damit zum ersten Male als staatliche Einheit behandelt wurden. Es war die sogenannte Hofkammer, die die Funktionen eines zentralen Finanzministeriums und eines obersten Appellationsgerichtes vereinigte. Drei Jahre später wurden diese beiden Behörden getrennt und das Finanzamt bekam den Namen „Schatz- und Rechnungskammer". Kurze Zeit später wurde für alle österreichischen Länder ein einheitliches Strafrecht, die sogenannte „Malefizordnung" erlassen. 1513 wurden für das ganze Land zentrale Steuern festgelegt. Ab 1490 gab es zwar nicht formal, aber in der Praxis so etwas wie ein einheitliches österreichisches Innenministerium. In der Abwesenheit des Kaisers wurde die Regierung von einem Landeshauptmann und sechs Räten ausgeübt. Die Außenpolitik war das einzige „Ressort", das vom Kaiser allein und ohne jede Teilnahme der Stände, die in den anderen Gebieten entweder an den Ministerien beteiligt waren oder ein Einspruchsrecht hatten, ausgeübt wurde. Die „geheimen Geschäfte", das heißt die diplomatischen Angelegenheiten wurden vom Kaiser zusammen mit einigen Räten erledigt, später entwickelte sich daraus der „Geheime Rat", der eine reine Beamteninstitution war. Ende des 15. Jahrhunderts wurde noch ein zentrales Hüttenamt – eine Art Ministerium für Bergbau – geschaffen.

Bis zur Regierungszeit Maximilians führten die Stände der einzelnen Länder ihre Geschäfte völlig unabhängig voneinander durch, zwischen den Ständen der einzelnen Länder gab es so gut wie keinen Kontakt. Nur einmal traten kurz vor dem Regierungsantritt Maximilians, als man einen Türkeneinfall fürchtete, die Stände Ober- und Niederösterreichs zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Ab 1499 tagten in unregelmäßig stattfindenden Ausschußsitzungen Vertreter der Landtage von Steiermark, Krain, Kärnten, Niederösterreich und Oberösterreich.

Im Jahre 1518 fand in Innsbruck eine Tagung statt, die ein entscheidender Markstein in der Entwicklung Österreichs war und die bewies, daß die österreichischen Länder ein Staat geworden waren – die Tagung der österreichischen Generalstände. Siebzig Delegierte aus ganz Österreich – Vertreter der Kirche, des Adels, der Städte und Märkte und, [87:] da Tiroler Abgeordnete dabei waren, auch der Bauern, traten zusammen, um über ein allgemeinpolitisches „Regierungsprogramm“ Maximilians zu verhandeln. Wie weitgehend es war, zeigen einige Punkte. Es wurde unter anderem über folgende Fragen verhandelt:

Bewilligung von Geld für Auslösung der an die Fugger verpfändeten fürstlichen Einkäufe, von Geldern für Hofstaat und Regierungsbehörden.

Abschluß eines Friedens mit Venedig oder, falls das nicht möglich ist, Finanzierung der weiteren Kriegsführung.

Feldzugsplan gegen die Türken und gegenseitige Unterstützung der Länder im Falle eines Angriffs.

Einsetzung eines Hofrats als oberste Landesbehörde. (Der Hofrat war sozusagen das „Kabinett“ des Landes, allerdings ein Kabinett, das dem Kaiser unterstellt und nur ihm verantwortlich war, eine für die damalige Zeit sehr moderne Einrichtung, die es nur in den westlichen absolutistischen Ländern gab. Er bestand zu gleichen Teilen aus Ständevertretern und aus Beamten, „studierten Juristen“, außerdem gehörten ihm der Hofmeister, der Marschall, der Kanzler und der Schatzmeister an. Allerdings trat der Hofrat erst 1526 unter Ferdinand I. in Aktion.)

Die Stände bewilligten die Einsetzung des Hofrats und 400.000 Goldgulden für die Landesfinanzen, stellten aber die Bedingung, daß der Kaiser ohne ihre Erlaubnis keinen Angriffskrieg führen dürfe. Die Sitzungen der Generalstände fanden allerdings nur wenige Male statt, später wurde es üblich, daß jedes Land allein tagte und die gemeinsamen Angelegenheiten schriftlich erledigt wurden.

Im Gegensatz zu England, wo sich aus den Ständen das Parlament entwickelte (wo allerdings das Gewicht des Bürgertums und des verbürgerlichten Adels so groß war, daß sie dem Parlament ihren Stempel aufdrücken konnten), wurden in Österreich die Stände in der weiteren Entwicklung nicht zu einem entscheidenden politischen Faktor im Leben des Landes. Die Stände trugen frühzeitig den Keim des inneren Widerspruchs in sich. Sie bestanden aus zwei Schichten, deren Interessen auf die Dauer miteinander unvereinbar waren – aus dem weltlichen und kirchlichen Adel und den vorwiegend bürgerlichen Städten. Noch dazu hatte in allen österreichischen Landtagen der Adel die Majorität – mit Ausnahme Tirols, wo Adel, Städte und Bauern die gleiche Zahl von Vertretern stellten. (Der Tiroler Landtag blieb infolgedessen auch viel länger eine arbeitsfähige und politisch ernstzunehmende Körperschaft.) Die Stände waren seit der Mitte des 16. Jahrhunderts eigentlich nur immer dann arbeitsfähig, wenn es zu einem der vielen vorübergehenden Zufallsbündnisse zwischen Bürgertum und Adel kam – in Zeiten der Bedrohung durch einen äußeren Feind mit der Krone, in ruhigeren Augenblicken oft gegen die Krone. Sehr oft jedoch machten die inneren Gegensätze eine Zusammenarbeit in den Ständen fast unmöglich. Seit Beginn des 17. Jahrhunderts, der Periode der endgültigen Liquidierung [88:] des alten Adels als selbständiger politischer Kraft durch die Krone, wurden die Stände immer mehr zu einem Zentrum der adeligen Opposition, bis die Ersetzung des selbständigen Adels durch einen Hofadel sie schließlich zu fast unpolitischen Körperschaften machte.

Die Reformen Maximilians wurden in der Regierungszeit Ferdinands I. fortgesetzt. 1527 wurde ein oberster Gerichtshof geschaffen – die höchste Appellationsbehörde für alle österreichischen Länder mit Ausnahme von Böhmen und Ungarn. (Diese beiden Länder wurden lange Zeit hindurch – Böhmen bis 1627, Ungarn bis zur Zeit Josephs II. – nicht in den zentralen österreichischen Staatsapparat eingeschlossen, nur der 1556 gegründete „Ständige Kriegsrat“, das „Armeeministerium“, umfaßte auch diese beiden Länder.) 1527 wurden neben dem zentralen Finanzministerium noch vier Landeskammern, in Wien, Innsbruck, Preßburg und Breslau, geschaffen. Ab 1542 gab es für ganz Österreich eine gemeinsame Polizeiordnung, ab 1559 eine zentrale Münzordnung. In der gleichen Zeit begann eine verstärkte Kontrolle der Kirchen und der Klöster durch kaiserliche Kommissare.

Maximilian versuchte übrigens, in seiner Funktion als deutscher Kaiser, in Deutschland ähnliche Reformen wie in Österreich durchzuführen. Der Versuch war vom ersten Tage an zum Scheitern verurteilt; die deutschen Stände erhoben sich wie ein Mann gegen die Vorschläge, weil sie fürchteten, daß die Reformen die Macht des Kaisers stärken und ihre eigene Macht beschneiden würden, was wahrscheinlich auch geschehen wäre. Es hätte nicht viel gefehlt und der Versuch, Deutschland zu einigen, hätte mit dem Krieg eines geeinten Deutschland gegen Maximilian geendet. Tatsächlich endete die Sache damit, daß die deutschen Stände Maximilian drohten, ihm alle Geldsubsidien für den Kampf gegen die Türken zu sperren, wenn er seine Einheitsverordnungen nicht sofort zurückzöge. Selbst der Reichsfrieden und der Landfrieden von 1495, die auf allgemeinen Wunsch beschlossen wurden, dauerten nur einige Monate, da die stärksten deutschen Fürsten sie als Hindernis bei der Durchführung ihrer Privatkriege empfanden. Nach dieser Erfahrung gab sogar der unermüdliche Maximilian den Kampf gegen das deutsche Chaos auf.

Das zweite wichtige Gebiet der maximilianischen Reformen war das Heer – soweit man damals von „Heer“ sprechen konnte. Obwohl es seit etwa so Jahren Söldnertruppen gegeben hatte – vor allem Schweizer und Tschechen – bestanden die Heere noch immer zum großen Teil aus adeligen Vasallen mit ihren Aufgeboten – Elementen, die nicht nur in den Zeiten der Kämpfe zwischen Adel und Krone außerordentlich unzuverlässig, sondern auch militärisch fast ganz wertlos waren. Seit dem 100jährigen Krieg war die schwergepanzerte und unbewegliche adelige Kavallerie auf allen Schlachtfeldern Europas vernichtend geschlagen worden – von den Truppen Frankreichs unter Führung von Johanna von Orleans, von den Hussiten, von den Schwei-[89:]zer Bauern und Bürgern und nun auch von den barbarischen Türken. Es war aber nicht leicht, diese freiwilligen Don Quijotes zu einer modernen Kampfweise zu zwingen; die Herren weigerten sich einfach, Reitpferd und Speer mit der Feuerwaffe zu vertauschen, erklärten, man hätte es früher auch so getan oder weigerten sich überhaupt, die „vulgären und mörderischen“ Feuerwaffen anzurühren.

An die Stelle des Ritterheeres setzte Maximilian einen neuen Typus von Armee – das Heer der vom Landesfürsten gemieteten, von ihm abhängigen Söldner, der Landsknechte. Diese Landsknechtsarmeen bestanden nicht mehr aus Schweizer oder böhmischen Berufssoldaten allein, sondern auch aus einheimischen Bauernsöhnen, Handwerksgesellen usw. Allerdings wurden auch im Landsknechtsheer Maximilians die Posten der Artilleristen noch lange von böhmischen Landsknechten, die als die besten Artilleristen Europas galten, besetzt.

Obwohl die Landsknechtsarmee später, im Dreißigjährigen Krieg, in der Zeit ihres Niedergangs und Zerfalls, in der Zeit, als die ersten nationalen Armeen auftraten, und der Name Landsknecht identisch wurde mit den Begriffen „Plünderer“ und „Mörder“, beim Volk aller Länder verhaßt wurde, war sie im 16. Jahrhundert bei der Bevölkerung Österreichs außerordentlich beliebt. Bürger und Bauern betrachteten die Landsknechte, die die Ritter überflüssig machten und besiegten, nicht als Fremde, sondern als Teil der Bauernschaft und des Bürgertums und spürten, daß damit sie selbst die verhaßten Adeligen schlugen. Die Landknechte waren übrigens, wie jeder andere Handwerker, in Berufsorganisationen – Landsknechtsgilden – zusammengefaßt und es kam nicht selten vor, daß sie mitten in einer Schlacht zu kämpfen aufhörten und neue Lohnforderungen stellten. Auch dieses „unritterliche“ und „gut bürgerliche“ Verhalten machte sie populär. In Österreich gehörten den Landsknechten sehr viele Tiroler Bauern und oft städtische und ländliche Arbeiter an. Die Tatsache, daß Maximilian der Gründer der Landsknechtsarmee war, sich selbst immer. wieder als „Vater der Landsknechte“ bezeichnete und die Landsknechte mit Vorliebe als „meine Kinder“ ansprach, trug in diesem Zusammenhang nicht wenig zu seiner Beliebtheit bei.

Die Landsknechtsarmeen stellten auch in ihrem Aufbau einen ganz neuen Typus Heer dar. Sie waren mit Geschützen bewaffnet – eines für jedes Fähnlein. Jedes Fähnlein bestand aus 25 Büchsenschützen, 100 Hellebardieren – die Hellebarde war die schwere Waffe – und weiteren 100 bis 200 Mann mit der leichten Waffe, dem Spieß. Der schwere, unpraktische Schild wurde abgelegt. Der Kampfvorgang – der ebenfalls von Maximilian ausgearbeitet worden war – sah in seinen Grundzügen dem modernen Kampfvorgang überraschend ähnlich.

Zunächst wurde die gegnerische Position eine Zeitlang mit schwerem Geschützfeuer belegt – sozusagen das Gegenstück zur „Auflockerung“ von heute. Dann kam Büchsenfeuer, schließlich Sturm mit blanker [90:] Waffe – zuerst die schwere Hellebarde, dann der Spieß. Gegen diese Taktik waren die in ihren Burgen verschanzten Ritter wehrlos. Plötzlich gab es keine uneinnehmbaren Festungen mehr. Mit seinen Armeereformen hatte der „letzte Ritter“ der Ritterschaft militärisch das Lebenslicht ausgeblasen.

Maximilian selbst bezeichnete als sein politisches Meisterwerk etwas anderes: den Abschluß der spanisch-österreichischen Wechselehe, der der österreichischen Dynastie die neue spanische Weltmacht als Verbündeten gab. Diese Ehe war, wie alle dynastischen Ehen der damaligen Zeit, selbstverständlich keine Heirat schlechthin, sondern die äußere Manifestation des erfolgreichen Abschlusses einer diplomatischen Aktion, so wie es heute ein Allianzvertrag ist. Die Vorstellung, daß alle anderen Länder sich ihre Machtpositionen erkämpfen mußten, während „das glückliche Österreich sie sich erheiratete“, ist grotesk. Es gibt auch in der damaligen Zeit genügend viele Beispiele dafür, daß eine dynastische Ehe nichts nützte, wenn das damit abgeschlossene Bündnis nicht den Interessen der beiden betreffenden Länder entsprach. Den Hintergrund für die Ehe mußte ein gesundes Stück realistischer Diplomatie bilden. Allerdings waren die Habsburger Jahrhunderte hindurch sehr geschickte Diplomaten, die die Kräfteverhältnisse und Interessengegensätze in Europa ausgezeichnet kannten, immer wieder verstanden, sie mit Blitzesschnelle für sich auszunützen und keinen Augenblick lang zögerten, ihr ganzes Allianzsystem von einem Tag auf den anderen umzuwerfen, wenn es ihnen vorteilhaft schien. Die spanisch-österreichische Allianz Maximilians war eine diplomatische Meisterleistung. Spanien war nicht nur eine aufsteigende Großmacht, es war der stärkste und gefährlichste Rivale Frankreichs. Noch dazu grenzte es unmittelbar an Frankreich, und seine italienischen Gebiete waren von den französischen Gebieten in Italien nicht einmal durch Gebirgsgrenzen getrennt. Die neue Allianz gab der österreichischen Dynastie nicht nur einen starken und reichen Partner – was bei der chronischen Geldnot der Habsburger nicht unwichtig war – sie sprengte auch den Panzer des Zweifrontenkrieges, in den Österreich eingeschnürt zu werden drohte –, Frankreich auf der einen Seite, die Türken auf der anderen; das heißt, sie brachte Frankreich selbst ständig in die Gefahr, einen Zweifrontenkrieg führen zu müssen – Österreich in Burgund und später in Italien auf der einen Seite, – Spanien auf der anderen. Außerdem machte sie die österreichische Dynastie in gewissem Maße von der militärischen und materiellen Hilfe der deutschen Fürsten unabhängig, das heißt, von der Notwendigkeit, ihnen wegen jedes Guldens und jedes Soldaten neue Konzessionen machen zu müssen, und gab der Dynastie praktisch das Übergewicht über die deutschen Fürsten. Mit dem Niedergang Spaniens, Mitte des 17. Jahrhunderts, wurde die Allianz zu einer Belastung, und die österreichische Dynastie zögerte am Ende des Dreißigjährigen Krieges nicht einen Augenblick lang, mit Frankreich einen Separatfrieden zu schließen und [91:] die spanischen Verwandten im Kampf allein zu lassen. Aber in den hundertfünfzig Jahren, die zwischen dem Abschluß des Bündnisses und seiner praktischen Auflösung lagen, war die spanische Hilfe für Österreich der einzige Ausweg. Ohne sie hätte es dem franko-türkischen Zweifrontenkrieg nicht lange standhalten können.

Aus der spanisch-österreichischen Wechselheirat (der Sohn Maximilians heiratete die Tochter des spanischen Königspaares, seine Tochter verehelichte sich mit dem spanischen Königssohn) wurden Maximilian zwei Enkel geboren. Karl V. und Ferdinand I. Karl V. wurde zum deutschen Kaiser gewählt, Ferdinand I., der außenpolitisch und innenpolitisch die Arbeit Maximilians fortsetzte, erhielt die Herrschaft über die österreichischen Erbländer. Diese stellten nun einen festeren, geschlosseneren Staat dar, der wenige Jahre später als einzige europäische Macht die Türken zurückschlagen konnte.

Ein Beispiel für die realistische Außenpolitik Maximilians ist es übrigens, daß er als erster europäischer Monarch die Bedeutung der neuen Macht im Osten erkannte, nämlich Rußlands, das sich gerade von der mongolischen Oberherrschaft befreit hatte. Er schickte einen ständigen Gesandten an den russischen Hof, schloß 1513 mit Rußland ein Bündnis gegen den polnischen Jagellonenkönig ab und machte es diesem damit unmöglich, seinen Bruder, den König von Böhmen und Ungarn, bei einem Krieg gegen Österreich zu unterstützen. So verschaffte er sich im Norden und im Osten Ruhe.

Maximilian starb 1519. Kurze Zeit vor seinem Tode, als er bereits wußte, er würde nicht mehr lange leben, wollte er noch einmal die Stadt Innsbruck, die er besonders liebte, besuchen. Er kündigte dem Stadtrat seinen Besuch an. Der Stadtrat antwortete sofort und bat den Kaiser vom Besuch Abstand zu nehmen". Wenn er käme, müßte ihn die Stadt feierlich empfangen. Empfänge aber kosteten Geld. Die Stadt Innsbruck habe kein Geld und er, der Kaiser, schon gar keines. Maximilian gehorchte und „nahm Abstand".

Die „Cambridge History of Modem Europe" schreibt über ihn: „Maximilian war ein wahres Kind der Renaissance. Er spielte eine wichtige Rolle in der intellektuellen und künstlerischen Bewegung seiner Zeit. Sein Einfluß auf die Universität Wien, der er drei neue Lehrstühle (für römisches Recht, Mathematik und Dichtkunst) gab, war außerordentlich groß. Er schuf die Institution der Landsknechtsarmee, die leichten Waffen und die Kanonen, die er erfand, waren die Grundlagen der beweglichen Artillerie und stellten eine Revolution in der militärischen Ausrüstung seiner Zeit dar. Der Ständetag in Innsbruck (1518) ist mit Recht als der Anfang der organisierten Einheit der österreichischen Länder betrachtet worden. Seine Finanzreformen, seine Tribunale, die lokalen Administrationen sind ein Ausdruck dieser Einheit. Er ist wirklich der Begründer der Einheit Österreichs. Er leistete wenig für Deutschland, aber tat viel für Österreich."

[92:]

Der Beginn der Türkenkriege

1526 wurde das ungarische Heer auf dem Schlachtfeld von Mohacs vernichtend geschlagen. Der König fiel in der Schlacht, der größte Teil des Landes wurde besetzt. In einem Jahr, erklärte der Sultan triumphierend, würde er Wien nehmen, in zwei Jahren am Rhein sein. Es sah aus, als könnte er diese Drohung wahrmachen. Ein Land nach dem anderen war von den türkischen Heeren erobert worden, ganz Südosteuropa wurde von türkischen Gouverneuren oder von Vasallen des Sultans regiert. In dem noch freien Europa schauderte man. Waren die Türken unbesiegbar, verfügten sie über überirdische Kräfte und Fähigkeiten? Worin bestand die Stärke dieses halbbarbarischen Volkes – wer waren die Türken?

Ein französischer Reisender, De la Brouckere, der zwanzig Jahre am Hofe des Sultans lebte, beschreibt sie folgendermaßen:

„Sie sind fleißig, stehen früh auf, leben von wenigem. Sie sind zufrieden mit Milch, Brot, rohem, in der Sonne getrockneten Fleisch, Weintrauben, etwas Käse und sogar einer Handvoll Mehl, aus der sie mit Wasser eine Suppe machen, die sechs oder acht von ihnen einen ganzen Tag lang nährt. Wenn ihre Pferde und Kamele krank sind, essen sie auch diese. Sie schlafen auf der nackten Erde und tragen alle Kleider, die sie besitzen, übereinander auf dem Leib. Ihre Politik besteht darin, zweimal so starke Armeen zu haben wie ihre Gegner. Ihre Überlegenheit erlaubt es ihnen, an mehreren Stellen zugleich anzugreifen. Wenn sie irgendwo durchbrechen, werfen sie sich mit unglaublichen Menschenmengen durch die Lücke und es ist ein Wunder, wenn nicht alles verloren ist. Ihre Armee besteht aus 200.000 Mann nicht sehr stark bewaffneten Fußvolks. Außerdem haben sie große Mengen von Christen, die gezwungen sind, bei ihnen zu dienen – Griechen, Bulgaren, Mazedonier, Albanier, Slowenen, Wallachen, Serben und andere Untertanen der unterworfenen Länder. Alle diese Völker hassen die Türken."

An ihren europäischen Gegnern gemessen, waren die Türken ein junges Volk, das heißt sie befanden sich in jener gesellschaftlichen Entwicklungsperiode des Feudalismus, der noch viele Züge der militärischen Stammesdemokratie trägt, die ihre Gegner sechs Jahrhunderte vorher durchschritten hatten. Aber der frühe, kräftige Feudalismus der Türken stieß auf den zerfallenden Feudalismus der südosteuropäischen Staaten, traf sie mitten in der schweren Krise einer bereits überlebten, aber noch nicht überwundenen Gesellschaftsform. Die Türken waren um jene Zeit noch geeint, ihre Gegner bekämpften einander und mißtrauten einander. Es kam noch etwas anderes dazu: Unter den türkischen Fahnen vereinigte sich eine starke Koalition mehrerer vorderasiatischer; tatarischer und sogar arabischer Völker und einiger osteuropäischer Fürsten wie zum Beispiel Johann Zapolyas von Siebenbürgen. Ihre Gegner kämpften meist allein, ohne wesentliche Unterstützung durch ihre Nachbarn. [93:] Andrew Boorde, Leibarzt des Königs von England, der im Jahre 1544 eine Reise durch Ungarn machte, gibt

in englischer Nachdichtung ein ungarisches Volkslied wieder, das zeigt, wie sehr den Einwohnern der bedrohten Länder ihre Verlassenheit bewußt war:

„I do dwell in the Kingdom of Hungary,
betwixt the Turks and me is little mercy,
and although they be strong, proud and stout,
other while I rap them on the snout.
If we from other nations might have any help,
we would make them to flee like a dog or a whelp.“[2]

Frankreich arbeitete schon vor Abschluß der franko-türkischen Allianz mit den Türken inoffiziell zusammen. Der König von Frankreich bemerkte nach der Schlacht von Mohacs dankerfüllt: „Die Türken sind ein Segen des Himmels. Sie halten den Kaiser beschäftigt und verhindern ihn, zu stark zu werden.“ Für die deutschen Fürsten stand es so, daß sie sich solange sicher fühlten, solange Österreich als die vorgeschobene Bastion noch nicht überrannt war. Solange die Türken noch nicht vor den Toren Wiens standen, war ihnen die Türkengefahr im Grunde ganz angenehm, weil sie ihnen die Möglichkeit gab, vom Kaiser für jede Anleihe und für jede militärische Einheit, die sie ihm gegen die Türken zur Verfügung stellten, neue Konzessionen zu erpressen. Ungarn oder andere noch weiter entfernte Länder verteidigen zu helfen, kam ihnen natürlich nicht in den Sinn. Wie weit die Gleichgültigkeit der mitteleuropäischen Politiker ging, zeigt die Aufforderung, die Luther kurz vor Mohacs an die Lutheraner in Ungarn und in Siebenbürgen richtete. Er verlangte von ihnen, daß sie den Türken keinen Widerstand leisten, denn diese seien von Gott als Geißel geschickt und es wäre Sünde, „sich der Geißel Gottes zu widersetzen“. Drei Jahre später, als die Türken vor Wien standen und es so aussah, als würde auch Deutschland bald des reinigenden Einflusses der „Geißel Gottes“ teilhaftig werden, änderte er allerdings seine Meinung und rief alle Gläubigen auf, Wien zu Hilfe zu kommen. Spanien schickte wenigstens Geld und etwas Truppen, aber Spanien war um jene Zeit vor allem eine Seemacht. Die vereinigten Flotten Spaniens und Venedigs hielten den Hauptstoß der vereinigten türkischen und arabischen Flotte im Mittelmeer auf – später gesellten sich zu den türkischen und arabischen Schiffen auch französische. 1571 vernichteten spanische und venezianische Schiffe unter dem Kommando des natürlichen Sohnes Karl V., Don Juan d'Austria, und des venezianischen Admirals Doria in der Seeschlacht von Lepanto die türkische Flotte und brachen auf immer die türkische Vormachtstellung im Mittelmeer.

England war am Krieg gegen die Türken desinteressiert, der Papst war ebenfalls durch seine profranzösische Stellung eher protürkisch. Rußland hatte selbst mit der Abwehr der Tataren vollauf zu tun.

Für die von den Türken eroberten Länder bedeutete die türkische Herrschaft nicht nur Krieg und Raub, Elend und Zehntausende von [94:] Todesopfern, sondern auch die Unterbrechung ihrer ganzen Entwicklung. Wenn sich viele Balkanländer Mitte des 19. Jahrhunderts noch fast im Stadium des Feudalismus befanden, so sind nicht zum wenigsten die zweihundert Jahre Türkenherrschaft daran schuld, in denen den unterworfenen Ländern einfach die wirtschaftliche und politische Existenzform ihrer Herren aufgezwungen wurde. Zunächst und noch auf lange Zeit hinaus, wurden diese Länder in einem bisher unerhörten Maße ausgeplündert. Die Türken lebten lange Zeit hindurch im vollsten Sinne des Wortes von ihren Opfern. Ein Beispiel sind die Maßnahmen, die nach der Eroberung der griechischen Inseln dort durchgeführt wurden. Ein Drittel der Einwohner wurde in Sklaverei verkauft, ein Drittel nach Konstantinopel umgesiedelt, um die menschenarm gewordene Stadt „aufzufüllen“, ein Drittel, die schwächsten und unfähigsten Leute, durften dableiben und den Boden bewirtschaften. Dort, wo die Bauern noch frei waren, wurden sie zu Leibeigenen entweder der türkischen Würdenträger oder der einheimischen Adeligen, die sich den Türken unterworfen hatten. Besonders drückend

---

[2] „Ich wohne im Königreich Ungarn,
zwischen den Türken und mir ist wenig Gnade,
und obgleich sie stark, stolz und gedrungen sind,
während ich ihnen auf die Schnauze klopfe.
Wenn wir von anderen Völkern Hilfe hätten,
würden wir sie in die Flucht schlagen wie einen Hund oder einen Welpen.“

waren die riesigen Kriegskontributionen, die die Bauern und Städter neben den Abgaben an die einheimischen Herrscher noch direkt nach Konstantinopel zahlen mußten, und die „Kinderabgabe“. Die Kinderabgabe bedeutete, daß die Einwohner in bestimmten Zeitabständen jedes zehnte, manchmal auch jedes siebente oder sechste Kind des Ortes dem Sultan als „Abgabe“ schicken mußten. Die Kinder wurden von klein auf in Konstantinopel als Soldaten erzogen und bildeten den Nachwuchs für die berühmte türkische Janitscharenarmee. Daß die Türken in religiösen und weltanschaulichen Fragen tolerant waren und zum Beispiel weder die Lutheraner noch die Calvinisten noch die Mitglieder der griechisch-orthodoxen Kirche bei der Ausübung ihrer Religion behinderten, war unter diesen Umständen ein schwacher Trost.

Die Janitscharen waren die erste Berufsarmee Europas, allerdings eine Berufsarmee besonderer Art. Sie wurden schon als Kinder in einer Art Kadettenanstalt, völlig von ihrer Familie und von der Umwelt losgelöst, erzogen. Neben der militärischen Schulung wurde ihnen von Beginn an immer wieder eingeprägt, daß sie die Elite des Landes wären – Diener Gottes, Diener des Sultans – nichts anderes. Alle menschlichen Bindungen, alle Dinge, die für andere galten, galten für sie nicht – ihre Freunde, ihre Familie waren die Janitscharenarmee, der Sultan, der einzig würdige Tod war der Tod in der Schlacht. Sie durften nicht heiraten und nicht mehr besitzen, als sie bei sich tragen konnten. Eine solche Armee war natürlich ein viel schlagkräftigeres Instrument als die desorganisierten, von Eifersüchteleien zerrissenen feudalen Heere ihrer Gegner.

Am 23. September 1529 standen die Türken vor Wien. Der Sultan erklärte, er wolle in der Stadt überwintern und im nächsten Frühjahr zum Rhein marschieren. Das türkische Heer war 250.000 Mann stark, es [95:] besaß 300 Kanonen und eine starke Flotte auf der Donau. Ferdinand I. war nicht in der Lage, den Kampf gegen die Türken aufzunehmen, er warf alles, was er an Truppen zur Verfügung hatte, etwa 20.000 Mann, in die Stadt hinein und zog sich mit den übrigbleibenden, sehr schwachen Kräften zurück, um ein Heer aufzustellen. In dieser Situation schickten endlich auch die deutschen Fürsten Hilfstruppen und die rasch zusammengestellte Armee begann Ende September in Richtung Krems vorzurücken. Die Armee war aber auch jetzt zu schwach, um die Türken in offener Feldschlacht anzugreifen, und mußte sich damit begnügen, sie durch rasche, kurze Angriffe ständig in Atem zu halten.

Österreich wurde in diesen Tagen vor allem durch die Wiener Garnison unter dem Kommando des Grafen Salm, durch die Wiener Bürger und in zweiter Linie durch die bewaffneten Bauerntruppen gerettet, die sich spontan auf dem Lande gebildet hatten und die Türken ständig im Rücken angriffen. Entscheidend aber war, daß Wien hielt.

Die schlecht befestigte Stadt stand 30 Tage lang unter schwerstem Bombardement. Immer wieder wurden die durch die türkische Artillerie verursachten Brände gelöscht, immer wieder gelang es den Verteidigern, die von den Türken geschlagenen Breschen zu schließen und einen Einbruch des Feindes in die Stadt zu verhindern. Ein Bericht Sigmunds von Herberstein, der die Stadt sechs Wochen nach ihrer Befreiung sah, zeigt, wie erbittert der Kampf war: „Am ersten Dezembris bin ich gen Wien kommen, das mir gegen seine vorige Gestalt fremd anzusehen war. Alle Vorstädte, die nicht viel minder gewesen, als die eigentliche Stadt, waren geschleift und ausgebrannt, damit der Feind seine Bequemlichkeit darin nicht haben möchte, vornehmlich aber deshalb, damit die Verteidigungslinie in die Enge gezogen würde. Dazu das Land umher alles durch den Feind verbrannt; und selten über eines Armbrustschusses Weite, daß man nicht einen toten Menschen, Pferd, Schwein oder Kuh liegen fand, von Wien bis in die Neustadt und neben umher allenthalben.“

Nach dreißig Tagen waren die Türken gezwungen, die Belagerung aufzugeben; der herannahende Winter und die sich sammelnden Verstärkungen für das Heer Ferdinands machten die Lage für sie unhaltbar. Sie zogen sich, von der Armee verfolgt, nach Ungarn zurück; im Verlauf des nächsten Jahres gelang es Ferdinand, Ungarn bis Buda zurückzuerobern.

Zwei Jahre später, 1532, marschierte der Sultan wieder vor und wieder wurde das riesige Heer aufgehalten – diesmal nicht mehr von einer großen Stadt mit einer Besatzung von 20.000 Mann, sondern von einer kleinen Festung mit 800 Soldaten. Die Festung Güns (Köszeg), dicht an der steirischen

Grenze, die vom kroatischen Offizier Nikolas Jurrisic kommandiert wurde, hielt trotz schwerstem Bombardement und zahllosen Sturmversuchen mehr als einen Monat stand. Der Sultan ließ Jurrisic große Geldsummen versprechen, falls er die Festung übergäbe, [96:] bot ihm hohe Kommandoposten in der türkischen Armee an, drohte ihm mit furchtbaren Foltern – weder Versprechungen noch Drohungen halfen. Der heroische Widerstand der Festung gab Ferdinand und Karl V. genügend Zeit, eine große Armee aufzustellen, diesmal aus Kontingenten aus fast allen Ländern Europas bestand, nämlich aus Böhmen, Deutschen, Niederländern, Italienern, Polen, ja selbst aus englischen und schwedischen Freiwilligen. Der Sultan wagte es nicht mehr, Wien im gleichen Jahr anzugreifen, die Armeen manövrierten einige Monate hin und her, zu gleicher Zeit griff die spanisch-venezianische Flotte unter Kommando Dorias Konstantinopel vom Meer her an. Der Sultan zog sich schließlich zurück, wurde von den kaiserlichen Truppen eingeholt und erlitt eine schwere Niederlage.

Seitdem wechselten kurze Perioden von Waffenstillständen mit solchen neuer Angriffe ab, der Kleinkrieg an der Grenze hörte niemals wirklich auf. Von dieser Zeit bis zum Ende des 17. Jahrhunderts war Österreich immer wieder Kriegsgebiet. Aber die Garnisonen von Wien und Güns die Landsknechte der neuen Armee, die Bürger Wiens und die Bauern Österreichs hatten den Mythos von der Unbesiegbarkeit der Türken für immer zerstört.

Es lag nicht zum wenigsten an der Türkengefahr, daß die böhmische Krone im Jahre 1526 und die ungarische Krone 1527 Ferdinand von den Ständen beider Länder fast ohne Schwierigkeiten übertragen wurden. Der junge österreichische Staat hatte in den Augen seiner Zeitgenossen eine neue Funktion erhalten – die des Bollwerks gegen die Türken.

Die Bauernkriege

Ein Jahr vor Mohacs, vier Jahre vor dem Türkeneinfall, brach in Österreich der große Bauernkrieg aus. Dieser Bauernkrieg schließt sich zeitlich und örtlich an den deutschen Bauernkrieg an, und es scheint auf den ersten Blick, als wären Ursachen und Verlauf beider Kriege die gleichen, als handle es sich um *einen* Krieg. Aber bei einer genaueren Untersuchung zeigen sich sehr wesentliche Unterschiede.

Der deutsche Bauernaufstand hat in der deutschen Geschichte eine einzigartige und tragische Bedeutung. Er ist ein verzweifelter und auf lange Zeit hinaus letzter Versuch, den deutschen Feudalismus von unten her zu überwinden. Mit der Niederlage der Bauern wird der einzigen kampfbereiten und fortschrittlichen Kraft in Deutschland auf Jahrhunderte hinaus das Rückgrat gebrochen.

In Österreich vollzieht sich die Einigung des Landes, die Überwindung der feudalen Anarchie wenigstens schrittweise. Sie vollzieht [97:] sich unter Führung der Krone und entweder, wie in Tirol unter direkter und aktiver Teilnahme der Bauern, oder, wie im übrigen Österreich, mit ihrer Zustimmung. Das Gelingen oder Mißlingen des Bauernkrieges allein in Österreich bestimmt deshalb nicht die ganze weitere Entwicklung.

Die deutschen Bauern haben in ihrem Kampf einen einzigen Verbündeten – und auch den nicht lange. Dieser Verbündete ist die, geschichtlich gesehen, reaktionäre Ritterschaft. In Österreich kämpfen die Bauern vor allem im Bunde mit einem großen Teil der Städte, mit den Arbeitern der Bergwerke und mit dem fortschrittlichen Landtag Tirols. Auch wenn Städte und Tiroler Landtag im Verlauf des Krieges bremsend auftreten und sich nur für einen Teil der bäuerlichen Forderungen einsetzen, stehen sie vom Anfang bis zum Ende doch auf der Seite der Bauern. Der Bauernkrieg endet mit einem Kompromiß, aber einem Kompromiß, das einen wesentlichen Teil der bäuerlichen Forderungen erfüllt. Der deutsche Bauernkrieg endet mit einer furchtbaren Niederlage der Bauern. Seit dieser Zeit gibt es in Deutschland keine organisierten Bauernkämpfe mehr, nur hie und da kurze Verzweiflungsaufstände. Die österreichischen Bauern nehmen drei Jahre nach ihrem Krieg aktiv an der Verteidigung des Landes teil, sie hören weder in den Jahren, die dem Bauernkrieg folgen, noch später auf, immer wieder ihre Interessen zu vertreten – oft friedlich, in Tirol durch das Sprachrohr der Stände, manchmal mit der Waffe in der Hand.

In Deutschland hat der Adel gegenüber den Bauern freie Hand. Er rächt sich fürchterlich, und ist in der Lage, die ganze Bauernfrage ausschließlich vom Gesichtspunkt seiner Interessen aus zu behandeln, das heißt, vom Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung seiner Privilegien und seiner wirtschaftlichen Machtposition gegenüber den Bauern. In Österreich ist die Macht des Adels bereits beschränkt. Die Krone – die sich erstens hin und wieder auf die Bauern stützt, und die zweitens, schon im Hinblick auf die drohende Türkengefahr und die Verteidigung des Landes, alles Interesse daran hat, die Bauern nicht in Opposition zu treiben – ist nicht bereit, die Bauern um der schönen Augen des Adels willen zu Tausenden an den Galgen zu schicken, nicht zum wenigsten deshalb, weil ihr die wirtschaftliche Schwächung des Adels gar nicht so unangenehm ist. Die Krone nimmt deshalb im Bauernkrieg eine ziemlich zwiespältige Stellung ein. Ferdinand schickt zwar – ziemlich kleine – Truppenkontingente gegen die Bauern aus, da er vor allem eine rasche Beendigung des Krieges will, unterstützt aber gleichzeitig die Versuche der Städte, ein Kompromiß zu erreichen. Die Einstellung der Bauern zu der Krone im Verlauf dieser und anderer Bauernkämpfe zeigt, daß sie sich dieser Zwischenstellung bewußt sind. Im Bauernkrieg – übrigens noch viel stärker 100 Jahre später im Fadingeraufstand – wird der Besitz des Kaisers von den Bauern demonstrativ und oft unter Opfern geschont und sie appellieren immer wieder an den Kaiser, ihre Forderungen gegen den Adel zu unterstützen. Diese [98:] Tatsache wurde in vielen Darstellungen der Bauernkriege durch die Naivität der Bauern erklärt, die sich aus purer Loyalität und ohne Grund einbildeten, der Kaiser würde ihnen helfen. Nur blieben die Interpreten, deren Naivität größer zu sein scheint als die ihrer Interpretationsobjekte, die Antwort auf die Frage schuldig, warum die Bauern, deren Führer intelligente und geschulte Männer waren, die imstande waren, die politischen Verhältnisse sonst richtig einzuschätzen, komplizierte Verhandlungen zu führen und großangelegte militärische Operationen zu organisieren, gerade in dieser Frage plötzlich jeden Kontakt mit der Wirklichkeit verloren haben sollten. Diese Einschätzung hat nur dann einen Sinn, wenn man die Bauern als dumpfe, halb vertierte Sklaven betrachtet, ihre Kämpfe als Verzweiflungsakte, als eine Art von österreichischem Spartakusaufstand, und nicht als eine denkende, verhältnismäßig emanzipierte Schicht, die an der Entstehung und Entwicklung der österreichischen Nation bedeutenden Anteil hat.

Die Unterscheidung zwischen der Lage der Bauern in Deutschland und der Lage der Bauern in Österreich bedeutet selbstverständlich nicht, daß die österreichischen Bauern in einem Paradies lebten. Auch sie griffen aus einer schweren Notlage heraus zu den Waffen. Die Transformationskrise und die Inflation trafen die Bauern und die Bergarbeiter sehr schwer. Die Löhne der Knappen waren, soweit sie in Geld ausgezahlt wurden, manchmal bereits nach einer Woche um ein Viertel entwertet; zwischen den Bauern, die die Bergwerke belieferten, einerseits und den kaiserlichen Beamten, die die Lebensmittel einkauften sowie den Stiftsherren der großen Stifte, wie etwa Salzburg, andererseits, gab es einen ständigen Kampf um die Währung, in der die Ware bezahlt wurde. Oft zwang man die Bauern, abgewertetes Geld zu nehmen. Der ebenfalls von der Krise schwer getroffene Adel, und vor allem die großen Kirchenfürsten, versuchten ständig, sich auf Kosten der Bauern zu sanieren. Kirche und Adel legten den Bauern immer wieder neue lokale Steuern auf – Rittersteuer, Heiratssteuer, Sonderleistungen beim Wegbau, ja sogar Begleitung von Verbrechern zum Gericht – eine Leistung, zu der eigentlich der Adel selbst verpflichtet war, und die dem Bauern einen vollen Arbeitstag kostete. Um die Erfüllung dieser Leistungen, die völlig ungesetzlich waren und allen alten Abkommen widersprachen, zu erzwingen, versuchten einzelne – besonders der Bischof von Salzburg Matthäus Lang, ein Günstling des Kaisers – die Rechte und die Selbstverwaltung der Städte und der Märkte zu zerschlagen. Im Zusammenhang damit stand der Kampf gegen „den Glauben“, die neue reformierte Religion, die von den Städten und von den Bauern vor allem dazu benützt wurde, sich – zum Beispiel durch demokratische Wahl eigener Prediger, Abhaltung des Gottesdienstes in der Landessprache usw. – auch von der moralischen Führung durch die Kirchenfürsten freizumachen. Auch hier war einer der erbittertsten Gegner der neuen Religion der Erzbischof Lang.

[99:] Der Kampf begann deshalb auch in Pinzgau und in Gastein, die dem Bistum Langs angehörten. Die Verhängung neuer Steuern über die Bürger von Salzburg, die heimliche Hinrichtung eines protestantischen Predigers – der Henker hatte sich, trotz dem Befehl des Erzbischofs, geweigert, ihn zu

enthaupten und der Mann wurde ohne Verfahren von den Dienern Langs hingerichtet – schwere neue Abgaben, die von den Knappen und den Gewerkebesitzern verlangt wurden, brachten den Aufstand zum Ausbruch. Im Frühjahr 1525 erhoben sich als erste die Bergknappen, traten in den Streik und baten Bauern und Städte um Hilfe. Die Bauern von Gastein versammelten sich, stellten ihre Forderungen auf und schickten damit ihre Emissäre nach den übrigen österreichischen Ländern mit der Aufforderung, ebenfalls die Erfüllung des Bauernprogramms zu verlangen und, wenn notwendig, bewaffnet dafür zu kämpfen.

Die Forderungen der Gasteiner, die mit kleinen Abänderungen auch in den meisten übrigen Gebieten aufgestellt wurden, waren:

Freie Predigt des Evangeliums ohne Menschenwortzusatz.

Eigene gewählte Seelsorger, die keine Behörde ohne schwerwiegende Ursache absetzen durfte.

Aufhebung der Sondersteuern – Weihsteuer, Rittersteuer, Heiratssteuer, des Leihfalls, des Todesfalls, der Futterschütte, des Umgelds und des kleinen Zehnten. Nur der „große Zehnte“ – die Ablieferung jeder 30. Garbe an den Grundherrn – durfte in Kraft bleiben. Weitere Forderungen waren: Freie Richter, die ohne Einmischung des Grundherrn Recht sprechen sollten. Abstellung der Bestrafung oder Hinrichtung von Verbrechern auf Kosten der Gemeinden und regelmäßige Unterhaltung der Straßen zur Erleichterung des Handels.

Die Bauern wählten zwei Führer: den reichen Gasteiner Gewerker Weitmoser und Praßler, einen ehemaligen Landsknecht. Die Wahl Weitmosers, eines der damaligen „Bergbaukapitalisten“, zeigt, wie eng hier die Zusammenarbeit von Bauern und Bürgern war – diese Zusammenarbeit gab es übrigens, vielleicht mit Ausnahme der Südtiroler Gebiete, in allen Teilen Österreichs, in denen es zum Aufstand kam. Allerdings gehörten sowohl Weitmoser wie Praßler zum „rechten Flügel“ der Bewegung, das heißt, sie waren sofort bereit, die Kompromißvorschläge des Tiroler Landtags und anderer Ständevertretungen anzunehmen und traten einige Monate später sehr scharf gegen eine Fortsetzung des Kampfes auf, mit der Begründung, daß die wesentlichen Forderungen erfüllt wären und daß es sinnlos sei, wegen der wenigen noch übrigbleibenden Streitfragen weiterzukämpfen. Praßler trat später sogar in den Dienst des Erzbischofs.

Die Verhältnisse im übrigen Österreich lagen ähnlich wie in Gastein. Die Regierung hatte schon im Jahre 1524 neue Verordnungen zum Schutz der Bauern und zur Verhinderung adeliger Übergriffe herausgegeben, ein großer Teil der Verordnungen blieb aber auf dem Papier. [100:] Der Aufstand breitete sich, wenn auch nicht mit der gleichen Stärke und Organisiertheit, über das ganze Land aus, überall brachen Kämpfe aus. Den Bauern schlossen sich auch hier Landarbeiter, zum Beispiel die Weinbergarbeiter und die Grubenarbeiter, an.

Die Situation war so kritisch, daß die allösterreichischen Stände zur Beratung zusammengerufen wurden. Ferdinand verlangte sofortige Einstellung der Kämpfe und eine Militärexpedition gegen die Bauern, um sie zur Ruhe zu bringen. Die Stände vertraten die Ansicht, daß alle Expeditionen nichts nützten, wenn die Übelstände nicht abgestellt werden würden. Die Sache endete mit einem Kompromiß. Ferdinand bewilligte die Abstellung der Mißstände und die Provinzialstände wurden beauftragt, mit den Bauern zu verhandeln und „Schlichtungskommissionen“ zu bilden. Die Stände bewilligten die Aufstellung einer Expeditionsarmee unter dem Kommando Dietrichsteins. Gleichzeitig verlangte Ferdinand eine Bestrafung der Rädelsführer des Aufstandes, oder wenigstens „prinzipielle“ – oder symbolische – Bestrafung, weil die Forderung mit dem Versprechen einer Vollamnestie verbunden war.

Die Stände als Ganzes hatten zwar die Aufstellung einer Armee gegen die Bauern bewilligt, die Bürger weigerten sich jedoch, als es zur Aufstellung dieser Armee kam, sie zu finanzieren, und fanden wochenlang immer andere Gründe, warum sie das Geld angeblich nicht aufbringen konnten. Als das Geld endlich da war, waren die Soldaten nicht da. Als die angeworbenen Landsknechte hörten, daß es gegen die Bauern gehen sollte, weigerte sich der größte Teil von ihnen, am Kampf teilzunehmen und ging einfach nach Hause. Dietrichstein war gezwungen, 300 böhmische Artilleristen anzuwerben, um überhaupt abmarschieren zu können. Beim ersten Zusammentreffen mit den Bauern meuterten

die Landsknechte, die noch übrig waren – diesmal mit Einschluß der böhmischen Artilleristen – und liefen davon.

Dietrichstein rettete sich mit knapper Not mit einigen wenigen Soldaten in eine kleine befestigte Stadt, Neumarkt. Nach einiger Zeit begann er mit den Bauern, die die Stadt belagerten, zu verhandeln. Der Kampf der Expeditionsarmee kam damit zwar zum Stocken, der der Belagerer allerdings auch.

Inzwischen ging der Aufstand in anderen Gebieten weiter. Die Bauern und die Bürger von Salzburg erhoben sich und nahmen, unterstützt von den Bergknappen, einen Teil der erzbischöflichen Burg. Der Bischof rettete sich in einen anderen Teil der Burg und saß dort praktisch als Gefangener. Auch hier begannen nach kurzer Zeit die Verhandlungen.

Dann erhob sich Tirol, das länger ruhig geblieben war, als die anderen Gebiete. Hier lagen die Verhältnisse etwas anders als im übrigen Österreich. Erstens hatten in Tirol die Bauern mehr Rechte als in anderen Ländern. Die vom Adel auferlegten Steuerlasten waren sehr niedrig, [101:] die Bauern konnten adeligen Grund und Boden kaufen. Zimmermann schreibt: „Adeliger Übermut konnte sich hier nicht hervorwagen, einige adelige Geschlechter, die von den Bauern als ihren ‚Untertanen' zu sprechen versuchten, wurden von den Landleuten gerichtlich belangt." Die Tiroler Bauern waren noch stärker, noch besser organisiert als die in anderen Gebieten. Außerdem spielte hier noch ein Moment mit, die Nähe der revolutionären Schweizer Republik, die im Leben und im Denken des damaligen Europa eine ähnliche Rolle spielte, wie die amerikanische oder die französische Republik Ende des 18. Jahrhunderts, oder die Sowjetunion heute. (Es war zum Beispiel bis tief ins 17. Jahrhundert hinein üblich, für alle sozialen Kämpfe, vor allem die Kämpfe der Bauern, „Schweizer Geheimemissäre" verantwortlich zu machen, die in den betreffenden Ländern angeblich die Aufrichtung einer Republik nach „Schweizer Muster" durchführen wollten.) Schließlich gab es in Tirol noch etwas, was im übrigen Österreich verhältnismäßig selten war, gewisse frühsozialistische, oder besser gesagt, urchristlich-sozialistische Strömungen, die stark an die Forderungen der Taboriten in den Hussitenkriegen erinnerten. Das „Reich Gottes auf Erden", ohne Zinsen, ohne Privateigentum, natürlich ohne Geld und fast ohne Staatsapparat, war eine Forderung, die ziemlich häufig von protestantischen Predigern in Tirol aufgestellt wurde – allerdings war diese Strömung, wie sich später zeigte, nicht die vorherrschende. Außerdem war Tirol, vor allem nach 1525, so wie die Schweiz, eine Zeitlang eine große mitteleuropäische Zufluchtsstätte. Flüchtlinge aus allen mitteleuropäischen Ländern, nach Ende des deutschen Bauernkrieges vor allem die Flüchtlinge der deutschen Bauern-„Linken" fanden in den schwer zugänglichen Bergdörfern Tirols Asyl.

Die Tiroler Gemeinden stellten ihre eigenen Forderungen auf, 19 Punkte, die sich ziemlich stark von den übrigen österreichischen Bauernforderungen unterschieden – besser gesagt, weitgehender und detaillierter waren. Diese „19 Artikel" enthielten, neben Forderungen zum Schutz der evangelischen Prediger, freie Wahl der Prediger, Entziehung der weltlichen Gewalt der Kirche, noch die Forderung auf Übertragung des Jagd- und Fischereirechts (eines der wenigen adeligen Privilegien) an die Bauern. Außerdem wurde eine Reihe von Beschwerden erhoben – gegen den Durchzug fremden Kriegsvolks durch die Tiroler Gebiete, gegen die fremden nichttirolischen Garnisonen in den Grenzbefestigungen, gegen die zu hohen Abgaben an den Bischof von Salzburg, gegen die Ausfuhr der Trientiner Weine, gegen die neuen Steuern und Wegzölle, gegen „Siegel- und Schreibgelder", gegen „den Weinschankumtrieb der Richter und Gerichtsschreiber", gegen „Herren, die streitende Gemeinden hindern, sich untereinander zu vertragen", gegen „Herren, die bei der Jagd über den Acker reiten", gegen die Zehentforderung, die von gewissen Grundbesitzern zweimal im Jahr erhoben wurde, und gegen die Fugger und andere privilegierte Herren, [102:] „die solche Teuerung hervorrufen, daß manche Artikel von 18 Kreuzer auf einen Gulden (75 Kreuzer) gestiegen sind."

Die Bauern waren in ganz Österreich in einer starken Position. Sie hatten die Unterstützung eines Teiles der Städte, der Kaiser schwankte und war außerdem gar nicht in der Lage, den Aufstand mit Gewalt niederzuschlagen; ihre adeligen und kirchlichen Gegner waren viel zu schwach, um mit ihnen fertig zu werden. Den wirklichen Kräfteverhältnissen nach hätten die Bauern vermutlich alle ihre Forderungen durchsetzen können, aber ihr Kampf war, von einigen lockeren Kontakten, die durch

Emissäre aufrecht erhalten wurden, abgesehen, nicht koordiniert. Die Bauern hatten den Lokalismus ebensowenig voll überwunden, wie die übrigen Schichten der Gesellschaft – mit Ausnahme vielleicht der Krone. Der übliche Vorgang war, daß die Bauern in jedem Gebiet ihre Gegner in die Enge trieben und dann sofort, unabhängig von allen anderen Gebieten, nur manchmal unterstützt von den lokalen Städten, zu verhandeln anfingen. So kam es, daß der Aufstand auf seinem Höhepunkt schon auseinanderzufallen begann.

In Kärnten und in Oberösterreich ging der Kampf zuerst zu Ende. Der größte Teil der bäuerlichen Forderungen wurde erfüllt, die Abgaben wurden stark herabgesetzt, die Leistungen an den Grundherren mit einem nur kleinen „Abwertungsaufschlag" wieder auf der alten Höhe fixiert. Der Adel hatte einen solchen Schrecken bekommen, daß er die Bedingungen, wenigstens längere Zeit hindurch, auch wirklich einhielt. In Tirol wurde ein Teil der Forderungen, wie freie Wahl der Geistlichen und Kontrolle der Gemeinde über Kirchengeschäfte, von Ferdinand sofort bewilligt, ein Teil wurde dem Landtag zur Behandlung überwiesen. In einigen Gebieten – im Norden, in den Bergwerken von Schwaz, in Ehrenberg – erklärte man sich mit dieser Lösung einverstanden und schickte Sonderdelegierte; der Landtag setzte sofort besondere Verhandlungsausschüsse ein. Der Süden – unter Führung Gaißmayers – lehnte ab und verlangte die sofortige En-bloc-Annahme aller Forderungen. Aber damit waren die Aufständischen in zwei Lager gespalten. Nach einigem Hin und Her schickte die Regierung eine Strafexpedition nach Trient und nach Brixen, der Aufstand wurde niedergeschlagen, hier gab es nun auch einen Terrorfeldzug gegen die Aufständischen. Trotzdem war die Regelung für ganz Tirol, die schließlich vom Landtag geschaffen wurde, günstig. Mit Ausnahme von einer oder von zwei Forderungen – unter anderem der gegen die Fugger – wurden alle Punkte des Bauernprogramms akzeptiert. Außerdem gab es eine allgemeine Amnestie für alle Teilnehmer an den Kämpfen. In Schladming, Salzburg und Enns – in Schladming hatte Graf Salm, dem es gelungen war, die Stadt freiwillig zur Unterwerfung zu bewegen, ein Terrorregime aufgerichtet – gingen die Kämpfe eine Zeitlang weiter. In Salzburg hatte der Erzbischof einen Vertrag mit Bürgern und Bauern abgeschlossen – seine Freilassung und die Freilassung seiner Anhänger [103:] gegen Erfüllung der Forderungen. Das erste, was er tat, als er wieder frei war, war, den Vertrag zu brechen. Der Aufstand begann sofort wieder – es kam zu schweren Kämpfen zwischen den Aufständischen und einem Expeditionskorps unter dem Kommando von Graf Salm. Dem Erzbischof gelang es, auf diese Weise schließlich ein Kompromiß zu erzwingen, die Hauptforderungen der Bauern wurden aber auch hier erfüllt, auch hier gab es eine Vollamnestie – zum Teil deshalb, weil die militärischen Berater Ferdinands, einschließlich des aus Deutschland herbeigerufenen Frundsberg, selbst zum Frieden rieten: die Bauern seien so stark, daß ein Kampf auf die Dauer zwecklos sei. Bei dieser und bei den anderen Vergleichsverhandlungen wurde übrigens immer wieder sowohl von den Ständen wie auch von den „Berufsmilitärs" die drohende Türkengefahr als Argument für eine schnelle Einigung angeführt. In Enns war die Antwort der Bauern auf den Dietrichsteinischen Terror ein neuer Aufstand; die Bauern erhoben sich, nahmen Dietrichstein gefangen – ein Teil seines Gefolges, etwa 3000 böhmische, steirische und Kärntner Adelige, wurden von den Bauern erschlagen. Dietrichstein kam nur durch Vermittlung des Landtages mit dem Leben davon. Salm, der ihn zu befreien versuchte, wurde ebenfalls zurückgeschlagen. Auch hier endete die Sache schließlich mit einem Kompromiß.

Am meisten gewonnen hatte das Bürgertum am Aufstand. Seine Autorität hatte sich durch seine Vermittlungstätigkeit erhöht und alle adeligen Anschläge auf seine Position und seine Rechte waren abgeschlagen worden. Die Bauern hatten nicht alles erhalten, was sie gefordert hatten, auch die Erfüllung der vereinbarten Forderungen ging oft langsam und widerwillig vor sich, und vor allem der hohe Kirchenadel versuchte immer wieder, die Bauern und die Städter zu betrügen. Es waren die Bauern, die die meisten Menschenopfer und das meiste zerstörte Gut zu beklagen hatten. Trotzdem hatten auch sie Erfolge erkämpft. Es gelang ihnen überall, nicht nur den Angriff des Adels auf ihre Lebenshaltung abzuschlagen, sondern auch jenes Maß von Freiheit, das sie hatten, zu bewahren und sich sogar – zum Beispiel auf dem Gebiet der kirchlichen Selbstverwaltung – neue Freiheiten zu erobern. Die Krone hatte weder gewonnen noch verloren, es war ihr gelungen, sich nach keiner Seite hin besonders zu exponieren und, wie sich in den späteren Bauernkämpfen zeigte, trotz der Absendung

von Dietrichstein, Salm oder Frundsberg, ihre Autorität bei den Bauern zu erhalten. Der wirkliche Verlierer war der, Adel, vor allem der niedere Adel. Der Bauernkrieg hatte seine Versuche, sich auf Kosten der Bauern vor dem wirtschaftlichen Untergang zu retten, zunichte gemacht, die schweren Niederlagen, die die Bauern und die Städter ihnen zufügten, hatten ihre militärische Unfähigkeit vor dem ganzen Lande offenbart. Viele kleine Adelige wurden um diese Zeit ernsthaft vor die Alternative gestellt, entweder selbständiger Herr zu bleiben und zu verelenden, [104:] oder ihre Selbständigkeit aufzugeben und nicht mehr als freier Ritter, sondern als Beamter oder als Landsknechtsführer in den Dienst des Landesherrn zu treten.

Ende 1525 war der österreichische Bauernkrieg im großen und ganzen zu Ende. Hie und da flackerten noch Kämpfe auf, aber der Hauptkampf war vorbei. Es gab nur ein großes Nachspiel. Das war der Gaißmayeraufstand 1526.

Gaißmayer war der ehemalige Sekretär des Bischofs von Brixen, ein kluger, gebildeter, für damalige Begriffe weitgereister Mann, „das einzige militärische Genie unter den Bauern“, wie Engels ihn nennt. Von allen Bauernführern stand er modernen sozialistischen Gedankengängen am nächsten. Er war einer der wenigen, die nicht nur für die Abstellung von Mißständen kämpften, sondern darüber hinaus noch für etwas Neues – für eine „soziale und christliche Republik“, die mit dem „Reich Gottes in Böhmen“ der Taboriten viel Gemeinsames hatte. Gaißmayer gehörte der geheimen revolutionären Organisation der deutschen Bauern an und stand auch dort auf dem linken Flügel. Im Gegensatz zu den anderen Bauernführern stand er nicht nur mit den deutschen und den schweizerischen Bauernführern in ständiger Verbindung, sondern verhandelte auch mit Abgesandten der Republik Venedig und der französischen Krone. Offenbar hatte er den Plan, die venezianische und die französische Hilfe für die Errichtung seiner „sozialen und christlichen Republik“ auszunützen – wobei es allerdings eine große Frage ist, ob er im Verlauf dieser Zusammenarbeit nicht selbst zwischen den zwei Mühlsteinen der großen Mächte Frankreich und Österreich zerrieben worden wäre.

Die Unzufriedenheit im Lande schwelte noch. In Salzburg und in Tirol gab es wirkliche Mißstimmung über die Haltung der Kirche, die ständig versuchte, die Erfüllung der Verträge zu verzögern, und bittere Erinnerungen an die Verbrechen Dietrichsteins. Gaißmayer plante einen neuen Aufstand, der in Salzburg, in Tirol und in Süddeutschland – in Schwaben – beginnen und dann auf ganz Österreich und auf ganz Deutschland übergreifen sollte. Der nächste Schritt sollte die Schaffung eines eigenen Staates, einer Tiroler-Salzburgisch-Alpenländischen Föderation unter dem Protektorat Venedigs, sein. Die Armee, die das Rückgrat der kämpfenden Bauernschaft bilden sollte, setzte sich aus Bauern und Grubenarbeitern der Gebiete zusammen, die Mitte 1525 nicht das Kompromiß angenommen hatten (also vor allem Brixen und Meran), aus den „Linken“, die aus anderen Gebieten zu Gaißmayer gekommen waren, und zu einem beträchtlichen Teil aus deutschen Emigranten, Flüchtlingen des deutschen Bauernkrieges, die in Tirol Asyl gefunden hatten und die Sache des deutschen Bauernkrieges nicht verloren gaben.

Der Aufstand mißlang. Die Armee schlug los, aber die Bauern ganz Tirols, die sich am 31. März erheben sollten, blieben aus. Hier und dort [105:] gab es kleine, isolierte Kämpfe, aber das Land selbst blieb ruhig. Die Armee kämpfte allein.

Auch so gab sie den österreichischen, bayrischen und schwäbischen Expeditionstruppen, die nun gegen sie ausgeschickt wurden, genug zu schaffen. In militärischen Operationen, deren Genialität allen Militärfachleuten jener Zeit den Atem verschlug, manövrierte das Heer Gaißmayers die Gegner immer wieder auseinander, hinderte sie an der Vereinigung, lockte sie in Territorien, wo sie nicht angreifen konnten, belagerte Radstadt und bedrohte Innsbruck. Aber auch eine revolutionäre Armee, die von einem so großen Strategen, wie es Gaißmayer war, geführt wurde, konnte nicht auf die Dauer ohne aktive Hilfe der übrigen Bevölkerung kämpfen. Der Kampf war aussichtslos.

Gaißmayer tat, was noch kein Bauernführer vor ihm fertigbekommen hatte – er zog sich ungeschlagen zurück und rettete den größten Teil seiner Armee. In einem kühnen Manöver umringten seine Truppen den Gegner, überschritten die Berge – ein Unternehmen, das sogar den Führern regulärer Armeen

der damaligen Zeit kaum möglich erschienen wäre – und erreichten das venezianische Territorium, wo sie von der Signorie als Ehrengäste empfangen und aufgenommen wurden.

Die beiden letzten Lebensjahre Gaißmayers sind bereits ein Teil der venezianischen Politik. Im Frühjahr 1528 ist er – er ist inzwischen sowohl venezianischer als auch Schweizer Bürger geworden – in der Schweiz, wo er Schweizer Freiwillige zum Kampf gegen den Kaiser anzuwerben versucht. Gleichzeitig versucht er mit Württemberg, einigen Schweizer Kantonen, mehreren deutschen evangelischen Fürsten und mit Frankreich einen Bund gegen den Kaiser zu schaffen.

So groß war die Bedeutung Gaißmayers, so unverlöschlich sein militärischer Ruhm, daß man in Österreich noch immer vor ihm zitterte. Der Erzherzog von Tirol erklärte, er könne nicht ruhig schlafen, solange Gaißmayer noch am Leben sei – und setzte einen Preis auf seinen Kopf aus. Es fand sich ein Mann, der den Preis verdienen wollte. Im August 1528 wurde Gaißmayer von einem spanischen Adeligen ermordet, sein Kopf wurde nach Innsbruck gebracht.

Warum nun mißlang der Gaißmayer-Aufstand, warum folgten die Bauern nicht dem Ruf des Mannes, dem sie ein halbes Jahr vorher gefolgt waren? Gaißmayer selbst hat die Frage gestellt; die einzige Antwort, die er gab, war sein zorniger Ausruf, als er von den Bauern sprach, die nicht kamen: „Sie waren nicht beieinander, der eine wollte dort, der andere wollte da und der dritte hatte zum Sakrament gehen müssen!“ Der Historiker des Bauernkrieges, Zimmermann, gibt eine ähnliche Erklärung, er spricht von der sprichwörtlichen Unpünktlichkeit und Schlamperei der Tiroler, die nun einmal keinen Termin einhalten können. Aber weder „das Sakrament“ noch die „Schlamperei“ hatten die Bauern 1525 daran gehindert, sich geschlossen zu erheben. Die Erklärung ist also offensichtlich nicht stichhältig.

[106:] Der eine Grund, warum der Aufstand mißlang, ist sicherlich, daß die ärgsten Mißstände inzwischen abgestellt worden waren. Damit war dem Aufstand die Grundlage entzogen worden. Den anderen findet man beim Lesen der Gaißmayerschen Landesordnung, die er als Verfassung für den neuen Staat vorschlug. Sie beinhaltet:

Die Forderung auf Ausrottung der Gottlosen, die das ewige Wort Gottes verfolgen, den armen Mann beschweren und den gemeinen Nutzen verhindern. Die Forderung, man müsse alle Ringmauern der Städte, alle Schlösser und Befestigungen brechen, es sollen fortan nur Dörfer im Lande sein, „damit der Unterschied der Menschen, wonach einer höher und besser sein solle als der andere, wegfalle und völlige Gleichheit werde“. Es sollen die Messe, die Bilder, die Kapellen, alle Greuel des Aberglaubens abgetan werden. Jede Gemeinde müsse zwei Richter haben, die allwöchentlich Gericht halten, nichts darf über zwei Rechtstage hinausgeschoben werden. Richter, Schreiber, Sprecher sollen vom Lande besoldet werden, eine von der Regierung finanzierte und geleitete Geistlichen-Schule soll in Brixen geschaffen werden. Weitere Punkte sind: Aufhebung ungerechter Zinse und Zölle, Verwendung des Zehnten zu Predigt und Armenpflege. Umwandlung der Klöster in Spitäler und Kinderheime, Fürsorge für Arme, Bau staatlicher Krankenhäuser. Verbesserung der Viehzucht und des Ackerbaus durch Austrocknung der Moore, Pflanzung von Obstbäumen, Einführung von guten Wein- und Getreidesorten, öffentliche Kontrolle, um gute Waren und niedrige Preise zu sichern. Maßregeln gegen Wucherer und Münzverschlechterer, Übergabe der Bergwerke in die Hände des Landes, die Eröffnung neuer Bergwerke, ebenfalls durch das Land, Bau und Erhaltung von Pässen, Wegen, Brücken, Wasser- und Landstraßen für die Versorgung und militärische Verteidigung des Landes.

Die Gaißmayersche Landesordnung ist ein begeisterndes Programm. Begeisternd vor allem durch seinen starken demokratischen Grundton, seinen Glauben an die Kraft des Volkes und seine Fähigkeit, aus eigener Kraft eine neue, vollkommene Welt zu bauen. Aber es hat seine Widersprüche.

Gaißmayers Programm war in vielem seiner Zeit weit voraus. In manchen Fragen, zum Beispiel in den Fragen der Sozialfürsorge, der Landwirtschaft, des Bergbaus, war es visionär – die meisten dieser Punkte könnten noch heute mit sehr geringen Änderungen Teil des Programms eines modernen sozialistischen Staates sein. Nur kamen diese Punkte für eine Welt, die sich erst im Beginn des Überganges zum frühen Kapitalismus befand, und in der, wie Friedrich Engels schrieb „der Handelskapitalismus die große revolutionäre Kraft“ war, um Jahrhunderte zu früh. Gleichzeitig versuchte aber das Programm in seiner Ablehnung der Städte und des Bürgertums die alte Zeit des dörflichen Kommunismus

wiederherzustellen, über die die Gesellschaft längst hinausgewachsen war. Seine Ablehnung des kirchlichen Zeremoniells, der [107:] „Greuel des Aberglaubens“, wäre schließlich vielleicht für die Menschen in der Zeit der Französischen Revolution tragbar gewesen, in einer Zeit, in der das Bürgertum stark genug war, schon selbst die politische Herrschaft zu übernehmen und seine eigene gesellschaftliche Ideologie zu schaffen, nicht aber in einer Zeit, in der das Bürgertum zwar wirtschaftlich schon eine Macht, doch noch nicht stark genug war, um die politische Macht selbst in die Hand zu nehmen, geschweige denn eine eigene Philosophie und Moral zu schaffen, die die Mitarbeit der Kirche überflüssig machte.

Im Feldzugsplan Gaißmayers kommt seine städtefeindliche Einstellung noch klarer zum Durchbruch: hier verlangt er die Einnahme und die Schleifung der Städte schlechthin. Aber in jener Zeit waren die Städte und das Bürgertum eine fortschrittliche Kraft. Gaißmayers Programm brachte ihn deshalb in einen Gegensatz gerade zu diesen fortschrittlichen Kräften seines Landes und isolierte ihn von dem größten Teil der Bauern, die in dieser Frage einen viel klareren und realistischeren Standpunkt hatten als er. Denn die Bauern hatten gerade im Verlauf des Aufstandes gesehen, was für wichtige und wertvolle Bundesgenossen die Bürger der Städte waren – Bundesgenossen, die vielleicht schwankten, die zu Kompromissen rieten, deren Unterstützung aber schließlich den Ausschlag gab.

Aber wie kam ein so genialer Politiker, wie es Gaißmayer war, gerade zu einer solchen Haltung? Zunächst gab es in Tirol selbst solche zugleich fortschrittlich-sozialistische und urkommunistisch-rückschrittliche Strömungen – und Gaißmayer war ihr Sprecher. Den zweiten Grund kann man nur vermuten, aber er liegt vielleicht darin, daß es sich nicht um ein speziell österreichisches Programm handelte, sondern um ein gemeinsames Programm für einen mitteileuropäischen und vor allem für einen deutschen Bauernkrieg. Wie schon vorher erwähnt wurde, saßen im Bauernlager die Vertreter der deutschen Bauernlinken und bildeten einen Teil des Gaißmayerschen Heeres. Das Programm wurde von allen Führern der illegalen deutschen Bauernlinken, der auch Gaißmayer angehörte, entworfen, es entsprach genau dem linken deutschen Bauernprogramm.

Nun war die Lage der deutschen Bauern nach dem Aufstand und schon vorher grundsätzlich von jener der österreichischen verschieden. Die deutschen Bauern standen, wie Friedrich Engels sagt, „ganz außerhalb der Gesellschaft“, und dies erklärt den „Sprung nach vorwärts“ in ihrem Programm. Der deutsche Bauer, vor allem der deutsche Bauer nach dem verlorenen Krieg, hatte im vollsten Sinne des Wortes nichts zu verlieren als seine Ketten. Städte, Ritter, Fürsten, die gesamte Gesellschaft seiner Zeit hatte sich gegen ihn gewandt, sie alle waren seine Feinde. Er konnte nur als freier Mensch existieren, wenn er die Gesellschaft, in der er lebte, ganz zerschlug und an ihre Stelle etwas völlig Neues setzte. Gaißmayers Programm entsprach der Lage und den Bedürfnissen der deutschen Bauern.

[108:] Es entsprach nicht der Lage und den Bedürfnissen der österreichischen Bauern. Zunächst hatten sie eine ganze Menge zu verlieren: ihre einigermaßen erträglichen Lebensbedingungen, den Grund und Boden, dessen Benützung ihnen ohne zu große Opfer mehr oder weniger sicher war, ihre mühsam erkämpften und hartnäckig verteidigten Freiheiten. Sie hatten unmittelbar vorher gelernt, daß es ihnen möglich war, sich Konzessionen zu erkämpfen, auch ohne die bestehende Gesellschaftsordnung zu sprengen. Die Städte waren für sie nicht Feinde, sondern Verbündete, sogar der Kaiser war kein Feind, sondern eine Kraft, die man unter Druck setzen konnte, um etwas zu erreichen, und mit dem sie sich in ihrer Feindschaft gegen den Adel einig fühlten. Der österreichische Bauer stand auch politisch nicht völlig „außerhalb der Gesellschaft“ – schon gar nicht in Tirol, wo er einen aktiven Anteil an der Politik des Landes nahm.

Gaißmayer, der große Bauernführer seiner Zeit, scheiterte an diesem Widerspruch. Aber noch im Scheitern ist er größer als andere im Erfolg. Er ist einer der unsterblichen Sprecher der großen demokratischen Sehnsucht des Volkes. Er steht in der ersten Reihe der großen Volksführer Österreichs und der Propheten und Vorläufer des modernen Sozialismus. Mehr noch als für andere Bauernführer gilt für ihn der Vers des Bauernliedes: „Geschlagen ziehen wir nach Haus – Uns’re Enkel fechten’s besser aus!“ Denn über Jahrhunderte hinweg legte er in die Hände seiner Enkel ein Vermächtnis, dessen Verwirklichung ihre eigene Befreiung bedeutet.

[109:]

IV
Kampf gegen die Fronde

[111:]

Reformation und Gegenreformation

Der Umbau der europäischen Gesellschaft in der Zeit zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert vollzog sich – ebenfalls unter schweren Krisen – auch auf religiösem, oder besser gesagt, kirchlichem Gebiet, denn die Kirche war ein Teil des gesellschaftlichen Apparats eines jeden Landes, und war den Veränderungen im Übergang von der Herrschaft des Feudaladels zum Absolutismus ebenso unterworfen wie alle übrigen Institutionen der damaligen Zeit.

In fast allen Ländern Europas spielt sich in dieser Zeit der Prozeß ab, der unter dem Namen „Reformation" zusammengefaßt wird: die Herausbildung einer neuen Form der Kirche, die nicht mehr einer übernationalen Autorität (dem Papst), sondern der weltlichen Gewalt (dem König in England, den Fürsten in Deutschland, den Städten in der Schweiz und in den Niederlanden) untersteht. Aber nur ein Teil der europäischen Länder trennt sich völlig vom Katholizismus. Während die Reformation auf ihrem Höhepunkt ist, beginnt schon in einigen Ländern – Frankreich, Spanien, Österreich – der Kampf um die Schaffung einer Kirche, die zwar katholisch bleibt, aber dennoch in der Praxis eine von den Dynastien abhängige Kirche ist – die Gegenreformation. Österreich ist eines der Länder, wo die Reformation zunächst außerordentliche Fortschritte macht – Mitte des 16. Jahrhunderts ist mehr als die Hälfte der Einwohner des Landes protestantisch, in manchen Gebieten sind es bis zu 80 Prozent. Nach einer kurzen Periode des „Kompromißkatholizismus", des Versuchs der Schaffung einer neuen Form der Kirche, in der sich Lutheranismus und Katholizismus mischen, beginnt die Periode der Gegenreformation. Mitte des 17. Jahrhunderts ist auch diese Periode abgeschlossen – Österreich ist wieder fast zu hundert Prozent katholisch geworden.

Diese Entwicklung spielt sich unter schweren Kämpfen ab, sie ist von Aufständen, Bürgerkriegen, der Vertreibung. tausender Menschen aus ihrem Lande begleitet, sie fließt schließlich in die große europäische Auseinandersetzung des Dreißigjährigen Krieges hinein und bildet eines seiner Elemente.

Warum wurde nun für fast ganz Europa die katholische Kirche, die [112:] einmal ein großer zivilisierender Faktor gewesen war, und die dann jahrhundertelang einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Apparats gebildet hatte, in ihrer alten Form nicht mehr tragbar? Wie kam es, daß Österreich, das einen großen Teil seiner wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung den Schottenmönchen und den Benediktinern, den Klosterherren des Stiftes Melk und des Stiftes Salzburg verdankte, ebenfalls von dem großen Kampf zwischen reformierter und alter Kirche erschüttert wurde? Der politische Konflikt der Reformation hatte folgende Ursachen:

In der Periode des Mittelalters war die Kirche die einzige Kraft, die imstande war, diejenigen Funktionen zu erfüllen, die wir heute unter dem Namen „kulturelle und soziale Arbeit" zusammenfassen. Sie stellte die Funktionäre für diejenigen Formen der Verwaltung, die nicht direkt mit Krieg zu tun hatten und ein gewisses Wissen erforderten (Finanzverwaltung, Rechtssprechung Altersfürsorge, Schule, Waisenfürsorge, Medizin usw.). Sie war für jedes Land, in dem halbwegs geordnete Zustände herrschen sollten, für jeden Fürsten, der sein Land nicht nur nominell, sondern auch praktisch regieren wollte, unentbehrlich. Sie unterstand nicht dem Landesfürsten selbst, sondern war eine übernationale Körperschaft mit einem zentralen Sitz in Rom. Im losen System des Feudalismus, wo es ohnehin keine feste Zentralgewalt gab, war das aber ohne weiteres möglich. In denjenigen Ländern, in denen es schon vor Beginn der Neuzeit verhältnismäßig starke Landesfürsten gab, versuchten diese Fürsten schon frühzeitig ein gewisses Maß der Kontrolle über die Kirche zu erhalten. In Österreich begann schon unter den Babenbergern und noch stärker unter den Habsburgern der Kampf um die Kontrolle der Kirche durch den Fürsten und um die Ablieferung eines Teiles der Kircheneinkünfte, die nach Abzug der Summen, die die lokale Kirche für sich selbst brauchte, nach Rom flossen, an den

Landesfürsten. Die immer geldlosen Habsburger verstanden es schon früh und ohne offenen Kampf mit dem Papst, einen gewissen Teil der Kircheneinkünfte für sich zu beschlagnahmen. Gleichzeitig bremsten sie schon im 14. Jahrhundert die Akkumulierung von Grundbesitz in den Händen der österreichischen Klöster und Stifte, indem sie zum Beispiel den Bürgern der Städte verboten, ohne ausdrückliche Bewilligung entweder des Stadtrates oder des Landesherrn, der Kirche Grundbesitz zu schenken oder testamentarisch zu hinterlassen. Aber das waren nur kleine Vorgefechte.

Die Entwicklung des frühen Kapitalismus, die Entstehung des absolutistischen Staates und der Beginn der nationalen Entwicklung änderten die ganze Lage der Kirche.

Die Kirche wurde als wirtschaftlicher und kultureller Faktor zum Teil überflüssig. Die Städte – in Österreich ist diese Entwicklung am klarsten in Wien – übernahmen nach und nach fast die ganze Sozialfürsorge. An Stelle der Kirche, die für die Kranken und die Alten sorgte, die [113:] Waisen aufzog, Schulen für die Kinder unterhielt, traten die Gilden, die ihre eigenen Altersheime und Krankenhäuser unterhielten und für die Gildenmitglieder sogar eine Art von Sozial- und Pensionsversicherung schufen. In manchen Gebieten, zum Beispiel in Tirol, übernahmen auch die Stände einen Teil der sozialen und kulturellen Funktionen der Kirche. Die Tiroler Stände führten Mitte des 16. Jahrhunderte sogar eine völlige „Schulreform“ durch. An Stelle der Klosterschulen traten „Landesschulen“, deren pädagogische Prinzipien für die damaligen Verhältnisse außerordentlich modern waren. Der Lehrstoff enthielt fünf Fächer – Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion und Gesang. – Den Lehrern wurde empfohlen, „sich der Fäuste und des Haareraufens“ zu enthalten. Ein Pfarrer und zwei weltliche Staatsbeamte übten die Oberaufsicht über die Schule aus. Es gab allerdings noch keine allgemeine Schulpflicht, die neuen Schulen waren mittlere und höhere Lehranstalten.

Während im Mittelalter die Kirche vom Kanzler bis zum Schreiber, vom Richter bis zum Arzt, alle Funktionäre für den Apparat der öffentlichen Verwaltung, der körperlichen und der geistigen Befürsorgung der Bevölkerung stellte, weil weder Adel noch Bauern noch das damals sehr schwache städtische Bürgertum imstande waren, Menschen für diese Arbeiten freizustellen, entstand nun langsam neben der Kirche eine Intellektuellen- und Beamtenschicht. Die Söhne reicher Bürger, hie und da auch wohlhabende Bauern sowie ein Teil der verarmten Ritterschaft begannen, sich der Beamtentätigkeit und den freien Berufen zuzuwenden, die einen freiwillig, die anderen, vor allem der Adel, um der völligen Verelendung zu entgehen. Der große Arzt und Chemiker Paracelsus (1493-1541), der zwar in der Schweiz geboren wurde, von früher Kindheit an aber in Österreich lebte und später arbeitete, ist ein solcher Vertreter der nun weltlichen Intelligenzschicht; Siegmund von Herberstein, dessen Beschreibung der Verhältnisse in Rußland (Rerum Moscoviticarum Commentarii, 1549) eines der bedeutendsten zeitgenössischen Standardwerke über Rußland darstellt, ist ein anderer. Auch unter den Mitgliedern der damaligen Wiener Universität und den Humanisten der „Danubischen Gesellschaft“ befanden sich bereits zahlreiche Laien.

Von dem Augenblick an, in dem in Österreich ein nationaler, vom Landesfürsten abhängiger Beamtenapparat zu entstehen beginnt, wird der dem Fürsten nicht unterstellte, von Rom oder von außerösterreichischen Kirchenfürsten abhängige öffentliche Apparat der Kirche zu einer Belastung. Eine selbständige, unabhängige Kirche verhindert und erschwert den Zentralisierungsprozeß ebenso wie ein unabhängiger, selbständiger Adel. Wie dieser, wird sie zu einem Staat im Staate und damit zu einer Gefahr für den Absolutismus. Es kommt noch dazu, daß das Haupt der Kirche, der Papst, längst jeden Anschein der Neutralität aufgegeben hat, ein italienischer Fürst geworden ist und abwechselnd entweder österreichische oder französische Politik macht. Damit wird in die österreichische (oder im gegenteiligen Falle in die französische) [114:] Innenpolitik immer wieder ein den Interessen des Landes entgegengesetztes Element hineingetragen – für beide Länder ist die Situation gleich untragbar.

Der wirtschaftliche Aufbau der Kirche, das System, bei dem ein Teil der Kircheneinkünfte ins Ausland abfließt, kommt in Konflikt mit der entstehenden Landeswirtschaft. Gerade das städtische Bürgertum protestiert Anfang des 16. Jahrhunderts immer wieder ganz offen dagegen, daß „das gute Geld nach Rom geht, damit der Papst dort Kirchen und Paläste bauen kann“. Die Kirche wird nicht nur für das kleinere städtische Bürgertum, sondern auch für die großen Handelskapitalisten – dies vor allem

in Spanien, Frankreich und England – zu einer Kraft, die ihnen nicht mehr hilft, sondern sie hindert. Das moralische Weltbild der Kirche ist mittelalterlich, es entspricht der Zeit, in der diese Kirche ihre höchste Blüte entwickelte, aber es entspricht nicht mehr der Gegenwart. Die Blütezeit der Kirche fällt zum Beispiel in eine Zeit, in der die Sklaverei, die die Fortentwicklung der Gesellschaft verhinderte, durch die Leibeigenschaft und die Hörigkeit abgelöst wurde. Die Kirche ist daher nicht gegen Leibeigenschaft, sie ist aber sehr entschieden gegen Sklaverei. Sie bekämpft daher mit äußerster Schärfe die Händler und Eroberer, die in den neuentdeckten Gebieten Afrikas und Südamerikas einen schwunghaften Sklavenhandel betreiben und auf diese Weise den Grundstock zu ihren großen Vermögen legen, bekämpft sie mit Predigten, päpstlichen Verordnungen und sogar mit der Drohung der Ausstoßung aus der Kirche. Ebensowenig versteht die Kirche, die in einer Zeit entstanden ist, in der es kaum eine Geldwirtschaft und daher wenig Bedarf für Gold und Silber gab, den plötzlichen Goldhunger, der ganz Europa erfaßt hat. Sie tritt daher oft in sehr scharfer Weise gegen die Eroberer Südamerikas oder die spanischen Sklavenhändler in Nordafrika auf, die Tausende von Eingeborenen ermorden oder unter unmenschlichen Bedingungen in den Minen arbeiten lassen, um Gold oder Silber aus ihnen herauszupressen und nimmt in dieser Zeit wiederholt die Eingeborenen gegen die europäischen Eroberer in Schutz mit der Feststellung, daß sie, sobald sie einmal getauft sind, gleiche Rechte haben wie die Europäer. Schließlich beginnt die Kirche, die wirtschaftlich ein Teil des grundbesitzenden Adels ist – die Bischöfe und die Prälaten in Österreich und in anderen Ländern sind praktisch hohe Adelige und machen auch die gleiche Politik wie ihre weltlichen Kollegen – vom gleichen moralischen Zersetzungsprozeß ergriffen zu werden, wie die übrige, historisch überlebte Schicht des Adels. Die Liebesabenteuer von Mönchen und Nonnen, die Käuflichkeit hoher Geistlicher, waren um jene Zeit sprichwörtlich.

In den deutschen und den großdeutsch beeinflußten Darstellungen der Reformationsbewegung wird allerdings dieser Seite der Angelegenheit ein weit über die wirklichen Verhältnisse hinausgehendes Gewicht beigelegt. Wenn man solche Darstellungen, vor allem der deutschen [115:] Reformation, liest, hat man den Eindruck, als wäre das ganze deutsche Volk durch die plötzliche Entdeckung der moralischen Zersetzung der Kirche geradezu in Panik versetzt worden, und als hätte es sich daraufhin wie ein Mann in die Arme Luthers gestürzt. Dabei müßte man eigentlich annehmen, daß ein Land, in dem es Kurfürsten gab, die jeden Tag betrunken in den Straßengräben ihrer Residenzstädte herumlagen, ein Land, das einen anderen Kurfürsten besaß, dessen Eheskandale europäisches Tagesgespräch waren, und dessen Fürsten völlig öffentlich die Kaiserwürde an den Meistbietenden verkauften, gegen Unzucht und Korruption einigermaßen abgehärtet gewesen wäre. Tatsächlich war der Kirchenadel nicht mehr und nicht weniger korrupt als der weltliche und die Moral der Klöster, die aufgehört hatten, besonders fortgeschrittene Produktionseinheiten zu sein, nicht schlechter und nicht besser als die vieler Rittersitze. Aber in der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Kirche, in dem allgemeinen Gefühl, daß hier eine Institution ihren Zweck überlebt hatte und in der alten Form überflüssig geworden war, spielte auch dieser Gesichtspunkt eine gewisse Rolle.

Die Reformation lag schon vor 1519, dem Jahr, in dem Luther seine Thesen an der Wittenberger Kirche anschlug und in dem am Konflikt um die Einhebung der päpstlichen Ablaßzahlungen in Deutschland der große alleuropäische Kirchenkonflikt explodierte, in der Luft. Seit hundert Jahren dokterte man an der Kirche herum, versuchte sie durch Teilreformen, durch die Gründung neuer Orden – zum Beispiel der Franziskaner – zu verjüngen. Hus und seine Anhänger hatten den ersten ernsthaften Versuch unternommen, dem national weit entwickelten Böhmen seine Staatskirche zu geben. In Österreich war die Reformbewegung ebenfalls nichts Unbekanntes. Zur Zeit der Hussiten hatte es auch in Wien und in anderen österreichischen Städten eine Hussitenbewegung gegeben, die von den Habsburgern mit Gewalt unterdrückt worden war. Unter den Wiener Humanisten sprach man immer wieder davon, die Kirche „an Haupt und Gliedern zu erneuern“. 1499 hatte schließlich ein Prediger am Stephansdom Thesen angeschlagen, die fast wörtlich denen Luthers glichen. Die Reformbewegung, die 1519 schließlich kam, fegte wie ein Sturmwind durch ganz Europa.

Was sie so unwiderstehlich machte, war die, Tatsache, daß zunächst alle Bevölkerungsschichten – einschließlich der Krone – am Protestantismus interessiert waren, wenn auch aus verschiedenen

Gründen. Die Fürsten – sowohl Landesfürsten wie auch hoher und niederer Adel – erwarteten sich sowohl von der Überführung der Kirchengüter in ihren Besin (der Säkularisierung) wie auch von der Einschränkung der moralischen Autorität der Kirche eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht. Das Bürgertum erwartete eine neue Kirche, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen besser angepaßt war als die alte. Die Bauern schließlich erwarteten sich ihre Kirche, nicht mehr die Kirche fremder Herren.

[116:] Für die Bauern war die Kirche – der Gottesdienst, die Predigt – immer der wichtigste geistige Faktor in ihrem Leben, ihre einzige intellektuelle Betätigung. Aber der neue, freigewordene Bauer wollte eine Kirche, die ihm gehörte, die in seiner Sprache sprach, und nicht mehr in Latein, deren Prediger er wählen konnte, statt sie, wie bisher, von Gnaden eines Bischofs zu akzeptieren, und die nicht mehr, wie bisher, durch ihre engen Beziehungen zum Adel vor ihm kompromittiert wurde. Das ist der Grund, warum der Protestantismus in Osterreich vor allem unter der bäuerlichen Bevölkerung solche Fortschritte machte.

Da sich jede Schicht der Bevölkerung unter dem Begriff der „Kirchenreform“ etwas anderes vorstellte, nahm sie in verschiedenen Ländern einen ganz verschiedenen Verlauf, je nachdem, welche soziale Kraft in dem betreffenden Land besonders stark war. Die Reform der Kirche entwickelte sich in Europa auf drei verschiedenen Linien:

In der Schweiz, in den Niederlanden und in einigen nördlichen Städten, überall dort, wo das Bürgertum besonders stark oder der Adel besonders schwach war, entwickelte sich der Kalvinismus, in der englischen Revolution im 17. Jahrhundert das ihm ähnliche Presbyterianertum der Puritaner. Kalvinismus und ihm verwandte Religionsformen waren im wesentlichen Religionen der Städte, bürgerliche Religionsformen. Verwaltung und Aufbau der Kirche waren eng verknüpft mit Aufbau und Verwaltung der Stadtgemeinde; ihre bewußte und betonte Schlichtheit, die scharfe Ablehnung von Wohnprunk und Kleiderluxus, von übermäßiger Lebensfreude und übertriebener intellektueller Freiheit, ihre ständige Betonung der Notwendigkeit der Arbeit und der sparsamen Lebensweise entsprachen den wirtschaftlichen Bedürfnissen des entwickelten städtischen Bürgertums. Die freie Wahl der Prediger, die starke Demokratie in Kirchenfragen entsprachen seinen politischen Bedürfnissen. Die schwarzen Kleider und weißen Kragen der Puritaner waren eine Demonstration der neuen bürgerlichen Einfachheit und Sparsamkeit gegen den Prunk der großen und der kleineren Fürsten – eine Demonstration der Bienen gegen die Drohnen. (Allerdings war es mehr eine Religion des kleinen und des mittleren städtischen Bürgertums, ein großer Teil, wenigstens der kontinentalen Handelskapitalisten hatte für das schlichte Zusammensparen der Bienen wenig Verständnis; sie machten ihre Vermögen schneller und im Bunde mit den großen Monarchen, die vom Gesichtspunkt der Kalvinisten fast noch ärger waren als der Adel.)

Die zweite Form war der Protestantismus, die „Religion der Fürsten“, in der der Landesherr, und er allein, oberster Herr der Kirche war, in der er nicht nur über Leben und Tod, sondern auch über das Gewissen seiner Untertanen volle Gewalt hatte – eine Gewalt, die so weit ging, daß schließlich der Landesherr das Recht bekam, nicht nur die Kirche zu kontrollieren, sondern auch zu bestimmen, welche Religion die Untertanen ausüben durften und welche nicht.

[117:] Der Protestantismus wirkte sich in verschiedenen Ländern in ganz entgegengesetzter Weise aus. Dort, wo es bereits eine zentrale Gewalt gab, die sich auf das Bürgertum stützte, im England Heinrichs VIII. oder in Schweden, verstärkte er die Macht des Königs, beschleunigte die Zentralisierung und unterstützte die nationale Entwicklung. In diesen Ländern war die Reformation ein fortschrittlicher, ja ein revolutionierender Akt. Dort, wo es mehrere starke Fürsten gab, verstärkte er die auseinanderstrebenden Tendenzen, weil er nicht einen, sondern mehrere Fürsten um so vieles stärker machte, daß ihre Niederzwingung durch eine Zentralgewalt nun völlig aussichtslos war. (Das zeigte sich vor allem in Deutschland.) In der Zeit der Reformation glitt die Macht aus den Händen von etwa dreihundert Fürsten, Städtern und mittleren Adeligen, die Deutschland regierten, in die Hände eines Dutzends Fürsten, die aber weit stärker und gefährlicher waren als ihre Vorgänger. Es entstanden große und verhältnismäßig starke Fürstentümer: Brandenburg, Sachsen, Hessen, die Pfalz. Diese Länder waren bereits eine ernstzunehmende Kraft, eine Kraft, mit der es sich bereits lohnte, Bündnisse

abzuschließen. Das hatte zwei Folgen: von diesem Zeitpunkt ab versuchten die Deutschland benachbarten Länder, Frankreich, Österreich, später Schweden und Dänemark, noch später England, verschiedene deutsche Fürsten in ihr Lager einzubeziehen und für ihre Politik auszunützen. Das verstärkte noch die deutsche Dezentralisierung, denn die deutschen Fürsten waren zwar stark genug, um ausgenützt zu werden, aber nicht stark genug, um die anderen ernsthaft für die Zwecke einer eigenen deutschen Politik auszunützen. Seit der Zeit der Reformation datiert der Zerfall Deutschlands in österreichische, französische, dänische, schwedische, englische, spanische Einflußsphären. In Frankreich und in Österreich, wo die Dynastien zwar siegreich waren, die Macht des Adels aber nicht ganz gebrochen war, wurde der Protestantismus bald zu einer Waffe des durch die Säkularisierung vorübergehend wieder gestärkten Adels in der Wiederaufnahme seines Kampfes gegen den Landesherrn. Dort führte die Reformation zu einem Wiederaufflackern der Kämpfe der fürstlichen Fronde. Kompliziert wurde die Sache wieder durch die Lage in Deutschland. Die deutschen Fürsten waren zwar nicht stark genug, um erfolgreich eine eigene Politik zu machen und ein Hineingreifen ausländischer Politik nach Deutschland zu verhindern, sie waren aber stark genug, um nicht nur für die Monarchen, sondern auch für den gegen sie kämpfenden Adel Verbündete zu sein. Von der Mitte des 16. Jahrhunderts an versucht sowohl der protestantische Adel Österreichs wie der protestantische Adel Frankreichs, seine Position gegen die Krone durch das Bündnis mit deutschen protestantischen Fürsten zu stärken, während gleichzeitig die deutschen Fürsten sowohl die Habsburger wie die Valois und die Bourbonen durch ein Bündnis mit ihrer adeligen Fronde entweder zu schwächen oder zu Konzessionen zu zwingen versuchen. Im Falle Österreichs wird die Sache noch dadurch kom-[118:]pliziert, daß mit dem österreichischen Adel, mit den deutschen Protestanten und mit dem böhmischen Adel auch noch der große Rivale der Habsburger, Frankreich, verbündet ist, das eine Zeitlang die Rolle des europäischen Schutzherrn der Protestanten spielt, was es nicht daran hindert, die eigene protestantische Fronde erbarmungslos niederzuschlagen. Der Pikanterie halber sei hinzugefügt, daß in dieser französisch-protestantisch-deutschen-protestantisch-österreichischen Kombination hin und wieder, wenn es Frankreich gelingt, *seinen* Papst wählen zu lassen, auch dieser Papst zu finden ist.

Dieses Ineinandergreifen aller europäischer Konflikte und Kombinationen führt in kurzer Zeit zu einer unerträglichen Situation. In jeder inneren Auseinandersetzung in jedem Lande spielen bald sämtliche europäische Konflikte mit, jeder Kampf der österreichischen Krone gegen seinen eigenen (oder später gegen den böhmischen) Adel wird zu einem latenten europäischen Krieg. Aber ist dieser Konflikt überhaupt notwendig – wenigstens auf dem religiösen Gebiete? Wäre es nicht auch für die Herrscher Frankreichs, Österreichs, Spaniens einfacher, selbst Protestanten zu werden, damit ihre eigene Macht ebenso zu stärken, wie es Heinrich VIII. tat, und außerdem noch ihrer protestantischen Fronde den Wind aus den Segeln zu nehmen? Es zeigt sich, daß gerade für die starken kontinentalen Dynastien dieser Weg nicht gangbar ist.

Franz Mehring weist einmal darauf hin, daß die Reformation keineswegs für alle Länder eine vorteilhafte Lösung war. Die Herrscher der ökonomisch und politisch rückschrittlichen Länder, vor allem die deutschen Fürsten, brauchten die Reformation, weil sie für sie die einzige Methode war, ihre Macht zu stärken, und weil sie durch eine Trennung von Rom, das heißt, von Italien, nichts zu verlieren hatten. Für einige gerade der fortgeschrittensten kontinentalen Dynastien stand die Sache anders. Sie hatten durch die Reformation einiges zu verlieren. Ein großer Teil ihrer Wirtschaft war noch immer nach Italien und nach dem Mittelmeer hin orientiert. Eine Lostrennung von Italien hätte für ihren Handel und für ihr ganzes wirtschaftliches Leben verhängnisvolle Folgen gehabt. Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß die großen Handelskapitalisten, wie die deutschen Fugger, in der Periode des Kampfes gegen die Reformation die katholische Seite, das heißt, den Kaiser und Bayern, unterstützt haben; von Fugger wird berichtet, daß er auf dem Höhepunkt der protestantisch-katholischen Konflikte die Schuldscheine für die außerordentlich hohen Beträge, die Karl V. von ihm geborgt hatte, als ihm dieser wegen Geldmangels mit Konzessionen gegenüber den Protestanten drohte, zerriß und ins Feuer warf. Es ist auch bemerkenswert, daß gerade die Humanisten, wie Erasmus von Rotterdam, oder Melanchthon, die die katholische Kirche scharf kritisiert hatten, ständig gegen das protestantische Schisma und für ein Kompromiß mit Rom eintraten. Auch sie wollten sich von Italien, dem Zentrum des Humanismus, dem Land der blühenden Renaissance, nicht völlig losschneiden.

[119:] Das galt allerdings nicht für alle Länder Europas. Für England, Schweden, Holland, Länder, die am Mittelmeerhandel kaum beteiligt waren und deren wirtschaftliche Entwicklung nach dem Atlantik ausgerichtet war, war die Trennung von Italien nicht nur keine Gefahr, sondern eine Notwendigkeit. Sie vollzogen die Reformation rasch und fast ohne Zögern.

England, Schweden, Holland waren auch politisch nicht oder nur wenig an Italien interessiert. Anders stand es mit Österreich, Frankreich und Spanien.

Frankreich, Österreich und Spanien kämpften um Italien, das heißt, sie kämpften nach der Manier ihrer Zeit um Personen und Fürstenparteien, die sie auf ihre Seite bringen konnten, und sie kämpften besonders erbittert um den größten italienischen Fürsten, den Papst. Bei jeder Papstwahl standen die Kardinäle unter dem konzentrierten Feuer französischer und österreich-spanischer Beeinflussungsversuche – manchmal auch Beeinflussungsversuche in klingender Münze. Offizielle und inoffizielle Gesandte aller drei Mächte, Agenten, Spione, füllten den Ort, an dem sich die Wahl vollzog. Der Staat, der alle äußeren Bindungen mit der Kirche durchschnitt und sich offen dem protestantischen Lager anschloß, wäre automatisch aus dem Wettbewerb – und damit wahrscheinlich aus der italienischen Politik – ausgeschieden. Für Österreich kam noch die ständige Türkengefahr hinzu. Gewiß, die Päpste waren desinteressiert, waren sogar manchmal auch direkt mit den Türken verbündet, aber in Augenblicken größter Not war es immer noch möglich, selbst diese Päpste auf dem Weg über die öffentliche Meinung Europas unter Druck zu setzen und von ihnen wenigstens ein Mindestmaß von Hilfe – etwas Geld, einige Soldaten oder wenigstens einen Aufruf an die Christenheit zum Schutz des bedrohten Österreich – herauszupressen und in der Lage, in der sich Österreich befand, war jede noch so kleine Hilfe wertvoll.

Der Ausweg war also etwas Drittes – eine neue, verjüngte und brauchbarere Form der Kirche, die die Vormachtstellung des Landesherrn nicht bestritt, aber dennoch ein Bestandteil der katholischen Kirche blieb. Diese Verjüngung der Kirche, diese Anpassung an die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit wurde im Verlauf des 16. und des 17. Jahrhunderts durch einige neue Orden durchgeführt, die gleichzeitig zu den kirchlichen Trägern der Gegenreformation wurden. Dieser Orden waren in Österreich und in Spanien vor allem die Jesuiten.

Die Gesellschaft Jesu, der Orden der „kämpfenden Kirche“, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts von einigen jungen katholischen Intellektuellen unter Führung Ignatius’ von Loyola begründet worden war, stellte für die kirchlichen Verhältnisse etwas ganz Neues dar. Mehring schreibt von ihnen: „Die Jesuiten stellten den reformierten Katholizismus auf kapitalistischer Grundlage und angepaßt den Bedürfnissen des Handelskapitalismus dar. Während das Papsttum zu einem italienischen [120:] Fürstentum herabsank, wurden sie zur Kirche gerade der ökonomisch entwickelten Länder.“ An einer anderen Stelle nennt er sie „die fortschrittlichste Form der Kirche“.

Zunächst durchschnitten die Jesuiten für ihre Ordensmitglieder rücksichtslos das Band, das die hohe Geistlichkeit der alten Kirche mit dem Hochadel verband. Unter den Jesuiten hörte der Zustand auf, in dem der Bischof einer Provinz zugleich nicht nur ihr größter Grundbesitzer, sondern auch Teil und oft – wie etwa der Bischof von Salzburg – Führer der adeligen Fronde war und in politischen Fragen fast völlig selbständig vorgehen konnte. Die Regeln der Gesellschaft Jesu mit ihrer strikt durchgeführten Forderung der persönlichen Besitzlosigkeit, eisernen Disziplin, unbedingtem Gehorsam gegenüber den Ordensführern und allen Vorgesetzten machten das bald unmöglich. Wenn man einem Orden angehörte, dessen militärische Disziplin zum Beispiel erforderte, daß ein Ordensbruder, der zu einem Vorgesetzten gerufen wurde, wenn er gerade beim Schreiben saß, die Feder niederlegen mußte, ohne den Buchstaben zu vollenden, konnte man nicht gut gleichzeitig auf eigene Faust adelige Privatpolitik machen oder sich adeligen Fraktionen anschließen, um auf diese Weise entweder seine eigene Position oder die Position von Verwandten – Neffen, Brüdern oder gelegentlich auch unehelichen Söhnen – zu stärken. Vom Gesichtspunkt des Landesherrn aus waren die Jesuiten ein viel zuverlässigeres Instrument als die alte Kirche. Es mochte vielleicht hie und da Meinungsverschiedenheiten oder selbst politische Konflikte mit der Führung des Jesuitenordens gehen, aber der Fürst brauchte sich nicht mehr über die politischen Seitensprünge der einzelnen hohen und mittleren Ordensfunktionäre den Kopf zu zerbrechen – sie machten die Politik des Ordens und nicht ihre eigene.

Die Jesuiten verstanden die Bedürfnisse des neuen Staates. Sie verstanden, daß er fähige Beamte brauchte und sie begannen sofort, ihm diese Beamten zu liefern, erstens durch gründliche und intelligente politische Schulung ihrer eigenen Ordensmitglieder (in Österreich stellten die Jesuiten mehr als zweihundert Jahre hindurch immer wieder Kanzler, Gesandte und andere Minister), zweitens durch den Aufbau eines modernen Bildungswesens. In Österreich schufen die Jesuiten eine ganz neue Form der Schule, die nicht nur den alten Kirchenschulen, sondern sogar den neuen bürgerlichen Schulen überlegen war. Die Schulen waren keine Volksschulen, sie waren Erziehungsanstalten für eine zukünftige Führerschicht, ihre Zöglinge waren Söhne von Adeligen, von Bürgern, allerdings waren sie im Prinzip unentgeltlich und es wurden immer wieder in verhältnismäßig großer Zahl auch begabte Söhne von armen Bürgern, Bauern und sogar von Taglöhnern aufgenommen. Der Lehrplan war stark humanistisch beeinflußt, wenn auch religiös gefärbt, alte Sprachen, vor allem aber Naturwissenschaften, spielten im Gegensatz zu den früheren Schulen eine große Rolle. Der Prügelstock [121:] des alten Lehrers verschwand, die alte Prügeldisziplin wurde durch einen ständigen Appell an das Ehrgefühl und an den Ehrgeiz des Schülers ersetzt. Gleichzeitig versuchte man, dem Kinde vieles halb im Spiel beizubringen. Die Schüler der alten Schulen mußten ihren kirchlichen, religiösen, historischen Lehrstoff, ihre griechischen und römischen Klassiker (soweit sie überhaupt im Schulplan enthalten waren) auswendig lernen, die Jesuitenschüler führten die Dinge, die sie lernten, auf. Das Jesuitendrama, das Jesuitentheater überhaupt, war, zuerst von Lehrern und Schülern aufgeführt, Bestandteil des Lehrplans.

Im Gegensatz zu der Kirche alten Typus hatten die Jesuiten Verständnis auch für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des neuen Bürgertums. Wenige Jahre nach seiner Gründung hatte der Jesuitenorden schon sechs Überseemissionen in Amerika, China, Japan und Indien, die Zahl der Missionen stieg dann sehr rasch an. Im Gegensatz zu den Missionen alten Stils verhielten sich die Jesuiten gegenüber der Überseepolitik der großen Handelskapitalisten nicht ablehnend, im Gegenteil, sie halfen ihnen. In einigen Ländern, vor allem in China, fungierten sie als Bankiers für die europäischen Händler, manchmal gründeten sie selbst große Handelsplätze und Niederlagsstellen für überseeische Produkte. Sie billigten zwar gewisse Handelsmethoden der Händler und Eroberer – zum Beispiel Sklavenhandel und gewaltsame Aneignung von Gold und Silber – nicht, drückten aber beide Augen zu und machten ihnen keine Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite war ihre koloniale Handelspolitik viel weitsichtiger als die der Eroberer, die Edelmetalle und andere Kostbarkeiten zusammenrafften, sich aber um die auf längere Sicht viel wertvolleren neuen kolonialen Rohstoffe und Waren nicht kümmerten. Die Jesuiten waren die ersten, die die Gewinnung und die Verarbeitung dieser Dinge organisierten, zum Teil mit frühen Manufakturmethoden. Daß in Mexiko und in Peru eine gewisse einheimische Produktion wieder in Gang kam, war vor allem ihr Verdienst. Einige Jahrhunderte hindurch hatten sie praktisch zum Beispiel ein Monopol auf alle Heilmittel und Gewürze aus Mittelamerika. Ihre wirtschaftliche Großzügigkeit äußerte sich nicht nur im direkten Überseehandel. Schon im 16. Jahrhundert wurden zum Beispiel die Jesuiten in Spanien die größten Werftbesitzer und Schiffsbauer des Landes, deren Produktion bald die der Krone überstieg.

Diese Dinge wirkten sich in Österreich nicht direkt aus, wohl aber kam eine Seite der Politik der Jesuiten den Versuchen der Krone zugute, eine neue volkstümlichere Kirche, die dennoch nicht protestantisch war, an die Stelle der alten zu setzen. Die Jesuiten bemühten sich, den Ansprüchen der Bürger und vor allem der Bauern entgegenzukommen, die an Stelle der alten Kirche „ihre“ Kirche wollten, eine Kirche, die in ihrer Sprache sprach und die sich mit ihren Problemen beschäftigte. Während die adeligen Bischöfe sowie die indolent gewordenen und ebenfalls adelig versippten Klosterherren den „kleinen Mann“ vernach-[122:]lässigt oder vor den Kopf gestoßen hatten, beschäftigten sich die Jesuiten bewußt mit ihm und mit seinen Sorgen. Einer ihrer Grundsätze war, „lebe mit Bergleuten als Bergmann, mit Soldaten als Soldat, mit Seeleuten als Seemann, mit Bauern als Bauer“. Die Jesuiten sahen den Kalvinisten und den Protestanten einige ihrer Propagandamethoden ab und wendeten sie oft mit besserem Erfolg an als ihre Lehrmeister. Eine solche Einrichtung war zum Beispiel die kurze Abendmesse, die so angesetzt wurde, daß die Bauern, die vom Felde kamen, die Möglichkeit hatten, noch in die Kirche zu gehen. Die Vorschriften für die Messe betonten, daß sie kurz sein müsse, denn die Bauern seien zu müde, um sich einen langen Gottesdienst anzuhören. Den Predigern

wurde immer wieder aufgetragen, den Andächtigen von Fragen des täglichen Lebens, allgemeinen Problemen der Moral und den Dingen, die sich aus dem Zusammenleben der Menschen miteinander ergeben, zu sprechen und Fragen des religiösen Dogmas ganz fortzulassen. Das war in einer Zeit, in der die Diskussionen um die Frage „Protestantismus, oder Katholizismus“ in der Form eines Dogmenstreits ausgetragen wurden, viel sicherer und entsprach auch bald einem allgemeinen Bedürfnis. Schon Mitte des 16. Jahrhunderts begannen immer mehr Menschen des Dogmenstreits als solchen herzlich müde zu werden – Melanchthons Stoßseufzer, der auf seinem Sterbebette Gott dankte, weil er wenigstens im Tode dem ewigen Dogmenzank der Theologen entging, drückte eine in ganz Europa verbreitete Stimmung aus.

Es war vor allem Österreich, das den neuen Typus des populären Jesuitenpredigers hervorbrachte, den Mann, der sich nicht scheute, bei der Predigt Witze zu gebrauchen und von alltäglichen Dingen zu sprechen. Die vollendetste Verkörperung dieses Typus war später der Jesuitenprediger und Schriftsteller Abraham a Sancta Clara.

Eines der Dinge, die die Gegenreformation wahrscheinlich überhaupt erst möglich, das heißt, für die Masse des Volkes tragbar machten, war der sogenannte „Kleine Katechismus“ des Jesuitengeistlichen Peter Canisius, der unter Ferdinand II. sozusagen als Jesuitenkommissar für Österreich bestimmt wurde. Der „Kleine Katechismus“ war die wichtigste Konzession an jene Forderung, in der sich der Wunsch nach einer Demokratisierung der Kirche und die neue nationale Entwicklung ausdrückten – die Forderung nach religiösen Schriften in der Landessprache. Die Schaffung des „Kleinen Katechismus“ war gewiß kein so revolutionärer Schritt wie die deutsche oder englische Bibelübersetzung, aber er gehörte in die gleiche Kategorie. Die Bauern und die Bürger erhielten hier – nicht gegen die katholische Kirche, sondern mit ihrer Unterstützung – die Möglichkeit, „das Wort Gottes“ selbst zu lesen, selbst zu beurteilen, ob das, was man ihnen in der Predigt sagte, auch wirklich den Forderungen Christi entsprach; nicht mehr allein Objekte, sondern auch Träger der Religion zu sein.

[123:] Allerdings haben die Jesuiten nicht durch Überredung, durch Propaganda allein den Katholizismus in Österreich wiedereingeführt. Wie alle Mächte ihres Jahrhunderts, verschmähten sie es nicht, zur Gewalt zu greifen, wenn sie mit Überredung nicht schnell genug vorwärtskommen konnten, verschmähten sie es nicht, Blut zu vergießen – und die Gegenreformation in Österreich hat Ströme von Blut gekostet. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Jesuiten in nichts von den Schweizer Kalvinisten oder von den englischen Puritanern.

Anfang des 17. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der Gegenreformation, wurden gerade die rücksichtslosesten antiprotestantischen Kulturmaßnahmen (Vertreibung protestantischer Lehrer und Studenten von Universitäten und Schulen, Bücherbeschlagnahme und Bücherverbrennungen, eine rigorose Druckschriftenzensur, die nichts zuließ, was auch nur einen Hauch der antikatholischen Ketzerei trug) von den Jesuiten durchgeführt. Dir Bücherzensur war so streng, daß es sogar zu Anfang des 18. Jahrhunderts in den Bibliotheken der österreichischen Bürger und Adeligen kaum andere Bücher gab, als die, die von Jesuiten veröffentlicht worden waren. Die Gegenreformation erstickte vieles, trat vieles nieder, sie ermutigte Dunkelmännerei und Bigotterie, sie bedeutete oft genug Unrecht und Gewissenszwang. Aber weder die Jesuiten noch Jesuiten und Krone zusammen richteten ihre Macht in Österreich mit Gewalt allein auf. Entscheidend war, daß ihre politische und religiöse Tätigkeit den Bedürfnissen eines großen Teils der Bevölkerung entsprach oder mindestens nicht entgegenstand.

Selbst die Jesuiten konnten die Mitherrschaft der Kirche – auch einer neuen, dem Landesherrn unterstellten Kirche im Staat – nicht verewigen, sie schoben ihre Verdrängung aus dem Staatsapparat nur hinaus. Sie konnten noch im 17. Jahrhundert den Namen „die Intelligenz des Staates“ beanspruchen, aber im 18. Jahrhundert erhob eine neue Intelligenz den Anspruch auf die gesellschaftliche Alleinherrschaft – das Bürgertum. Unter Joseph II. vollzog sich in Österreich der Bruch mit den Jesuiten, seitdem spielten sie trotz späterer Aufhebung des Verbannungsediktes, trotz allen Konkordaten, nur eine untergeordnete Rolle.

Gegenüber dem Papst hatten die Jesuiten lange Zeit hindurch die Stellung einer selbständigen und selbstbewußten Armee, die man gleichzeitig braucht und fürchtet. Formal unterstellten sie sich in

allen Dingen dem Papst, praktisch machten sie völlig rücksichtslos ihre eigene Politik, nämlich die des Ordens und die der Landesherren, denen sie dienten. In Rom wußte man, daß man sie brauchte, daß die Kirche ohne sie und die ihnen verwandten Orden jeden Einfluß verlieren würde, aber es ist sehr fraglich, ob den Päpsten und den Kardinälen im Grunde Türken und Protestanten nicht sympathischer waren als ihre eigenwilligen und unkontrollierbaren Beschützer.

[124:] Trotz ihrem internationalen Aufbau fügten sich die Jesuiten im 16. und im 17. Jahrhundert fast reibungslos dem Leben und der Politik jedes Landes ein. Ihr Kulturmonopol fällt in Österreich in die Periode des Ausbaus und der Festigung des österreichischen Staates, in die Entwicklung einer nationalen österreichischen Kultur. An beiden nahmen sie teil, beide unterstützten sie – nicht aus bewußt nationalen Erwägungen, sondern weil sie mit den Strömungen ihrer Zeit schwammen und sie oft führten. Die neue Kirchenliteratur in der Landessprache ist ihr Werk, die Entstehung des österreichischen Theaters, des österreichischen Schulwesens, ist nicht zum wenigsten auch ihr Verdienst. In dem Mosaik der kulturellen und der nationalen Entwicklung Österreichs würde eine Lücke bleiben, wollte man die Jesuiten und ihr Werk daraus entfernen.

In einer Antwort an die Bürger Niederösterreichs, die 1627 gegen die Zwangskatholisierung protestierten und in einer Petition für Toleranz in Glaubensdingen eintraten, gab Ferdinand II. die klarste Zusammenfassung des Sinnes der Gegenreformation vom Standpunkt der Krone aus. Er erklärte: „Die Gegenreformation in allen österreichischen Ländern muß durchgeführt werden, weil sonst niemals aufrechtes Vertrauen, Ruhe und Frieden im Lande und Gehorsam vor der Obrigkeit eintreten werden.“

Er fügte hinzu: „Die Untertanen können nicht zum Katholizismus und zur Achtung vor dem Staat gebracht werden, bevor die Stände nicht bekehrt oder abgeschafft sind.“ Hier, und nicht in Glaubensfragen, lag das Problem der Gegenreformation in Österreich. Der Kampf um die Gegenreformation war in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Stände, besser gesagt gegen den selbständigen Adel, der seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in den Ständen die Oberhand bekam – in innerpolitischer Hinsicht. In außenpolitischer Hinsicht war er gleichzeitig ein Kampf gegen die protestantischen deutschen Fürsten, die sich ab 1531 im Schmalkaldischen Bund gegen die Habsburger vereinigten und seit 1544 ein Hilfsbündnis mit Frankreich abschlossen, für das diese von der deutschen Geschichtsschreibung als Begründer des deutschen Patriotismus gepriesenen Protestantenführer Metz, Toul und Verdun an Frankreich abtraten. Beide Kämpfe griffen ineinander, beide überschnitten sich, beide wären vielleicht mit einem raschen, entschlossenen Schlag ohne schwere Folgen für ganz Europa zu lösen gewesen – mindestens die innerösterreichische Auseinandersetzung, in die seit 1526 auch der Kampf um die Vorherrschaft in Böhmen hineinspielte. Aber die Entscheidung folgte nicht so schnell.

Die Periode zwischen 1530 und 1560 ist in Österreich im wesentlichen eine Periode des Lavierens und Abwartens: auf religiösem Gebiet die Periode des sogenannten „Kompromißkatholizismus“, innerpolitisch der Versuch, sich mit dem Adel auf irgendeinem Mittelweg zu einigen, außenpolitisch, trotz dem Schmalkaldischen Krieg 1547, der Versuch. in [125:] der Frage der protestantischen deutschen Fürsten ein Kompromiß zu finden. Beides führt nur zu einer Verschärfung der Gegensätze. Etwa ab 1560 beginnt der Kampf um die Durchführung der Gegenreformation, aber auch dieser Kampf wird mit Schwankungen und Rückzügen geführt. Perioden der Rückzüge vor den Ständen Österreichs und Böhmens wechseln mit brutalem Zuschlagen ab. An Stelle einer klaren Politik gegenüber den protestantischen Ständen tritt gerade in Böhmen immer wieder eine völlig sinnlose, kleinliche Nadelstichpolitik – eine enteignete Kirche hier, eine geschlossene Predigerschule dort, Dinge, die nichts an der Situation ändern und nur die Opposition gegen die Krone verstärken. Es ist eine dunkle Zeit in Österreich. Oft sieht es aus, als ob der eben erst geschaffene österreichische Staat in neuen Parteienkämpfen und in Adelsanarchie untergehen sollte. Ihren Höhepunkt erreicht diese Periode zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Die Habsburger haben bei ihrer ganzen sonstigen, gegen den Feudaladel gerichteten Politik selbst nicht den alten feudalen Brauch der Aufteilung der Erbländer auf die Söhne des Hauses aufgegeben – erst unter Ferdinand II. wird die Unteilbarkeit der österreichischen Länder festgelegt, die die Macht endgültig in einer Hand konzentriert. Der Machtkampf in Österreich nimmt vorübergehend wieder den Charakter eines Kampfes verschiedener Zweige der

habsburgischen Familie gegeneinander an, wobei jeder Fürst eine adelige und eine städtische Partei um sich versammelt, die Macht der Stände vorübergehend steigt, der Prozeß der Zentralisierung aufgehalten wird, und die Kräfte des einheimischen Adels und ihrer ausländischen Verbündeten so wachsen, daß ihre Liquidierung ohne blutigen Konflikt nicht mehr möglich ist. Dieser Kampf findet seinen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen den Habsburgerbrüdern Rudolf II. und Matthias, wobei zur Partei Matthias der Mann gehört, der später den Absolutismus in Österreich entschieden, wenn auch unter blutigen Kämpfen, aufrichten soll – der Neffe Matthias' und Rudolfs, Ferdinand von der Steiermark, der spätere Ferdinand II. Der Kampf endet mit der Absetzung Rudolfs durch Matthias und durch die vereinigten böhmischen und österreichischen Stände 1609 – aber Matthias setzt die zögernde und provozierende Politik Rudolfs fort.

Grillparzer beschreibt im „Bruderzwist im Hause Habsburg" diese Periode. Wenn das Stück auch zum Teil ein Schlüsseldrama ist, das auf die österreichischen Verhältnisse Mitte des 19. Jahrhunderts anspielt, gibt es doch die klarste und erbarmungsloseste Schilderung auch der Probleme der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg, gibt sie unter anderem in einem ganz kurzen Vers:

„Das ist der Fluch von unserm edlen Haus,
auf halbem Wege und zu halber Tat
mit halben Mitteln zauderhaft zu streben,
Ja oder nein, hier ist kein Mittelweg."

[126:] Als Ferdinand II. die Politik des Zauderns beendet, ist es zu spät. Österreichische Konflikte und europäische Machtkämpfe, der Kampf gegen die böhmischen Stände und gegen die deutschen protestantischen Fürsten greifen bereits so ineinander, sind bereits so untrennbar zusammengeschweißt, daß die kleinste Berührung zur europäischen Explosion führen muß. Es gelingt Ferdinand II. mit knapper Not, die innerpolitische Entwicklung Österreichs aus dem internationalen Konflikt herauszureißen; über Böhmen und über Deutschland jedoch entlädt sich der Dreißigjährige Krieg.

Die Zeit der Kompromisse

Die österreichische Dynastie versuchte eine Zeitlang mit den Protestanten innenpolitisch wie außenpolitisch ein Kompromiß zu finden. Wenn der Weg der Reformation oder des Friedens mit den protestantischen Mächten für sie auch nicht gangbar war, so dauerte es doch fast hundert Jahre bis sie sich zum Handeln entschloß.

Für diese Politik gab es, bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, einige Gründe. Die Habsburgerdynastie, Karl V. im Westen, Ferdinand I. in Österreich, war in einen Krieg verwickelt, der die Kräfte und die Mittel Österreichs und Spaniens bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit anspannte. In Italien ging fast ohne Atempause der Krieg zwischen Habsburg und Valois vor sich, im Osten der Krieg gegen die Türken. Spanien war zwar eine Großmacht, Österreich eine werdende Großmacht, aber es dauerte einige Zeit, bis sich die Stärke dieser beiden Länder auch militärisch auswirkte. Inzwischen rettete man sich – vor allem in Österreich – buchstäblich von einer Krise in die andere. Karl V. und Ferdinand waren in gleichem Maße daran interessiert, weder die finanzielle und militärische Hilfe der protestantischen deutschen und katholischen Fürsten zu verlieren, noch die deutschen Protestanten durch eine unnachgiebige Politik noch mehr als bisher ins Lager Frankreichs zu treiben.

Die innerpolitische Lage war ähnlich. Der österreichische Staat befand sich mitten im Zentralisierungsprozeß, aber er war noch nicht stark genug, um die Verteidigung des Landes auf eigene Faust zu führen. Er konnte es sich noch nicht leisten, gleichzeitig die Macht der Stände, das heißt des in den Ständen vorherrschenden Adels zu brechen und gegen die Türken zu kämpfen. Die Finanzierung der Türkenkriege und die Aufstellung von Armeen wurde bis Anfang des 17. Jahrhunderts zwar nicht mehr unter der Führung aber doch mit Hilfe der Stände durchgeführt. In den Krisenjahren 1529 und 1532 einen offenen Krieg mit den Ständen zu beginnen, noch dazu in einer Frage, [127:] in der der Adel, wenn auch aus den verschiedensten Motiven, die Unterstützung auch anderer Schichten hatte, wäre gefährlich gewesen.

Die Kompromißpolitik gegenüber den deutschen Fürsten wurde rascher beendet als die Kompromißpolitik in Österreich, aber auch hier wurde mit dem Anschlagen der Luther'schen Thesen an der Kirche von Wittenberg noch lange nicht der Krieg eröffnet. Zunächst waren sich die Habsburger nicht ganz darüber klar, was sie mit Luther tun sollten. Maximilian I., in dessen letzte zwei Regierungsjahre der beginnende protestantisch-katholische Konflikt fiel, war besonders vorsichtig. Er wies seine Anhänger an, dafür zu sorgen, daß Luther nichts geschah, mit der Bemerkung, man wisse nicht, ob man den Mönch nicht noch einmal brauchen könne. Zum Unglück für die Habsburgerpolitik zeigten weder Luther noch die deutschen Fürsten, die ihn protegierten (zum Beispiel der Fürst von Hessen und der von Sachsen), große Neigung, „für spätere Verwendung" im Hintergrund zu bleiben. Für die Fürsten war das Erscheinen Luthers auf der Bildfläche ein Gottesgeschenk, die einzige Möglichkeit, ihre moralische und materielle Macht zu stärken. Sie stellten sich hinter ihn.

Karl V., der als deutscher Kaiser und Herrscher von Spanien, Burgund und der nördlichen Niederlande Maximilian 1519 folgte, sah bereits klarer, daß man Luther nicht „brauchen konnte". Aber solange der italienische Krieg nicht beendet war, waren seine Hände gebunden. 1521 trat der Reichstag von Worms zusammen, jener von der protestantischen deutschen Legende als entscheidend dargestellte Reichstag, in dem Luther Karl V. angeblich seine Kampfansage hinschleuderte und der Bruch zwischen Lutheranern und Kaiserlichen vollzogen wurde. In Wirklichkeit war der Tatbestand weit weniger heroisch. Im Edikt von Worms wurde zwar – sozusagen anstandshalber – das Vorgehen Luthers scharf verurteilt und der Reichsbann gegen ihn verhängt, aber alle Beteiligten waren sich darüber klar, daß der Bann eine höchst platonische Verordnung war. Im Gegensatz zum Vorgehen gegenüber Hus auf dem Konzil von Konstanz wurde nicht der leiseste Versuch gemacht, den Reichsbann zu verwirklichen. Luther wurde sozusagen unter der Nase des Kaisers von seinem Protektor, dem Kurfürsten von Sachsen, auf die Wartburg entführt und blieb dort neun Monate. Sein Aufenthalt war ein offenes Geheimnis, nach neun Monaten kehrte er ins öffentliche Leben zurück und predigte seelenruhig weiter. Der Kaiser rührte sich auch jetzt nicht.

Es folgten einige Jahre, in denen von Seiten des Kaisers gelegentlich ohne viel Nachdruck versucht wurde, die Durchführung des Wormser Edikts herbeizuführen. Gleichzeitig unternahmen der Papst und einige deutsche Fürsten, ebenfalls ohne viel Überzeugungskraft, den Versuch, eine Einigung zu finden, die alle Teile befriedigte. Ab 1526 begann in einer Reihe von deutschen Ländern, vor allem in Hessen, Sachsen und in Brandenburg, die Säkularisierung, die Überführung des Kirchengutes in den Besitz der Fürsten. Es war diese Frage des Kirchengutes, um die [128:] sich schon nach kurzer Zeit und bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, vom Gesichtspunkt der deutschen Fürsten aus, der ganze Konflikt der Reformation drehte.

In all diesen Jahren wußte jeder Beteiligte, daß die Auseinandersetzung zwischen den Habsburgern und den deutschen Fürsten nur aufgeschoben war und daß der Frieden nicht lange dauern konnte. Für die deutschen Fürsten ging es um ihre Existenz als selbständige politische Macht, für die Habsburger um die Erhaltung ihrer deutschen Versorgungsbasis und um die Verhinderung einer potentiellen Allianz zwischen Frankreich und den deutschen Fürsten. Schon um 1530 herum begannen sich die zwei Fronten zu bilden. 1530 gaben eine Anzahl deutscher Fürsten ihr Programm heraus, die Augsburger Konfession, die von Melanchthon entworfen worden war und von den Fürsten von Sachsen, Brandenburg, Hessen, Braunschweig, Anhalt und einer Reihe von reichsunmittelbaren Städten, darunter Hamburg, Nürnberg, Straßburg, Ulm und Augsburg unterzeichnet wurde. Die Augsburger Konfession enthielt eine Bestimmung, nach der der Landesfürst das Recht haben sollte, die Religion seiner Landeskinder selbst zu bestimmen. Weiter enthielt sie die Forderung nach Anerkennung der Säkularisierung.

Karl V. lehnte die Forderung ab und schlug statt dessen die Einberufung eines Kirchenkonzils vor, das die katholische Kirche reformieren und reinigen sollte. Mit diesem Vorschlag war allerdings den deutschen Fürsten nicht gedient. 1531 wurde der Schmalkaldische Bund gegründet – ein Bund der protestantischen deutschen Fürsten mit gegenseitigen Hilfsverpflichtungen gegen Karl V. und Ferdinand I.

1546 – im Todesjahr Luthers – begann der Schmalkaldische Krieg zwischen den Habsburgern und den protestantischen Fürsten. Die Protestanten wurden in der Schlacht von Mühlberg geschlagen, die Führer des Bundes, Johann Friedrich von Sachsen und Philipp von Hessen, gerieten in Gefangenschaft. Das nach der Schlacht von Mühlberg abgeschlossene Interim bestätigte die Vorherrschaft der Katholiken und erklärte die Säkularisierung für ungültig.

Der Frieden dauerte nur ein halbes Jahr. Die Protestanten schlossen den Vertrag von Chambord ab, in dem sich der König von Frankreich als „Verteidiger der Protestanten und der deutschen Freiheit" zur Hilfeleistung verpflichtete. Dafür erhielt er von seinen deutschen Vertragspartnern Metz, Toul und Verdun, die bis dahin deutscher Besitz gewesen waren. Der Allianz gehörte, wenn auch indirekt, Papst Paul III. an. Wenige Monate später begann der Krieg wieder, die deutschen Fürsten griffen in Oberösterreich an, während Heinrich II. von Frankreich, getreu seiner Rolle als „Verteidiger der deutschen Freiheit", Lothringen besetzte. Karl V. hatte um jene Zeit einen einzigen Verbündeten, Albert von Hohenzollern, der in ziemlich regelmäßigen Abständen von der protestantischen auf die katholische Seite und wieder hinüber zu wechseln pflegte. Über diesen Verbündeten schrieb Karl an seine [129:] Schwester Marie: „Gott allein weiß, was ich bei dem Gedanken fühle, so tief gesunken zu sein, daß ich mit diesem Fürsten verhandeln muß – aber Not kennt kein Gebot." Die Habsburger wurden in diesem Krieg geschlagen, Karl V. konnte sich nur durch die Flucht vor der Gefangenschaft retten. Diesem Krieg folgte ein den Protestanten günstiger Friede und einige Jahre später, 1555, der Friede von Augsburg, in dem die „Konfession" von 1530 angenommen wurde. Der Friede von Augsburg war ein Sieg der Protestanten, Deutschland wurde in zwei „Einflußzonen", eine kaiserliche und eine protestantische geteilt, der Grundsatz „Cuius regio, eius religio" wurde angenommen – das heißt die Bestimmung, die dem Landesfürsten das Recht gab, die Religion seiner Untertanen zu bestimmen und sie bei Nichtgehorsam zur Auswanderung zu zwingen. In der protestantischen Geschichtsschreibung trägt dieses Abkommen den Namen „Toleranzedikt" und wird als eine demokratische Reform hingestellt. Warum, ist nicht ganz ersichtlich – die einzigen, die von dieser Toleranz profitierten, waren die Fürsten, die Untertanen waren schlechter daran als bisher.

Einige Jahre früher, 1545, hatte das Konzil von Trient begonnen, das die Reformierung und Reinigung der katholischen Kirche durchführen sollte. Das Konzil dauerte bis 1563. Es beschloß eine Reihe von Maßnahmen, die die Kirche modernisierten und die kirchliche Korruption auf ein erträgliches Maß reduzierten. Damit machte es die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche für die Länder, die sich nicht von Rom trennen wollten, tragbar und schuf die Voraussetzung für die Durchführung der Gegenreformation. Für die Protestanten, denen es um andere Dinge ging, war allerdings die reformierte Kirche ebensowenig akzeptabel wie die unreformierte, sie lehnten daher die Anerkennung der Beschlüsse von Trient ab.

Der Friede von Augsburg war nur eine Atempause. Die Konflikte, die zum Krieg geführt hatten, wurden durch ihn nur verstärkt. Die deutschen Fürsten wurden stärker, ihr Bündnis mit Frankreich festigte sich. Langsam, unmerklich wurde Deutschland zum Territorium auf dem – noch nicht mit Krieg, aber schon mit Mächtekombinationen der habsburgisch-französische Konflikt ausgetragen wurde. Mit dem Beginn des Befreiungskampfes der Niederlande und ihrer Unterstützung durch die protestantische Union, die ihrerseits von Holland und England unterstützt wurde, und der Zuspitzung des Machtkampfes zwischen Spanien und England begannen auch diese Kämpfe in der deutschen Politik eine Rolle zu spielen.

Seit Beginn des 17. Jahrhunderts wußte ganz Europa, daß der Krieg unausweichlich war. Ab 1610 waren die Fronten, auch mit Bezug auf die Stellung der deutschen Fürsten selbst, klar. Der protestantischen Union unter Führung Sachsens, der Pfalz und Hessens stand die katholische Liga unter Führung der Habsburger und mit dem starken Bayern gegenüber. Seit 1610 wartete ganz Europa auf den großen Krieg. Die [130:] einzige Frage war: wann und wo würde der erste Schuß fallen. Die Situation und die allgemeine Stimmung glichen in mancher Hinsicht der Europas kurz vor dem ersten Weltkrieg. Die meisten rechneten damit, daß der Konflikt in den Niederlanden beginnen würde, wo spanische und französische Interessen hart aufeinander stießen, und setzten etwa das Jahr 1620 als Kriegsbeginn an. Aber das Sarajewo dieses ersten großen europäischen Krieges hieß Böhmen.

Die Entwicklung des Konflikts

Ebenso wie in Böhmen wurden auch in Österreich die Stände im Verlauf des 16. Jahrhunderts immer mehr zu einem Instrument des Adels. Die großen Fürsten, die um die Krone kämpften, waren niedergeworfen worden, aber der mittlere und der kleine Adel waren noch immer da und sie waren nicht bereit, kampflos auf ihre politischen Privilegien zu verzichten. In Niederösterreich versuchte seit der Mitte des 16. Jahrhunderts der Adel, ebenso wie seinerzeit in Böhmen, das Bürgertum aus den Ständen hinauszuwerfen oder ihm wenigstens das Mitbestimmungsrecht zu nehmen. In Österreich, wo es im Gegensatz zu Böhmen eine verhältnismäßig starke zentrale Monarchie gab, die den Adel nicht frei schalten und walten ließ, gelang das Manöver, wie in Niederösterreich, nur für kurze Zeit oder, wie in Oberösterreich, überhaupt nicht. (In Tirol, wo die Adeligen in den Ständen in der Minderheit waren, versuchten sie es überhaupt nicht – interessanterweise ging in Tirol, wo der Einfluß der protestantischen Prediger im Anfang des Jahrhunderts sehr stark gewesen war, die Durchführung der Gegenreformation ohne schwere politische Erschütterungen vor sich, wobei allerdings auch die enge Verbindung zwischen Tirol und dem katholisch gebliebenen Italien mitgespielt haben mag.) Der Kampf der Stände um den Protestantismus wurde immer mehr zu einem Kampf um adelige Privilegien. Aber trotz dieser Tatsache hatten die Stände lange Zeit hindurch einen Verbündeten – die Stadt Wien, die größte Stadt des Landes.

Diese merkwürdige Bundesgenossenschaft hatte folgenden Grund: Wien befand sich seit einiger Zeit in einer schweren Krise. Die Türkenkriege hatten den ost-westlichen Handel, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise lahmgelegt. Der Handelsverkehr zwischen dem nahen Orient und Europa ging zwar trotz den Türkenkriegen weiter. Sowohl die Türken und ihre Vasallen als auch Österreich, gaben zum Beispiel unternehmungslustigen Kaufleuten sogar während der direkten Kriegshandlungen Durchreisepässe; aber keine Macht konnte ihnen Sicherheit vor [131:] Plünderung garantieren und das Geschäft war zu riskant, um in großem Maße betrieben zu werden. Vor allem fielen aber gerade jene Gebiete, die für den Wiener Handel am wichtigsten gewesen wären, infolge ihrer Verarmung durch die türkische Herrschaft fort – Ungarn, Serbien, Kroatien. Auf den Handels- und Exportprivilegien nach diesen Ländern beruhte aber der Reichtum Wiens.

Zu diesen Schwierigkeiten kamen andere. Gerade die auf Privilegien, Monopolen und einer festgelegten Handwerksproduktion aufgebaute Wirtschaft Wiens war durch die alle alten Formen durchbrechende Entwicklung des Frühkapitalismus besonders schwer getroffen worden. Die wirtschaftliche Entwicklung, die das Wachstum des Handelskapitals mit sich brachte, vollzog sich in Österreich zu jener Zeit vor allem auf dem Gebiet des Bergbaus – der Eisen- und der Bleiförderung – sowie der Waffenproduktion. Von dieser Entwicklung hatte Wien aber fast nichts. Während Städte, wie Steyr, Linz, Villach, aufblühten und ihre Einwohner zu „neuen Reichen“ wurden, mußten die Bürger Wiens ohnmächtig zuschauen, wie die „Lagerer“ die wenigen Wirtschaftszweige, die nicht niedergingen, in die Hand bekamen und die wenigen Monopole, die noch etwas wert waren, rücksichtslos durchbrachen. Die Bürger Wiens fühlten sich ausgeplündert und von der Krone, die die Lagerer bevorzugte, im Stich gelassen. Sie wollten die Wiederkehr der guten, alten Zeit der geregelten Handwerksproduktion und der Privilegien – und der Adel versprach sie ihnen. So kam das Bündnis zwischen Wien und den Ständen zustande.

Der Kampf begann auf innenpolitischem Gebiet später als auf außenpolitischem. Bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts geschah nicht viel. Der Protestantismus hatte sich fast ungehindert über das ganze Land ausgebreitet, allerdings war es eine besondere Art von Protestantismus. Die Stände der österreichischen Länder selbst scheuten sich, den Bruch mit Rom ganz zu vollziehen – die wirtschaftliche und in gewissem Maße auch die politische Verbindung mit Italien war in Österreich dazu bereits zu eng. Was sie forderten, war eine Art „Kompromißkatholizismus“ oder, wenn man will, „Kompromißprotestantismus“, eine Glaubensform, die zwar die Säkularisierung des Kirchenguts, die Ehe der Geistlichen, das Sakrament in beiderlei Gestalt und die Verwendung der Landessprache erlaubte, aber „sonst katholisch blieb“. Tatsächlich war diese Art von Religion, die praktisch Protestantismus war, und von der ihre Anhänger mit dem Brustton der Überzeugung behaupteten, sie sei nur ein etwas

verbesserter Katholizismus, bis zum Sieg der Gegenreformation die in Österreich am weitesten verbreitete. Die katholische Kirche war über das „Katholikentum“ dieser Religion anderer Meinung.

Trotz der starken Verbreitung des Protestantismus in Österreich waren die Beziehungen zwischen der Masse der österreichischen und jener der deutschen. Protestanten verhältnismäßig lose. In den Schriften und Äußerungen der österreichischen Protestanten wird der Name [132:] Luthers außerordentlich selten erwähnt, die Berufung auf Hus ist nicht nur im 15. Jahrhundert, sondern auch in der eigentlichen Reformationszeit häufiger. Die Bauern und ein Teil der Stadter sahen ihr geistiges Zentrum vor allem in der kalvinistischen Schweiz, der Rest der Städte, und vor allem der Adel, waren geistig und politisch viel enger mit den böhmischen Utraquisten verbunden als mit den deutschen Lutheranern. Allerdings wurde bei den österreichischen Protestanten überhaupt nicht allzu viel von Religion gesprochen. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts wurde von beiden Seiten, vom Kaiser und von den Ständen, immer klarer – offener als anderswo – gesagt, daß es nicht um die Religion ging, sondern um die politische Macht.

Der wirkliche Kampf um die Gegenreformation und der Kampf gegen die Stände begann erst unter Rudolf II. Ernsthaft durchgeführt wurde er erst unter Ferdinand II. Bis dahin versuchten die Habsburger einem offenen Konflikt zu entgehen, die Entscheidung aufzuschieben, ein Kompromiß zu finden, sich für kurze Zeitspannen mit den Ständen auf irgendeine Mittellösung zu einigen – kurz, „weiterzuwursteln“.

Ferdinand I. (1525-1564) hatte während seiner Regierungszeit die Hände mit Türken, deutschen Fürsten und mit der Hilfeleistung bei den italienischen Kriegen seines Bruders Karl V. zu voll, um sich noch einen Konflikt mit den österreichischen Ständen auf den Hals zu laden. In dieser Zeit gab es weder ernsthafte Versuche, die Gegenreformation durchzuführen noch einen wirklich offenen Kampf gegen die Stände. Ferdinands Vorgehen war vorsichtiger und unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich auch klüger. Statt einen Konflikt mit den adeligen Ständen und mit den mit ihnen sympathisierenden Städten vom Zaun zu brechen, setzte er ruhig und ohne viel Aufsehen die Zentralisierungspolitik seines Großvaters Maximilian fort. Die meisten österreichischen Zentralbehörden, vor allem Finanz- und innere Verwaltung, begannen erst unter Ferdinand I. wirklich zu arbeiten, Maximilian hatte sie nur geschaffen und in Bewegung gesetzt, Ferdinand baute sie aus und verbesserte sie. Langsam entstand unter Ferdinand ein österreichischer Beamtenapparat, langsam wurde eine Funktion der Stände nach der anderen von diesem neuen Staatsapparat übernommen, obwohl ihre Rechte formal nicht angetastet wurden. *Ein* Recht wurde allerdings auch ganz offen aufgehoben, das Recht Wiens auf völlige und unabhängige Selbstverwaltung. Ab 1526 wurde die Verwaltung Wiens in letzter Instanz dem Landesfürsten unterstellt, der vor allem das Recht erhielt, die Bestätigung von Stadträten, die ihm unerwünscht schienen, zu verweigern, und die Möglichkeit, an ihrer Stelle andere vorzuschlagen. Wien wehrte sich zwar, aber da der Adel gerade um jene Zeit damit beschäftigt war, Wien aus der ständischen Vertretung hinauszudrängen und sich am Schicksal der Stadt völlig desinteressiert erklärte, und da das neue Bürgertum und die neuen „Industriestädte“ aber schon gar nicht daran dachten, Wien zu helfen, ging Ferdinands Maßnahme, die einen Rechtszustand, der [133:] zweihundert Jahre gedauert hatte, mit einem Federstrich beseitigte, ziemlich unbemerkt durch. Was die übrigen Zentralisierungsmaßnahmen betraf, so scheint es, als hätte der ständische Adel um jene Zeit überhaupt noch nicht verstanden, was sich vor seinen Augen abspielte – und als er es merkte, war es zu spät.

Die Beschneidung der Selbständigkeit Wiens war kein Einzelfall. Dort, wo es so etwas wie Ansätze zur Gegenreformation gab, ging sie in den Städten vor sich. Ferdinand muß verstanden haben (und in diesem Punkte machten auch seine Nachfolger eine ähnliche Politik), daß eine bürgerliche Fronde für die Krone letzten Endes gefährlicher war als eine adelige Fronde, die zwar lärmender auftrat und kurze Zeit hindurch sogar bewaffnet kämpfen konnte, auf die Dauer aber weder wirtschaftlich stark war noch über einen Massenanhang verfügte. Allerdings gab es auch in den Städten keine offene Gegenreformation. Die Politik der Krone bestand darin, die Posten der Stadträte mit ihr ergebenen Katholiken zu besetzen, einflußreiche Bürger durch Begünstigungen zum Übertritt zum Katholizismus zu bewegen, beziehungsweise vom Übertritt zum Protestantismus abzuhalten und im übrigen

den Protestanten durch kleinere Schikanen, wie zum Beispiel dem Verbot, an anderen als von der Krone dazu bestimmten Orten protestantische Gottesdienste abzuhalten, das Leben so sauer und die Befolgung ihrer Religion so unangenehm zu machen, wie nur möglich. Die Gottesdienst-Verbote, die die Wiener protestantischen Bürger zwangen „auszulaufen“, das heißt, in die Vororte Wiens zum Gottesdienst zu fahren oder zu wandern, sind zum Beispiel ein Teil dieser Politik. Darüber hinaus gab es hin und wieder „Abschreckungsprozesse“, Verurteilungen, zwar nicht von gewöhnlichen Protestanten, aber von Männern, die wiedertäuferische Gedanken zu verbreiten versuchten, und an denen man so ein Exempel statuieren konnte.

Gleichzeitig bereitete Ferdinand die Durchführung der Gegenreformation noch auf anderem Wege vor: 1551 wurden die Jesuiten nach Wien berufen. Kurze Zeit darauf erhielten sie die völlige Kontrolle der Wiener Universität. Einige Zeit später übernahmen sie auch die Grazer Universität und gründeten eine eigene Hochschule in Innsbruck. In Prag siedelten sich die Jesuiten 1556 an und eröffneten im Klementinum eine eigene Schule, die bald zu einer unangenehmen Konkurrenz für die utraquistische Prager Universität wurde. In Wien und in den anderen Städten erhielten sie bald einen starken Einfluß, erhielten ihn zunächst durch Qualität, das heißt, durch ihr besseres und moderneres Erziehungssystem, das sich von dem der protestantischen Ständeschulen so vorteilhaft unterschied, daß nicht selten protestantische oder utraquistische Eltern ihre Kinder zu Jesuiten in die Schule schickten. Gleichzeitig führte Ferdinand in Anwendung der Trientiner Beschlüsse eine Reinigung der Klöster und Abteien durch.

Vielleicht hätte die Politik Ferdinands, wäre sie konsequent fortgesetzt worden, auch ohne offenen Kampf oder mit einem Minimum an [134:] Gewalt zum Erfolg geführt. Aber Ferdinand starb 1564 und an Stelle seiner vorsichtigen, aber konsequenten Intoleranz, trat, wie der Kunsthistoriker Tietze sagt, Maximilians II. inkonsequente Toleranz.

Maximilian II. schwankte in seinem persönlichen Bekenntnis sein ganzes Leben lang zwischen Katholizismus und Protestantismus. Es war typisch für ihn, daß er sich für keinen von beiden entschied. Er behielt formal den katholischen Glauben, hielt sich aber eine Art protestantischen „Nebenhofstaat“ und verweigerte vor seinem Tode die katholischen Sakramente. Seine Politik entsprach ganz seinem persönlichen Verhalten.

Eine der ersten Maßnahmen Maximilians war, das Prinzip der Augsburger Konfession, wonach jeder Fürst die Religion seiner Landeskinder bestimmen durfte und das Recht hatte, auf seinem eigenen Territorium Kirchenland zu säkularisieren, nach Österreich zu verpflanzen, und zwar so, daß jeder österreichische Adelige es auf seinem Besitz anwenden durfte. Damit wurde die Zentralisierungs- und Unifizierungsarbeit seiner Vorgänger zu einem guten Teil praktisch zunichte gemacht.

Gewiß, der zentralisierte Staatsapparat, die neue Beamtenschaft blieben. Aber in Bezug auf die Stellung des Adels wurde Österreich durch diese Maßnahme mit einem Schlage weit hinter das Jahr 1519 zurückgeworfen. In wenigen Jahren wurde der österreichische Adel wieder zu einer politischen Macht. Unbeschränkter Herr auf seinem Territorium, vor dem materiellen Ruin und der Notwendigkeit, in den Staatsdienst zu treten oder Berufssoldat zu werden, durch die Säkularisierung des Kirchenlandes in letzter Minute bewahrt, wurde der protestantische Adelige rasch zum Schutzherrn, zum Führer, zeitweise zum scheinbaren Interessenvertreter „seiner“ Untertanen. Das Prestige der Krone, die freiwillig in einer der wichtigsten Fragen ihrer Zeit, der Religion, auf ihre Autorität verzichtet und sie dafür dem Adeligen ausgeliefert hatte, sank, die Autorität des Adels, dem dieser kampflose Sieg gelungen war, stieg. Auch wenn der Bauer den Grundherrn haßte, auch wenn das städtische Bürgertum ihm tief mißtraute, blieb ihnen oft nichts übrig als die ihnen vom Staat fast aufgezwungene Führung durch den Adel zu akzeptieren. Die Krone hatte ihnen klargemacht, daß sie bei ihr keinen Rückhalt finden würden. 1609 erntete Rudolf, was Maximilian II. gesät hatte, als die Adelspartei von Matthias für ihren Feldzug zur Absetzung Rudolfs Tausende von Bauern unter ihrer Führung aufbieten konnte. Erst im Fadinger-Aufstand 1626 wurde das unnatürliche Bündnis Adel-Bauernschaft von den Bauern gesprengt.

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Bauern spielte sich bei einem Teil des städtischen Bürgertums ab. Die Politik Maximilians gegenüber den Städten war grundsätzlich keine andere als die Ferdinands, auch in seiner Regierungszeit gab es gegenüber den Städten keine religiöse Toleranz und keine Rückkehr zur alten städtischen Autonomie. Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Ferdinand hatte [135:] zwar die Städte katholisiert und den Adel in Religionsfragen verhältnismäßig ungeschoren gelassen, aber seine sonstige Politik gegenüber dem Adel machte es wahrscheinlich, daß auch die religiöse Auseinandersetzung nur aufgeschoben, nicht aufgehoben war. Die Verlockung für das Bürgertum, seinen Kampf mit dem der Herren zu vereinigen, war daher nicht übermäßig groß. Maximilian brutalisierte die Städte und gab offen dem Adel immer neue Konzessionen. Praktisch konnten die Herren in seiner Regierungszeit von ihm haben, was sie wollten. Das konnte nur zwei Auswirkungen haben. Der selbstbewußtere, adelsfeindliche Teil des Bürgertums geriet in Opposition zur Krone, die ihm all das verweigerte, was sie seinen Gegnern gab. Der opportunistischere Teil, oder jene, die von der Transformationskrise so scharf getroffen waren, daß ihnen jeder Ausweg recht war, begannen sich ernsthaft zu überlegen, ob es nicht klüger sei, sich mit dieser bevorzugten Schicht zu verbünden, um wenigstens die Krumen von ihrem Tisch zu erhalten. Bei all ihrer Verachtung für die bürgerlichen Plebejer machten die österreichischen Adeligen von dieser Situation Gebrauch. In der Regierungszeit Maximilians festigte sich das unnatürliche Bündnis zwischen den Städten – vor allem Wien – und dem Adel.

Maximilian hatte nicht einmal die Entschuldigung, die andere vor ihm gehabt hatten – die Türkengefahr. Ende des 16. Jahrhunderts befand sich das türkische Reich in einer Krise, seine östlichen Grenzen waren ständig bedroht, seine Verbündeten, die Tataren, wurden von den Russen im Laufe weniger Jahre aus großen Teilen Rußlands hinausgetrieben und verloren selbst ihre Stützpunkte am Ufer des Kaspischen Meeres. Trotz diesen Schwierigkeiten beschloß der türkische Herrscher und Oberbefehlshaber Suleiman zusammen mit Johann Sigismund von Siebenbürgen 1566 einen Feldzug gegen Österreich. Der Feldzug war trotz der Hilfe Johann Sigismunds und der stillen Unterstützung vieler ungarischer Adeliger, die sich von der Bundesgenossenschaft mit Johann Sigismund mehr versprachen als von der Habsburgerherrschaft, vom türkischen Standpunkt aus ein Vabanquespiel. Suleiman, ein brillanter und kühner Feldherr, setzte alles auf eine Karte, um die Bedrohung seiner nördlichen und östlichen Grenzen durch eine Erweiterung und Sicherung seiner westlichen Territorien auszugleichen. Wie wenig Illusionen sich Suleiman über seine Lage machte, zeigte der Ausspruch, mit dem er den Feldzug begann. Er erklärte: „Es gibt für mich nur zwei Wege – das Haus Österreich zu zerschmettern oder unter den Wällen Wiens zu sterben."

Maximilian hatte eine Armee von 80.000 Mann, die Türken etwa 100.000. Zum erstenmal waren die europäischen Heere denen der Türken zahlenmäßig nicht stark unterlegen, qualitativ wahrscheinlich sogar überlegen, denn der Anteil der Mitläufer und Nichtkombattanten war bei den Türken viel höher als bei Maximilian. Noch dazu erlitten die Türken gleich zu Beginn des Feldzuges eine Verzögerung, die einer [136:] Niederlage gleichkam. Das türkische Heer wurde auf seinem Marsch von der kleinen Garnison der Festung von Sziget aufgehalten. Die Verteidiger unter dem Kommando des ungarischen Helden Zrinyi waren nur 1500 Mann stark. Das riesige türkische Heer belagerte Sziget 34 Tage lang und verlor dabei 20.000 Mann seiner besten Truppen. Noch als die Türken beim zwanzigsten Angriff einen Teil der Festung einnahmen, leistete die Garnison, die sich inzwischen auf 600 Mann verringert hatte, Widerstand, bis endlich Zrinyi und seine Soldaten, als es nicht mehr möglich war, die Festung zu halten, in einem heroischen Sturmangriff den Tod fanden.

Zrinyi hatte durch seinen Widerstand und seinen Opfertod nicht nur den kaiserlichen Armeen eine Atempause verschafft und die Wucht des türkischen Angriffs gebrochen. Etwas Schlimmeres war im türkischen Lager geschehen. Suleimans Prophezeiung hatte sich erfüllt. Es war ihm nicht gelungen, „das Haus Österreich zu zerschmettern", und er selbst starb – nicht unter den Mauern Wiens, sondern unter den Mauern des winzigen Sziget. Der Tod des Oberbefehlshabers führte im türkischen Lager zu einer Panik. Die Janitscharen verlangten stürmisch den sofortigen Abbruch des Feldzugs. Suleimans Nachfolger, Selim, der nach einiger Zeit im Lager ankam und der im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht nur kein militärisches Talent, sondern sogar halb schwachsinnig war, sah keine anderen

Ausweg als sofortigen Rückzug. Demoralisiert, durch Epidemien und Hunger geschwächt, taumelte das türkische Heer bis weit hinter die ungarische Grenze zurück.

Hier war die einzigartige Gelegenheit, die Türken zu verfolgen, sie zum Kampf zu zwingen und sie vernichtend zu schlagen. Hier hatte Maximilian Gelegenheit, zu Lande das zu tun, was der Oberkommandierende der spanisch-venezianischen Flotten, Don Juan d'Austria, wenige Jahre später bei Lepanto zur See tat – die Vormachtstellung der Türken zu brechen, ihnen eine Niederlage zu versetzen, von der sie sich nicht mehr erholen sollten. Aber Maximilian nützte die Gelegenheit nicht aus. Zrinys Opfertod war umsonst.

Die kaiserlichen Heere, 80.000 stark (eine zweite Armee unter dem Kommando Swendys hielt an der Theiß die siebenbürgischen Heere in Schach, eine dritte unter Erzherzog Karl sicherte das heutige Dalmatien), saßen während der ganzen Belagerung Szigets ruhig in der Nähe von Raab und „beobachteten" die Türken. Als die türkische Armee in Unordnung abmarschierte, fiel es Maximilian nicht ein, sie zu verfolgen. Er erklärte, daß ein Kampf zu riskant sei, daß mit dem Tode Suleimans ohnehin jede Gefahr behoben wäre, löste die Armee auf und zog sich nach Wien zurück. Obwohl die Armee Swendys, die weiteroperierte, Johann Sigismund an den Rand der Niederlage brachte, begann der sonderbare Beschützer der Christenheit sofort nach seiner Rückkehr nach Wien Verhandlungen mit dem Sultan. Schließlich wurde nach langem Verhandeln 1567 ein Frieden abgeschlossen, der den „status quo" [137:] (einschließlich österreichischer Tributzahlungen an die Türken), das heißt die Situation, wie sie vor dem Kriege geherrscht hatte, wiederherstellte. Der „ehrenhafte Friede", wie ihn die Verherrlicher Maximilians nannten, zeichnete sich dadurch aus, daß der Herrscher, der die Möglichkeit gehabt hätte, die türkische Armee zu vernichten, „nur zwei Festungen verlor". Die Energie, die Maximilian gegenüber den Türken gefohlt hatte, mangelte ihm nicht, als es sich darum handelte, jene ungarischen und österreichischen Offiziere und Generäle, die gegen diesen Frieden protestierten, abzusetzen und wegen Konspiration vor Gericht zu stellen. Der Effekt war, daß der bisher prohabsburgische Teil des ungarischen Adels sich sehr ernsthaft zu überlegen anfing, ob ein solcher Schutz gegen die Türkengefahr die Aufgabe der ungarischen Selbständigkeit wert war. Die Partei, die für eine Zusammenarbeit mit dem Fürsten von Siebenbürgen war, wuchs außerordentlich stark an. Auch diese Dinge wirkten sich Anfang des 17. Jahrhunderts aus, als sich die pro-siebenbürgische Partei in Ungarn mit dem böhmischen Adel, dem österreichischen Adel und allen anderen gegen das Haus Habsburg verbündete.

Spanien und alle antitürkischen Kräfte in Europa waren entsetzt; der spanische König, die Venezianer und der damals prospanische Papst verlangten von Maximilian, er solle wenigstens noch nachträglich die Schwäche der Türkei ausnützen und einen Feldzug unternehmen. Auf diese Vorschläge antwortete Maximilian mit moralischen Argumenten. Kein anständiger Mann, so erklärte er, könne einen Friedensvertrag brechen, auch wenn dieser Vertrag mit einem Ungläubigen abgeschlossen worden sei. Überhaupt zeigte er in der Türkenfrage einen außerordentlichen Edelmut. Nach dem Seesieg von Lepanto, zum Beispiel, verbot er in Österreich alle Feiern und Freudenkundgebungen, da es scheinen könne, als wolle man die Türken in ihrer Not verhöhnen. Das war sicherlich sehr ritterlich und ehrenwert, nur bezahlte die Rechnung für seine ritterlichen Gesten nicht er, sondern die Völker, die weitere zweihundert Jahre lang Türkenherrschaft und Türkenbedrohung erdulden mußten, bezahlten sie.

Maximilian starb 1576, nachdem es ihm gelungen war, für seinen Sohn Rudolf – dem späteren Rudolf II. – den Titel des Deutschen Kaisers und die Wahl zum König von Böhmen und Ungarn zu sichern. Der beste Nachruf, den sein Kanzler für ihn finden konnte, war (Maximilian war ein sehr gründlicher und fleißiger Bürokrat, der, ähnlich wie sein Nachkomme Franz Josef, keinen Akt unerledigt liegen ließ und alle Routinearbeit peinlich genau durchführte): „Wäre er ein Beamter oder Sekretär gewesen, hätte er alle Sekretäre in den Schatten gestellt." Unglücklicherweise war Maximilian II. Kaiser.

Rudolf II., sein Nachfolger, war zweifellos alles andere als ein starker Politiker, aber auch ein stärkerer Mann als er wäre an dem Erbe, das er übernahm, gescheitert. Das Land war im Zustand der tiefsten Desorgani-[138:]sation. Eine Zentralgewalt existierte fast nicht mehr, die Stände Österreichs, oder besser gesagt, der die österreichischen Stände führende Adel, taten, was sie wollten. Jede Forderung

der Krone – wie etwa Geldforderungen für die Erbauung und Verstärkung von Garnisonen und Festungen gegen die Türken – löste Gegenforderungen der Stände aus. Der daraus resultierende Kuhhandel zwischen Landesherrn und Adel dauerte manchmal so lange, daß inzwischen die Festungen fielen. Auf Forderungen, die ihnen aus irgendwelchen Gründen nicht paßten, antworteten die Stände nicht selten mit Feststellungen, wie „unsere Pflicht ist es, Gott zu gehorchen und nicht den Menschen", oder sie antworteten überhaupt nicht. Aber weder die Stände noch das städtische Bürgertum waren untereinander einig. In Ständen wie in Städten gab es zumindest zwei Gruppen, eine katholische und eine protestantische, und etwas später einfach Anhänger verschiedener fürstlicher Fronden. Dadurch war auch die neugewonnene Solidarität der österreichischen Länder gefährdet, denn wenn die Landstände sich nicht gerade mit der Krone herumschlugen, kämpften und intrigierten sie gegeneinander. In den Städten wiederum kämpften katholische und protestantische Gruppen offen miteinander. In Wien zum Beispiel waren seit etwa 1600 Straßenschlachten zwischen Protestanten und Katholiken an der Tagesordnung. Protestantische Adelige und Bürger pflegten demonstrativ quer durch die katholischen Kirchen und auf den Altar zu reiten, die Katholiken revanchierten sich mit ähnlichen Kundgebungen, und es war durchaus keine Seltenheit, daß Führer der einen oder der anderen Partei erstochen auf der Straße aufgefunden wurden. Die Atmosphäre glich fast der mancher italienischer Renaissancestädte mit ihren rivalisierenden Parteien, von denen jede ihre Prügelgarden und ihre Waffenlager hatte.

Dazu kam noch eine spezifisch österreichische Erscheinung – die habsburgischen Familienrivalitäten. Weder Ferdinand I. noch Maximilian II. hatten endgültig mit der Politik der Aufteilung der Länder unter die verschiedenen Söhne des Hauses gebrochen, wenn auch jeder versucht hatte, sie einzuschränken. So kam es, das Rudolf zwar Kaiser, König von Böhmen und Ungarn und – theoretisch – Herrscher Österreichs war, Teile des Landes, wie etwa Tirol und die Steiermark, aber gleichzeitig Privatbesitz jüngerer Söhne des Hauses oder ihrer Nachkommen waren. Damit erhielten diese Fürsten die praktische Möglichkeit, in „ihrem" Lande eine Partei zu rekrutieren, mit der sie den Kampf um die keineswegs erblich festgelegte, sondern von Fall zu Fall bestimmte Thronfolge führen konnten. Da auch diejenigen Mitglieder der Habsburgischen Familie, die nicht direkt Provinzen besaßen. führende Positionen in den einzelnen Ländern einnahmen – Matthias etwa, der später Rudolf mit Hilfe der Stände stürzte, war zunächst Gouverneur der Niederlande und später Generalgouverneur von Ober- und Niederösterreich – konnten auch sie, wollten sie sich am Wettlauf um die Krone beteiligen, in dem von ihnen beherrschten Territorium eine Partei [139:] bilden und eine Privatarmee schaffen. Fast seit Beginn der Herrschaft Rudolfs gab es eine Partei um den Herzog von Tirol, die im wesentlichen eine katholische Partei und mit dem katholischen Bayern ziemlich eng verbündet war; eine Partei Matthias', die sich vor allem auf die Stände Ober- und Niederösterreichs stützte, eine Partei um Ferdinand von der Steiermark, in der die Bürger der neuen „Industriestädte" eine ziemlich große Rolle spielten – außer Tirol die einzige Partei, in der der Adel keine Schlüsselstellung hatte – und einige andere Gruppen und Grüppchen.

Das allein hätte schon genügt, um jedes Land zu einem Pulverfaß zu machen. Aber es kamen noch zwei weitere Pulverfässer dazu: Böhmen und Ungarn.

In Ungarn lagen die Dinge verhältnismäßig einfach. Der Streifen Landes, der seit 1526 zu Österreich gehörte, war immer wieder entweder Frontgebiet oder unmittelbares Hinterland der Front. In diesen Gebieten, deren Grenzen sich ständig fluktuierend verschoben, war es unmöglich, so etwas wie einen zentralen, von Wien aus geleiteten Staatsapparat aufzubauen und zu erhalten. Selbst wenn es technisch durchführbar gewesen wäre, hätte kein Fürst die Kraft gehabt, den ungarischen Adel, in dessen Händen praktisch die Herrschaft und ein Teil der Landesverteidigung lag, zum Verzicht auf seine Herrscherstellung zu zwingen. Der ungarische Adel, der den Schutz der Habsburger akzeptiert und ihnen dafür einige Konzessionen gemacht hatte, wie etwa den Verzicht auf staatliche Selbständigkeit und den Verzicht darauf, sich unter den europäischen Herrschern den König auszusuchen, der ihnen am besten paßte, hatte ein sehr einfaches Druckmittel in der Hand. Siebenbürgen, ein Land, das zwar von den Türken abhängig war, aber doch eine eigene Rolle als ihr Satellit spielte, grenzte an Ungarn. Siebenbürgen war immer bereit, den Rest Ungarns einzustecken, wenn es ohne besonderen Widerstand der

Ungarn und ohne allzu große Gefahr möglich war. Es gab auch seit 1526 im Lande eine pro-siebenbürgische Adelsfraktion. Wann immer die Habsburger den Versuch machen wollten, Ungarn eine Politik aufzuzwingen, die den Interessen seines Adels nicht entsprach, hatte dieser Adel immer wieder die Möglichkeit, sich unter siebenbürgischen Schutz zu stellen und die Oberhoheit Habsburgs mit der der siebenbürgischen Fürsten zu vertauschen.

Die Habsburger fügten sich in dieser Zeit im allgemeinen ins Unvermeidliche. Solange die Türken eine militärisch gefährliche Macht waren, genoß Ungarn eine fast vollständige Autonomie. Seine Position und seine Privilegien waren die eines Grenzlandes, dem man alle Konzessionen gibt, um seine freiwillige Mitarbeit bei der Sicherung der Grenze zu gewinnen – die Position der Ukraine in Rußland, der friesischen Gebiete in Norddeutschland, wen man will, die gleiche Position, die die babenbergische Ostmark seinerzeit im „Heiligen Römischen Reich" eingenommen hatte. Ungarn war zum Beispiel das einzige Land der öster-[140:]reichischen Krone, in dem die Gegenreformation im 17. Jahrhundert nicht durchgeführt wurde, sie begann erst unter Leopold I., als die Türken bis weit ins heutige Jugoslawien zurückgedrängt worden waren. Es war auch das einzige Land, in dem die Macht des einheimischen Adels nicht gebrochen wurde.

Ungarns selbständiger Adel wurde bald zum Verbündeten der österreichischen Adelsparteien, die österreichischen Adelsparteien zu einem politischen Hebel des Adels Ungarns (der bei allen kaiserlichen Konzessionen eine weitere Stärkung seiner Position nicht verschmähte). Auf dem Umweg über Ungarn spannen sich politische Fäden von Österreich nach Siebenbürgen und von dort schließlich nach der Türkei. Die innerösterreichischen Auseinandersetzungen zwischen Krone und Ständen bekamen bald den Beigeschmack internationaler Konflikte. Trotzdem spielte dieser Punkt in der österreichischen Politik keine sehr entscheidende Rolle. Die eigenartige Position Ungarns wirkte sich dort erst viel später ernsthaft aus; im 17. Jahrhundert waren die Türken ein zu furchtbarer Gegner, als daß die österreichisch-ständische-ungarische-siebenbürgische Konspiration sehr ernste Formen angenommen hätte.

Anders stand es in Böhmen. Die böhmischen Stände hatten in der verzweifelten Situation von 1526 Ferdinand I. zum König gewählt und hatten sowohl im Falle Maximilians II. als auch Rudolfs die Wahl eines Habsburgers wiederholt. Aber ebensowenig wie Ungarn war Böhmen bereit, auf seine autonomen Rechte, seine Selbstverwaltung und auf seine religiöse Freiheit zu verzichten. Die Habsburger hatten immer wieder versprochen, weder die Selbstverwaltung der böhmischen Stände noch die reformierte böhmische Kirche anzutasten und der böhmische Adel (die Städte waren nicht mehr in den Ständen) achtete scharf auf die Einhaltung des Versprechens. Für sie war die Zugehörigkeit zu Österreich ebenso wie für Ungarn eine reine Personalunion.

Nun war aber Böhmen in jeder Hinsicht etwas anderes als Ungarn. Zunächst war es nicht ein schmaler, halberoberter Streifen Kriegsgebiet, sondern ein großes und wohlhabendes Land, das Ende des 16. Jahrhunderts in keiner Weise militärisch direkt bedroht war. Während der ungarische Adel dem Kaiser und der Kaiser dem ungarischen Adel um der Türken willen gewisse Konzessionen machen mußten, bestand in Böhmen diese Notwendigkeit auf beiden Seiten nicht.

Böhmen war in jeder Hinsicht stärker als Ungarn. Während die Städte und die Bauern in Ungarn den Adel wie die Pest haßten und keine Hand gerührt hätten, um ihn zu jener Zeit gegen die Habsburger zu verteidigen, bestand in Böhmen zwischen Adel, Städten und sogar Bauern ein ähnliches temporäres Bündnis wie in Österreich. Die nationale Entwicklung, deren Kennzeichen der erste große nationale Freiheitskrieg der Hussiten gewesen war, hatte in Böhmen viel früher begonnen als in anderen Ländern, in einer Zeit, in der der Adel seine gesellschaftliche Existenzberechtigung noch nicht klar verloren hatte, [141:] noch nicht eindeutig zum Vertreter der Reaktion geworden war. Wenn der utraquistische Adel auch überwiegend zum rechten Flügel der Hussitenbewegung gehörte, wenn Böhmen später auch unter seiner Führung jene Unverletzlichkeit und Stärke verlor, die die Soldaten Prokops und Žižkas mit ihrem Blute erkauft hatten, fiel dennoch ein Teil des Glorienscheins der großen nationalen Bewegung auch auf ihn.

Auch wenn sich Böhmen wirtschaftlich und politisch in einer Krise befand, war es noch immer eine Macht – nicht mehr stark genug, um sich allein und selbständig in Europa zu behaupten, aber stark genug, um in der Politik des Staatsgefüges, dem es angehörte, eine entscheidende Rolle zu spielen. Die böhmischen Adeligen waren keine verarmten deutschen Raubritter, die Thurns und die Zerotins waren auch nach westeuropäischen Begriffen kultivierte und große Herren. So groß, daß der verhältnismäßig schwache österreichische Adel, mit ihnen verbündet, eine Macht war, so stark, daß sie auf eigene Faust Bündnisse und gegenseitige Hilfspakte mit der deutschen protestantischen Partei und darüber hinaus indirekt mit Frankreich schließen konnten.

So kam es, daß in dem Österreich, das Maximilian II. hinterließ, die Krone den österreichischen Adel nicht angreifen konnte, ohne zugleich in Konflikt mit den böhmischen Ständen zu geraten. Die böhmischen Stände wußten das ebenso gut wie die Habsburger, infolgedessen suchten sie sich weitere Verbündete. Es war unvermeidlich, daß sie dabei auf die deutschen protestantischen Fürsten stießen, mit denen sie adelige Interessen, Religion und die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Habsburger verbanden – die Fürsten, die allerdings auch die reaktionärste Kraft in Europa waren. Mitte des 16. Jahrhunderts wäre es noch möglich gewesen, den Machtkampf zwischen Krone und österreichisch-böhmischen Ständen als isolierte Auseinandersetzung zu führen. Siebzig Jahre später war das nicht mehr möglich. Die Allianzen gingen quer durch Mittel- und bald auch durch Westeuropa. Jeder ernsthafte Konflikt zwischen Krone und Ständen mußte die ganze Lawine ins Rollen bringen und die innere Auseinandersetzung in einen europäischen Krieg verwandeln.

Wie man sieht, war Rudolf bei seinem Regierungsantritt in keiner beneidenswerten Lage. Auch ein besserer Politiker als er hätte sich an dem österreichisch-böhmischen-protestantischen Dilemma den Hals brechen können – und Rudolf war kein guter Politiker. Er war das, was man heute gern einen „typischen Intellektuellen“ nennt. Naturwissenschaft interessierte ihn weit mehr als Politik, Kunst weit mehr als Diplomatie, Architektur mehr als Kriegsführung. Das einzige Gebiet der Staatsverwaltung, mit dem er sich wirklich gern beschäftigte, war Schulwesen und Erziehung überhaupt. Er beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung des Lehrplans der neuen Jesuitenschulen und interessierte sich ständig für den Lehrbetrieb sowohl der Prager als auch der Wiener Universität. Einige der neuen deutschsprachigen katholischen Katechismen und Gebete, deren Herausgabe damals begann, sollen von ihm stammen. Wenn [142:] Maximilian II. ein guter Schreiber geworden wäre, hätte Rudolf II. sicherlich einen guten Erziehungsminister abgegeben.

Seine Lebensbeschreibung gibt nicht viele Anhaltspunkte für die oft aufgestellte Behauptung, er sei wahnsinnig gewesen. Daß die Beschäftigung mit Alchimie und Astrologie in seinem Leben eine sehr große Rolle spielte und er manchmal tagelang nicht aus der Sternwarte oder der Werkstatt des Alchimisten herauskam, ist kein Beweis für „mystische Neigungen“. Alchimie und Astrologie waren zu jener Zeit in ganz Europa große Mode und galten als ernste Wissenschaften. Am Hofe fast jedes großen und jedes kleinen Fürsten suchte man um jene Zeit nach dem Stein der Weisen und stellte Horoskope.

Rudolfs Angst vor Menschen oder besser gesagt, seine Angst vor Attentaten, vor Gift, war ebenfalls nicht pathologisch. Man darf nicht vergessen, daß Attentate und Giftmorde damals ein allgemein übliches Mittel waren, um politische Gegner zu erledigen und vor allem dort an der Tagesordnung waren, wo es Parteikämpfe und fürstliche Fraktionen gab – und beides gab es zur Regierungszeit Rudolfs zur Genüge. Es ist weniger verwunderlich, daß er Vorsichtsmaßregeln dagegen traf, als daß man niemals ernsthaft versuchte, ihn auf diese Weise zu beseitigen. Daß er gerade seinen Brüdern und seinen Neffen solche Dinge am ehesten zutraute, war ebenfalls verständlich. Seine Verwandten waren die Führer der Gegenpartei, die alles tat, um ihn loszuwerden. Am ehesten noch kann seine völlige Passivität, seine Angst vor irgendeiner Entscheidung im Krisenjahr 1608 als Zeichen einer geistigen Störung aufgefaßt werden, aber auch hier lassen sich die Dinge viel leichter politisch erklären als medizinisch. Rudolf stand vor einer völlig verfahrenen, fast ausweglosen Situation, in der jeder Schritt zur Katastrophe führen konnte. Er zog es vor, sich eine Weile nicht zu rühren und abzuwarten. In dieser Lage den Vogel Strauß zu spielen, war zwar politisch unklug, aber ein politischer Fehler ist kein Wahnsinnsakt.

In Gegensatz zu Maximilian machte Rudolf wenigstens den Versuch, den Dezentralisierungsprozeß, der seine Länder in Stücke zu reißen drohte, zu beenden. Allerdings stellte er sich dabei nicht besonders geschickt an. Anstatt sich auf ein Problem zu konzentrieren und es zu lösen, anstatt eine gegnerische Gruppe zu besiegen und die übrigen inzwischen in Ruhe zu lassen, versuchte er, sämtliche Fragen auf einmal zu lösen. Der Erfolg war, daß er in ein Wespennest griff.

Zunächst begann er mit der Gegenreformation in Österreich. Eine Verordnung folgte der anderen, die Ausübung der protestantischen Religion in den Städten wurde verboten, auf dem Lande durfte der Adel weiter protestantische Gottesdienste abhalten, aber nur in seinen eigenen Häusern und vor einer beschränkten Zahl von Gläubigen. Lehrstühle an den Universitäten, staatliche Beamtenstellen und Richterämter wurden nur mehr an Katholiken vergehen, in kurzer Zeit gab es in allen Staatsstellen und städtischen Verwaltungsbehörden eine klare [143:] katholische Majorität. Gleichzeitig unterstützte Rudolf in allen Ländern der Krone die Missionstätigkeit der Jesuiten.

Die Stände protestierten empört, Rudolf schickte ihr Schreiben mit der kühlen Feststellung zurück, daß der Protest und die darin enthaltene Weigerung, die Maßnahmen der Krone anzuerkennen, praktisch Hochverrat bedeuteten – und machte seine Politik weiter. Das Resultat war ein Aufstand im Jahre 1595, an dem Bauern und Bürger unter Führung des Adels teilnahmen, der aber ziemlich rasch niedergeschlagen wurde.

Dann folgte Böhmen. Hier wurden die Konflikte ernster. Maximilian II. hatte Böhmen fast unbeschränkte Religionsfreiheit garantiert. Rudolf weigerte sich, diese Zusage, die das Selbstbestimmungsrecht der böhmischen Stände in religiösen Fragen festlegte, zu bestätigen, und erklärte sich nur bereit, Katholiken und Utraquisten zu tolerieren, während den böhmischen Kalvinisten und Lutheranern das Recht zur Religionsausübung genommen wurde und Rudolf gleichzeitig eine Reihe von Vorschriften erließ, die es Kalvinisten und Lutheranern unmöglich machten, bei den Utraquisten „unterzuschlüpfen“. Nun war der böhmische Adel vorwiegend utraquistisch und es gab utraquistische Gruppen, die ganz offen mit einer Rückkehr zum Katholizismus kokettierten. An und für sich war das Schicksal der Kalvinisten den meisten von ihnen ziemlich gleichgültig. Nicht gleichgültig jedoch war ihnen die prinzipielle Seite der Sache. Durch seine Verordnung zerschlug Rudolf praktisch die Autonomie der böhmischen Stände, wenn er sich auch hütete, den Buchstaben des Abkommens von 1526 zu verletzen. In dem Augenblick, in dem nicht die Stände, sondern der Kaiser bestimmen konnte, welche Religionen erlaubt waren und welche nicht, wurde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen – was zweifellos auch Rudolfs Absicht war. Die böhmischen Stände protestierten ebenfalls, und als der Protest nichts half, begannen zwischen ihnen und den österreichischen Ständen Besprechungen über gegenseitige Hilfe.

Inzwischen lud sich Rudolf durch sein Eingreifen im deutschen protestantisch-katholischen Konflikt um die süddeutsche Stadt Donauwörth und ihre Zwangsangliederung an Bayern einen weiteren offenen Konflikt mit der deutschen protestantischen Koalition an den Hals. Er krönte seine Bemühungen damit, daß er jenes Gebiet bis zum Aufstand trieb, das seine Vorgänger wohlweislich wie ein rohes Ei behandelt hatten – Ungarn.

Die unmittelbare Ursache zu diesem Konflikt, aus dem der „Bruderzwist“ von 1608 hervorwuchs, ist interessant, weil sich hier besonders klar jenes für Rudolf typische Verhalten zeigt, politisch vernünftige Dinge im ungeeignetesten Moment zu tun und sie damit in ihr Gegenteil zu verkehren, und weil hier zum erstenmal in der Geschichte Österreichs und Ungarns jenes Problem auftaucht, an dem 240 Jahre später die ungarische und die österreichische Revolution zerbrechen sollten – die ungarisch-kroatische Rivalität.

[144:] Rudolf und später sein Neffe Ferdinand von der Steiermark begannen um 1600 mit einer Politik, die ganz in der Linie Maximilians I. lag. Er sah, daß die fast völlige, aus militärischen Gründen fast unvermeidliche Selbständigkeit des ungarischen Adels auf die Dauer für die Dynastie gefährlich war und versuchte, ein Gegengewicht zu schaffen – eine ständige, ganz von ihm abhängige militärische Kraft an der ungarisch-siebenbürgischen Grenze. Diese Kraft waren die Kroaten, oder besser gesagt, nicht die Kroaten selbst, sondern eine Truppe von internationalen Abenteurern und atmen

adeligen Kriegern, die auf kroatischem Territorium angesiedelt wurden (sich allerdings bald mit dem kroatischen Adel vermischten) und für ihre Verpflichtung dem Kaiser, und ihm allein, zu dienen, Land, Geld und Titel erhielten. Diese neue privilegierte Grenztruppe wuchs rasch an. Schon nach wenigen Jahren bildeten die Neuankömmlinge, zusammen mit verhältnismäßig freien kroatischen Bauernsiedlern, einen wichtigen militärischen Faktor, eine Truppe, die imstande war, nicht nur den ständigen Grenzkampf mit den Türken zu führen, sondern auch Festungen zu erbauen und zu halten. Diese Männer, die später wegen ihrer militärischen Fähigkeiten und ihrer Treue zur Dynastie auf den Schlachtfeldern ganz Europas bekannt werden sollten, wurden von den Türken, von der Herrschern Siebenbürgens und vom ungarischen Adel mit tiefstem Mißtrauen betrachtet. Die Türken und die siebenbürgischen Generäle fürchteten sie militärisch, die Ungarn politisch – sie wußten ebensogut wie Rudolf, gegen *wessen* Vormachtsstelluug sich die Schaffung dieser neuen Truppe richtete.

Hätte Rudolf gewartet, bis der neue kroatische Adel noch stärker geworden wäre, hätte er vielleicht den ungarischen Adel wirklich zähmen können. Aber Rudolf konnte nicht warten. Kaum hatte er seine Privatarmee in Kroatien angesiedelt, begannen schon die ersten Maßnahmen gegen die ungarische Adelsautonomie – wie überall in der Form des Kampfes gegen die Selbständigkeit der Stände und gegen den Protestantismus.

Der ungarische Adel antwortete auf gewohnte Weise – durch ein Geheimbündnis mit dem Fürsten von Siebenbürgen und die Weigerung, gegen die Türken zu kämpfen, solange der Kaiser nicht seine (des ungarischen Adels) politischen Rechte neu bestätigt hatte. Eine der neuen Forderungen war die Umsiedlung oder Vertreibung der „Kroaten“ und die Zusicherung, daß ungarische Festungen in Zukunft nur von ungarischen Generälen kommandiert und von ungarischen Truppen verteidigt werden sollten.

Rudolf lehnte diese Forderungen des ungarischen Adels ab. Statt dessen schickte er Landsknechtstruppen ins Land, die sich in Ungarn benahmen wie in erobertem Feindesland, und begann gleichzeitig mit einer für protestantische Adelige und protestantische Fürsten in allen Ländern besonders unangenehmen Prozedur, nämlich mit der Über-[145:]prüfung der Säkularisierungsmaßnahmen. Wie überall, hatte der protestantische Adel in Ungarn weit mehr eingesteckt, als selbst nach der großzügigsten Auslegung der katholisch-protestantischen Vereinbarungen zulässig war. Tausende von Kirchengütern waren in den unruhigen Zeiten – in dem an die Türkengebiete angrenzenden Ungarn waren die Zeiten immer unruhig – „unter der Hand“ eingesteckt worden. Alle anderen Habsburger hatten in Bezug auf die ungarischen Besitzverhältnisse auffallende Blindheit entwickelt. Rudolf war weniger weise. Kaiserliche Überprüfungskommissionen reisten nach Ungarn und ein Besitz nach dem anderen wanderte aus der Hand des Adels – nicht zurück in den Besitz der Kirche, sondern in den Kronschatz.

Das war ein Griff ins Wespennest. Mehr noch, es war eine Warnung, ein Präzedenzfall. Der protestantische Adel Österreichs und Böhmens setzte sich alarmiert auf. Was den Ungarn heute geschah, könnte morgen ihnen geschehen. Zwischen Ungarn, Böhmen, Mähren, den oberösterreichischen Adelsparteien, zwischen Wien und dem ehrgeizigen Bruder Rudolfs, Matthias, dem potentiellen Führer der österreichischen habsburgischen Gegenpartei, begannen die ersten Verhandlungen.

Ein erster ungarischer Aufstand 1604 wurde niedergeschlagen, aber der Konflikt blieb. 1606-1608, im Gefolge eines neuen Krieges gegen die Türken, brach er mit voller Kraft aus.

In diesem Krieg traten die ungarischen Adeligen fast offen gegen den Kaiser auf. Während Siebenbürgens Herrscher und Verbündeter des Sultans, Baskai, gegen Ungarn marschierte, forderte Ungarn die Aufhebung aller Maßnahmen gegen die Protestanten, die Zurückziehung der österreichischen Truppen und die Aufhebung aller zentralistischer Einschränkungen der ungarischen inneren Regierung.

Matthias war Oberstkommandierender der kaiserlichen Armeen. Er bewilligte sofort alle Forderungen und schloß einen raschen und wenig vorteilhaften Frieden mit Siebenbürgen und der Türkei ab. Der Frieden sah unter anderem die Abtretung ganz Ungarns bis zur Theiß an Siebenbürgen, die Schleifung der wichtigsten Festungen und eine Zahlung von 200.000 Talern an den Sultan vor.

Das bedeutete Kapitulation vor Ungarn und Kapitulation vor den Türken – weit mehr als notwendig, denn der Sultan war ständig vom Osten her bedroht. Was den ungarischen Adel und die ihn unterstützenden österreichischen Stände betraf, so enthielt ihr Ultimatum einen guten Prozentsatz Bluff. Selbst wenn die ungarischen Herren bis zum Ende passiv geblieben wären, waren die österreichischen Stände – Kaiser oder nicht Kaiser – letzten Endes, wie sich oft gezeigt hatte, nicht bereit, ihr Land von den Türken besetzen zu lassen.

Rudolf lehnte es daher nicht mit Unrecht ab, den Friedensschluß zu bestätigen. Er erklärte öffentlich, daß Matthias ein Vaterlandsverräter sei, der den Frieden abgeschlossen habe, um gegenüber ihm, Rudolf, freie Hand zu haben, und daß sich hinter dem Friedensschluß eine Ver-[146:]schwörung von Matthias und den deutschen Protestanten mit dem Ziel der Schwächung und Diskreditierung der Krone verberge – eine Annahme, mit der er vermutlich nicht Unrecht hatte. Durch einen „glücklichen Zufall" (das 17. Jahrhundert ist an solchen glücklichen Zufällen außerordentlich reich) fiel ihm gerade im geeigneten Moment ein geheimes Handschreiben Matthias' an die deutsche protestantische Koalition in die Hand, das seine Vermutungen schwarz auf weiß bestätigte.

Für Matthias gab es kein Zurück mehr. Es steht nicht ganz fest, ob er den Frieden wirklich aus den Gründen abgeschlossen hatte, die Rudolf ihm zuschrieb. Es ist auch möglich, daß er zunächst einfach den Kopf verloren und in Panik den erstbesten Friedensvorschlag angenommen hatte. Es ist denkbar, daß er durch einen raschen Friedensschluß und eine Beilegung des ungarischen Konflikts sein eigenes Prestige als Friedensfürst und als Freund der ungarischen, der österreichischen und der böhmischen Stände heben wollte. Wie es auch sei – Rudolfs Weigerung und seine Enthüllungen hatten ihm den Rückweg abgeschnitten, er mußte kämpfen, ob er wollte oder nicht.

Im Februar 1608 versammelte Matthias die ungarischen Stände in Preßburg und schloß mit ihnen und mit den protestantischen Ständen Österreichs ein förmliches Abkommen. Die Stände verpflichteten sich, den Feldzug gegen Rudolf zu finanzieren und militärisch zu unterstützen. Dafür verpflichtete sich Matthias, die völlige Gleichberechtigung der Protestanten wiederherzustellen, alle Maßnahmen gegen die Säkularisierung rückgängig zu machen und die politische Vormachtstellung der Stände anzuerkennen.

Dem Abkommen zwischen österreichischen und ungarischen Ständen in Preßburg folgte ein zweites Abkommen mit dem mährischen Adel. Der Krieg gegen Rudolf hatte begonnen.

Am 10. Mai erreichte das konföderierte Heer Časlav, wo ein weiteres Abkommen mit einem Teil des böhmischen Adels abgeschlossen wurde. Dem Heer Matthias', das auf Prag vormarschierte, schlossen sich unterwegs Detachements der österreichischen, mährischen und böhmischen Bauern an.

In dieser ganzen Zeit der größten Gefahr tat Rudolf – nichts. Es ist diese Indolenz angesichts des herannahenden Gegners, die immer wieder als Beweis für seine Geisteskrankheit angeführt wird. Aber Rudolf befand sich nun in einer verzweifelten Situation. Von der sehr losen deutschen katholischen Föderation war keine Hilfe zu erwarten, die deutschen Fürsten waren zur Zeit vollauf mit dem Kampf aller gegen alle beschäftigt. Dazu erwartete man jeden Tag einen Krieg Frankreichs gegen die vereinigten Katholiken. Die österreichische katholische Partei in den Ständen litt zu jener Zeit sozusagen an einer Spaltung des politischen Bewußtseins – wenn ihr auch die Stärkung der protestantischen Rivalen alles andere als lieb war, hatten sie nichts gegen eine Stärkung der Stände auf Kosten der Zentralgewalt einzuwenden. Der neue, von [147:] der Krone abhängige Hofadel* war noch nicht

* Die Entstehung des Hofadels wird im Zusammenhang mit der Gegenreformation geschildert, hier soll nur der Begriff erklärt werden. Der Hofadel (dessen Entstehung in Österreich Mitte des 16. Jahrhunderts einsetzt und im Verlauf der Gegenreformation vollzogen wird) tritt in allen absolutistischen Ländern Europas an die Stelle des alten selbständigen Feudaladels. Er setzt sich zusammen aus internationalen adeligen Abenteurern, geadelten Großbürgern und Überläufern aus den Reihen des alten, einheimischen Adels. Er erhält die Güter und die wirtschaftlichen Privilegien des alten Adels, soweit diese Privilegien nicht mit den Bedürfnissen des frühkapitalistischen Großbürgertums und der Krone in Konflikt kommen, verzichtet aber auf die politischen Rechte des alten Adels und wird zu einem politischen Instrument, zu einem Teil des Staatsapparats, der Krone. Er lebt und wirkt am „Hof", das heißt, in der unmittelbaren Umgebung der absolutistischen Herrscher, daher der Name „Hofadel".

stark genug, um eine entscheidende Rolle zu spielen. Dazu kam, daß der Neffe und engste politische Verbündete Rudolfs, Ferdinand von der Steiermark, als er die Aussichtslosigkeit eines Kampfes auf der Seite des Kaisers erkannte, auf die Seite Matthias überging.

Rudolf hätte das gleiche tun können wie Matthias – ein Bündnis mit den Ständen schließen. Der Preis wäre der gleiche gewesen – Aufgabe des Kampfes gegen die protestantische Fronde, Aufgabe aller Versuche einer Zentralisierung.

Klüger oder ehrlicher als Matthias, wußte Rudolf, daß es nach einem solchen Schritt in der Zukunft nur zwei Wege gab. Entweder konnte man sich an das Abkommen halten. Auf die Dauer bedeutete dies völlige Kapitulation, freiwillige Übergabe der politischen Macht an die adeligen Stände, Zerfall und Untergang der Monarchie. Oder man konnte bei der ersten passenden Gelegenheit das Abkommen brechen – das bedeutete neuen, vielleicht schlimmeren Krieg.

Es spricht menschlich mehr für Rudolf als gegen ihn, daß er so lange zögerte, bis auch er sich zu Verhandlungen entschloß. Die Truppen der Gegenpartei näherten sich Prag, als die Verhandlungen zwischen ihm und jenem Teil der böhmischen Stände, der nicht das Abkommen [148:] mit Matthias unterzeichnet hatte, begannen. Die schließlich angenommene Vereinbarung, die später von Matthias bestätigt wurde, enthielt die Zusage völliger religiöser Toleranz, die Erlaubnis des unbeschränkten Kirchenbaus für Protestanten, das Versprechen der Ausschließung von Ausländern aus staatlichen und aus kirchlichen Ämtern, das Verbot für Geistliche, sich in politische Angelegenheiten einzumischen, und ein Verbot für die Jesuiten, ohne Erlaubnis aller drei Stände Land zu erwerben.

Der Abschluß des Abkommens kam zu spät. Obwohl Prag eine Armee von 36.000 Mann gegen Matthias ausrüstete, obwohl die böhmischen Truppen sogar in einigen kleinen Vorgefechten die Truppen Matthias' zurückdrängten, war die Übermacht zu groß, der Ausgang des Kampfes zu sicher. Vierzehn Tage später begannen die Verhandlungen, die mit der sofortigen Thronentsagung Rudolfs zugunsten Matthias' für Österreich, Ungarn und Mähren und der Einsetzung Matthias' als seines Nachfolgers für Böhmen endeten.

Matthias versuchte vom ersten Tage seiner Herrschaft an, sich von der Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen zu drücken. Das war nicht anders zu erwarten. Jeder Landesfürst, der auf der Grundlage der Abkommen von 1608 zu regieren versuchte, verzichtete damit automatisch auf die Regierungsgewalt, hörte auf ein Monarch zu sein, auch wenn er noch die Krone trug. Aber nun war es für Matthias selbst zum Wortbruch zu spät. Rudolf versuchte drei Jahre lang, bis zu seiner endgültigen Absetzung und der Krönung Matthias' zum König von Böhmen 1611, wieder die Macht an sich zu reißen. In den Kämpfen um die Krone mußte Matthias den Ständen von Österreich und Ungarn, Böhmen und Mähren für ihre Hilfe gegen den ehemaligen Kaiser und jetzigen Kronprätendenten eine Zusicherung nach der anderen bestätigen und durch neue Konzessionen ergänzen. Er hatte dem Adel gezeigt, wie man erfolgreich rebelliert, wie leicht man Könige zu Konzessionen zwingen oder absetzen kann – nun wandte der Adel die eben gelernte Lektion gegen ihn an. Seit 1609 wurden die adelig-ständischen Konföderationen auch in den Ländern der österreichischen Krone zu einer ständigen und fast offiziellen Erscheinung.

Dieser Hofadel setzt sich einerseits teilweise aus geadelten Bürgern zusammen, andererseits betätigen sich auch oft die „wirklichen Adeligen" in „bürgerlicher", das heißt, in frühkapitalistischer Weise. Im späten 17. und im 18. Jahrhundert gibt es in Österreich nicht wenige Großkaufleute, Schnapsbrenner, Hollieferanten, Grubenkontrakteure und Finanziers, die Adelige sind.

Die Entstehung eines Hofadels ist der Ausdruck einer Situation, in der der alte Feudaladel *nicht mehr* herrschen kann, das Bürgertum *noch nicht* stark genug ist, um selbst zu herrschen, und die Krone als scheinbar „über den Klassen stehender" Dritter die Macht mit Hilfe dieses Hofadels ausübt. Deshalb können sich in ihm zwei so entgegengesetzte Klassen, wie ehemalige kleine Feudaladelige und geadelte Großbürger, vermischen, deshalb empfinden die großen Frühkapitalisten seine politische Stellung und seine noch vorhandenen wirtschaftlichen Privilegien nicht als Belastung – beide Klassen brauchen einander und können nebeneinander existieren. Erst das starke Mittel- und Kleinbürgertum, das im Verlauf der Manufakturperiode und der beginnenden industriellen Revolution emporkommt, wirft den überflüssig gewordenen Hofadel, zusammen mit dem Absolutismus, aus dem Sattel und vollzieht die bürgerliche Revolution.

Seit 1609 herrschte in den Ländern der österreichischen Krone latenter Bürgerkrieg. In ganz Europa wartete man auf die entscheidende Auseinandersetzung der großen Mächte. Die Fronten waren klar. Ab 1609 wurde zwischen dem stärksten katholischen Fürsten, Maximilian von Bayern, den Bischöfen von Würzburg, Passau, Konstanz, Augsburg und Regensburg, und den österreichischen Habsburgern offiziell eine Defensiv- und Offensivallianz gebildet, die unter dem Namen „katholische Liga" bekannt ist. Die Protestanten waren bereits zu einer Union vereinigt. Beide Teile rüsteten ganz offen. Der Einmarsch französischer Truppen in habsburgisches Gebiet wurde nur durch den plötzlichen Tod des französischen Königs Henri IV., 1610, für kurze Zeit aufgeschoben. Durch die Kämpfe zwischen Matthias und Rudolf – nun um den böhmi-[149:]schen Thron – stärkte sich besonders die Stellung Böhmens, dessen Stände sich von Matthias für ihre schließliche Einwilligung zu seiner Wahl zum böhmischen König mit Konzessionen bezahlen ließen, die Böhmen praktisch zu einem selbständigen Staat im Staate machten. Diese Konzessionen enthielten unter anderem die Bestimmung, daß die böhmischen Stände das Recht hatten, sich, wann und wo sie wollten, zu versammeln, allein ihre militärischen und finanziellen Angelegenheiten zu verwalten, führende Staatsbeamte von ihren Posten zu. entfernen, Allianzen mit ausländischen Staaten abzuschließen, sich mit Österreichern und Ungarn zur Wahrung ihrer Rechte zu einer Konföderation zusammenzuschließen, und schließlich eine eigene, nur ihnen unterstellte Armee aufzustellen.

Diese Forderungen wurden von Matthias „im Prinzip" angenommen. Er hatte niemals die Absicht, sie wirklich zu erfüllen, aber er ließ die böhmischen Stände „einstweilen" aus Schwäche und Entschlußlosigkeit in dem Glauben, daß „alles in Ordnung" sei. Es war ihr gutes Recht, sich bei den späteren Auseinandersetzungen mit der Krone auf diese Konzessionen zu berufen.

Matthias' Regierungszeit bestand in ständigen Kleinkämpfen mit den Ständen aller Länder der österreichischen Krone, mit ständigen Versuchen, sich hier und da ein kleines Stück der verlorenen Staatsautorität zurückzuerobern – und mit ständigen Kapitulationen als Endeffekt. Matthias' Angriffe auf die Souveränität der Stände wirkten in allen diesen Ländern wie eine kleinliche sinnlose Nadelstichpolitik, die den Gegner immer mehr erbitterte. Seine Kapitulationen machten die Dinge nur noch schlimmer. Sein Nachfolger, Ferdinand II., übernahm einen Staat, der praktisch im Zerfall war.

Ferdinand II. warf das Steuer herum. Seine Politik war die einer rücksichtslosen Zentralisierung, der erbarmungslos und blutig durchgeführten Gegenreformation, des offenen Kampfes gegen die adelige Fronde und die protestantischen deutschen Fürsten. Aber die Mächtekombinationen in ganz Europa waren so stark und so verwickelt geworden, daß der große bewaffnete Konflikt nicht mehr zu vermeiden war.

Das Sarajewo des Dreißigjährigen Krieges hieß Prag – es hätte auch Wien oder Genf, Brüssel oder Mainz heißen können. Gemessen an dem fürchterlichen Machtkampf, der Millionen von Menschenleben kosten sollte, schien der unmittelbare Anlaß fast geringfügig. Wir haben schon gesagt, daß es gerade die böhmischen Stände waren, deren Position und deren Selbständigkeitsansprüche durch den Kampf zwischen Matthias und Rudolf besonders gestärkt worden waren. Es waren daher gerade die böhmischen Stände, die mit besonderer Schärfe gegen die religiösen und die staatlichen Zentralisierungsversuche Ferdinands auftraten. Sie konnten es um so eher, als im hochentwickelten Böhmen dieser Kampf gegen die Zentralisierung gleichzeitig die Verteidigung von etwas Altem, Absterbendem – den Vorrechten und der politischen Macht des Adels – [150:] und etwas Neuem, Fortschrittlichem war – der Entwicklung und der Existenz der sich bildenden tschechischen Nation.

Ferdinands Politik wurde zunächst in Böhmen bei weitem nicht so brutal durchgeführt wie in den österreichischen Ländern. Es gab zunächst noch keine Verbannungsedikte gegen Protestanten, keine Zwangskatholisierung, keine Jesuitenzensur. Was es gab, war die erneute Unterstützung der jesuitischen Einwanderung in Böhmen, die offene Unterstützung und Förderung der kleinen böhmischen katholischen Adelspartei. Die beiden Führer der katholischen Partei, Martinec und Slawata, wurden mit Ämtern und Begünstigungen überhäuft, bis sie schließlich die Stellung von „Reichskommissaren" Ferdinands in Böhmen bekleideten. Was es gab, war Kleinkrieg in der Kirchenfrage, ein Geplänkel, bei dem die Katholiken versuchten, den Protestanten hier eine Kirche, da eine Schule wegzunehmen, und die Protestanten sich erbittert wehrten.

Protestantischer Adel und kaiserliche katholische Partei wußten, daß es nicht beim Kleinkrieg bleiben konnte. Hinter der harmlosen Fassade des Kampfes um eine Religionsschule irgendwo in einer böhmischen Provinzstadt zeichneten sich bereits die großen europäischen Fronten ab, stärkten und bildeten sich die neuen Defensivbündnisse. Thurn, der Führer der böhmischen protestantischen Adelspartei, schloß eine Reihe von Defensivbündnissen mit den österreichischen protestantischen Ständen, mit der deutschen protestantischen Fürstenföderation und vor allem mit dem Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, der ein Schwiegersohn des englischen Königs war. Ferdinands Bündnis mit Bayern und mit Spanien war so konsolidiert, daß bereits kurze Zeit nach dem Beginn des Konflikts mit Böhmen, bayrische und spanische Soldaten nach Böhmen geschickt werden konnten.

Der Versuch, eine protestantische Kirchenschule zu schließen – zweifellos eine Verletzung der Verträge von 1608 – führte zum offenen Konflikt. Die böhmischen Stände nahmen den Kampf auf. Die kaiserlichen Kommissare und Vertreter der katholischen Partei, Martinec und Slawata, wurden, zusammen mit dem Sekretär Fabrizius, in bewußter Wiederholung eines Akts, mit dem die Hussitenkriege begonnen hatten, aus dem Fenster der Prager Burg geworfen. Der Demonstration folgte der offene Bruch mit dem Kaiser. Thurn und seine Parteigänger ritten durch die Straßen von Prag und forderten das Volk zum Kampf auf. Thurn erklärte: „Ich will nicht euer Führer sein, sondern euer Gefährte in jener Gefahr, die uns zu glücklicher Freiheit oder zu ruhmreichem Tod führen wird. Der Würfel ist gefallen, es ist zu spät, zurückzurufen, was vergangen ist. Eure Sicherheit hängt allein von eurer Einigkeit und von eurem Mut ab, und wenn ihr zögert, eure Ketten zu brechen, habt ihr keine andere Wahl, als durch die Hand des Henkers zu sterben."

Die Stände wählten zwei Tage später eine Art provisorischer Regierung, eine Körperschaft von dreißig Direktoren, die die Angelegenheiten [151:] Böhmens verwalten sollte, mobilisierten Truppen und ernannten Thurn zum Oberstkommandierenden.

Wenige Tage später begann auch in Österreich der Aufstand der protestantischen Stände. Die ersten Schüsse waren gefallen. Der große Krieg war da.

Ferdinand II.

Rudolf II. war ein begabter politischer Dilettant gewesen, Matthias ein Verschwörer, der nicht imstande war, die Früchte seiner Verschwörerpolitik zu ernten. Ferdinand II. übernahm ein Land, das sich mitten im Bürgerkrieg befand. Von diesem Boden aus führte er den größten und furchtbarsten Krieg seiner Zeit, den ersten alleuropäischen Krieg. Als er starb, war die adelige Fronde niedergeworfen und in alle Winde zerstreut, Österreich konsolidiert, eine neue, nur der Krone unterstellte Adelsschicht war geschaffen, die Grundlage zu einem stehenden Heer gelegt. Der unbesiegbare Führer Schwedens war am Schlachtfeld gefallen, die Wucht des schwedischen Angriffs gebrochen und selbst Europas stärkste Macht, das Frankreich Richelieus mußte alle Kräfte anspannen, um wenigstens einen kleinen Nutzen aus dem Kriege zu ziehen.

Ferdinand von der Steiermark, Neffe Rudolfs und Matthias' und seit dem Rücktritt Rudolfs offizieller Thronfolger, trat vor 1618 – mit Ausnahme der kurzen Episode von 1608 – kaum in Erscheinung. Man wußte von ihm nur, daß er in seinen Ländern – in der Steiermark und in Oberösterreich – vom ersten Tage seiner Regierung an mit der Durchführung der Gegenreformation begann. Das war nicht leicht. Gerade in der Steiermark und in Oberösterreich war der Protestantismus außerordentlich stark verbreitet. Man erzählt, daß am Karfreitag im ersten Jahr seiner Regierung Ferdinand fast allein, mit wenigen Begleitern, an der Kirchenprozession teilnahm. Der Herzog schritt, vorbei an einer schweigenden, feindlichen Menge, durch die ganze Stadt Linz. Er hatte sich geweigert, auf die Prozession zu verzichten oder den Weg abzukürzen. In der kalten, völlig menschenleeren Kirche betete er und empfing das Sakrament, während draußen die protestantischen Adeligen Spottlieder sangen. Kaum zehn Jahre später war die Stadt katholisch.

Die Gegenreformation war mit einer Mischung von Gewalt und Bestechung durchgeführt worden. Zugleich mit dem Erlaß der herzoglichen Verordnungen über Ablieferung protestantischer Bücher, Austreibung protestantischer Lehrer, zwangsweisen Besuch des katholischen Gottesdienstes, bot man

den Bürgern Privilegien, wirtschaftliche Begünstigungen, neue kostenlose Jesuitenschulen – und Adelstitel an. Den Bauern versprach man Steuernachlässe, finanzielle Hilfe und die Bestätigung [152:] ihrer Privilegien – wie etwa des Rechts auf Waffentragen. Der protestantische Block zerbrach auffallend schnell. Als erste traten die Städte, vor allem die neuen „Industriestädte“, wie Steyr und Linz, über, viele Bauern folgten. Schließlich blieb nur der Adel übrig. Gegen diesen Adel wurde der Schlag in der Form politischer Entmündigung der Stände geführt. Steiermark war das erste Land in Österreich, in dem die Stände bald nur noch symbolische Funktionen bekleideten und die wirkliche politische Arbeit von herzoglichen Kommissaren gemacht wurde. Es lag nicht zum wenigsten an dieser Vorarbeit Ferdinands in den Jahren 1608 bis 1618, daß der österreichische Teil des Aufstandes von 1618 so verhältnismäßig rasch beendet werden konnte.

1618 war Matthias noch immer Kaiser, Herrscher Österreichs, König von Böhmen. Aber der wahre Herrscher der österreichischen Erbländer war bereits sein Nachfolger Ferdinand.

Dem Prager Fenstersturz folgte zunächst nur ein Briefwechsel zwischen der Prager „Provisorischen Regierung“ und Matthias. In einer Erklärung der dreißig Kommissare hieß es unter anderem: „Wir haben zwei Minister, die Feinde des Staates waren, zusammen mit ihrer Kreatur Fabrizius aus dem Fenster geworfen, in Anpassung an den alten Brauch, der in ganz Böhmen ebenso wie in der Hauptstadt herrscht. Dieser Brauch ist gerechtfertigt durch das Beispiel von Jezebel in der Heiligen Schrift, die aus dem Fenster geworfen wurde, weil sie das auserwählte Volk Gottes verfolgte. Er war üblich unter den Römern und allen anderen Völkern des Altertums, die die Störer des öffentlichen Friedens von Felsen in Abgründe zu werfen pflegten.“

Auf diese historischen Untersuchungen antwortete Wien zunächst mit einer milden und ziemlich verlegenen Verurteilung. Matthias und sein geistlicher Berater Klesl waren für Lavieren und Abwarten. Ferdinand war anderer Ansicht. Seine Stellung zum Konflikt ist in einem Memorandum enthalten, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es heißt darin: „Seit der Einführung der Ketzerei nach Böhmen sehen wir dort nichts als Tumulte, Ungehorsam und Rebellion. Diese Sekten sind stärker geworden, heftiger und frecher. Nachdem sie alle ihre Ziele in Religionsfragen erreicht haben, wenden sie sich gegen die weltliche Regierung und greifen die höchste Gewalt selbst an. Nicht damit zufrieden, sich untereinander gegen ihren Fürsten zu verbünden, haben sie das Recht der Steuererhebung für sich selbst usurpiert und haben Allianzen mit fremden Staaten, vor allem mit den protestantischen Fürsten Deutschlands, abgeschlossen. Sie haben dem Herrscher nichts gelassen als seine Schlösser und Klöster und nach ihrem letzten Ausbruch gegen seine Minister und der Usurpierung der Kroneinkünfte bleibt für ihre Rache und Gier kein anderes Objekt übrig, als die Person des Fürsten und des ganzen Hauses Österreich. Dem Herrscher bleibt nun nichts übrig, als sich seinen Untertanen zu unterwerfen oder sich von dieser schändlichen Sklaverei zu befreien, bevor seine Territorien in eine [153:] Republik verwandelt werden. Die Rebellen haben sich endlich selbst des einzigen plausiblen Argumentes beraubt, das ihre Prediger fortwährend von der Kanzel herab verkündeten, nämlich, daß sie um religiöse Freiheit kämpfen – und der Kaiser und das Haus Österreich haben nun die beste Gelegenheit, der Welt zu zeigen, daß es ihr einziges Ziel ist, sich von dieser Sklaverei zu lösen und ihre rechtmäßige Autorität wiederherzustellen. Jeder Herrscher, ob geistlich oder weltlich, der seine eigene Würde bewahren will, muß ihre Sache unterstützen. Sie haben nur die Wahl zwischen einem Krieg, in dem sie ihre Macht wiedergewinnen können oder einem Frieden, der weit ehrloser und gefährlicher ist als Krieg. Wenn sie Erfolg haben, wird der verfallene Besitz der Rebellen die Kosten ihrer Bewaffnung ersetzen, und wenn die Feindseligkeiten mit einem Mißerfolg enden, können sie nur mit Ehre und mit der Waffe in der Hand die Rechte verlieren, die ihnen sonst in Schande entrissen werden. Es ist besser nicht zu herrschen, als Sklave seiner Untertanen zu sein, es ist viel wünschenswerter und ehrenhafter, sein Blut am Fuße des Thrones zu vergießen, als wie ein Verbrecher und Missetäter von ihm vertrieben zu werden.“

Das Memorandum enthält ein gutes Stück Demagogie – die Führer des Prager Aufstandes hatten nicht die leiseste Absicht, gegen „die Person“ Matthias vorzugehen, ebensowenig, wie sie (wie die spätere Entwicklung zeigt) den Wunsch hatten, Böhmen in eine Republik zu verwandeln. Aber die darin enthaltene Analyse der wirklichen Fragen, um die es ging, ist richtig. Das Memorandum zeigt auch,

daß Ferdinand (im Gegensatz zu Matthias) eine klare Vorstellung von dem hatte, was er wollte und was er zu tun bereit war, um die Macht der Dynastie zu erhalten. Seine spätere Politik ist die Verwirklichung der im Memorandum enthaltenen Grundsätze.

Zunächst jedoch zögerte Matthias noch immer, riet Kiesl immer noch zum Nachgeben. Ferdinand hatte die Lektion von 1608 nicht umsonst gelernt. Während der Hof redete, handelte er. Am 20. Juli 1618 wurde Klesl von Abgesandten Ferdinands, der sich die Unterstützung des anderen, entschlossenen Vertreters einer Politik des Zuschlagens, Maximilians von Bayern, gesichert hatte, im Schloß verhaftet und auf eine Festung gebracht. Matthias wagte nicht zu protestieren, er wußte, daß der nächste Schritt seine Absetzung sein würde. Von diesem Augenblick an war Ferdinand der wirkliche Kaiser, Matthias, der ein Jahr später starb, praktisch sein Gefangener. Ferdinands erster Schritt war es, zwei Armeen spanischer Soldaten und österreichischer Landsknechte unter dem Kommando eines spanischen und eines elsässischen Generals, Dampierres und Buquoys, gegen Böhmen zu schicken. Thurn nahm die Herausforderung an und setzte ebenfalls seine Truppen in Marsch. Mähren, Schlesien und die Lausitz erhoben sich nun auch, die österreichischen protestantischen Stände schlossen sich dem Aufstand an. Im Osten schlug Fürst Bethlen von Siebenbürgen, der mit einem Teil des un-[154:]garischen Adels und mit den Männern Thurns einige Zeit vorher ein Bündnis abgeschlossen hatte, los. Dann beging Thurn jenen verhängnisvollen Fehler, der Böhmen mitten ins deutsche Chaos reißen und ihm dreißig Jahre Krieg und Zerstörung kosten sollte. Er bot die Krone Böhmens dem Führer der deutschen Protestanten, Friedrich von der Pfalz, an.

Friedrich von der Pfalz nahm nach einigem Zögern an. Bevor er selbst die Reise nach Prag antrat, schickte er den deutschen Landsknechtsführer Ernst von Mansfeld mit einer Armee von 8000 Mann nach Böhmen. Mansfeld, ein ehrgeiziger Abenteurer, der von einer Krone oder wenigstens von einer Oberbefehlshaberstelle in den Diensten einer Großmacht träumte, ging mit der Absicht nach Böhmen, entweder auf der Seite seiner Auftraggeber zu siegen und unentbehrlich zu werden oder, wenn dies mißlang, so lange im Lande zu bleiben, bis die Gegenseite ihn um einen hohen Preis kaufte.

Dies geschah Anfang 1619. Im Juni stand Thurn vor Wien. Die Wiener Protestanten erhoben sich und verlangten die Absetzung Ferdinands. Der Fürst wurde in der Burg belagert, vor seinen Fenstern schrien Tausende nach seinem Rücktritt, die Geschosse Thurns schlugen rings um die Hofburg ein. Im letzten Augenblick wurde Ferdinand wie durch ein Wunder gerettet, ein Detachement Dampierres mit nur fünfhundert Reitern galoppierte heran und jagte die Belagerer auseinander. Das Wunder war nur ein scheinbares. Die Position der österreichischen Protestanten war bereits viel schwächer, als es nach außen hin schien. Dampierres Reiterstückchen brachte einen völligen Umschwung. Wien – Studenten, Bürger, Handwerksburschen – erhob sich in Waffen gegen die Protestanten und für Ferdinand. Die österreichische protestantische Front brach wie ein Kartenhaus zusammen, überall sagten sich protestantische Gruppen von den Verschwörern los und gaben Loyalitätserklärungen ab. Am 22. Juni gab Thurn die Belagerung Wiens auf und zog sich nach Böhmen zurück.

Der Krieg

Das große englische Geschichtswerk, die „Cambridge History of Modern Europe“, charakterisiert den Dreißigjährigen Krieg mit folgenden Worten:

„Nachdem der Krieg ausgebrochen war – nicht im Westen, sondern in den östlichen Grenzländern des Reiches – absorbierte er nach und nach alle Kriege Europas. Die Streitigkeiten der Alpenbünde und jene, die der Erbfolge von Mantua galten, die Rivalitäten des skandinavi-[155:]schen Nordens und des polnischen Nordostens, der nur zeitweilig unterbrochene Kampf der Vereinigten Provinzen der Niederlande gegen Spanien, der Kampf zwischen Spanien und Frankreich – all dies nährte den Strom. Selbst das Ottomanische Reich war an der Entwicklung interessiert, denn die ‚türkisch-kalvinistische Kombination‘, von der in Flugschriften gesprochen wurde, war keineswegs eine bloße Halluzination. ‚Alle Kriege Europas‘, schrieb Gustav Adolf an Oxenstierna (Gustav Adolfs Kanzler, der ‚Richelieu Schwedens‘, d. Verf.), ‚sind miteinander zu einem einzigen Krieg verschmolzen.‘ Leibnitz weist darauf hin, wie die habsburgischen Kaiser, die zunächst nur die Verteidigung ihrer Territorien und die Verfolgung ihrer Angreifer beabsichtigt hatten, später gegen ihren Willen, als Feind sich zum

Feind gesellte, in ‚progressus ulteriores' gezogen wurden, bis ihre unerwarteten Erfolge, verbunden mit der Tatsache ihrer verwandtschaftlichen Verbindung mit Spanien, gegen sie nicht nur die protestantischen Könige und Fürsten, sondern so gut wie ganz Europa ins Feld brachten."

Der Dreißigjährige Krieg besteht eigentlich aus vier Kriegen, die zeitlich ineinanderfließen, oder, besser gesagt, er läßt sich in vier verschiedene Perioden teilen, in denen sowohl die unmittelbaren Ziele des Kampfes als auch die Gegner verschieden sind. Die erste Phase des Krieges geht von 1618 bis 1623. In diesem Zeitpunkt ist der Kampf noch nicht alleuropäisch, er ist mehr eine Strafexpedition der Armeen der Habsburger und ihrer Verbündeten unter dem Kommando Tillys gegen Böhmen und seinen Verbündeten Friedrich von der Pfalz. Die zweite Phase dauert von 1625 bis 1629. Auf der einen Seite stehen nun die kaiserlichen Truppen unter Wallenstein und wieder unter Tilly, auf der anderen Christian IV. von Dänemark, der Herzog von Braunschweig und einige kleinere protestantische Fürsten. In der dritten Phase, die von 1630 bis 1633 dauert, wird der Krieg nun viel offener zum europäischen Konflikt, der Kampf wird in dieser Zeit zwischen dem Kaiser und Bayern auf der einen Seite und Gustav Adolf von Schweden, gestützt von einer sehr wechselnden deutschen Fürstenkoalition auf der anderen Seite ausgetragen. Frankreich hat in dieser Periode zwar ein Geheimbündnis mit Schweden und den deutschen Protestanten, nimmt aber noch nicht offen am Kriege teil, Spanien unterstützt zwar den Kaiser, ist aber ebenfalls noch nicht formell im Krieg, obwohl der Machtkampf zwischen Frankreich und Spanien-Österreich letzten Endes dem ganzen Krieg zugrunde liegt. In der Zeit zwischen 1635 und 1648 schließlich wird der Kampf um die Beherrschung Europas mit ganz klaren Fronten ausgekämpft. Auf der einen Seite kämpft die österreichisch-spanische Allianz, unterstützt von Bayern, auf der anderen Seite die französisch-schwedische Koalition, unterstützt von deutschen protestantischen Fürsten.

Der Kampf, der 1618 als Bürgerkrieg, als Auseinandersetzung innerhalb der Länder der österreichischen Krone begann, hatte schon 1619 [156:] diesen Charakter verloren. Die Antwort Thurns und der Direktoren auf die Entsendung kaiserlicher Truppen nach Böhmen und Mähren war die formelle Absetzung Ferdinands und die Wahl Friedrichs von der Pfalz zum König von Böhmen. Mit diesem Akt war die letzte Möglichkeit eines Kompromisses verschwunden. Selbst wenn Ferdinand oder die Männer um Thurn bereit gewesen wären, sich auf irgend einem Mittelweg zu einigen – eine Alternative, die nach den vorhergegangenen Ereignissen nicht sehr wahrscheinlich schien, die aber sowohl von einer „Friedenspartei" in Prag wie am Hofe in Wien wenigstens immer wieder in Erwägung gezogen wurde –, war der Krieg nun nicht mehr ein Kampf zwischen dem Kaiser und dem böhmischen und österreichischen Adel, sondern ein Kampf zwischen dem katholischen Block und der böhmisch-deutschen protestantischen Koalition. Nicht daß diese Koalition in der Zeit von 1618 bis 1623 wirklich in Erscheinung getreten wäre. Die deutschen Fürsten waren zwar immer wieder bereit, mit dem Feuer zu spielen, sie waren aber keineswegs bereit, im Ernstfall ihre Politik bewaffnet zu vertreten. Das, was Gustav Adolf später von den deutschen protestantischen Fürsten sagte, galt bereits 1619: „Sie wissen nicht, ob sie Lutheraner oder Papisten sind, kaiserlich oder deutsch, Sklaven oder Freie." Die Männer um Thurn hatten bei der Wahl Friedrichs III. damit gerechnet, daß die ganze deutsche protestantische Koalition damit in ihr Lager treten und ihnen Hilfe leisten würde. Aber die jämmerlichen deutschen Fürsten begnügten sich mit guten Wünschen und platonischen Verurteilungen der „kaiserlichen Übergriffe." In der Praxis waren sie durchaus bereit, sich von Böhmen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und ließen die Männer um Thurn politisch und militärisch ohne Zögern im Stich.

Friedrich von der Pfalz brachte nach Prag nichts als seine Person und die seiner Gemahlin (einer Tochter des englischen Königs) die Truppen seines Kondottiere Ernst von Mansfeld und gute Wünsche der vereinigten deutschen Protestanten. An Stelle der englischen Unterstützung, mit der Prag gerechnet hatte, brachte er den englischen Hosenbandorden mit – und auch dieses Symbol der englischen Freundschaft ließ er nach der Schlacht am Weißen Berge bei seiner Flucht aus Prag im Hofe des Hradschin liegen.

Die Krönung Friedrichs III. war der Höhepunkt des böhmischen Aufstandes – der Punkt, an dem der Weg bergab begann. Schon kurze Zeit nach Friedrichs Einzug in Prag prägten die Jesuitenpolitiker

am Hofe Ferdinands für ihn den Spottnamen „Winterkönig“, weil er, wie sie sagten, nur einen Winter herrschen würde. Ihre Voraussage erwies sich als richtig.

Mit dem Einzug Friedrichs begann die geschlossene Front des böhmischen Volkes, die sich in den Tagen des Fenstersturzes gebildet hatte, langsam zu zerfallen. Zuerst entfernten sich die Bauern. Sie, die seit dem Ende der Hussitenkriege alle Lasten der utraquistischen Adelsherr-[157:]schaft zu tragen gehabt hatten, sie, die ihre Freiheit nicht durch die Hand fremder Unterdrücker, sondern durch die eigenen adeligen Herren verloren hatten, besaßen am Beginn des Aufstandes genug Großmut, genug patriotische Selbstverleugnung, um zu den Fahnen Thurns zu strömen und eine Sache zu verteidigen, von der sie nur hoffen konnten, daß sie die ihre werden würde. Aber die Wahl Friedrichs war ein Beweis dafür, daß hier kein Žižka aufgestanden war, um den Krieg des ganzen tschechischen Volkes zu führen, sondern ein Vertreter fremder Machtinteressen gekommen war, der ihnen nicht näher stand als der Kaiser in Wien. Den Ausschlag jedoch gab das Verhalten Mansfelds und seiner Soldaten. Das Heer Mansfelds war die Privatarmee Friedrichs, die zu erhalten er sich verpflichtet hatte. Aber sehr bald ging Friedrich das Geld aus. Die deutschen protestantischen Fürsten konnten oder wollten nicht mit Geld helfen und auch die Subsidien aus England, mit denen er gerechnet hatte, blieben aus. Die unbezahlte Armee Mansfelds begann also „vom Lande zu leben“, das heißt, von den Einwohnern, vor allem von den Bürgern und den Bauern der Gebiete, in der sie stand, zusammenzurauben, was sie zur Verpflegung und Entlohnung brauchte. Aber die Ausgeplünderten waren nicht die Bewohner eines feindlichen, eroberten Territoriums, sondern die Bauern und die Bürger Böhmens und Mährens, die Verbündeten, ohne deren Hilfe Prag sich nicht behaupten konnte.

Im Verlauf des Jahres 1619 gab es einige kleinere Bauernaufstände gegen Mansfeld. Die Aufstände waren an sich für Prag keine Gefahr, aber sie waren ein furchtbares Symbol des Zerfalls der kurzlebigen Einheit von 1618.

Aber auch in Prag gab es Differenzen und Reihungen. Friedrich III. war nicht bereit, ein konstitutioneller Monarch von Gnaden der böhmischen Stände zu sein. Er wollte herrschen. Die Stände wiederum waren nicht bereit, die eben eroberte Macht dem Pfälzer Verbündeten auszuliefern. Konflikte zwischen Friedrich von der Pfalz und seinem Hof auf der einen und Thurn und seiner Partei auf der anderen Seite waren an der Tagesordnung. Als Friedrich, für den das in der Augsburger Konfession verkörperte Gottesgnadentum der politischen Weisheit letzter Schluß war, in aller Unschuld versuchte, Prag seine kalvinistische Religion aufzuzwingen, kam es fast zu Straßenkämpfen. Der offene Bruch wurde im letzten Augenblick durch einen Rückzug Friedrichs verhindert, aber das gegenseitige Mißtrauen blieb. Bald begann man in Prag Spottlieder auf den fremden König zu singen, der besser zu trinken, zu tanzen und die Frauen der Prager Bürger zu verführen verstand, als zu kämpfen, und der, statt die Verteidigung der Stadt vorzubereiten, Maskenbälle an der Moldau veranstaltete. Die Bürger von Prag spürten immer deutlicher, daß sich ihr Adel mit Friedrich, dieser politischen und militärischen Null, dessen einzige Legitimation ein fragwürdiges Bündnis mit einer ebenso fragwürdigen deutschen Fürstenkoalition war, [158:] einen weißen Elefanten eingehandelt hatte – politisch und finanziell kostspielig und völlig wertlos.

Noch eine einst einheitliche Front war in voller Zersetzung begriffen – die österreichisch-böhmische Ständefront. Auch hier war die Einsetzung Friedrichs III. in Prag ein Wendepunkt. Von diesem Zeitpunkt an wurde den österreichischen Ständen die Sache zu gefährlich. Der protestantische österreichische Adel in den Ständen, der sich selten durch besondere Konsequenz ausgezeichnet hatte, war zwar bereit gewesen, mit dem Feuer zu spielen und mit der Drohung des Bürgerkrieges Konzessionen vom Kaiser zu erpressen. Er war aber nicht bereit, sich die Finger zu verbrennen, das heißt, ernsthaft Krieg zu führen – und Ferdinands Haltung zeigte klar, daß er ein Eintreten der österreichischen Stände für Friedrich und die böhmischen Herren als Kriegserklärung auffassen würde. Beim österreichischen Bürgertum und bei einem großen Teil der Bauern war die Wendung noch krasser. Offener Bürgerkrieg war für sie noch weniger tragbar als für den Adel – noch dazu vielleicht ein Bürgerkrieg unter Führung und für die Einsetzung des Führers der deutschen protestantischen Fürsten, die man zwar als Verbündete tolerierte, denen man aber gleichzeitig keineswegs traute.

Der Adel in den Ständen schwankte, das Bürgertum trat offen für Versöhnung mit dem Kaiser ein. Noch dazu tat Ferdinand zu jenem Zeitpunkt alles, was in seiner Macht lag, um gerade das bürgerliche Element in den Ständen und im Lande überhaupt für sich zu gewinnen.

Das Ergebnis war völlige Kapitulation der österreichischen Stände. Ein Land nach dem anderen ließ die böhmischen Verbündeten im Stich, eine Loyalitätserklärung nach der anderen lief in Wien ein. 1619 kam es zu einem formellen Friedensschluß zwischen dem Kaiser und den Ständen. Ferdinand verpflichtete sich, „vorläufig" keine entscheidenden politischen und religiösen Änderungen durchzuführen. (Bis zum Ende des Krieges in Böhmen hielt er das Abkommen auch ein.) Dafür bewilligten die Stände ihm sogar Geld für die Truppen, die gegen ihre Verbündeten von gestern marschieren sollten.

Von seinen Verbündeten im Stich gelassen, von inneren Widersprüchen zerrissen, konnte sich Böhmen nicht lange gegen die einmarschierenden österreichisch-bayrisch-spanischen Truppen halten. 1620 war alles zu Ende. In der Schlacht am Weißen Berge wurde das böhmische Heer verstärkt durch Detachements Mansfelds, in wenigen Stunden vernichtend geschlagen. Es war mehr ein Zusammenbruch als eine militärische Niederlage. Die unter dem Ruf „Sancta Maria" angreifende spanische Infanterie jagte die Truppen der Protestanten in regelloser Flucht vor sich her. Prag, das stark befestigt war, hörte die Nachricht von der Katastrophe am Weißen Berge und kapitulierte ohne einen Schuß. Auf dem Lande gab es ebenfalls keinen Widerstand. Ein Teil der Bauernfreiwilligen war schon lange vor der Schlacht am Weißen [159:] Berge einfach nach Hause gegangen, der Rest sickerte einzeln und in kleinen Gruppen in die Dörfer zurück.

Friedrich von der Pfalz war schon vor der Kapitulation Prags Hals über Kopf aus Böhmen, geflohen: Der ritterliche Führer der deutschen protestantischen Koalition hatte nicht einmal an der Schlacht teilgenommen. Während der Adel Böhmens auf dem Kampffelde verblutete, war der Winterkönig damit beschäftigt, einen Hofball abzuhalten. Als die ersten Boten mit der Nachricht von der Niederlage kamen, machte Friedrich nicht einmal den Versuch, in Prag den Widerstand zu organisieren. Das einzige, was ihn interessierte, war sein Gepäck. Während die kaiserliche Avantgarde sich Prag näherte, packte man auf der Prager Burg in fieberhafter Eile Wertgegenstände und Mobiliar zusammen. Als die ersten kaiserlichen Reiter durch die Straßen Prags galoppierten, jagte die Prunkkutsche des Winterkönigs bereits der böhmischen Grenze zu.

Es war Böhmen, das die Rechnung zahlte. Ferdinands Sieg war die Einleitung zu einer schonungslosen Ausrottung der protestantischen Partei in Böhmen. Kurze Zeit nach der Kapitulation wurden sechsundzwanzig Führer des protestantischen Adels auf dem Altstädter Ring enthauptet. Sie starben ungebeugt, mit dem Namen ihres Landes auf den Lippen. Hunderte anderer Adeliger wurden ihrer Güter verlustig erklärt und zu Kerker oder Verbannung verurteilt, Tausende anderer waren schon nach der Niederlage geflohen, darunter Thurn, der noch lange als Emigrant am Dresdner Hof lebte und immer wieder versuchte, eine Armee zur Befreiung Böhmens aufzustellen.

In wenigen Jahren veränderte sich das Gesicht des böhmischen Adels völlig. Thurn und die Seinen, tausende böhmisch-utraquistische Herren waren in der Verbannung. Ihre leerstehenden, der Krone verfallenen Güter wurden von ausländischen Adeligen, Soldaten und Abenteurern, Spaniern, Italienern, schottischen und irischen katholischen Emigranten, und hin und wieder von reichen Bürgern aufgekauft. Finanziell machte die österreichische Krone dabei ein sehr schlechtes Geschäft, die Inflation war damals auf ihrem Höhepunkt, das plötzliche Überangebot an Grund und Boden, der in dieser Zeit zum erstenmal *in großem Maße* zum Handelsobjekt wurde, ließ die Preise ins Bodenlose stürzen. Wer etwas Geld besaß oder sich ausborgen konnte, hatte die Möglichkeit, in wenigen Wochen zum Großgrundbesitzer zu werden. Der Preis, den die Krone verlangte, war politisch, nicht wirtschaftlich. Der Weg zu Reichtum und Titeln stand allen jenen offen, die bereit waren, als Soldaten und Diener der Krone, und der Krone allein, zu leben, sich ihr in allen politischen Fragen völlig unterzuordnen und aus mehr oder weniger selbständigen Vertretern eines verhältnismäßig freien Standes zu ausführenden Organen, zu einem Teil des Staatsapparats des neuen Absolutismus zu werden. Der neue Hofadel war dazu da, die Offiziere, die Beamten des Kaisers zu stellen. Selbständige Politik machen durfte er nicht mehr.

[160:] Die gleiche Entstehung eines neuen Hofadels wie in Böhmen vollzog sich etwas später im Verlauf der Gegenreformation in Österreich selbst. Nur war in Österreich, wo in manchen Gebieten fast vier Fünftel des Adels vertrieben wurden, der Anteil der ausländischen Adeligen viel geringer als in Böhmen, und der Anteil des neuen „Bürgeradels“ der bürgerlichen „Neureichen“ vor allem aus Bergbau und Metallindustrie viel höher. Dieser neue Hofadel bildete fast zweihundert Jahre lang das Rückgrat des österreichischen Staates. Erst nach dieser Zeit machte die politische Entwicklung des Bürgertums die Schicht, die den Machtapparat des Absolutismus darstellte, überflüssig. In Österreich wie in Frankreich und in vielen anderen Ländern, lagen zwischen dem Verschwinden des Adels als politisch bevorzugte Schicht und seinem Niedergang als politisch abhängige, aber finanziell privilegierte Gruppe im Staat, zweihundert Jahre.

Zunächst jedoch wurden die wirtschaftlichen Privilegien dieses neuen, gezähmten Adels nicht kleiner, sondern größer als zuvor. In Böhmen ging das – im Gegensatz zu Österreich, „wo die Position der Bauern und der Bürger viel stärker war – nicht nur auf Kosten des alten Adels, sondern auch der Bürger und der Bauern. Die Rückentwicklung der Bauern Böhmens und Mährens in die Leibeigenschaft, die schon vor der Schlacht am Weißen Berge vollzogen war, wurde nun endgültig besiegelt. Während die Bauern in den österreichischen Erbländern im wesentlichen in einer Art Fronverhältnis zu ihren Adeligen blieben, oder, wie in Tirol und in gewissen Teilen Oberösterreichs ihre Freiheit behielten, begann mit der endgültigen Einführung der Leibeigenschaft in Böhmen das leibeigene Bauernelement in den Ländern, die der österreichischen Krone unterstanden, langsam zahlenmäßig ein Übergewicht zu bekommen. Diese Entwicklung verstärkte sich später mit der Eroberung neuer, bis zum 17. und 18. Jahrhundert von den Türken besetzter Gebiete, in denen die neuen Grundbesitzer, die an Stelle der Türken und ihrer Vasallen traten, den bestehenden Zustand der bäuerlichen Leibeigenschaft einfach übernahmen. So kam es, daß zur Zeit der josefinischen Bauernbefreiung das österreichische Imperium im wesentlichen ein Land der Leibeigenschaft war.

Zu dem nichtböhmischen Adel, der die Nachfolge der utraquistischen Herren Böhmens antrat, kam noch eine kleine Gruppe einheimischer Adeliger hinzu, die ebenfalls zu den neuen „Kriegsgewinnlern“ von 1620 gehörten. Das waren katholische böhmische Adelige, Männer etwa vom Typ Slawatas und Martinec’, die jetzt ebenfalls in kurzer Zeit auf Kosten ihrer vertriebenen Landsleute und unter Ausnützung der Inflation riesige Grundstücke erwarben. Der bekannteste Repräsentant dieser Schicht war der von Jesuiten erzogene böhmische Protestantensohn Waldstein oder Wallenstein, der 1618 nicht am Aufstand teilnahm, sondern mit der Kasse seines mährischen Regiments nach Wien ritt. Nach 1620 wurde Wallenstein in wenigen Monaten aus einem armen adeligen [161:] Offizier und kleinem Grundbesitzer zum größten Grundherrn Böhmens. Im Gegensatz zu vielen anderen neuen Herren, die sich um die Güter selbst überhaupt nicht kümmerten, modernisierte und entwickelte Wallenstein die landwirtschaftliche Produktion auf seinen Gütern und schuf dort „Fabriken“ – frühe Manufakturbetriebe –, die die auf den Gütern erzeugten Rohstoffe verarbeiteten. Das befähigte ihn kurze Zeit später dazu, eine eigene Armee aufzustellen und zu erhalten, eine Armee, die im Gegensatz zu den übrigen Landsknechtsheeren seiner Zeit nicht ausschließlich „vom Lande lebte“, sondern wenigstens im ersten Teil ihrer Feldzüge durch weit vorgeschobene Speicher und Ernährungsbasen erhalten wurde. Eine solche, sich teilweise selbst versorgende Armee war für die damalige Zeit eine revolutionäre Neuerung, die von allen kriegführenden Parteien begehrt wurde. Der Besitz dieser Armee machte Wallenstein automatisch zu einer wichtigen politischen Figur.

Der Liquidierung des böhmischen Adels als politische Kraft folgte die religiöse Zentralisierung – die Gegenreformation. Der Katholizismus wurde zur offiziellen Staatsreligion des Landes; Erziehungswesen, Buchzensur, die Kontrolle des gesamten Kulturlehens wurden den Jesuiten übergeben. Die Rolle der reformierten katholischen Kirche war in Böhmen eine andere als in Österreich. Während in Österreich Jesuitenschulen und Jesuitentheater durch die Popularisierung von Religion, Bildung und Kunst durch die bewußte Verwendung der Landessprache für Katechismus und kirchliche Literatur trotz Zensur und Intoleranz die Entwicklung einer nationalen österreichischen Kultur förderten und zu einem organischen Bestandteil des österreichischen Kulturlehens wurden, trug die Gegenreformation in Böhmen zur Unterbrechung der nationalen Entwicklung des tschechischen Volkes bei. Die

Verwendung des Tschechischen im Gottesdienst war in Böhmen ein Erbe der Hussitenbewegung, ein Bestandteil der böhmischen Nationalreligion. Die Jesuiten bekämpften sie durch die Wiedereinführung von Latein (Deutsch wurde erst sehr viel später verwendet) im Gottesdienst und im Erziehungswesen. Langsam wurde die tschechische Sprache aus dem Erziehungswesen der Städte, und bald aus den Städten selbst verdrängt und wurde zu einem Bauerndialekt. Die Verbrennung oder Beschlagnahme aller „Ketzerliteratur" – „Ketzerliteratur" und Literatur in tschechischer Sprache wurden zu identischen Begriffen – vernichtete praktisch nicht nur das gesamte zeitgenössische tschechische Schrifttum, sondern auch unersetzliche alte Dokumente über die Vergangenheit des tschechischen Volkes. Nicht nur der größte Teil des böhmischen Adels, auch die neue bürgerliche tschechische Intellektuellenschicht waren militante Protestanten oder „böhmische Brüder". Die Auswanderung tausender dieser Bürger und Intellektuellen, deren bekanntester und bedeutendster Vertreter Comenius war, hinterließ im wirtschaftlichen und nationalen Leben des Landes ein Vakuum, das lange nicht gefüllt werden konnte.

[162:] Für Österreich waren die Gegenreformation, die schonungslose Zentralisierung und die Niederschlagung des selbständigen Adels durch Ferdinand ein Schritt vorwärts. Sie befreiten das Land mit einem Schlage von seiner reaktionärsten Klasse, dem frondierenden und politisch wie ökonomisch überlebten Feudaladel, sie schufen einen neuen festen Staat, in dem die Nation wachsen und sich entwickeln konnte, sie 'beseitigten die Hindernisse für die Weiterentwicklung und Stärkung des Bürgertums. Sie bewahrten Österreich davor, in den Strudel des deutschen Chaos, der deutschen Zersetzung einbezogen zu werden, zu einem Land zu werden, das sich in inneren Kriegen zerfleischte und schließlich ausgeblutet einem fremden Eroberer – wahrscheinlich den Türken – zum Opfer gefallen wäre. Der Absolutismus dieser Zeit war in Österreich, gesellschaftlich gesehen, eine fortschrittliche Kraft, die Gegenreformation mit allen ihren Konsequenzen eine ebenso lebensnotwendige Operation, die den Staat vor innerer Zersetzung rettete, wie die Niederschlagung des frondierenden Adels durch Ludwig XIV. in Frankreich oder die Niederwerfung der Bojaren durch Peter den Großen von Rußland. Daß sie mit brutalen und grausamen Methoden durchgeführt wurde, ändert nichts an ihrem Charakter. In Böhmen standen die Dinge anders. Die von außen aufgezwungene Zentralisierung trug dazu bei, die nationale Entwicklung des Landes zu unterbrechen, die in Böhmen schon weiter gediehen war als in Österreich. Eine so weit entwickelte Nation, wie die tschechische es war, mußte ihren Zentralisierungsprozeß selbst durchführen oder die Vernichtung tausender Keime des nationalen Lebens erleiden, wenn die Hand, die diese Operation vollzog, nicht die ihrige war.

Die innere Krise der böhmischen nationalen Entwicklung bestand lange vor 1620. Die Niederlage am Weißen Berge und selbst die fast völlige, auch formale Aufhebung der böhmischen Selbständigkeit – das Land wurde zum Erbbesitz der habsburgischen Krone erklärt und verlor 1627 nicht nur die Rechte von 1609, sondern auch die Garantien von 1526 – all das war nur die letzte Auswirkung des böhmischen Dilemmas, nicht seine Ursache.

Die einzige Lösung für Böhmen wäre ein nationales Königtum gewesen, etwa vom Typ der Herrschaft Georg Podiebrads. Aber die Entstehung dieses nationalen Königtums widersprach zutiefst den Lebensinteressen des böhmischen Adels. Er tat alles, was in seiner Macht lag, um die Entstehung eines solchen nationalen Königtums zu verhindern. Es schien ihm vorteilhafter und sicherer, zu lavieren, die Krone Böhmens bald diesem, bald jenem ausländischen Fürsten anzubieten, in der Hoffnung, seine Selbständigkeit gegenüber einem gewählten und immer wieder bei jeder neuen Thronbesetzung von seinen Stimmen abhängigen König leichter behaupten zu können, als gegenüber einem eigenen Herrscher. Damit wurde Böhmen zunächst zum Mittelpunkt der Intrigen und Machtkämpfe aller ausländischen benachbarten Dynastien, [163:] dann zu einem der Pulverfässer Europas. Der Verzicht Böhmens auf ein eigenes Königtum bedeutete für alle benachbarten Dynastien eine Einladung zuzugreifen und sich zu bedienen. Die Habsburger handelten ebenso skrupellos wie jede andere Dynastie. Sie griffen zu, versuchten, das Ergriffene zu halten – und rissen Böhmen ihrerseits in die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges hinein.

Thurn und die Seinen hatten vergessen, daß zwischen den Zeiten der Königswahlen wie Königsabsetzungen und ihren eigenen Tagen zwei Jahrhunderte vergangen waren, daß die Könige nicht mehr

Erste unter Gleichen und die Ritter nicht mehr unumschränkte Herren im eigenen Machtbereich waren. Während der Donner der neuen Kanonen in Europa zu grollen anhob, während sich die riesigen Schatten Richelieus, Gustav Adolfs und Cromwells am Horizont der Zeit abzuzeichnen begannen, während die Armeen der neuen Großmächte zum Kampf um die Beherrschung des Kontinents antraten, versuchten die böhmischen Herren, sich der Rivalitäten Europas für ihre Ziele zu bedienen. Es war, als steuere ein kleines Segelboot freiwillig in einen Orkan, um den Stoß des furchtbaren Sturmes zur raschen Fahrt auszunützen.

Aber Thurn und seine Fürsten auf der einen, Ferdinand II. auf der anderen Seite, sie alle waren Männer. Die einen wie der andere hatten eine politische Konzeption und ein politisches Ziel, die einen wie der andere waren bereit, für dieses Ziel zu kämpfen und zu sterben. Die einen kämpften um die Erhaltung der Unabhängigkeit ihres Staates und um ihre eigene politische Existenz, der andere um die Erhaltung des österreichischen Absolutismus. Die einen wie der andere gingen ihren Weg zu Ende, ohne zu schwanken und zu bedauern, ohne den Sieger um Gnade zu bitten. Die Männer von Prag gingen durch die kurze Glorie der Freiheit, über den Staub der Schlacht und durch die Bitternis der Niederlage am Weißen Berge bis zum Henkersblock am Altstädter Ring; Ferdinand ging durch die Einsamkeit der Linzer Karfreitagsprozession, durch den Steinhagel der Aufständischen von 1619 vor den Toren der Hofburg, durch einen endlosen Krieg, der täglich von neuem verloren schien, aber den Sieg erlebte er nicht mehr.

Sieger wie Besiegte, beide stehen sie menschlich und politisch turmhoch über den wirklich Schuldigen und den wirklichen Verlierern dieses Krieges – den deutschen Fürsten, den jämmerlichen und feigen Scharlatanen Friedrich von der Pfalz und Mansfeld, den Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, Christian von Braunschweig und wie jene Männer hießen, die den Krieg schürten und lebendig hielten, ohne den Mut zu haben, ihn zu führen. Wann immer es schien, als wäre der Herd des Krieges verglüht, als könnte das besiegte Böhmen darangehen, wenigstens seine zerstörten Städte wieder aufzubauen, wenigstens die nackte Existenz der Nation zu erhalten und zu sichern, waren es immer wieder die Zänkereien der deutschen Abenteurer, die Privatpolitik der deut-[164:]schen Landsknechtsführer, die das Feuer anbliesen. Was Böhmen schließlich das Rückgrat brach, war nicht der Weiße Berg – nicht einmal die Gegenreformation. Es war der endlose, erbarmungslose Krieg, der dreißig Jahre lang auf seinem Territorium tobte und es als Wüste hinterließ, der Krieg, der sich immer von neuem an den Privatkriegen der protestantischen Fürsten Deutschlands entzündete oder von ihnen bewußt entzündet wurde.

Diese Glücksspieler, die immer wieder bereit waren, die Existenz anderer Völker zu opfern, um ihre eigene Position zu verbessern oder ihre Taschen zu füllen, hatten, wenn der Krieg an ihre Länder heranzüngelte, nicht einmal den Mut, ihre eigene Existenz zu verteidigen. Sie überschütteten die Kanzleien Europas mit Beistandsforderungen und Bündnisangeboten. Sie verkauften das Versprechen eines ewigen Bündnisses für ein Landsknechtsheer oder eine Geldsubvention und brachen es, ehe noch die Tinte ihrer Unterschrift auf dem Pakt getrocknet war. Sie flehten ganz Europa um Hilfe an gegen die Tyrannei und die Intoleranz, gegen die Fremdherrschaft der Habsburger und ihrer Jesuiten – aber niemals, nicht einmal unter dem Schutz und der Führung Gustav Adolfs, vermochten sie sich zum Kampf gegen diese Fremdherrschaft aufzuraffen und auf die gegenseitigen Intrigen zu verzichten. Sie setzten Europa in Flammen, dann lebten sie als Pensionäre an den Höfen von Polen und England, Holland und Schweden, feilschten um Renten und Pensionen und beschwerten sich, weil ihre Frauen nicht standesgemäß untergebracht waren.

Als die böhmischen Herren am Altstädter Ring starben, galten ihre letzten Worte und ihre letzten Tränen Böhmen. In der Stunde ihres Opfertodes war es, als fiele der alte, fast verloschene Glanz jener Klasse der Ritter und Kämpfer, deren Schwert einst das aus Trümmern auferstehende Europa schützte, wieder ungetrübt auf ihre letzten Söhne. Sie hinterließen ihrer Nation jenes Vermächtnis der Vaterlandsliebe, aus dem ihre Urenkel in den Jahren einer noch dunkleren Unterdrückung Kraft schöpften. Am Altstädter Ring schloß sich der Riß, der zwischen ihnen und den anderen Teilen ihres Volkes aufgebrochen war, sie wurden sein Erbe und sein Besitz.

Friedrich von der Pfalz hatte seine Krone verspielt und verloren. Jenseits der sicheren Grenze begann der „Winterkönig“ aufs neue zu verhandeln, um „sein“ Königreich wiederzubekommen. Diese protestantisch-deutschen Verhandlungen, von denen es zu Taten weit war, hätten das unglückliche Böhmen nicht daran gehindert, wenigstens nach der Niederlage Frieden zu finden. Aber es gab noch einen anderen deutschen Fürsten, der am Frieden nicht interessiert war – Ernst von Mansfeld. Diese in einem Landsknechtsführer personifizierte Erbschaft, die der Winterkönig Böhmen hinterlassen hatte, mußte den Krieg um jeden Preis verlängern. Nur so konnte er sein Kapital – seine Landsknechtsarmee – ausnützen, sei es dadurch, daß Ferdinand oder der [165:] Herzog von Bayern sich entschlossen, sich den Frieden zu erkaufen, indem sie ihn in ihre Dienste nahmen, sei es dadurch, daß ein anderer protestantischer Fürst, der natürlich eine Armee brauchte, in den Krieg hineinstieg.

Mit Ausnahme Friedrichs von der Pfalz, der zwar Lust, aber kein Geld hatte, Frankreichs, das zwar Geld, aber einstweilen keine Lust hatte, und Christians von Braunschweig, eines neuen selbsternannten Parteigängers Friedrichs, schien im Augenblick niemand geneigt, Mausfelds Dienste in Anspruch zu nehmen. Mansfeld blieb also in Böhmen und, als man ihn von dort vertrieb, in dem benachbarten Gebiet der heutigen bayrischen Pfalz, die ebenfalls dem Winterkönig gehörte verwüstete durch Requisitionen das Land, ließ hin und wieder Bauern oder Bürger foltern, um Geld herauszupressen, verhandelte ständig mit Béthlén Gábor und war ansonsten überzeugt, daß sich für ihn, wenn er lange genug wartete, Beschäftigung finden würde. Auf der anderen Seite meldete der Herzog von Bayern als Gegenleistung für die im Jahre 1619 und 1620 an Ferdinand erteilte Hilfe Ansprüche auf die bayrische Pfalz, den Besitz Friedrichs, an. Ferdinand war an einem Ausverkauf der Pfalz, einer Stärkung Bayerns und vor allem an der Weiterführung des Krieges mit besonders interessiert. Für ihn war es im Augenblick wichtiger, Frieden zu haben, um die Gegenreformation und die Liquidierung der Adelsfronde in Österreich zu beenden. Aber ein Schuldner hat keine Wahl. Er hatte bereits an den Herzog von Bayern Oberösterreich verpfändet, um auf diese Weise für den Feldzug von 1619 und 1620 zu bezahlen – Geld für Barzahlung hatte er nicht. Die einzige Möglichkeit, Oberösterreich wiederzubekommen, war, Bayern durch Hilfe bei der Eroberung der Pfalz zu entschädigen.

Der Krieg schleppte sich – nicht sehr energisch und nicht sehr heftig geführt – bis 1623 weiter. Die deutschen protestantischen Fürsten standen die ganze Zeit hindurch „Gewehr bei Fuß“, das heißt, sie verfaßten Protestresolutionen, sammelten etwas Geld für Landsknechtsarmeen und hüteten sich im übrigen aktiv einzugreifen. Für einen Außenstehenden jedoch sah es so aus, als sammle sich hier eine kampfbereite protestantische Armee und als würde jeder starke Fürst, der unter protestantischer Flagge auf Eroberungen in Mitteleuropa ausging, zahllose deutsche protestantische Verbündete finden.

Der erste nichtdeutsche Fürst, der diese Fehlspekulation beging war Christian von Dänemark. 1624 begann er den Marsch von der norddeutschen Küste ins Innere des Landes. Aus dem Bürgerkrieg in Böhmen und Österreich, aus der Strafexpedition gegen Friedrich und Mansfeld war ein ernster, internationaler Krieg geworden.

Christian von Dänemark war ein anderer Gegner als Friedrich oder Mansfeld. Er beherrschte ein verhältnismäßig konsolidiertes Land eine der neuen, auf den Atlantikhandel ausgerichteten Mächte, die politisch und wirtschaftlich England näher standen als den Ländern des Konti-[166:]nents, und in denen die Schaffung einer reformierten Staatskirche, ebenso wie in England, zur Stärkung der Position der Krone geführt hatte. In den ersten Wochen des Krieges, der sich vor allem am Ufer der Wesel abspielte, konnte sich die katholische Armee unter dem Kommando des bayrischen Feldherrn Tilly behaupten – aber gerade nur behaupten. Es war klar, daß diese Armee allein auf die Dauer nicht genügen würde, insbesondere weil die spanische Armee, die in den Niederlanden und im Veltlin beschäftigt war, im Augenblick als Hilfskraft nicht zur Verfügung stand.

Für die Aufstellung einer neuen großen Armee sprachen vom Gesichtspunkt Ferdinands nicht nur militärische, sondern auch politische Gründe. In den letzten Jahren war der Krieg im wesentlichen mit den Truppen Bayerns, kommandiert von Tilly, geführt worden. Selbstverständlich ließ sich Bayern diesen Hauptanteil am Kampf teuer bezahlen – die Verpfändung Oberösterreichs, die Eroberung der Pfalz waren nur Beispiele für die Forderungen, die Bayern stellte oder morgen stellen würde. Je

schwerere Kämpfe man von dieser bayrischen Armee verlangte, je mehr Landsknechte der Herzog von Bayern engagieren mußte, desto höher mußten die Forderungen werden. Es kam noch hinzu, daß Tilly seine militärischen Weisungen in erster Linie aus München erhielt und die Wünsche und Richtlinien, die aus Wien kamen, befolgte – oder nicht befolgte, je nachdem ihre Erfüllung ihm oder dem bayrischen Fürsten paßte.

Ferdinand suchte und fand eine eigene, nur von ihm abhängige Armee. Ihr Kommandant und Besitzer war der Mann, der vor wenigen Jahren noch ein armer Offizier in einer mährischen Garnison gewesen war und dem der Kaiser nun bereits eine halbe Million Gulden schuldete – der Überläufer und größte Grundherr Böhmens, Albert Vaclav Waldstein oder Wallenstein. Wallenstein und die Armee, die nur er aufstellen, ernähren und bezahlen konnte – das war der Ausweg für Ferdinand. Mit der Einsetzung Wallensteins als Kommandanten der österreichischen Kräfte erhaschte er zwei Fliegen auf einen Schlag. Er antwortete auf die dänische Drohung und befreite sich gleichzeitig von der bayrischen militärischen Vorherrschaft. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß der bayrische Hof, der Ferdinands Motive richtig verstand, von Beginn an gegen die Ernennung Wallensteins Sturm lief, ständig für, seine Absetzung eintrat und seine Bemühungen eine Zeitlang fast mehr auf die Entfernung Wallensteins, als auf die Vertreibung der Dänen konzentrierte.

Wallenstein hatte Ferdinand angeboten, eine Armee von 50.000 Mann aufzustellen und zu bewaffnen, eine für damalige Zeiten außergewöhnlich hohe Zahl. Als Gegenleistung verlangte er das unbeschränkte Kommandorecht über sein Heer, das Recht, selbst seine Offiziere einzusetzen, einen Herzogtitel und die Steuereinkünfte eines Teils von Böhmen als Kriegssubvention. Die Zahl von 50.000 schien dem Hof so phantastisch, daß die Minister Ferdinands ihm rieten, auf die Dienste dieses wahn-[167:]sinnigen Prahlers zu verzichten. Aber Ferdinand besaß die Gabe politische und militärische Talente zu erkennen, und in seinen Dienst zu ziehen. Er erfüllte die Bedingungen Wallensteins, machte ihn zum Herzog von Friedland und schickte ihn gegen Christian von Dänemark vor. Schon nach kurzer Zeit zählte die Armee Wallensteins 22.000, dann 30.000, schließlich mehr als 50.000 Mann. Sie war so glänzend organisiert, so gut versorgt, der Dienst darin versprach eine so reiche Beute, daß Abenteurer und Unbeschäftigte aus allen Ländern zu ihr strömten. Die Zeit war überdies der Aufstellung einer Landsknechtsarmee günstig. Die Wirtschaftskrise und die sozialen Umschichtungen hatten zur Verarmung Tausender geführt, die nun im Landsknechtsdienst den einzigen Ausweg sahen. Es begann auch schon jenes Moment zu wirken, das später zum Fluch und zum Hauptproblem des Dreißigjährigen Krieges wurde und seine Beendigung so erschwerte. Zu den Tausenden von der Transformationskrise Betroffenen kamen Tausende aus den bereits vom Krieg verwüsteten Gebieten dazu. Diese Opfer des Landsknechtskrieges hatten ihrerseits keine andere Wahl, als selbst Landsknechte zu werden, oder zu verhungern. Die ständige Vergrößerung der Landsknechtsarmeen bot jedem gebietshungrigen Fürsten, jedem Abenteurer die Möglichkeit, auf eigene Faust Krieg zu führen, indem er sich eine solche Armee engagierte. Überdies wurde die Sache immer billiger, weil die Landsknechtsführer bald einander zu unterbieten begannen. Die Armeen, die nicht „engagiert" waren, machten sich als Räuberbanden in den Gebieten, in denen sie gerade standen, selbständig und vergrößerten ihrerseits die Zahl der ausgeplünderten Bauern und künftigen Landsknechte. Mitte und Ende der dreißiger Jahre gab es bereits Gebiete, in denen die Zahl der Soldaten der der Zivilbevölkerung gleichkam oder sie überstieg. Um die gleiche Zeit begannen die Kriegführenden langsam die Kontrolle über diese rasend sich vergrößernde Lawine der Armeen zu verlieren, bis schließlich keine Macht allein mehr imstande war, den Krieg zu beenden. Selbst den vereinten Bemühungen der Großmächte die schon 1642 entschlossen waren, Frieden zu schließen und in diesem Jahr mit den Waffenstillstandsverhandlungen begannen, gelang es erst nach sechs Jahren, ihre Armeen soweit in die Hand zu bekommen, daß sie die Feindseligkeiten beenden konnten, und erst nach weiteren vier Jahren gelang es, die Armeen völlig zu demobilisieren.

Wallensteins Privileg, sich seine Offiziere selbst zu wählen, hatte vom militärischen Gesichtspunkt den Vorteil, daß er sich seine Offiziere nach militärischer Befähigung und nicht nach aristokratischen Beziehungen und politischen Rücksichten aussuchen konnte. Auf der anderen Seite hatte es – vom Gesichtspunkt des Kaisers, wenn auch nicht vom Gesichtspunkt Wallensteins – den Nachteil, daß

hier sehr rasch eine Prätorianerarmee entstand, die auf die Person ihres Feldherren und auf niemanden sonst eingeschworen war, und die einmal zu einer gefährlichen Waffe in seiner Hand werden konnte.

[168:] Wallenstein und Tilly marschierten nach dem Norden vor und besetzten bald die Gebiete von Magdeburg und Halberstadt. Die Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg versuchten zunächst, zwischen den Kaiserlichen und Christian zu vermitteln, schlugen sich aber bald als „sympathisierende Nichtkriegführende“ auf die Seite Christians. Der König von Dänemark stellte sich zusammen mit Mansfeld und dem Herzog von Braunschweig an der Spitze von 60.000 Mann Wallenstein und Tilly entgegen. Nach einigen Vorgefechten wurde seine Armee von der Tillys bei Lutter vernichtend geschlagen. Der König verlor 8000 Mann, die Hälfte seiner Offiziere, seinen ganzen Train, seine gesamte Artillerie und mußte sich in sein eigenes Territorium zurückziehen. Von da ab schied Christian praktisch aus dem Kriege aus, seine einzigen Kriegshandlungen waren die Verteidigung seiner Territorien gegen gelegentliche Grenzüberfälle der Kaiserlichen.

Mansfeld, der inzwischen von Wallenstein bei Dessau geschlagen worden war, zog sich nach Brandenburg zurück, wo er neue Truppen aufstellte und sich mit einer der dänischen Armeen unter Führung des Herzogs von Weimar vereinigte. Dann stieß er plötzlich nach Schlesien vor, überrannte Mähren und vereinigte sich schließlich bei Preßburg mit ungarischen aufständischen Truppen und mit Béthlén Gábor, der von türkischen Hilfskräften unterstützt wurde. Militärisch war der Zug keine geringe Leistung und wurde überdies, da der Krieg sich somit nach langer Zeit wieder den Habsburgischen Kronländern näherte, Ferdinand wirklich gefährlich. Aber Wallenstein war ebenso schnell wie Mansfeld. Er verfolgte ihn mit 30.000 Mann und drängte die vereinigte feindliche Armee in eine so ausweglose Position, daß Béthlén vorzog, kampflos Frieden zu schließen, die ungarischen Truppen ebenfalls kapitulierten und Mansfeld mit wenigen Offizieren nach Venedig fliehen mußte. Er starb auf dem Wege dorthin – man weiß nicht, ob an Fieber oder durch Gift. Im selben Monat starb in Wolfenbüttel der zweite deutsche Kondottiere, Christian von Braunschweig, auf die gleiche ungeklärte Weise.

Die aktiven Kriegsteilnehmer der protestantischen Koalition waren somit geschlagen, aber die Koalition selbst, war noch nicht zertrümmert. Noch war die Macht jener protestantischen Fürsten, die sich nicht am Krieg beteiligt hatten, nicht gebrochen. Und noch fiel über die Ostsee und weit nach Deutschland hinein der Schatten des Mannes, der, seine Chance abwartend, in seiner Hauptstadt saß, von dem aber ganz Europa wußte, daß er das kommende Haupt einer übermächtigen protestantischen Koalition sein werde – Gustav Adolf von Schweden.

Was von Dänemark gegolten hatte, galt in vervielfachtem Maße von Schweden. Das Land Gustav Adolfs war auf dem besten Wege, eine europäische Großmacht zu werden. Gustav Adolf, hatte den Adel gebändigt, die Verwaltung zentralisiert und modernisiert. Schweden hatte seine reichen Erzgruben dazu verwendet, die größte und modernste Waffenfabrikation Europas – größer als die Österreichs – aufzubauen und [169:] besaß eine Flotte, die sich weder vor der Englands noch vor der Frankreichs zu verstecken brauchte. Zu alledem besaß Schweden eine Armee, die sich grundsätzlich von allen, auch den modernsten Armeen Europas unterschied. Schwedens Armee war das erste nationale Heer Europas, das erste Heer, das – wenigstens zu Lebzeiten Gustav Adolfs – nicht ein Landsknechtsheer war, das an den Meistbietenden verkauft wurde, sondern eine Armee, die wußte, wofür sie kämpfte. Die schwedische Armee bestand – wenigstens in den ersten Jahren nach ihrer Landung in Deutschland (1630) – vor allem aus Schweden. Ihre Soldaten fühlten sich als Kämpfer für die heilige Sache des Protestantismus, als „Krieger Gottes“ und als Träger der Größe und der Macht Schwedens. In den ersten Jahren nach ihrem Einfall nach Deutschland war in dieser Armee Plündern und starke Trunkenheit bei Todesstrafe verboten, Offiziere und Kommandanten kleideten sich bewußt einfach. Vor der Schlacht knieten König und Soldaten gemeinsam mit entblößtem Haupte nieder und stürmten dann, die neuen protestantischen Hymnen singend, in den Kampf. Die Armee Gustav Adolfs war den Armeen der übrigen Länder Europas in dem Ausmaß und in der Weise überlegen, wie die Heere der französischen Revolution später den alliierten Heeren überlegen waren. Es gab zwar in den Armeen aller Großmächte eine Tendenz zur Überwindung der überzeugungslosen Kriegsführung der Landsknechtszeit, sowohl Richelieu als auch Wallenstein versuchten, ihr Heer

zum bewußten und bewaffneten Arm einer Nation zu machen, aber diese Entwicklung steckte doch noch in ihren Anfängen. Nur die spanische Infanterie, die bei der Schlacht von Nördlingen mit dem Ruf „Viva España!“ („Es lebe Spanien!“) angriff, konnte sich in dieser Hinsicht halbwegs mit der schwedischen Armee vergleichen.

1627 und 1628 war Gustav Adolf noch nicht in den Krieg eingetreten. Aber alle Beteiligten waren sich darüber klar, daß er nur auf einen geeigneten Moment wartete Die österreichische Politik in jener Periode hatte das Ziel, die Position des Kaisers noch vor dem Beginn der großen Auseinandersetzung mit Gustav Adolf zu festigen – sowohl politisch als auch militärisch. Sowohl Wallensteins Marsch zur Ostsee als auch Ferdinands Versuch, die deutschen Protestanten endgültig zu vernichten, sind ein Resultat dieser Zielsetzung. Unglücklicherweise gerieten Feldherr und Politiker dabei miteinander in Konflikt.

Ferdinands Politik bestand in der Vollendung der Gegenreformation, der völligen politischen Entmachtung Böhmens und seiner Verwandlung aus einer halbautonomen Provinz in ein habsburgisches Kronland. Dieser Status Böhmens wurde im Edikt von 1627 gesetzlich niedergelegt. Zu gleicher Zeit traf Ferdinand eine Verfügung, die die Teilung der österreichischen Länder zwischen verschiedenen Zweigen der Familie Habsburg und damit eine Wiederholung des „Bruderzwistes“ unmöglich machen sollte. Er bestimmte, daß alle österreichischen Länder, zusammen mit Böhmen und Ungarn, in Zukunft als unteilbare Einheit den habsbur-[170:]gischen Thronfolgern vererbt werden mußten – nur Tirol wurde von dieser Regelung ausgenommen. Das war in Österreich. In Deutschland versuchte Ferdinand das Kräfteverhältnis zwischen Katholiken und Protestanten zugunsten der Katholiken zu verändern. Das geschah durch die Absetzung einer Reihe von protestantischen Fürsten insbesonders der Teilnehmer am Krieg 1619-1626, vor allem Friedrichs von der Pfalz und Christians von Braunschweig, und die Aufteilung ihrer Länder unter den Mitgliedern der katholischen Konföderation. Begreiflicherweise wehrten sich die protestantischen Fürsten verzweifelt gegen diese Maßnahmen. Ihr Widerstand vervielfachte sich und wurde soweit zum offenen Kampf, soweit deutsche protestantische Fürsten überhaupt kämpfen konnten, als diese Politik Ferdinands im Restitutionsedikt 1629 ihren Höhepunkt fand.

Das Restitutionsedikt sah vor, daß alle Länder, die seit dem Augsburger Vertrag aus der Hand der Kirche oder aus der Hand katholischer Fürsten in protestantische Hände übergegangen waren wieder der katholischen Kirche oder ihrem Stellvertreter – dem Kaiser – zurückgegeben werden mußten. Die Maßnahme hätte eine völlige Veränderung im deutschen Kräfteverhältnis ergehen: die protestantischen Länder wären gegenüber den katholischen aus einer Majorität zu einer Minorität geworden. Dutzende von protestantischen Herrschern, die auf dem Wege der Säkularisierung zu Beherrschern verhältnismäßig großer Territorien geworden waren, hätten sich über Nacht in Fürsten zurückverwandelt, die über eine Kleinstadt und die sie umgebenden drei oder vier Dörfer herrschten.

Ferdinand hatte seine Macht überschätzt. Vielleicht hatte er nicht damit gerechnet, daß es überhaupt einen Punkt gab, an dem die deutschen Fürsten zum Widerstand bereit wären, vielleicht hatte er auf eine raschere Beendigung des Ostseefeldzugs spekuliert, der die militärische Grundlage für diese politische Maßnahme liefern sollte. Vielleicht hatte er auch va banque gespielt und nach seiner Gewohnheit eine Maßnahme, die er aus politischen und weltanschaulichen Gründen für notwendig hielt, einfach durchgeführt mit der Hoffnung „irgendwie“ würde es schon gehen. Man darf nicht vergessen, daß Ferdinand neben anderen Dingen ein frommer Katholik war, der, wenn es hart auf hart ging, das, was er für seine religiöse Pflicht hielt, mit fast fanatischer Hingabe und Rückhaltlosigkeit durchführte, selbst auf die Gefahr hin, dabei Krieg und Krone zu verlieren. Und die Durchführung der Restitution mußte ihm sowohl als Vertreter einer Großmachtpolitik, wie als „Defensor fidei“ als unausweichliche Notwendigkeit erscheinen.

Die Verkündung und der Beginn der Durchführung des Restitutionsedikts wirkte auf die deutschen protestantischen Fürsten wie das Erscheinen eines Fuchses auf die Bewohner eines Hühnerstalls. Nicht, daß die Herren Ferdinand den Krieg erklärten; sie hatten, wie die Ereignisse zeigten, eine tiefeingewurzelte Abneigung davor, ihre Kriege selbst [171:] auszukämpfen, und neigten mehr dem

Standpunkt zu, es sei die Pflicht anderer Völker für sie diese unangenehme Operation durchzuführen. Aber aus allen Hauptstädten der deutschen protestantischen Fürstentümer rasten nun Eilboten an den schwedischen Hof, die Gustav Adolf versicherten, die protestantische Sache sei in Lebensgefahr und es sei für ihn höchste Zeit, sie retten zu kommen. Nebenbei boten sie ihm nach alter Gewohnheit Bündnisse und Beistandspakte an, die sie später – ebenfalls nach alter Gewohnheit – nicht hielten.

Gustav Adolf, der auf protestantische Art genau so eine machtpolitische Konzeption mit der Überzeugung, „Defensor fidei" zu sein, verband, wie Ferdinand auf katholische, ließ sich nicht lange bitten. 1630 landete er mit seiner Armee in Norddeutschland.

Inzwischen war es gerade um die Frage des Restitutionsedikts zwischen Wallenstein und Ferdinand zu den ersten tiefen Differenzen gekommen. Wallensteins militärische Handlungen verfolgten das gleiche Ziel wie Ferdinands politische: Gustav Adolf durch eine Pazifizierung und Absperrung Deutschlands die Landung und die Kriegführung in Mitteleuropa unmöglich zu machen. Wallensteins Ziel war es, die Ostseeküste zu besetzen und durch Schaffung eines starken österreichischen oder mit Österreich verbündeten Grenzfürstentums – des Fürstentums Friedland unter seiner Herrschaft – militärisch zu sichern. Daß Wallenstein nebenbei noch mit dem phantastischen Plan operierte, ein einiges deutsches Reich unter der Herrschaft Ferdinands zu schaffen („mild nach innen, stark nach außen"), in dem Ferdinand etwa die Rolle des Königs von Frankreich und er selbst die Rolle eines Richelieu spielen sollten, tut der Zweckmäßigkeit seines Ostseeplanes keinen Abbruch. Dieser Plan war kühn und originell, aber nicht durchführbar, schon gar nicht in einer Zeit, in der Armeen monatelang Hunderte von Meilen von ihrem Territorium entfernt operieren und sich behaupten konnten.

Der Plan Wallensteins scheiterte an dem militärischen Widerstand einiger Ostseefestungen, vor allem Stralsunds, die sich gegen alle Angriffe des Wallensteinschen Heeres hielten. Die einzige Methode, Festungen zu nehmen, war zu jener Zeit noch immer, sie auszuhungern, beziehungsweise zu warten, bis den Belagerten die Munition ausging. Bei einer Festung, die am Meer gelegen war und infolgedessen von der See her versorgt werden konnte, konnte der Belagerer, wenn er nicht zu gleicher Zeit eine Blockade zur See durchführte, auf den Fall der Festung bis zum jüngsten Tag warten. Den spanischen Generälen, die Seekrieg und Landkrieg gleich gut beherrschten, hätte das Problem Stralsund keine Schwierigkeiten gemacht, aber Wallenstein stammte aus Böhmen, das, trotz gegenteiliger Behauptungen Shakespeares, nicht am Meer liegt, und stand daher bei aller Genialität den Erfordernissen eines Seekriegs hilflos gegenüber. So endete der Ostseezug mit einem Fiasko.

Nicht unnatürlicherweise versuchte Wallenstein für das Scheitern seiner Pläne andere verantwortlich zu machen. Er erklärte Ferdinand [172:] empört, am Mißlingen des Feldzuges sei vor allem das Restitutionsedikt schuld, das die protestantischen Ostseestädte und die Fürsten der angrenzenden Gebiete zu fanatischem Widerstand angespornt und damit den Fall der Festungen verhindert hatte. Anschließend verlangte er die sofortige Aufhebung des Edikts.

Ferdinand erwiderte Wallenstein mit einer Botschaft, die, wenn man die Höflichkeitsfloskeln der damaligen Korrespondenz abrechnet, auf die Aufforderung hinauslief, Wallenstein möge sich mit der Kriegführung beschäftigen und die Politik ihm überlassen. Damit war die Frage allerdings weder für den Feldherrn, noch für den Kaiser erledigt.

Was in den nächsten Monaten geschah, ist nicht ganz klar. Es läßt sich heute nicht mit Sicherheit sagen, ob Wallenstein schon damals mit der deutschen Protestantenkoalition zu verhandeln begann und sich von ihr Zusicherungen für den Fall geben ließ, daß *er* die Aufhebung des Restitutionsedikts durchsetzen würde, oder ob diese Nachrichten einfach vom bayrischen Hof erfunden und Ferdinand zugetragen wurden, um auf diese Weise den verhaßten General loszuwerden.

Wie es auch sei, Wallenstein war nicht der Mann, der sich durch eine kaiserliche Absage von seiner Meinung abbringen ließ. Er fuhr fort, gegen das Restitutionsedikt Sturm zu laufen und verlangte immer deutlicher ein Kompromiß mit den deutschen Protestanten. Ferdinand wiederum war nicht der Mann, der sich so etwas lange gefallen ließ. Wenn es etwas gab, was nach seinen politischen Erfahrungen auf ihn wirkte wie ein rotes Tuch auf einen Stier, waren es Generäle, die sich in Politik

mischten um so mehr, wenn sie zur Versöhnung mit den Protestanten rieten: Daß der betreffende General soeben einen wichtigen Feldzug verloren hatte, stimmte ihn auch nicht gerade milder. 1630 wurde Wallenstein abgesetzt und aufgefordert, sich auf seine Güter zurückzuziehen. Wenige Monate später landete Gustav Adolf in Pommern.

Diese Landung der schwedischen Armee veränderte die Kriegslage radikal. Zum ersten Male in diesem Kriege gab es in Deutschland so etwas wie eine breite und verhältnismäßig einheitliche Bewegung, die eine militärische und politische Einigung aller deutschen Protestanten unter der Führung Schwedens forderte. Es waren vor allem die protestantischen Städte, die Gustav Adolf als ihren Führer betrachteten und die Fürsten aufforderten, sich mit ihm in einer Allianz gegen den Kaiser zu vereinigen und die deutschen Länder von der fremden Herrschaft der Habsburger zu befreien. Zum ersten Male seit 1525 begannen auch die Bauern, wenn auch noch zögernd und vereinzelt, sich wieder um politische Fragen zu kümmern, und in den ersten zwei Jahren des schwedischen Feldzuges gab es unter den Freiwilligen, die zu Schwedens Armeen stießen, auch kleine Bauerndetachements. Der Druck der öffentlichen Meinung und die Tatsache, daß sich den deutschen Ländern hier zum ersten und zum letzten Male die Gelegenheit bot, wenigstens im Schat-[173:]ten und mit Hilfe einer fremden Macht ihre Einigung zu einem Staat zu vollziehen, änderten grundsätzlich nichts am Charakter und an der Politik der deutschen Fürsten. Sie blieben unentschlossene Intriganten, unzuverlässige Verbündete, sie ließen die einzigartige Gelegenheit ungenützt vorübergehen. Aber mit dem Beginn des schwedischen Marsches durch Deutschland begann sich doch so etwas wie eine gemeinsame Politik der Schweden und der protestantischen Länder abzuzeichnen, begannen die protestantischen Fürsten etwas aktiver zu werden als in den Jahren vorher. Wenige Monate nach der Landung erließen die protestantischen Länder ein Manifest, in dem sie zur Schaffung einer protestantischen Konvention aufforderten. Diese Konvention bildete sich kurze Zeit später und schickte eine Aufforderung an den Kaiser, das Restitutionsedikt aufzuheben und seine Truppen aus Deutschland abzuziehen. Der Aufruf, der von Sachsen, Brandenburg, Anhalt, Baden, Hessen, Braunschweig, Lüneburg, Württemberg, Mecklenburg und vielen freien Städten unterzeichnet wurde, war praktisch eine Kriegserklärung an Ferdinand. Schließlich wurde 1633, schon nach dem Tode Gustav Adolfs die Allianz von Heilbronn zwischen Schweden, Frankreich und den protestantischen Fürsten abgeschlossen.

Auch im Rahmen dieser Allianz blieben die deutschen Fürsten nur temporäre Partner, die der gemeinsamen Front beitraten und sie wieder verließen, wie es ihnen gefiel, und die versuchten, sich jede politische und militärische Hilfeleistung, die man von ihnen verlangte, teuer bezahlen zu lassen. Die Koalition war so wenig fest, daß zwei Jahre später, im Frieden von Prag, der größte Teil der deutschen Fürsten auf die Seite Ferdinands überging. Die Briefe, die zwischen 1630 und 1632 zwischen Gustav Adolf und seinem Kanzler Oxenstierna gewechselt wurden, enthalten nicht wenig unfreundliche Charakteristiken der deutschen Bundesgenossen Schwedens.

Trotzdem genügte auch diese, für eine radikale Änderung der deutschen Verhältnisse ungenügende Konzentration der Kräfte, um die Lage für Ferdinand außerordentlich bedrohlich zu machen. Aus einem verhältnismäßig gemütlich geführten Krieg um die Neutralisierung oder Unschädlichmachung der deutschen Protestanten, aus einer Art Strafexpedition mit der Möglichkeit riesiger Gebietszuwachse, wurde plötzlich ein Krieg um die Existenz des österreichischen Staates und um die Existenz der Dynastie. Wenn Ferdinand jemals ernsthaft an eine Eroberung Deutschlands und an eine Einverleibung der deutschen Länder in die Länder der Habsburgerkrone gedacht hatte, so mußte er sich diese Träume jetzt aus dem Kopf schlagen. Gustav Adolf hatte den Plan vom Habsburgerstaat, der im Süden bis zum Mittelmeer, im Norden bis zur Ostsee reichte, und mit dem vielleicht nicht Ferdinand, sicher aber Wallenstein gespielt hatte, radikal durchkreuzt. Jetzt ging es um Kopf und Kragen. Gustav Adolf erklärte laut seine Absicht, Wien zu nehmen und die Habsburger abzusetzen. Zum ersten Mal seit 1620 wurde der [174:] Krieg wieder in die kaiserlichen Länder getragen, in einem Ausmaß, daß auch die eigentlichen österreichischen Länder, die bis dahin vom Kriege fast verschont geblieben waren, in die unmittelbare Nähe der Front gerückt wurden. 1631 fiel Johann Georg von Sachsen in der Lausitz ein, während die Truppen Gustav Adolfs Prag besetzten. In den von den Schweden und Protestanten eroberten böhmischen und mährischen Ländern wurde übrigens in gewissem

Ausmaß auch eine Wiedereinsetzung der vertriebenen böhmischen Adeligen in ihre alten Besitztümer durchgeführt.

Die Landung Gustav Adolfs hatte noch eine andere Auswirkung. Sie brachte Frankreich, das bis dahin zwar eine treibende Kraft hinter den deutschen Protestanten war, selbst aber vorzog, im Hintergrund zu bleiben, nach einiger Zeit offen in den Krieg. 1631 wurde zwischen Frankreich und Schweden ein geheimer Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung abgeschlossen. Die protestantischen Fürsten wurden zum Beitritt aufgefordert. Trotz diesem Vertrag kam es erst 1635 zur Kriegserklärung Frankreichs an Ferdinand, weil die volle Verwirklichung der französisch-schwedischen Allianz in den Jahren, die dazwischen lagen, am französisch-schwedischen Kampf um die Führung in der Allianz scheiterten. Gustav Adolf und, nach Gustav Adolfs Tod, Oxenstierna versuchten, Frankreich in eine Stellung hineinzumanövrieren, in der es gezwungen war, ein Maximum an militärischer Hilfe für ein Minimum an politischem Einfluß zu gehen. Frankreich versuchte dasselbe Manöver Schweden gegenüber. Erst einige Zeit nach Gustav Adolfs Tod und der seinem Tod folgenden Schwächung der Position Schwedens gelang es Richelieu, schließlich zum offenen Führer der Koalition zu werden.

Der Eintritt Frankreichs und des mit ihm verbündeten Holland brachte 1635 fast automatisch auch Spanien in den Krieg. Der Eintritt Schwedens in den Kampf machte also den Dreißigjährigen Krieg nun ganz offen zum europäischen Krieg, der, zwischen den Großmächten ausgetragen, die kleinen Mächte wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieb. Seit 1631, und noch mehr seit 1635, wurde es für sie fast unmöglich, aus dem Krieg auszuscheiden und neutral zu werden. Die Kriegführenden scheuten sich nun überhaupt nicht mehr, ihre Kämpfe auf dem Territorium der Neutralen auszutragen, wenn sie es für nötig hielten, oder wenigstens den Heuschreckenschwarm ihrer Truppen, die seit 1632 immer mehr auf eigene Faust kämpften und kaum mehr kontrolliert werden konnten, dort zu stationieren. Für jeden Neutralen war es deshalb immer noch besser, Kriegführender zu werden, wenigstens konnte er sich gegen die schlimmsten Ausschreitungen der Truppen auf seinem Gebiet bewaffnet wehren und hin und wieder an seine Verbündete Schadenersatzforderungen stellen, während im Falle seiner Neutralität beide Teile seine Beschwerden mit einem Achselzucken abgetan hätten.

Seit 1630 wurde es klar, daß der Krieg nicht mehr zu lokalisieren war. Er mußte entweder bis zur Niederlage einer der kämpfenden Großmächte oder bis zur totalen Erschöpfung aller ausgekämpft werden.

[175:] Den schwedischen Truppen, die durch Deutschland fegten, warfen sich die Truppen Österreichs und Bayerns unter dem Kommando Tillys und Pappenheims entgegen. Es gelang dem sich nun im wesentlichen in bayrischen Händen befindlichen Oberkommando jedoch nicht, den Vormarsch der Schweden wirklich zu verhindern. Sie hielten ihn unter ungeheuren Verlusten etwas auf, aber in schweren Kämpfen drängten die Schweden die bayrisch-kaiserlichen Heere immer weiter zurück.

Als zu alledem noch eine schwere Niederlage der Kaiserlichen bei Breitenfeld hinzukam, hatte Ferdinand keine andere Wahl, als den abgesetzten Wallenstein zurückzurufen. So unbequem er politisch sein mochte, war er doch der einzige, der imstande war, den Kampf mit den Schweden aufzunehmen. Bayern, das Wallenstein wie die Pest haßte und fürchtete, nicht so sehr wegen seiner politischen Unzuverlässigkeit, sondern weil sein Kommando die politische und militärische Führung des Krieges in die Hand Österreichs legte, mußte gute Miene zum bösen Spiel machen. Die Zeit der Rivalitäten und des Manövrierens um die bessere Position war vorbei, nun ging es um die nackte Existenz.

Wallenstein ließ sich eine Zeitlang bitten. Seine Bedingungen waren so schwer, daß Ferdinand sie zuerst ablehnte. Unter anderem verlangte er die volle und uneingeschränkte Kontrolle der Armee, die ihm faktisch und dem Kaiser nur formal unterstehen sollte, ferner das Recht, selbständig Friedensverhandlungen aufzunehmen und die Ausschaltung des spanischen Einflusses in Kriegführung und Politik. (Spanien war neben Ferdinand jene Macht, die am entschiedensten jedes Kompromiß mit den Protestanten ablehnte und Ferdinand in seiner Politik des „alles oder nichts“ ständig den Rücken stärkte.) Außerdem sollten alle Einkünfte Böhmens ihm für seine Armee zur Verfügung gestellt werden.

Die Annahme der politischen Bedingungen Wallensteins bedeutete die Aufrichtung einer doppelten Herrschaft im Habsburgerstaat, wobei die Position Wallensteins, der unbeschränkte Kontrolle über

die Armee hatte, fast stärker war als die des Kaisers. Aber Gustav Adolf hatte den Lech überschritten und marschierte auf Wien. Ferdinand mußte nachgeben. Wallensteins Forderungen wurden erfüllt, er übernahm das Oberkommando und stellte gleichzeitig die gesamten Einkünfte seines Herzogtums Friedland für die Aufstellung einer neuen Armee zur Verfügung.

Wallenstein erfüllte militärisch seinen Teil des Abkommens – und mehr. An dem Tage, an dem er das Kommando übernahm und seine Armeen in Bewegung setzte, hörte der langsame Rückzug der kaiserlichen Truppen, der so unaufhaltsam geschienen hatte, auf. Die Truppen Wallensteins drangen vom Norden (aus Friedland) und vom Südosten nach Deutschland vor. Ein halbes Jahr später kam es zu einer der großen Schlachten des Krieges – zu der Schlacht bei Lützen. Die Schlacht von Lützen selbst, die auf beiden Seiten unter ungeheuren Verlusten ausgekämpft wurde, brachte keine Entscheidung. Wenn es eine siegreiche Seite gab, so waren es die Schweden, die das Feld behaupten konnten, [176:] während sich die Truppen Wallensteins schließlich zurückzogen, allerdings in guter Ordnung und ohne große Materialverluste. Aber die Schlacht kostete Schweden die Blüte seiner Armee und ihren Kern – die schwedischen Veteranen, die Offiziere und die Mannschaften, die den Krieg als ideologischen Kampf geführt hatten. Nicht genug damit. Sie kostete ihm den vergötterten Kommandanten, den Mann, den die Soldaten den Vater der Armee nannten, den Führer und das Rückgrat des protestantischen Europa, – Gustav Adolf. Auf dem Höhepunkt der Schlacht wurde der König von seinem Schimmel heruntergeschossen, erst spät in der Nacht fanden seine Offiziere seinen nackten Leichnam unter einem Haufen von Toten und Sterbenden.

Die schwedische Armee wurde nach Lützen nie mehr zu dem, was sie gewesen war. Beraubt ihres Kommandanten und Führers, des Mannes, der sie geschaffen und zusammengehalten hatte, beraubt jener Tausende, die nicht um Beute und Abenteuer, sondern für eine gute Sache gekämpft hatten, aufgefüllt und verwässert durch nicht-schwedische Detachements, wurde sie zu einer Landsknechtsarmee wie alle anderen. Aber die Zeit der Landsknechte war vorbei. In einer Periode, in der sich die Staaten in Nationen zu verwandeln begannen, hatte die vaterlandslose, jedem Herren, der sie bezahlte, gleich gut oder gleich schlecht dienende Landsknechtsarmee keine Existenzberechtigung mehr: Schon begannen sich in allen Ländern die ersten Detachements der stehenden Heere zu bilden, die sie ablösen sollten.

Wie alle Dinge, deren gesellschaftliche Zeit abgelaufen ist, verfaulte und zerfiel die Landsknechtsarmee und vergiftete alles, was mit ihr in Berührung kam. Auch die schwedische Armee konnte sich nicht diesem Gesetz entziehen. Aus dem Heer, das einmal die Hoffnung Europas gewesen war, wurde langsam eine Bande von demoralisierten Räubern, die, von ihrer Basis abgeschnitten, sich auf fremdem Territorium durch Raub und Mord zu halten suchten. Das Wort „Schweden“ wurde aus einem Namen, der einmal den geknechteten Bauern Deutschlands und Böhmens Freiheit und Menschenwürde verheißen hatte, zu einer Bezeichnung des Schreckens und des Todes, zu einem Wort, das als Synonym für Gewalt und Folter durch die Lieder und Erzählungen des Dreißigjährigen Krieges geht. Auch bei den anderen Landsknechtsarmeen vollzog sich der Prozeß der Demoralisierung, aber nirgends wirkte er so kraß wie bei den Schweden.

Trotz alledem waren die Schweden noch immer ein starker Gegner. Erst 1635 gelang es den vereinigten spanischen und österreichischen Armeen unter dem Kommando Ferdinands III. und des Kardinal-Infanten von Spanien, der schwedischen Armee in der Schlacht von Nördlingen eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Es war jene Schlacht, in der die neue spanische Infanterie zum ersten Male unter dem Rufe „Viva España“ angriff und es war kein Zufall, daß in dieser Schlacht nicht mehr Landsknechtsführer, sondern die Söhne der herrschenden Dynastie [177:] das militärische Oberkommando auf dem Schlachtfeld führten, auch wenn der militärische Erfolg nicht ihr Werk oder nicht ihr Werk allein war.

Selbst nach Nördlingen hörten die Schweden nicht auf, ein militärischer Faktor zu sein. Ab 1641 bedrohten die Truppen, die nun unter dem Kommando Torstenssons standen, die innerösterreichischen Länder und der Abschluß des Westfälischen Friedens fiel zusammen mit der letzten schweren Bedrohung Prags durch diese Truppen. Aber von 1635 an waren es nicht mehr die Schweden, die den

Armeen des Kaisers wirklich gefährlich wurden, sondern die neuen Armeen des neuen absolutistischen Frankreich unter dem Kommando Guibriants und Turennes.

Nach der Schlacht von Lützen trat genau das ein, was Ferdinand gefürchtet und was Spanien vorausgesagt hatte. Wallenstein entwickelte sich langsam zu einem eigenen Kraftzentrum in der Politik Österreichs. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß der Konflikt zuerst als Kampf zwischen zwei politischen Konzeptionen begann. Wallenstein verfolgte noch immer den Plan, durch Versöhnung mit den deutschen Fürsten und mit Einbeziehung ganz Deutschlands in das Herrschaftsbereich der Dynastie ein gegen Schweden, Frankreich und Spanien kämpfendes deutsches Imperium zu schaffen. Als Ferdinand diesen Plan kategorisch ablehnte und Wallenstein unter Androhung der sofortigen Absetzung alle weiteren Versuche in dieser Richtung verbot, kam Wallenstein wahrscheinlich zu der Schlußfolgerung, daß er seinen Plan, wenn nicht mit dem Kaiser, dann ohne und gegen ihn verwirklichen müsse. Die erste Voraussetzung dazu waren Verbündete, denn auch mit dem Herzogtum Friedland und einer unter seinen Befehlen stehenden Armee fühlte sich Wallenstein einer Auseinandersetzung mit der ganzen Macht der Habsburgerdynastie nicht gewachsen. Infolgedessen begann er allmählich mit der Gegenseite zu verhandeln – zuerst mit Thurn und den übrigen böhmischen Exilierten, dann mit einigen deutschen Fürsten (vor allem mit Sachsen), mit Schweden, schließlich mit Frankreich. Die Verhandlungen zogen sich ziemlich lange hin. Richelieu hatte zwar nichts dagegen, Wallenstein für seine eigenen Ziele auszunützen, war aber nicht bereit, ihm feste Zusagen zu machen. Schließlich jedoch kam so etwas wie ein Abkommen zustande. Wallensteins Mitarbeiter Trčka schrieb an Kinsky, den Führer des böhmischen Adels in Dresden, daß Wallenstein bereit sei, mit Frankreich, Schweden und Sachsen Frieden zu schließen. Gleichzeitig erzählte Wallenstein jedem, der es hören wollte, daß nun „die Zeit“ gekommen sei, „die Maske abzuwerfen und zu handeln“. Dann begann er plötzlich, den kaiserlichen Ländereien schwere Kriegskontributionen aufzuerlegen und ließ dort einige seiner ausgewählten Landsknechtstruppen auf „Requirierung“ los. Die Antwort war eine neue Absetzungsdrohung, Wallensteins Gegenzug aber war die Vorbereitung eines Armeeaufstandes. Er schuf sich einen Stab von ihm ergebenen Offizieren, vereidigte einige Regimenter auf seine Person und setzte den Beginn des Aufstandes für [178:] den 20. Februar 1634 an. Wallenstein rechnete damit, daß die von ihm geschaffene Armee geschlossen auf seine Seite treten würde. Aber nun geschah etwas Merkwürdiges: Am Tage, an dem der Aufstand beginnen sollte, erklärten die Offiziere seiner Armee, sie würden ihn nur solange unterstützen, so lange er sich verpflichte, nichts gegen den Kaiser zu unternehmen. Wallenstein weigerte sich, diese Erklärung abzugeben, und acht Tage später erklärte fast die ganze Armee ihre Loyalität für Ferdinand.

Wallenstein stand fast allein. Er versuchte noch einige Wochen von Eger aus, wohin er sich mit einigen Männern seiner Partei, darunter Trčka und Kinsky zurückgezogen hatte, neue Verhandlungen mit dem Offizierskorps anzuknüpfen, er schickte Boten nach Dresden und Boten zu den Franzosen. Aber Richelieu schwieg, Frankreich war an einem erfolglosen Rebellen nicht mehr interessiert. Inzwischen wurden die wenigen Offiziere, die am 27. Februar für Wallenstein gestimmt hatten, verhaftet und abgesetzt. Am 24. März endlich kam die Reihe an Wallenstein. Drei schottische Offiziere drangen im Auftrag des Kaisers in Wallensteins Schloß ein, erklärten ihm, er sei wegen Verrat zum Tode verurteilt und erstachen ihn und seine Mitverschworenen auf der Stelle.

Wallensteins Tod wirkt wie ein Symbol für den Tod des selbständigen feudalen Hochadels in Österreich. Mit ihm, der gleichzeitig der erste moderne Feldherr und der letzte adelige Kondottiere war, starb jene Zeit, in der Fürsten und Generäle Politik auf eigene Faust machten, ihre eigenen Bündnisse abschlossen, ihre eigenen Kriege führten. Die Generäle, die folgten, waren ein Teil des neuen absolutistischen Staates, sein bewaffneter Arm und die Vollstrecker seiner Politik. Dem Komplott Wallensteins folgte keine fürstliche Verschwörung mehr.

Der Krieg aber zog sich weiter. Von 1635 wurde er fast ausschließlich zum Krieg zwischen den Koalitionen Schweden-Frankreich und Spanien-Österreich, der sich vor allem am Rhein, an der Donau und an den Schweizer Übergängen nach Italien abspielte, und bei dem die deutschen Fürsten in immer steigendem Maße nur noch Statisten und Objekte des Krieges wurden. Der Friede von Prag 1635 war der Ausdruck dieser Situation. In diesem Frieden machte Österreich mehrere Konzessionen an die

deutschen Fürsten. Eine davon war die Aufhebung des Restitutionsedikts, die andere eine Amnestie aller deutschen Fürsten, die an der Koalition gegen Ferdinand teilgenommen hatten – aller mit Ausnahme Friedrichs von der Pfalz. Dafür gelang es Österreich, die ohnehin nicht sehr feste deutsche Allianz mit Schweden und Frankreich zu zerbrechen. Ein Teil der deutschen Fürsten ging auf die Seite der Habsburger über. Bayern verlor endgültig seine privilegierte Stellung in der kaiserlichen Koalition. Selbst von Frankreich bedroht, ein deutsches Fürstentum unter anderen, mußte es nun ganz ohne Gegenleistung als Trabant an der Seite Österreichs weiterkämpfen.

Der Friede von Prag bezeichnet auch den Beginn einer neuen [179:] Politik – der realistischen Politik des Sohnes und Nachfolgers Ferdinand II., des späteren Ferdinand III., die zu gleicher Zeit konsequente Fortführung der Politik Ferdinands und ihre Anpassung an die neuen Verhältnisse in Europa ist.

Ferdinand II. starb 1637, kurz nachdem sein Sohn und Erbe jenen deutschen Kaisertitel erhalten hatte, der nun nichts mehr war als ein leeres Symbol. Aber schon seit 1635 übernahm Ferdinand III. die Führung der österreichischen Politik.

Ferdinand III. war, wie vor ihm Rudolf II., wieder einer jener „Intellektuellen“, denen Bücher, Musik, das Sammeln von Bildern und Skulpturen und die Beschäftigung mit Naturwissenschaften wesentlich lieber war als die Politik. Aber ungleich Rudolf II. vereinigte Ferdinand mit seinen künstlerischen Liebhabereien einen sehr gesunden politischen Verstand, diplomatische Fähigkeiten und einen starken Sinn für die Realität. Ebenso wie Ferdinand II., war er ein Vertreter der dynastischen Politik, aber der dynastischen Politik ohne alle sentimentalen und religiösen Verbrämungen.

Der Krieg, der unter anderem, wenigstens nach außen hin, als religiöser Krieg begonnen hatte, war es auch in den Augen ganz Europas längst nicht mehr. Fast hatten alle Teilnehmer, fast hatten die Zeitgenossen vergessen, daß es einmal um die Frage „Katholizismus oder Protestantismus“ gegangen war, um die Frage der Kirchengüter, um die Frage des Abendmahls in beiderlei Gestalt. Im Rahmen der Staaten, die in den Krieg eingetreten waren, begannen sich nun die Nationen zu entwickeln und es waren die neuen Nationen, deren Gegenwart dem Kampf um die Herrschaft in Europa ihren Stempel aufdrückte.

Im Vertrag von Prag liquidierte Ferdinand III. „in höchst unsentimentaler Weise vor allem eine Frage – die des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland. Mit dem Restitutionsedikt, mit dem Kampf gegen und um die deutschen Fürsten hatte Ferdinand II. versucht, die Entwicklung in Deutschland zu beeinflussen. Ferdinand III. beendete den Versuch. Die Aufgabe des Restitutionsedikts bedeutete das Ende des Kampfes um eine Rekatholisierung Deutschlands, die Amnestie an die Protestanten bedeutete, daß Österreich sich damit von den inneren Angelegenheiten Deutschlands zurückzog. In Prag wurde den Habsburgern vom Vertreter Frankreichs der Vorschlag gemacht, sich durch einen Verzicht auf Elsaß die Zustimmung Frankreichs zur Durchführung des Restitutionsedikts in Deutschland zu erkaufen. Ferdinand II., trotz aller dynastischen Politik im innersten Herzen dennoch „Defensor fidei“, wollte annehmen. Ferdinand III. lehnte kategorisch ab. Die Kräfteverteilung in Deutschland war ihm kein Stück habsburgisches Territorium wert, seine Politik hatte ein einziges Ziel: die Festigung und Erweiterung des Habsburgerstaates. Seine Beziehungen zu Deutschland erschöpften sich in einem antifranzösischen Bündnis mit einem Teil der deutschen Fürstenkoalition – erkauft durch Amnestie und Aufgabe des Restitutionsedikts.

[180:] Auch andere politische Handlungen Ferdinands III. trugen diesen realistischen Zug. Er betrachtete die Schaffung eines stehenden Heeres, das nur von der Dynastie abhängig war und einen Teil der neuen Staatsinstitutionen darstellte, als eine seiner wichtigsten Aufgaben – so wichtig, daß er mitten im Kriege an dem Umbau der Armee zu arbeiten begann, so wichtig, daß das Recht Österreichs, eine stehende Armee aufzustellen und zu erhalten, zu einem Verhandlungspunkt auf dem Kongreß wurde, der den Westfälischen Frieden abschloß. (Die versammelten Mächte erklärten sich mit der für die damalige Zeit sehr ungewöhnlichen Forderung einverstanden.) Österreich war nach dem Kriege das erste Land, das ein komplettes stehendes Heer besaß, schon 1649 stellte es eine aus 63 Kompanien bestehende feste Armee auf, deren „oberster Kriegsherr“ der Kaiser war. Ferdinand baute

übrigens auch mitten im Kriege ein funktionierendes Postsystem auf – vom Augenblick der Beendigung der Feindseligkeiten an gab es zum Beispiel einen regelmäßigen Post- und Passagierdienst zwischen Österreich und den Niederlanden.

Vom Beginn seiner Herrschaft an arbeitete Ferdinand III. planmäßig und ständig auf die Beendigung des Krieges hin. Nicht so sehr aus besonderer Friedensliebe, sondern wieder auf Grund seiner realistischen Ausrichtung. Seit etwa 1637 zeigte sich, was 1630 noch nicht sichtbar gewesen war – daß die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Österreich nicht mit der Niederlage des einen Teiles beendet werden konnte. Keine der beiden Mächte war mehr stark genug, um die andere endgültig niederzuschlagen, keine war schwach genug, um zu Boden geschlagen zu werden. Für Frankreich wie für Österreich war die Fortführung des Krieges im Grunde eine Zeitvergeudung, etwas, was schwere Opfer an Geld und an Reserven kostete und keinen Erfolg bringen konnte. Beide konnten die Kräfte, die sie freibekamen, besser anderweitig verwenden, Frankreich, um nun ein für allemal, den Machtkampf mit dem geschwächten. Spanien auszutragen, Österreich, um endlich den Kampf mit den Türken energisch durchführen zu können. Ferdinand III., den man wegen seiner Haltung gegenüber der Kirche, die er rücksichtslos, wenn auch unauffällig, der Vorherrschaft des Staates unterwarf, den „Vater des Josefinismus“ genannt hat, war auch in seiner außen, politischen Ausrichtung in gewissem Sinne der Vater des „Josefinismus“. Er war der erste unter den Habsburgern, der ernsthaft die Frage zu stellen begann, ob es für Österreich nicht vorteilhafter sei, sich seine neuen Gebiete im Osten, auf Kosten der Türken, statt im Westen, zu holen, und der dies in einem festen Bündnis mit Rußland zu tun beabsichtigte.

Um Frieden zu schließen, war es für Österreich notwendig, das Bündnis mit Spanien zu beendigen, das Land, das sich langsam aus einer Hilfe in eine Belastung verwandelte, fallen zu lassen. Ferdinand III. war auch dazu ohne jede Sentimentalität bereit. Aber es war leichter, den Krieg zu beginnen, als ihn zu beenden.

[181:] Die inoffiziellen Vorverhandlungen für den Frieden begannen 1640, die formalen Verhandlungen 1642. Bis 1648 dauerte es aber, bis das Knäuel der vielfältigen, miteinander verschlungenen Interessen und Machtkämpfe entwirrt werden konnte, bis alle deutschen und anderen Fürsten befriedigt oder eingeschüchtert waren, bis die völlig selbständig gewordenen, keiner Kontrolle mehr unterworfenen Landsknechtsarmeen, für die die Fortsetzung des Krieges identisch war mit der Erhaltung der Existenz jedes einzelnen Soldaten und Offiziers, wieder halbwegs unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Die Bestimmungen des Friedens, der schließlich am 9. November 1648 abgeschlossen wurde, beinhalteten eine leichte Kräfteverschiebung zugunsten Frankreichs, eine leichte Verschlechterung der Position der Habsburger; aber hier gab es keine einschneidenden Veränderungen, man könnte sagen, daß der Kampf fast unentschieden ausgegangen war. Frankreich erhielt einen Teil von Elsaß sowie Metz, Toul und Verdun und zahlte dafür an Ferdinand die Kaufsumme von 3 Millionen Livres. Schweden erhielt die nördlichen Provinzen Brandenburgs und einige andere Gebiete an der Ostsee. Ea gab einige kleinere Gebietsveränderungen in der Schweiz und in Norditalien. Mit Ausnahme dieser Punkte wurde der europäische Status quo stillschweigend aufrechterhalten.

Wirklich einschneidend waren die Bestimmungen des Westfälischen Friedens für Deutschland obwohl auch hier nur ein bereits seit langem bestehender Zustand vertraglich sanktioniert wurde. Neben der Wiederholung der Punkte des Prager Friedens – Aufgabe des Restitutionsedikts und Amnestie, die diesmal auch auf die Pfälzer Fürsten ausgedehnt wurde – enthielt der Vertrag die Bestimmung, daß jeder deutsche Staat, jede freie Stadt, in Zukunft das Recht habe, eigene Allianzen abzuschließen, eigene Kriege zu führen und eine völlig unabhängige Politik zu machen. Dieser Zustand bestand de facto schon seit Beginn des Krieges, ja sogar schon vorher, aber diese Bestimmung des Westfälischen Friedens bedeutete nun auch die formale Liquidierung des „Heiligen Römischen Reichs“ und die formale Bestätigung des vorläufigen Endes der Entwicklung Deutschlands zu einer Nation. Ab 1648 bestand Deutschland aus mehr als 300 selbständigen Staaten, die Dutzenden von verschiedenen Mächtekombinationen angehörten.

Der Krieg wurde in einem Zeitpunkt beendet, in dem jede einzelne der daran teilnehmenden Mächte praktisch zu erschöpft war, um noch weiterkämpfen zu können. Aber keine Macht war bereit, das zuzugeben, um nicht ihre Position bei den Verhandlungen zu schwächen. So zogen die Delegationen jedes Staates, um ihren Reichtum und ihre Kampffähigkeit zu demonstrieren, mit besonderem Prunk zu den Verhandlungen ein. Die ausgebluteten Länder wetteiferten miteinander, um zu zeigen, daß keines dem anderen an Reichtum nachstand. Die Delegierten ritten auf den edelsten Pferden des Kontinents ein, fuhren in juwelenbesetzten Kutschen, mit einem Gefolge, dessen Einzug in die [182:] Stadt mehr als eine Stunde dauerte. Während durch die zerstörten und ausgeplünderten Länder Epidemien fegten, während Menschen sich von Stroh nährten und Tausende jeden Tag verhungerten, floß aus den Brunnen Osnabrücks, wo der Kongreß tagte, die ganz Nacht Wein, wurde allnächtlich Feuerwerk abgebrannt und wurden für die Bevölkerung Ochsen am Spieß gebraten.

Der Krieg endete, wo er begonnen hatte – in Prag. Er endete auf merkwürdige Weise. Die Stadt, die 30 Jahre früher durch ihren Aufstand das Signal zum Krieg gegeben und ihr Schicksal fast ohne Überlegung mit dem der protestantischen Koalition verknüpft hatte, hielt nun in heroischem, Monate dauerndem Kampf, die schwedische Armee unter Königsmark auf. Die Garnison war klein und hätte allein die Schweden nicht aufhalten können. Aber die Bürger von Prag – Studenten, Geistliche, Handwerker – warfen sich den Schweden entgegen. Der Feind drang bis zur Karlsbrücke vor und wurde dort drei Wochen lang aufgehalten. Man kämpfte in den Straßen, auf den Plätzen, jedes Haus wurde zu einer Festung. Am Ende dieses blutigen Monats hatte Prag kein Essen mehr und fast keine Munition. Trotzdem lehnte die Stadt die schwedische Aufforderung zur Kapitulation ab, bereit, lieber zu sterben, als sich den Schweden zu ergeben. Einige Tage später sprengte ein Bote durch die Reihen der Kämpfenden, fast bis an die Barrikaden, die die Karlsbrücke entzweischnitten, und rief Freund und Feind die Nachricht vom Friedensschluß zu.

So entging Prag der Zerstörung durch die Schweden. Aber das übrige Böhmen, Mähren, Schlesien lagen in Trümmern. In diesen Gebieten waren mehr als 2.000 Dörfer, mehr als 300 Städte zerstört. Der Bergbau hörte – teils durch die Zerstörung der Gruben, teils einfach durch Mangel an Arbeitskräften – fast völlig auf, auch die übrigen Produktionszweige litten schwer. Diejenigen Bauern, die ihren Besitz nicht durch Plünderung oder durch direkte Kriegshandlungen verloren hatten, verarmten durch die ungeheuren Kriegskontributionen, die ihnen in gleichem Maße von Freund und von Feind auferlegt wurden. Wie groß der Bevölkerungsrückgang war, steht nicht fest. Die heutigen Historiker bezeichnen im allgemeinen die früher angenommene Zahl von 75 Prozent als stark übertrieben. Diese Ziffern basieren entweder auf Schätzungen von Zeitgenossen oder auf den Daten, die von den Vertretern der einzelnen Mächte bei den Friedensverhandlungen vorgelegt wurden, wobei natürlich jede einzelne Macht ihre Verluste übertrieb, um so eine größere materielle oder Gebietsentschädigung zu erhalten. Man nimmt heute an, daß Böhmen zwischen 25 und 30 Prozent seiner Einwohner verlor – auch diese Ziffer ist ungeheuer hoch. Nur ein Teil dieser Menschen wurde getötet oder wanderte aus, die meisten starben durch die Epidemien – Cholera, Typhus, Pest – die den Heeren wie getreue Schatten folgten.

Den Einwohnern, die ihren ganzen Besin verloren, blieb nichts [183:] übrig, als ebenfalls Landsknechte zu werden, oder sich auf irgendeine andere Weise den Heeren anzuschließen – am Ende des Krieges waren bis zu 60 Prozent der Angehörigen der Landskechtsarmeen Heerfolge – oder sich auf Raub zu verlegen. In manchen Bezirken war die Not so groß, daß sogar die Beamten Räuberbanden bildeten.

Die Zerstörungen in den deutschen Ländern waren noch schwerer als die in Böhmen, auch hier verursachten Epidemien und Hungersnot die meisten Opfer. Aber Deutschland wurde durch eine andere Auswirkung des Krieges, an dessen Ausbruch es so viel Schuld trug, schwerer getroffen als durch die Zerstörungen selbst. Der Krieg, oder besser gesagt, die in seinem Verlauf manifest gewordenen Mächtegruppierungen, vervielfachten die deutschen Dezentralisationstendenzen, besiegelten den Prozeß des Zerfalls Deutschlands in 300 verschiedene selbständige Länder. Im Jahre 1648 wurde die lente Hoffnung auf eine deutsche nationale Entwicklung auf Jahrhunderte hinaus zerstört.

Grundlegend anders war die Entwicklung in den Ländern, in denen der Dreißigjährige Krieg eingeleitet wurde durch den Kampf um die innere Konsolidierung, um die Niederschlagung der Frondebewegungen und die Liquidierung des Feudaladels, also vor allem in Frankreich und in Österreich. In diesen Ländern hatte der Krieg mit einem völligen Sieg des Absolutismus, der Liquidierung seiner Feinde geendet. Trotz allen Verlusten, trotz schwerster Erschöpfung gingen diese Länder als feste und konsolidierte Staaten, als europäische Großmächte aus dem Krieg hervor. In den absolutistischen Ländern beschleunigte sich die Entwicklung zur Nation. In Frankreich, Schweden, Spanien fiel in dieser Zeit zum ersten Mal das Wort „Vaterland"!

Österreich, besser gesagt, die österreichischen Erbländer – Kernösterreich – wurde vom Dreißigjährigen Krieg weit weniger schwer getroffen als die deutschen Länder oder Böhmen und Mähren. Eine Zusammenstellung der Zerstörungen des Krieges – sie stammt aus den schwedischen Archiven – illustriert diese Tatsache. Die Zusammenstellung zeigt die Zahl der zerstörten Schlösser, Städte und Dörfer nach Ländern geordnet.

Land	Städte	Dörfer	Schlösser
Mecklenburg-Schwerin	307	2041	203
Bistümer Köln und Mainz	205	2033	327
Schlesien	36	1095	118
Mähren	22	333	65
Böhmen	80	813	215
Österreich	23	313	51

Auch Österreich durchlebte in der Zeit zwischen 1618 und 1648 schwere Krisenjahre. Es gab mehrere Pestepidemien, einige Male herrschte im Lande schwere Hungersnot. Zwischen 1624 und 1628 gab es vier Mißernten hintereinander und die Not wurde so schwer, daß [184:] man in manchen Teilen des Landes Bohnenstengel mahlte und sie als Mehl benützte.

In Teilen des Landes, wie zum Beispiel in Wien, gab es schwere Krisen, mit Arbeitslosigkeit, dem Verfall ganzer Handwerkszweige und ebenfalls Hungersnot. Die um jene Zeit besonders schwere Inflation und die „Callada", die Geldabwertung, trafen ebenfalls viele Österreicher, insbesonders die Handwerker, schwer. Aber im großen und ganzen wurde die Not in Österreich mehr durch die Transformationskrise verursacht als durch den Krieg. Die wichtigen Industrien des Landes blieben intakt, der modernste und wichtigste Zweig des Berghaus, der Erzbergbau, durchlebte eine Periode starker Entwicklung. Österreich wurde nach Schweden zum größten Metallproduzenten des Kontinents, vor allem zur Waffenschmiede Europas. Die Bevölkerungszahl Österreichs sank in der Zeit des Krieges nicht nur nicht, sondern stieg sogar leicht an. Daß Österreich vom Kriege verhältnismäßig wenig berührt wurde, war kein Zufall. Den Krieg von ihren eigentlichen Erbländern, dem Kern und der Basis ihrer Macht, fernzuhalten, war aus leicht verständlichen Gründen geradezu ein Axiom der Politik der Habsburger. Dafür brachten sie viele politische Opfer, hielten zum Beispiel die Allianz mit Bayern auch in Zeiten aufrecht, als diese Allianz sie auf kurze Sicht mehr kostete als sie ihnen nützte. Als 1642-1645 der Krieg dennoch auf österreichischen Boden übergriff, war das für Ferdinand III. ein sehr entscheidender zusätzlicher Grund, um die Friedensverhandlungen zu beginnen – vielleicht der ausschlaggebende Grund für die Preisgabe Spaniens.

Wie sehr zum Beispiel die Wiener „weit vom Kriege entfernt" und wie auf einer Insel des Friedens im kriegszerrissenen Europa lebten, zeigt ihr Verhalten 1645, als die Schweden bei Jankau durchbrachen und auf Krems marschierten. Die Wiener machten sich überhaupt keine Vorstellungen von der Stärke ihrer Feinde oder, besser gesagt, ganz falsche Vorstellungen. Sie erklärten laut, die Schweden seien nur „zerlumpte Bettler, denen sich ein paar deutsche Rebellen angeschlossen haben" und die leicht von einigen Kompanien kaiserlicher Soldaten vertrieben werden könnten. Als die „zerlumpten Bettler" die Grenze überschritten, Krems nahmen und sich in Richtung auf Wien bewegten, verwandelte sich allerdings der durch keine Sachkenntnis getrübte, übertriebene Wiener Optimismus in eine ebenso übertriebene Panik. Es gab eine Massenflucht aus Wien, die einen solchen Umfang annahm,

daß der Magistrat den Männern zwischen 16 und 60 Jahren die Ausreise aus der Stadt verbieten mußte. Schließlich stellte Wien aber doch eine Bürgermiliz von 5000 Mann auf, der sich freiwillige Detachements der Studenten anschlossen. Diese Abteilungen traten auch wirklich gegen schwedische Vortruppen in Aktion und kämpften zur allgemeinen Überraschung durchaus nicht schlecht. Der Vormarsch der schwedischen Hauptarmee wurde schließlich bei Brünn endgültig aufgehalten. Kaum war die unmittelbare Gefahr vorbei, faßten die Wiener wieder Mut [185:] und die Wiener Kaufleute reisten durch die Kampflinien nach Brünn, um zu versuchen, mit Torstensson, dessen Vorliebe für Schmuck und schöne Kleider bekannt war, Geschäfte zu machen. Sie kamen heil zurück und ganz Wien brüstete sich damit, daß es ihnen gelungen war, den Schweden die ältesten Ladenhüter zu doppelten und dreifachen Preisen anzuhängen.

Wie in den anderen absolutistischen Ländern, tauchte auch in Österreich in den Jahren zwischen 1600 und 1650 zum ersten Male der Begriff „Vaterland“ auf. In diesen Jahren begannen die Menschen zum ersten Male den Begriff „Österreich“ als etwas aufzufassen, was sie anging. Es hatte schon in der Vergangenheit so etwas wie einen Patriotismus gegeben, aber es war ein Patriotismus der Städte und der Provinzen, das Gefühl der Zugehörigkeit zu Tirol, zu Wien, zu Kärnten, ein Gefühl, das noch lange Zeit lebendig blieb und sich mit dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zum ganzen Lande Österreich oft überschnitt. In der Zeit zwischen 1600 und 1650 jedoch begannen Menschen zum ersten Male von ihrem Vaterland Österreich zu sprechen.

Die erste Manifestation österreichischen Patriotismus vollzog sich nicht im Rahmen des bestehenden Staates und der von ihm durchgeführten militärischen und politischen Handlungen, wie etwa in Spanien und in Frankreich. Sie vollzog sich auch nicht im Verlauf einer gewaltigen Revolution, die die ganze Struktur der Gesellschaft und des Staates veränderte, wie im England Cromwells. Das österreichische Vaterlandsgefühl wurde im befestigten Lager aufständischer Bauern geboren. Die Männer, die ihm zuerst Ausdruck verliehen, waren Stefan Fadinger, die Führer und Sprecher des großen Bauernparlaments, deren Namen längst vergessen sind, und die Bürger der oberösterreichischen Städte, die sich mit den Bauern verbündeten. Die ersten Worte dieses Vaterlandsgefühls sind die Zeilen eines Volksliedes „Von Bayern, Not und Tyrannei ... mach’ uns, o lieber Herrgott, frei ...“ und das schwere, todesbereite Gelöbnis: „O Herr, verleih’ uns Heldenmut – es muß sein!“

Der Fadinger-Aufstand

Wir haben von der Cromwell-Revolution gesprochen. Tron allen Unterschieden zwischen dieser gewaltigen und siegreichen Revolution und dem oberösterreichischen Aufstand, der nur halb gelang, obwohl er das wichtigste Ziel, das er sich gesetzt hatte, die Wiedervereinigung Oberösterreichs mit dem übrigen Österreich, erreichte, drängt sich einem immer wieder der Vergleich zwischen der Revolution von 1642 und dem [186:] Aufstand von 1626 auf. Die Ähnlichkeit beginnt bei Äußerlichkeiten. Es gibt ein altes Bild von Stefan Fadinger und den anderen Führern des Aufstands, und ein oberflächlicher Beobachter könnte die Männer auf diesem Bild für Soldaten und Offiziere Cromwells, für englische Puritaner halten. Es ist die gleiche betont einfache, puritanisch schwarze Kleidung, deren einziger Schmuck ein weißer Kragen ist, die gleiche Haltung, fast der gleiche Gesichtsausdruck. Sogar der einfache Holztisch mit seinem demonstrativ ärmlichen Geschirr und den Überresten eines ebenso demonstrativ kargen Mahls im Hintergrund könnte, so wie er ist, einem Puritanerbild entnommen sein. Die Ähnlichkeit beschränkte sich nicht nur auf solche Dinge. Das große Bauernparlament Fadingers, die „Bauernausschüsse“, die eine Zeitlang die zentrale politische Körperschaft, zu gleicher Zeit Legislative, Leitung der Administration und oberster Kriegsrat der Bauern waren, sind – im kleinen – ein österreichisches Gegenstück zum englischen Soldatenparlament. Der modernste und fortschrittlichste Zug am Fadinger-Aufstand jedoch – auch hier drängt sich die Parallele mit der Cromwell-Revolution fast von selbst auf – ist sein betont antiadliger Charakter. Eine Bauernbewegung, die protestantisch und gegen „die Jesuiten-Gleisnerei“ und „den untragbaren Gewissenszwang“ der Gegenreformation gerichtet war, verzichtete bewußt auf ein Bündnis mit dem reaktionären Adel, der sich den rebellierenden Bauern fast aufdrängte, und richtete sich auf ein Bündnis mit dem Bürgertum der Bergbau- und der Industriestädte und der neuen bürgerlichen Intelligenz aus.

Die Ursachen des Fadinger-Aufstandes waren die bayrische Fremdherrschaft (der Ausdruck „Fremdherrschaft“ fällt hier wohl zum ersten Male in der Geschichte Österreichs), die damit verbundene Unterdrückung, materielle Ausplünderung und vor allem die Aufhebung der lokalen Selbstverwaltung durch die Bayern und schließlich die Gegenreformation, die von der bayrischen Pfandschaftsverwaltung durchgeführt und von den Bauern ebenfalls als eine der Auswirkungen der bayrischen Knechtschaft empfunden wurde.

Eines der merkwürdigsten Dinge im Fadinger-Aufstand war das Verhältnis zum Kaiser. Obwohl sich der Kampf der Bauern auch gegen die Gegenreformation richtete und obwohl Ferdinand II. als Vollstrecker und Verfechter der Gegenreformation in den österreichischen Ländern hinlänglich bekannt war, taten die Bauern alles, was in ihrer Macht stand, um das gute Verhältnis zwischen dem Kaiser und ihnen zu erhalten, um ihm klarzumachen, daß sich der Aufstand nicht gegen ihn oder die von ihm vertretene Politik richtete, und um ihn als Verbündeten zu gewinnen. Dieses Vorgehen mit der „Naivität der Bauern, die blind an den guten Kaiser in Wien glaubten“, zu erklären, wie es manchmal geschieht, ist lächerlich. Weder Fadinger noch die Männer der bürgerlichen Sektion der Bewegung waren weltfremde Träumer oder primitive Rebellanten; sie waren weit in Europa herumgekommen, verfügten über poli-[187:]tische Erfahrung und waren, wie sich zeigte, imstande, den Aufstand politisch und militärisch so ausgezeichnet zu organisieren, daß die Bayern Niederlage nach Niederlage erlebten und praktisch zur Rückgabe des Landes an Österreich gezwungen wurden. Diese Volksführer waren Politiker von beachtlichem Format, und wenn sie sich so klar und offen, unter so großen Opfern auf ein Bündnis mit Ferdinand ausrichteten, so war das darum weil sie klar erkannten, daß zwischen Ferdinand und ihnen trot zder Gegenreformation in den entscheidenden politischen Fragen eine Interessengleichheit bestand.

Oberösterreich war von Ferdinand als Gegenleistung für die bayrische Hilfe 1618-1620 den Bayern als Pfand übergeben worden. Ferdinand führte diese Maßnahme ungern und unter Protest durch, aber er war auf Bayern angewiesen und hatte nicht die Möglichkeit, die Kosten der bayrischen Kampagne in bar zu bezahlen. Seine Absicht war es Oberösterreich so bald wie möglich wiederzubekommen; Maximilian von Bayern dagegen beabsichtigte alles zu tun, um Oberösterreich ständig zu behalten. Die Politik Bayerns, deren ausführendes Organ der bayrische Statthalter Herbersdorf war, war infolgedessen darauf ausgerichtet, das Land so rasch wie möglich „bayrisch zu machen“, das heißt, alle Spuren eines politischen Eigenlebens und einer eigenen Verwaltung zu beseitigen.

Oberösterreich hatte nach Tirol von allen österreichischen Ländern die am stärksten ausgeprägte lokale Selbstverwaltung. Wie in Tirol war auch hier die alte ständische Verwaltung stark von neuen demokratischen Elementen durchsetzt, Es ist richtig, daß die Städte nur etwa ein Drittel der Sitze in den Ständen hatten und daß auch in der unteren Verwaltung das Gewicht des weltlichen und des kirchlichen Adels zahlenmäßig noch stark war, aber das politische Gewicht und die Bedeutung der Städte waren anders als in den Ständen im übrigen Österreich. Im Gegensatz zum Beispiel zu Wien, herrschte in den Städten das neue industrielle Bürgertum vor: die Gewerkebesitzer, die Waffenschmiede und die anderen metallverarbeitenden Gruppen. Dieses Bürgertum war stark und selbstbewußt, neuen Gedanken zugänglich. Wirtschaftlich war seine Position so stark, daß es nicht gezwungen war, sich mit dem Adel zu verbünden, um seine Privilegien zu erhalten. Dazu gab es im Lande noch eine andere Gesellschaftsschicht, die zwar nicht direkt in den Städten vertreten war, die aber immer wieder dem politischen und wirtschaftlichen Leben ihren Stempel aufdrückte – die Bergarbeiter und Metallarbeiter der Gruben und der neuen industriellen Städte. Die Beziehungen zwischen diesen Arbeitern und den Bauern Oberösterreichs waren ziemlich eng. In den vorhergegangenen dreißig Jahren hatten sich in Zeiten der Teuerung und der ansteigenden Inflation Bauern und Arbeiter einige Male verbündet und wirtschaftliche Verbesserungen ihrer Lage durchgesetzt,

Die Lage der Bauern hatte politisch mehr Ähnlichkeit mit der Lage [188:] der Bauern Tirols als etwa derer Böhmens. Obwohl die Bauern im Gegensatz zu Tirol nicht in den Ständen vertreten waren, hatten sie dennoch eine starke Position. Leibeigenschaft war fast unbekannt, das Verhältnis zum Grundherrn war im wesentlichen das eines abgabepflichtigen Pächters, daneben gab es einen nicht unbedeutenden Prozentsatz völlig freier Bauern, denen ihr Grund und Boden gehörte. Fast alle Bauern

hatten das Recht, Waffen zu tragen. In den Zeiten der Türkengefahr hatten sie freiwillige Milizdetachements gebildet und waren infolgedessen mit dem Waffenhandwerk vertraut. Zur Zeit der Absetzung Rudolfs hatten sich Bauern und Städte mit eigenen Formationen an dem Marsch auf Prag beteiligt. Bauern und industrielle Arbeiter hatten sich auf dem Weg über die unteren Organe der lokalen Selbstverwaltung einen Anteil an der oberösterreichischen Verwaltung erkämpft. Das alles trug dazu bei, die politischen Rechte und Freiheiten Oberösterreichs weit mehr zu einer Sache des ganzen Volkes zu machen, als in irgendeinem anderen Kronland.

Auch in der Zeit vor der bayrischen Besetzung hatten die Stände nicht mehr völlig frei regiert. Ihnen übergeordnet war ein Beauftragter der Zentralbehörden, das heißt, des Kaisers, der Landeshauptmann von Linz. Der Landeshauptmann war die legte Instanz in gewissen Rechts- und in Steuerfragen; Fragen, die auch von ihm nicht entschieden werden konnten, gingen an die oberösterreichische Kanzlei in Wien. Der Statthalter konnte selbständig zentrale Abgaben verhängen und Maßnahmen anordnen, die die militärische Verteidigung des Landes betrafen. Obwohl in der Zeit bis 1620 die Selbständigkeit der Stände immer stärker zugunsten des Landeshauptmannes eingeschränkt worden war, hatte es, von einigen kleineren Adelsrebellionen abgesehen, keine ernsthaften Konflikte zwischen dem Land und der Zentralgewalt gegeben.

Mit der bayrischen Besetzung wurde die Sache anders. Der bayrische Kommissar regierte autokratisch, ein Recht der Stände nach dem anderen wurde abgebaut, bis sie nur noch beratende Funktionen ausüben durften. Auch die Vollmachten der lokalen Verwaltungsorgane wurden immer mehr eingeschränkt, der wirkliche Herr in der Gemeinde waren bald nicht mehr sie, sondern der Kommandant der lokalen bayrischen Garnison.

Die Lage wurde bald so, daß das ganze Land mit Erbitterung über Maßnahmen der „bayrischen Fremdherrschaft“ sprach. Wie allgemein die Erbitterung gegen Bayern wurde, wird durch die Tatsache illustriert, daß sogar die katholischen Bischöfe sich gegen Bayern, das immerhin als Schutzherr und Verteidiger des Katholizismus galt, wandten. Sowohl Maximilian von Bayern als auch Herbersdorf bezeichneten wiederholt die Bischöfe Oberösterreichs als Feinde Bayerns und warfen ihnen vor, daß sie sich „an antibayrischen Umtrieben beteiligten“ und am Hofe von Wien gegen Maximilian intrigierten.

Zu den Mißständen, an denen die Bayern wirklich schuld waren, [189:] kamen einige, an, denen sie unschuldig waren, die ihnen aber jeder Mensch im Lande in die Schuhe schob. Einer davon war die Wirtschaftskrise. Die Inflation und mehrere einander folgende schwere Mißernten trafen Oberösterreich schwer. Der Krieg und die damit verbundene Erschwerung des Exports von Metallwaren und Salz nach Böhmen, Mähren und Ungarn führten zu einer – allerdings temporären – Absagkrise der oberösterreichischen Industrie und des Bergbaus. Herbersdorf, der persönlich alles andere war als ein Geßler, und immer wieder eine „vernünftige Politik, die Bauern und Bürger versöhnt“ forderte, bemühte sich nach Kräften, den Bauern durch Kredite und Steuerstundung zu helfen. All das nützte nichts. In der Vorstellung der Oberösterreicher waren Krise, Inflation und Mißernte ausschließlich besonders bösartige Unterdrückungsmaßnahmen Bayerns. Allerdings trugen die bayrischen Garnisonen dazu bei, die Krise zu verschärfen. Sie hatten zwar den Auftrag, Einkäufe und Requirierungen bar zu bezahlen, zahlten aber spät und unregelmäßig und erschwerten damit die ohnehin schwierige Position der Kaufleute und der Bauern. Außerdem benahmen sie sich nicht besonders taktvoll, provozierten immer wieder bei Festen und in Wirtshäusern Schlägereien und waren überdies, nach der Behauptung der Bauern, ausschließlich verantwortlich für die stark angestiegene Zahl unehelicher Kinder. In dem Maße, in dem sich die Krise zuspitzte und die antibayrische Stimmung im Lande verschärfte, begannen schließlich die Soldaten, sich immer mehr wie Besatzungstruppen in einem eroberten Territorium zu benehmen.

Die latente Krise wurde schließlich durch die Durchführung der Gegenreformation in Oberösterreich bis zur Unerträglichkeit verschärft. Die Gegenreformation im Lande wurde zwar von Bayern, aber mit Wissen und Zustimmung Ferdinands, durchgeführt, der, wie es scheint, nicht unzufrieden war, diese unangenehme und unpopuläre Maßnahme den Bayern zu überlassen. Aber obwohl die Haltung

Ferdinands zur Gegenreformation bekannt war, wurde ihre Durchführung ausschließlich als Auswirkung der Fremdherrschaft angesehen.

Die vorherrschende Religion in Österreich war der „Kompromißkatholizismus“. Ein Teil des Adels und einige Dörfer und Städte waren protestantisch, bezahlten sich eigene Prediger und unterhielten protestantische Schulen. Die Mehrheit der Bevölkerung jedoch besuchte die katholischen Gottesdienste, aus denen Papst, Fegefeuer, Beichte usw. stillschweigend eliminiert worden waren.

Die Gegenreformation begann im Ernst 1624 mit Bücherbeschlagnahme, „Reinigung“ der Kirchen von ihren „kompromißkatholischen“ Predigern, mit der Auflösung der protestantischen Schulen und einem Austreibungsedikt gegen die protestantischen Lehrer und Geistlichen. All diese Maßnahmen wurden zwar von den Bayern durchgeführt, aber von Ferdinand ausdrücklich gutgeheißen. Es folgte bald ein Austreibungsedikt, das sich gegen den Adel richtete. Die protestantischen [190:] Adeligen wurden aufgefordert, bis zu einem bestimmten Termin katholisch zu werden, oder das Land zu verlassen. Einige Zeit später wurde das Edikt auf Bürger und Bauern ausgedehnt – allerdings mit einer weit längeren Bedenkzeit, die schließlich bis 1626 verlängert wurde.

Sowohl Ferdinand als auch Herbersdorf nahmen den Bauern und den Bürgern gegenüber eine ganz andere Haltung ein als gegenüber dem Adel. Beide waren ohne viel Federlesen bereit, auf den Adel, der mehr eine politische Belastung als ein Gewinn war, zu verzichten. Man versuchte weder, ihn durch irgendwelche Begünstigungen zum Bleiben zu bewegen noch ihm vorzuschreiben, wohin er auswandern sollte. Bauern und Bürger jedoch waren wirtschaftlich wichtig, von ihrer Arbeit hing die materielle Wohlfahrt des Landes und die Fülle, sei es der kaiserlichen, sei es der bayrischen Staatskassen, ab. Man versuchte deshalb von vornherein, ihnen Brücken zu bauen. Für die Bürger und für die Bauern wurde die Frist mehrere Male verlängert, man versprach ihnen Steuernachlaß und materielle Begünstigungen.

Trotzdem konnte man mit der Auswanderung eines gewissen Prozentsatzes auch der Bauern und der Bürger rechnen. Nun führte Ferdinand plötzlich und, ohne die Bayern zu informieren, einen Coup. Er erlaubte den Auswanderungslustigen, unter Beibehaltung ihres Glaubens, aber „ohne öffentliches Bekenntnis“, nach Niederösterreich auszuwandern. Das war eine sehr wesentliche Erleichterung, die außerdem den Auswanderern erlaubte, der verhaßten bayrischen Herrschaft zu entgehen und in Österreich zu bleiben. Herbersdorf sah die Gefahr. Wenn Bayern tatenlos zusah, würde ein nicht unwesentlicher Teil der gerade wirtschaftlich wichtigsten Einwohner des Landes davongehen und damit den Wert der Pfandschaft stark vermindern. In dem kapitalsarmen 17. Jahrhundert war der Verlust arbeitender Schichten eines Landes eine schwere materielle Schädigung.

Herbersdorfs Gegenzug bestand darin, Bauern und Bürgern die Auswanderung mit allen Mitteln zu erschweren. Zunächst wurde die Auswanderung nach Österreich von Herbersdorf verboten – was aber auf die Auswanderungslustigen, die einer guten Aufnahme sicher waren, wenig Eindruck machte. Dann ging Herbersdorf dazu über, die Auswanderung mit finanziellen Vergeltungsmaßnahmen zu verbinden, die praktisch zum Ruin der Auswandernden führen mußten. Zunächst wurde verordnet, daß nur diejenigen auswandern durften, die vorher alle Schulden, alle rückständigen Steuern beglichen hatten, und – im Falle der Bauern – dem Grundherrn eine hohe Entschädigungssumme für entgangene Dienste usw. bezahlten. Diese Summen betrugen bei vielen bis zu 50 Prozent ihres gesamten Vermögens. Dieser Bestimmung folgte eine andere, materiell noch vernichtendere. Es wurde verfügt, daß alle Schulden von den Auswandernden in altem, „langem“, das heißt nicht entwertetem Geld bezahlt werden mußten. Die Käufer ihrer Häuser, Grundstücke und ihres übrigen Inventars hatten jedoch das Recht, ihnen [191:] in neuem, „kurzen“, das heißt abgewertetem Geld zu zahlen. Das bedeutete, daß die meisten Auswanderer mit einem Schlag zu Bettlern wurden.

Die Maßnahme hatte die Wirkung, daß ein großer Teil der Auswanderungslustigen, vor allem unter dem städtischen Bürgertum, auf die Auswanderung verzichtete und zum Katholizismus übertrat. Diejenigen, die trotzdem ihre Absicht aufrechterhielten, wurden nun von Herbersdorf zusätzlich schikaniert. Plötzlich, ohne vorherige Warnung, wurde ihnen (diese Maßnahme betraf besonders die Bauern) bayrisches Militär als Einquartierung ins Haus gelegt, das sie unentgeltlich verpflegen mußten.

Die Soldaten erhielten inoffiziell die Weisung, sich keine Hemmungen aufzuerlegen und das Beste im Haus zu verlangen – oder zu nehmen. Das bedeutete, daß die Auswanderer durch die Einquartierung noch die wenigen Kreuzer, die sie mitnehmen konnten, verloren.

Die oberösterreichischen Bauern waren die letzten, die sich solche Dinge widerstandslos gefallen ließen. Die Erbitterung gegen die Bayern flammte im ganzen Lande empor, von Tag zu Tag mehrten sich die Zusammenstöße mit den bayrischen Truppen, überall wurde spontan die Forderung erhoben: „Fort mit den bayrischen Blutsaugern, ein Ende mit der Fremdherrschaft!"

Schon im Herbst 1625 war es klar, daß ein allgemeiner Aufstand jeden Tag ausbrechen konnte. Bauerndeputationen und Abordnungen der Bürger sprachen wiederholt bei Herbersdorf vor, der jede Milderung der Verordnungen ablehnte. Tatsächlich war sich Herbersdorf des Ernstes der Lage völlig bewußt, er hatte wiederholt an Maximilian von Bayern geschrieben und ihn angefleht, Oberösterreich nicht zum Aufstand zu treiben. Maximilian jedoch blieb ungerührt und beschuldigte Herbersdorf schließlich der Sympathie mit den Rebellen. Herbersdorf konnte nichts anderes tun, als sich auf den unabwendbaren Kampf vorzubereiten.

Auch die oberösterreichischen Bauern wußten, daß der Kampf nicht mehr zu vermeiden war, auch sie begannen mit den Vorbereitungen. Schon im Winter 1625/26 wurden in den Dörfern heimlich Vertreter der Bauernschaft gewählt und eine engere Führung, eine Art illegaler Generalstab des Aufstandes nominiert. Als Führer wurden zwei Bauern bestimmt – Stefan Fadinger und Christoph Zeller. Zeller war Wirt des Gasthauses in St. Agatha, Fadinger besaß einen großen Bauernhof in Fading am Wald, der stark verschuldet war – allerdings entstand ein Großteil der Schulden wahrscheinlich dadurch, daß Fadinger aus eigener Tasche die Aufstandsvorbereitungen finanzieren half. Fadinger war ein weitgereister Mann, von dem es heißt, daß er in seiner Jugend Offizier in einem Landsknechtsdetachement gewesen war – dies würde seine außerordentlichen militärischen Fähigkeiten erklären.

Schon vor Beginn des Aufstandes wurden Verbindungen mit den [192:] Bürgern der oberösterreichischen Städte, vor allem Steyrs, hergestellt. Auch in den Städten bildeten sich Geheimbünde, die sich an den Aufstandsvorbereitungen beteiligten. Ihre beiden Vertreter, die später dem Generalstab der Bewegung angehörten, waren der Jurist Holzmüller uns der reiche Gewerkebesitzer Madlseder. Holzmüller und Madlseder vertrat mit besonderer Entschiedenheit die antiadelige Richtung in der Bewegung. Es war vor allem ihnen zu verdanken, daß den oberösterreichischen Adeligen, die bereit waren, sich am Aufstand zu beteiligen, zwar erlaubt wurde, der Aufständischen-Armee beizutreten, daß sie aber nicht im Generalstab angehören und führende politische Stellung begleiten konnten. Madlseder und Holzmüller waren der Meinung, daß der Adel ein äußerst unzuverlässiger Bundesgenosse sei, der außerdem bereits begonnen habe, mit Christian von Dänemark zu paktieren, eine Politik, die sich nicht mit der der Aufständischen vereinen ließ. In den Monaten vor dem Aufstand legte der Generalstab Waffen und Lebensmitteldepots an und stellte eine Mobilisierungsplan auf. Die Mobilisierung, die übrigens später völlig reibungslos und dem Plan entsprechend durchgeführt wurde, sollte ein allgemeines Aufgebot sein. Jedes Bauernhaus mußte einen Mann stellen. Schon im Verlauf der Mobilisierung begannen die Bauern ihre Hauptleute und ihre Abgeordneten für die politische Vertretung der Bauernarmee – die Bauernausschüsse – zu wählen.

Zu gleicher Zeit arbeitete der Generalstab das politische Programm der Bewegung aus. Das Programm war kurz: Seine Hauptforderung war Beendigung der bayerischen Pfandschaft, Rückkehr des Landes zu Österreich. Die bayerische Verwaltung wurde auch in diesem Programm ausdrücklich als „Fremdherrschaft" bezeichnet und das „heilige Recht" der Aufständischen festgestellt, sich gegen diesen „widernatürlichen Zustand" zu erheben. Die Aufständischen, hieß es weiter, verpflichteten sich, das Land dem Kaiser wiederzugeben und die alte Verwaltung mit dem Landeshauptmann an der Spitze wiederherzustellen. Diese Verwaltung würde dann die Glaubensfreiheit, über die man sich mit dem Kaiser, nicht aber mit den Fremden einigen könne, garantieren. Im Notfalle, hieß es schließlich, seien die Bauern und die Bürger bereit, die Pfandsumme an Bayern selbst aufzubringen, obwohl Bayern bereits Millionen aus dem Land herausgesogen hätte.

Der militärische Teil des Programms war ebenfalls sehr einfach. Er lautete: Die bayerischen Soldaten müssen geschlagen, die bayerischen Beamten verjagt, ein Versuch der Wiedereroberung durch Bayern bewaffnet vereitelt werden.

Der Aufstand begann sechs Wochen vor dem angesetzten Zeitpunkt – am 17. Mai. Eine schwere Schlägerei mit bayerischen Soldaten führte zu einer lokalen Erhebung – daraufhin erklärte der Generalstab das allgemeine Aufgebot. Die Organisation des Aufstandes war so ausgezeichnet, daß wenige Tages später ganz Oberösterreich sich in Waffen [193:] erhob. Schon am nächsten Tage fiel Rohrbach, vierzehn Tage später folgten Steyr und Wels, inzwischen hatten die Bauern alle wichtigen, von den Bayern gehaltenen Festungen und Schlösser gestürmt, darunter das Schloß Herbersdorfs. Dem Statthalter selbst gelang es, zu fliehen. Mitte Juni waren 60.000 Mann unter Waffen. Dazu kamen Reiterdetachements, die von Bürgern, lokalen Beamten und vereinzelten Adeligen gebildet wurden. Zu gleicher Zeit begann die Belagerung der einzigen großen Stadt, die noch in bayrischem Besitz war – der befestigten Hauptstadt Linz. Von da ab war das größte Bauernlager – insgesamt gab es sieben – vor Linz. Dort tagte ab Juli das große Bauernparlament, die gewählten Bauernausschüsse, von dort adressierten Generalstab und Parlament ihre Manifeste an das Land, die die Unterschrift „gegeben im christlichen Feldlager vor Linz“ trugen. Dort wurde auch eine Institution geschaffen, die es außer im Heer Fadingers nur in der Armee Cromwells und später in der Armee der französischen Revolution gab, die sogenannten „Kriegsräte“, die neben Offizieren und Chargen den Abteilungen angehörten, und dort die politische Aufklärung und Erziehung der Kämpfenden durchführten.

Schon die ersten Handlungen und Verordnungen des „Generalstabs“ zeigten den außerordentlich demokratischen Charakter des Aufstandes und seinen vorwiegend nationalen Inhalt. Typisch ist folgendes Ereignis: Holzmüller und Madlseder hatten recht gehabt, als sie vor einer Zusammenarbeit mit dem Adel warnten. Der protestantische Adel in den Ständen fiel schon nach kurzer Zeit um und wandte sich gegen die Bauern. Um seine Haltung zu rechtfertigen, konstruierte er das, was man heute „bolschewistisches Schreckgespenst“ nennen würde, und dessen damaliges Gegenstück das „schweizerische Schreckgespenst“ war. Er erklärte, der Aufstand sei nicht für Freiheit und Religion, „sondern für eingebildete Demokratia, gegen Eigentum und Obrigkeit“ und beschuldigte die Bauern, eine Republik nach Schweizer Muster einrichten und Adel und Besitz ausrotten zu wollen. Die Anspielung auf eine Verbindung mit der Schweiz war deshalb eine besondere Unverschämtheit, weil der protestantische Adel kurz vorher in aller Seelenruhe mit Dänemark konspiriert hatte, dabei aber so ungeschickt vorgegangen war, daß die Bayern die Korrespondenz zwischen ihm und den Dänen aufgefangen hatten und die patriotische Bauernbewegung sich – abgesehen von allen anderen Erwägungen – von ihm schon deshalb abgrenzen mußte, um sich nicht mit dem Verdacht der Zusammenarbeit mit einer feindlichen Macht zu belasten. Die Beschuldigungen wurden von Fadinger sehr scharf zurückgewiesen. Er erklärte, daß die Bauern auf den von ihnen besetzten Schlössern nicht die Grundbücher verbrannt oder zerrissen hatten, obwohl Provokateure versucht hätten, sie dazu zu bewegen. Er betonte, daß die Bauern nicht die Absicht hatten, die Besitzverhältnisse anzutasten und wies darauf hin, daß Plünderung von der Bauernführung bei Todesstrafe verboten worden sei. Tat-[194:]sächlich hatten die Bauern Plünderer, die es in den ersten Tagen gab, standrechtlich hingerichtet. In einer anderen Erklärung umriß Fadinger noch klarer das Ziel der Bewegung: „Wir wollen Geflüchtete zurückbringen und das Vaterland befreien, nicht. aber einzelne Einwohner verfolgen.“

Die Disziplin und die Toleranz der Bauernarmee waren erstaunlich. Gewalttaten kamen fast nicht vor. Obwohl die Bewegung stark antikatholisch war, wurden nur sehr wenige katholische Beamte, Pfarrer und Adelige erschlagen. Die meisten gefangenen Pfarrer wurden nach kurzer Zeit freigesetzt, sehr viele durften unter ihren Gemeinden weiterarbeiten. Daß es Fadinger und seinen Leuten mit der religiösen Toleranz ernst war, zeigt eine kleine Episode in Wels. Dort schickten die Bauern den gefangenen Katholiken – vor allem bayrischen Beamten – protestantische Prediger, um sie zu bekehren. Fadinger, der davon erfuhr, verbot das sofort mit der Begründung, man dürfe, wenn man gegen die Zwangsbekehrung von Protestanten kämpfe, nicht bei den Katholiken Zwangsbekehrung betreiben – und schickte den Gefangenen ihre eigenen Prediger.

Sehr wenige Schlösser und Häuser von Katholiken wurden mutwillig zerstört. Auch darin zeigt sich sehr stark der Unterschied zu 1526. Die Bauern betonten immer wieder, daß es sich um den Besitz *ihres* Landes handle, und daß sie sich durch eine Zerstörung ins eigene Fleisch schneiden würden. Diese Schonung und diese Toleranz wurden allerdings nicht gegen die Bayern, vor allem nicht gegen die verhaßten bayrischen Soldaten, die „Bluthunde des Statthalters" geübt. Viele bayrische Soldaten wurden von den Bauern, die sie gefangennahmen, erschlagen.

Der Generalstab unterstrich immer wieder den rein österreichischen Charakter der Bewegung. Das ging soweit, daß bayrische Überläufer aus der Armee und aus Bayern selbst, die sich der Bauernarmee anschließen wollten, nicht aufgenommen, sondern nach Bayern zurückgeschickt wurden. Dagegen wurden Detachements von Freiwilligen aus Böhmen, die massenweise nach Oberösterreich strömten – aus der Prager Gegend allein zogen 6000 Bauern nach Oberösterreich, wurden aber unterwegs versprengt – in die Armee eingegliedert. Auch hier betonten die Bauern allerdings, daß sie auf adelige Unterstützung wenig Wert legten, und lehnten das Angebot mehrerer böhmischer Adeliger, wichtige Kommandostellen in der Bauernarmee anzunehmen, höflich, aber entschieden ab. Daß sich diese Haltung nicht auf die Tschechen schlechthin, sondern nur auf den Adel bezog, zeigte sich wenige Monate später. Als Fadinger vor Linz fiel, war es ein tschechischer Bauernsohn und Student, Casparus, der an Stelle Fadingers die Führung der Bauernarmee übernahm. Fadinger selbst hatte ihn auf seinem Sterbebett den Bauern als seinen Nachfolger empfohlen.

Die antibayrische Haltung der Bauern endete an der bayrisch-österreichischen Grenze. Fadinger und Zeller erklärten immer wieder, daß [195:] sie zwar ihr eigenes Land von den Bayern, befreien wollten, aber nicht die Absicht hätten, bayrisches Territorium an sich zu reißen. Infolgedessen wurde jede Grenzverletzung Bayerns peinlich genau vermieden. Die an den Grenzen stationierten Detachements unterhielten gute und freundschaftliche Beziehungen zu den bayrischen Grenzbewohnern. Bayrische Bauern und Kaufleute, die gezwungen waren, in Ausübung ihres Berufes die Grenze oft zu überschreiten, erhielten sogar Grenzscheine, die sie berechtigten, sich frei in einer Zone von mehreren Meilen jenseits der Grenze zu bewegen. Mitten im Krieg kaufte Fadingers Armee sogar eine größere Menge Getreide von Bayern.

Die Bauern taten alles, was in ihrer Macht stand, um Handel und Verkehr im Lande nicht lahmzulegen. Fadinger erließ Schutzbriefe für die Eisenhändler und befreite sie von Zolleistungen, obwohl die Erhebung von Zöllen und von Steuern die einzige Einnahmsquelle der Bauernarmee war. Auch sonst wurden Kaufleute ermutigt, in ihrer Arbeit fortzufahren, sie erhielten Schutzbriefe und der Durchgang durch die Kampflinien wurde ihnen nach Möglichkeit erleichtert. Die einzige allgemeine Kontrollmaßnahme, die mit großer Strenge durchgeführt wurde, war eine scharfe Briefzensur. Es gelang den Bauern auf diese Weise, einen beträchtlichen Teil der Korrespondenz zwischen Herbersdorf und Maximilian aufzufangen.

Alle Maßnahmen der wirtschaftlichen und politischen Toleranz wurden sehr demonstrativ durchgeführt – den Bauern lag daran, zu zeigen, daß es ihnen um die „Befreiung des Vaterlandes" und um nichts anderes ging. Besonders stark drückte sich das in ihrem Verhalten gegenüber dem Kaiser und seinem Besitz in Oberösterreich aus. Die Bauern betonten immer wieder, daß sie praktisch Verbündete des Kaisers seien, daß sie nichts anderes beabsichtigten, als seine Herrschaft über Oberösterreich wiederherzustellen. Als Beweis dafür behandelten sie den kaiserlichen Besitz mit einem Maß von Rücksicht, das für damalige Kriegsverhältnisse etwas völlig Neues war. Gruben und Salzbergwerke, die dem Kaiser gehörten, wurden vom ersten Tag an von jeder Steuer befreit. Die Kommandanten erhielten besondere Anweisungen, darauf zu achten, daß jede Zerstörung von kaiserlichem Besitz infolge von Kriegshandlungen verhindert werden müßte. Das ging so weit, daß in Ischl, Laufen und Hallstatt auf den Anschluß der Bewohner an die Bauernarmee verzichtet wurde, weil die Salzbeamten erklärten, dem Kaiser würden durch die Mobilisierung der Salzarbeiter Verluste entstehen. Tatsächlich sank die Salzproduktion in der Zeit, in der die Bauern die Salzgebiete kontrollierten, nur ganz wenig.

Was aber tat der Kaiser? Ferdinand war in einer schwierigen Situation. Stellte er sich auf die Seite der Bauern, setzte er damit das bayrische Bündnis aufs Spiel. Stellte er sich gegen sie, riskierte er den

endgültigen Verlust Oberösterreichs, weil er damit alle Möglichkeiten aus der Hand gab, einen Druck auf Bayern auszuüben. Außerdem setzte er [196:] sich damit in Gegensatz zur öffentlichen Meinung im Lande, die für die Bauern war – es gab sogar eine starke Hofpartei, die für volle Unterstützung der Bauern eintrat. Daß die Bauern die Befreiung Oberösterreichs gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Gegenreformation, deren Vertreter der Kaiser war, verbanden, machte die Sache auch nicht gerade einfacher. Ferdinand versuchte Zeit zu gewinnen. Er schlug Verhandlungen zwischen Vertretern der Bauern und jenen Bayerns unter Vorsitz einer kaiserlichen Schiedskommission vor.

Die Verhandlungen begannen Ende Juli, wobei der Kaiser den Bauern, um eine Verhandlungsbasis zu schaffen, die Einstellung der Gegenreformation für die Dauer der Pfandschaft garantierte. Bayern, das damit vor ein fait accompli gestellt wurde, konnte nichts anderes tun, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen – allerdings war Herbersdorf mit diesem Versprechen voll einverstanden. Trotz diesem Zugeständnis blieben die Forderungen der Bauern die gleichen: Aufhebung der Pfandschaft, wenn nicht sofort, dann zu einer genau festgelegten Frist, Aufhebung der Besatzung, die ohne Waffen aus dem Lande abziehen mußte, Zurückziehung aller bayrischen Kommissare, religiöse Freiheit Rückgabe der protestantischen Kirchen und Schulen. Die zentrale Frage war nach wie vor die Wiederangliederung an Österreich.

Die Verhandlungen wurden unterbrochen, wieder aufgenommen, stockten, zogen sich endlos fast ohne Ergebnis fort. In dieser ganzen Zeit dauerte die Belagerung von Linz an, weil die Bauern sich mit gutem Grunde weigerten, einen Waffenstillstand abzuschließen. Sie wußten, daß Bayern die Atempause benützen würde, um Verstärkungen heranzubringen und daß ihre Position nur als Herrscher über den größten Teil des Landes und Belagerer von Linz wirklich stark war. Die Verhandlungen wurden zwar auf Seite der Bauern von einer kleinen Delegation geführt, diese Delegation war aber verpflichtet, die Bauernausschüsse, die immer mehr die Rolle eines revolutionären Parlaments übernahmen, auf dem Laufenden zu halten und zu befragen. Ohne ihre Zustimmung durfte sie keine Vereinbarungen abschließen. (Neben dieser Kontrolle und der Behandlung allgemein politischer Fragen, übten die Bauernausschüsse auch die Funktion der obersten Gerichtsinstanz aus.)

Am 5. Juli erlitt die Bauernarmee einen schweren, unersetzlichen Verlust. Fadinger wurde vor den Wällen von Linz von einer verirrten Kugel getroffen und starb einige Tage später. Der Tod Fadingers bedeutete einen verhängnisvollen Wendepunkt im Bauernkrieg. Seine erste Folge war, daß im Lager der Bauern selbst, um die Frage der Nachfolge Kämpfe ausbrachen. Einige Wochen lang löste ein Oberhauptmann – der Titel, den die Bauern ihrem obersten Befehlshaber gaben – den anderen ab, bis schließlich nach schweren inneren Kämpfen der von Fadinger nominierte Casparus gewählt wurde. Aber die Kämpfe waren in die Reihen der Bauernausschüsse getragen worden und hatten dort Uneinigkeit und Spaltung hervorgerufen.

[197:] Für die Spaltung in den Ausschüssen gab es allerdings auch tiefere Gründe. Der wirkliche Kampf ging um die Frage: „Soll man auf der Erfüllung aller Forderungen bestehen oder sich mit Teilergebnissen zufriedengeben?“ und um die damit verbundene Frage: „Fortführung der Kämpfe oder Waffenstillstand?“ Es waren gerade die bürgerlichen Elemente, insbesondere Madlseder, die auf einen Vergleich drängten. Sie beriefen sich dabei auf eine Zusicherung, die ihnen im Vertrauen von den Abgesandten Ferdinands gegeben worden war, nach der die Aufhebung der Pfandschaft bereits beschlossen und auf das Jahr 1628 festgelegt worden sei – allerdings wüßten die Bayern nichts von diesem Beschluß. Madlseders Vorschlag war, auf diese Zusage gestützt einen Friedensvertrag abzuschließen, der den Bauern die Möglichkeit gab, sich mit ihren Waffen und ohne Verluste zurückzuziehen, und in dem sich Herbersdorf verpflichten würde, die ärgsten Mißstände – Garnisonierung, Einschränkung der lokalen Selbstverwaltung usw. – aufzuheben. Als Gegenleistung waren sie allerdings bereit, im Prinzip ihren Widerstand gegen die Katholisierung aufzugeben und nur eine Milderung der Bedingungen zu fordern.

Madlseder und Holzmüller sind wegen dieser Konzession in späteren Darstellungen der Kämpfe in Oberösterreich, als Verräter bezeichnet worden. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Man darf nicht vergessen, daß gerade für die bürgerlichen Schichten in der Bewegung die Frage der Religion nur eine

zweitrangige Forderung war, daß nicht die Gegenreformation selbst, sondern die Art in der sie durchgeführt wurde, den unmittelbaren Anlaß zum Aufstand gegeben hatte, und daß an erster Stelle, sowohl für sie als auch für Fadinger, die Aufhebung der Fremdherrschaft stand. (Es ist eine andere Frage, ob eine kämpfende Bewegung sich mit einer bloßen Zusage des Kaisers über die kommende Aufhebung der bayrischen Pfandschaft zufrieden geben durfte. Aber es zeigte sich später, daß der Termin der wirklichen Aufhebung mit dem, den der Kaiser angegeben hatte, ungefähr übereinstimmte, so daß man annehmen kann, daß Madlseder guten Grund hatte, die Zusicherung ernst zu nehmen.) 1626 zeigte sich wiederum, daß das Bürgertum, und gerade seine besonders fortgeschrittenen Schichten, am Protestantismus weit weniger interessiert waren als der Adel, für den dessen Erhaltung identisch war mit der Erhaltung seiner eigenen Selbständigkeit, und als gewisse Teile der Bauern, die ihn als Element ihrer eigenen lokalen Freiheit und Selbstverwaltung betrachteten. Gerade die Bürger der Industriestädte waren durchaus bereit, sich die Religion durch Adelstitel, Grundbesitz und wirtschaftliche Konzessionen abkaufen zu lassen, gerade sie spürten, daß der politisch und religiös zentralisierte Staat der Staat war, der ihren Interessen entsprach.

Eine andere Frage allerdings ist: Warum war es überhaupt notwendig, auf dem Höhepunkt des Aufstandes, als fast das ganze Land in der Hand der Bauern war, nach einem Kompromiß zu suchen und [198:] sich mit dem Friedensschluß zu beeilen? Auch hier gab es zwischen Madlseder, Holzmüller und einer zu ihnen tendierenden Richtung in den Ausschüssen einerseits und dem übrigen Teil der Ausschüsse (zusammen mit den wenigen Adeligen, die der Bewegung angehörten) andererseits, Differenzen in der Einschätzung der Situation. Die Richtung, die Madlseder vertrat, war der Meinung, daß die Situation trotz der augenblicklichen militärischen Übermacht der Bauern auf die Dauer unhaltbar sei. Ihrer Ansicht nach profitierten die Bauern im Augenblick erstens von der militärischen Situation, die es Bayern nicht erlaubte, größere Truppenteile aus Deutschland abzuziehen und nach Österreich zu werfen, zweitens aber von den Differenzen zwischen Ferdinand und Maximilian von Bayern, die Ferdinand dazu veranlaßten, sich passiv zu verhalten. Beides konnte nicht ewig weitergehen. An einem bestimmten Punkt *mußte* Bayern Truppen abziehen und nach Oberösterreich werfen. An einem bestimmten Punkt würden sich Ferdinand und Maximilian wenigstens provisorisch über das Schicksal Oberösterreichs einigen – eventuell im Zusammenhang mit ganz anderen politischen Vereinbarungen. In diesem Augenblick konnte man fast mit Sicherheit damit rechnen, daß Ferdinand, dem eine „von unten“ entstandene Bewegung auch dann zutiefst unsympathisch war, wenn ihre politischen Ziele mit den seinigen teilweise übereinstimmten, und der sie außerdem vom Augenblick einer Einigung mit Bayern an als politische Belastung empfinden mußte, ebenfalls darangehen würde, den Aufstand zu liquidieren. Auf die Dauer aber konnte auch eine gutorganisierte Bauernarmee der vereinigten kaiserlichen und bayrischen Infanterie und vor allem deren Artillerie nicht widerstehen. Madlseders Politik war also: abschließen, solange noch Zeit war, und herausholen, was sich unter diesen Umständen herausholen ließ. Gegen diese sehr realistische Einschätzung wehrte sich ein Teil der Ausschüsse, der der Meinung war, man könne den Krieg mindestens noch monatelang fortsetzen, wehrte sich vor allem jener Teil des Adels, der der Bauernarmee angehörte. Obwohl die Zahl dieser Männer sehr klein war, erlangten ihre Argumente nach dem Tode des ebenfalls die realistische Richtung vertretenden Fadinger und in der Verwirrung, die den Kämpfen um die Führung der Armee folgten, mehr Gewicht als vorher.

Das Resultat war ein Kompromiß. Man schloß zwar keinen endgültigen Frieden ab, erklärte aber einen Waffenstillstand, der die Bauernarmee in voller Stärke mobilisiert ließ, und begann ernsthaft mit den Friedensverhandlungen. Und nun trat gerade jene Entwicklung ein, vor der zuerst Fadinger und dann Madlseder gewarnt hatten und die die direkte Konsequenz eines zu langen Feldzugs sein mußte: Die Entwicklung, die in jener Zeit nach einer Weile die Kampfkraft jeder Bauernarmee untergrub. Leise zuerst, fast unmerklich, dann immer stärker, begann die Armee abzubröckeln. Man muß sich vorstellen, *wer* die Soldaten dieser Armee waren. Es waren die Väter oder die Söhne, manch-[199:]mal die Väter und die Söhne, fast jeder Bauernfamilie des Landes. Das bedeutete, daß im ganzen Land nur Frauen, Kinder und alte Leute übrig geblieben waren, um die Ernte einzubringen, das bedeutete, daß Teil der Ernte nicht eingebracht werden konnte. Das bedeutete unter den damaligen

Verhältnissen Hungersnot für Hunderttausende im bevorstehenden Winter und Frühling, den Tod Tausender durch Hunger und Epidemien – eine Katastrophe für das ganze Land. Der Bauer, der bei der Armee blieb, unterschrieb damit unter Umständen das Todesurteil für seine Familie. Es ist verständlich, daß auch in dieser revolutionären Bewegung, in dieser Elitearmee eines kämpfenden Landes, nicht alle die moralische Kraft hatten, diesen Schritt zu tun.

Und nun kommt ein Eingreifen Ferdinands, das trotz allen staatspolitischen Erwägungen, die für eine Beschleunigung des Friedensabschlusses sprechen mochten, unverzeihlich ist, das einen Verrat an denselben Bauern bedeutet, die die schwersten Opfer brachten, um nicht das Eigentum des Kaisers zu gefährden. Ferdinand verlangte plötzlich – sei es, weil zwischen Wien und München ein wenigstens vorläufiges Übereinkommen in der oberösterreichischen Frage gefunden worden war, sei es, weil er gezwungen war, dem Druck Bayerns nachzugeben, das im Falle einer Fortführung des oberösterreichischen Aufstandes mit der Einstellung der Waffenhilfe drohte – sofortigen Abschluß der Verhandlungen. Als die Bauern nicht bereit waren, seine Weisung zu erfüllen, griff er zu Repressalien. Er schickte nicht direkt Truppen gegen die Aufständischen, aber er machte das, was unter den damaligen Verhältnissen nicht weniger arg war – er quartierte eine starke Landsknechtsarmee in Oberösterreich ein. Diese Armee wurde zwar nicht als Expeditionskorps, sondern als „freundliche Streitkräfte“ geschickt, aber 1626 war eine solche Einquartierung nicht viel besser als ein Krieg – es gab Länder, die der Einquartierung ungezügelter Landsknechte den Krieg vorzogen. Solche Maßnahmen wurden ganz bewußt als Einschüchterung betrachtet – Wallenstein hat sich später oft bei unfreundlichen Neutralen und bei zu neutralen Freunden dieser Methode bedient.

Die Soldaten benahmen sich schlimmer als eine Besatzungsarmee, sie raubten, plünderten, trieben Bauernfamilien, deren Männer weit in den Feldlagern der Bauernarmee waren, von Hof und Haus. Ein Lied aus jener Zeit beschreibt die Leiden der Bauern: „Die Rosse samt den Rindern, Kälber, Schaf, Lämmer und Hühner – Widder, Kapauner, Gans und Enten – tun sie uns alles verschwenden. – Lassen uns nichts wie Kinder – dazu der unsren keiner – nit Vater ist einer ...“

Unter diesen Umständen wurden die Bauern gezwungen, sehr rasch einen Friedensvertrag zu unterschreiben. Die Bestimmungen dieses Vertrages waren weit schlechter als die, die man vorher hätte erreichen können, trotzdem stellten auch sie einen Fortschritt gegenüber den Verhältnissen des Frühjahrs dar. Die Durchführung der Gegenreformation wurde bis zum Jahre 1628 verschoben, Bayern erklärte sich – unter dem [200:] Druck von Wien – bereit, einige der kleineren Übergriffe, wie Zwangseinquartierung, Eingriffe in die lokale Selbstverwaltung usw., abzustellen. Für die Gesamtheit der Bauern wurde eine Generalamnestie erklärt und die Gefangenen, die sich in der Hand der Bayern befanden, wurden entlassen, dafür mußten die Bauern ihrerseits die bayrischen Gefangenen freisetzen. Einige der gefangenen Kommandanten allerdings blieben in Haft und sollten an einem noch zu bestimmenden späteren Termin vor Gericht gestellt werden. Außerdem sollten die Bauern noch zehn ihrer Führer zur Aburteilung ausliefern, allerdings nicht an Herbersdorf, sondern an den Kaiser. Inoffiziell wurde ihnen allerdings zu verstehen gegeben, daß man in Wien keine Vergeltungsmaßnahmen durchführen würde, wenn die Führer „nicht zu ergreifen“ wären, vorausgesetzt, daß sie Ruhe hielten. Über die Frage der Rückangliederung an Österreich wurde offiziell aus leicht begreiflichen Gründen nicht gesprochen – doch wurde hier wieder inoffiziell die Zusage Ferdinands über den Termin der Rückangliederung wiederholt.

Der Krieg schien zu Ende. Die Bauernarmee wurde demobilisiert, die kaiserlichen Einquartierungsdetachements traten den Heimweg an. Und nun plötzlich geschah etwas, das einen niederträchtigen Bruch aller Vereinbarungen darstellte. Schon mitten im Frieden fiel die rächende Faust Bayerns blutig auf die Bauern herab.

Es scheint, daß Maximilian von Bayern von Beginn an nicht mit den verhältnismäßig milden Bedingungen seines Beauftragten Herbersdorf einverstanden war, sich aber zunächst nicht in der Lage sah, einzugreifen. Eine andere Möglichkeit ist, daß es Bayern plötzlich zum Bewußtsein kam, daß die Bauern trotz allem einen Sieg errungen hatten, daß dieser Sieg die patriotische österreichische Richtung im Lande so gestärkt hatte, daß das Land für Bayern auf die Dauer unhaltbar geworden war und

daß Bayern deshalb beschloß, die Bewegung, die es mit normalen Mitteln nicht unterdrücken konnte, physisch auszurotten. Vielleicht war auch dies nicht der einzige Grund, vielleicht gaben Wut und Rachedurst den Ausschlag, die ihre Träger die Länder, die sie verloren hatten, wenigstens vor dem Abzug in Trümmer legen ließen. Wie es auch sein mag – Ende August fielen plötzlich, ohne jede Ankündigung und ohne Wien auch nur zu informieren, starke bayrische Truppen unter dem Kommando Pappenheims in Oberösterreich ein und begannen systematisch die Einwohner auszurotten.

Ferdinand protestierte entsetzt – aber sein Protest wurde nicht einmal beachtet. Die Erbitterung gegen den bayrischen Verrat war im übrigen Österreich außerordentlich stark, aber all das konnte die Bauern nicht retten. Ihre Armee war demobilisiert. Obwohl es ihnen gelang, sie in wenigen Wochen wieder aufzustellen, hatten sie kostbare Zeit verloren – Wochen, in denen es den bayrischen Truppen gelungen war, alle strategisch wichtigen Punkte zu besetzen. Obwohl der Kampf für die Bauern von vornherein verloren war, schlugen sie sich bis tief in den Winter hinein mit solcher Erbitterung, daß Maximilian be-[201:]fehlen mußte, seinen Truppen den Glauben auszutreiben, die Bauern seien unverwundbar. Pappenheim selbst schrieb: „Ich bin in etlichen Schlachten gewesen, habe aber niemals ein grausameres, hartnäckigeres, den Erfolg bestreitendes Fechten gesehen."

Aber das Ende war nicht aufzuhalten. Schritt um Schritt mußten die Bauern zurückweichen, eine Stadt nach der anderen fiel an die Bayern. Fast alle Führer der Armee fielen in der Schlacht, als letzter wurde Casparus vor Vöcklabruck getötet. Führerlos, schlecht ausgerüstet, zahlenmäßig unterlegen, wurden die Bauern schließlich entscheidend vor Gmunden und dann in zwei weiteren Nachgefechten vor Wolfsegg und Wels geschlagen. Im folgenden Frühling wurden 20 der überlebenden Führer in Linz hingerichtet.

Aber obwohl Tausende gefallen waren, obwohl die Truppen das Land fast in Ruinen gelegt hatten, war die Provinz für Bayern nicht zu halten. Mehr noch als vor dem Krieg, war das Gebiet für Bayern Feindesland. Nur eine ständige riesige Besatzungsarmee hätte es halten können, nur Detachements der besten und geschultesten Soldaten in jedem Dorf, in jedem Bauernhof, konnten ein Neuaufflammen des Krieges verhindern. Diese Detachements hatte Bayern nicht – oder wenn es sie hatte, konnte es sie nicht auf Jahre hinaus immobilisieren. So siegten trotz Verrat, trotz Verwüstung, Foltern und Tod, die Bauern dennoch über ihre Gegner. Im Frühjahr 1628 wurde das Land an Österreich zurückgegeben.

Ende des ersten Bandes.

[203:]

Anhang

[205:]

Zeittafel

2. JAHRHUNDERT V. U. Z.:

Beginn der römischen Durchdringung Österreichs.

1. JAHRHUNDERT V. U. Z.:

Vindobona (Wien) wird römische Garnisonstadt.

5. JAHRHUNDERT:

Die Hunnen beherrschen die Donaugebiete. Ende von „Austria Romana“.

6. UND 7. JAHRHUNDERT:

Germanische und awarische Stämme siedeln sich in Österreich an. Mitte des 7. Jahrhunderts gehört Österreich vorübergehend dem slawischen Reich Samos an.

8. JAHRHUNDERT:

Teile des heutigen Österreich werden als „Awarische Mark“ der feudalen Gebietskombination Karls des Großen angegliedert.

10. JAHRHUNDERT:

Magyarische Invasion. Otto I. schlägt die Magyaren auf dem Lechfeld. Gründung der „Bajuwarischen Ostmark“. Babenbergerdynastie tritt die Herrschaft an. Entstehung der ersten, lateinischen Version des Nibelungenlieds. Der Name „Ostarrichi“ – Österreich – entsteht.

12. JAHRHUNDERT:

Österreich wird Herzogtum. Privilegium minus. Beginn der Blütezeit des österreichischen Feudalismus. Entwicklung des österreichischen Handwerks. Entstehung eines städtischen Bürgertums.

13. JAHRHUNDERT:

Tod des letzten Babenbergers, 1246. Ottokar von Böhmen wird Herrscher Österreichs, 1253. Beginn der Habsburgerherrschaft über Österreich, 1276.

[206:]

14. JAHRHUNDERT:

Erwerbung Kärntens, Krains, Trients, Vorarlbergs und Tirols. Beginn der Kämpfe der Fürstenparteien um Zentralgewalt. Gründung der Wiener Universität. Schweiz befreit sich von Habsburgerherrschaft.

15. JAHRHUNDERT:

Hussitenkriege. Höhepunkt der Fürstenkämpfe. Beginn der spanisch-österreichischen Allianz durch österreichisch-spanische Wechselheirat, 1496.

16. JAHRHUNDERT:

Entstehung einer österreichischen Zentralgewalt unter Maximilian I., 1493-1519. Österreichische Generalstände, 1518. Bauernkrieg, 1525-1526. Schlacht bei Mohacs: Ungarn und Böhmen schließen sich Österreich an, 1526. Erste Türkenbelagerung Wiens, 1529. Beginn der Reformation. Beginn der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Krone und adeliger Fronde in der Form der Reformation. Beginn des böhmisch-österreichischen Konflikts. Herrschaft Ferdinands I., 1525-1564, Maximilians II., 1564-1576, Rudolfs II., 1576-1608.

17. JAHRHUNDERT:

Höhepunkt des Kampfes zwischen Krone und selbständigem Feudaladel, vorübergehend in der Form des „Bruderzwistes im Hause Habsburg“. Gegenreformation. Beginn des Bündnisses zwischen österreichischem protestantischem Adel, Böhmen und deutschen protestantischen Fürsten auf der einen, Krone und deutschen katholischen Fürsten auf der anderen Seite. Herrschaft Matthias’, 1608-1619, Prager Fenstersturz, Beginn des Dreißigjährigen Krieges, 1618-1648. Herrschaft Ferdinands II., 1619-1637. Herrschaft Ferdinands III., 1637-1657. Westfälischer Friede, 1648. Bauernaufstand für Wiedervereinigung Oberösterreichs mit Österreich unter Führung Fadingers, 1626.

[207:]

Namenverzeichnis[1]

Abraham a Sancta Clara 122
Adrian IV. (Papst) 26
Albert v. Hohenzollern 128
Albrecht IV. (Habsbg.) 51, 52
Albrecht V. (Habsbg.) 50, 51
Artus, König 20
Attila 14, 17

Bacon (Phil.) 54
Bayard, Chevalier de 66
Behaim (Kaufherr) 70
Béthlén v. Siebenbgn. (Fürst) 153, 168
Boissonade (Rist.) 21
Boorde, Andrew (Arzt) 93
Brouckère, de la 92
Buquoy (Feldherr) 153
Burghardt, Markgraf 35

Campano (Päpstl. Legat) 56
Casparus (Bauernführer) 194, 196, 201
Cervantes 54, 74
Christian v. Braunschweig (Hzg.) 155, 163, 168, 176
Christian IV. v. Dänemark (Kg.) 155, 165, 167, 192
Cilli, Graf 51
Columbus 54
Comenius 54, 161
Copernikus 54
Corvinus, Johannes 51
Corvinus, Matthias (Kg.) 51, 52, 85
Cromwell 163, 185, 186, 193

Dampierre (Feldherr) 153, 154
Dietrich v. Aist (Minnesänger) 35
Dietrichstein 77, 100, 103
Doria (Admiral) 93
Dürer 54, 83

Elisabeth (Engl. Kgn.) 79
Engels, F. (Bist.) 104, 106, 107
Eugen v. Savoyen 2, 55
Engen VI. (Papst) 50

Fadinger (Bauernführer) 67, 68, 97, 185, 186, 191, 193, 194, 196, 197
Ferdinand I. (Habsbg.) 59, 79, 88, 91, 95-97, 100, 125, 128, 132, 133, 138, 140
Ferdinand II. (Habsbg.) 67, 124, 125, 126, 132, 149-154, 156, 159, 163, 165, 166, 167, 169-173, 175, 177-179, 186, 187, 189, 190, 195, 196, 198-200
Ferdinand III. (Habsbg.) 176, 179, 180, 184
Ferdinand v. Steiermark (Hzg.) 139, 144, 147, 151
Firmian (Kaufherr) 79
Friedrich I. (Staufer) 37, 38
Friedrich II. (Babenbg.) 38
Friedrich III. (Habsbg.) 50-52, 79, 84
Friedrich v. d. Pfalz 150, 154-159, 163-165, 170, 177
Fugger (Kaufherren) 70, 72, 79, 82, 83, 102
Fuxmayer (Kaufherr) 79

Gaißmeyer (Bauernführer) 104-108
Galilei 54
Gibbon (Hist.) 3
Grillparzer 125
Grünewald (Maler) 54
Gustav Adolf v. Schweden (Kg.) 155, 163, 164, 168, 169, 171-175

Heinrich v. Ofterdingen (Minnesänger) 35
Heinrich d. Löwe 37
Heinrich d. Stolze 37
Heinrich v. d. Türlin (Minnesänger) 35
[208:]
Heinrich II. Jasomirgott 33, 36-38
Heinrich II. v. Frankr. 128
Heinrich IV. v. Frankr. 148
Heinrich VII. (Staufer) 38
Heinrich VIII. (Engl. Kg.) 117, 118
Helbing, Seifried (Schriftsteller) 69
Herbersdorf, Graf 187, 188, 190, 193, 195, 200
Herberstein, Sigmund Frhr. v. 95, 113
Holzmüller (Bauernführer) 192, 193, 197, 198

Ignatius v. Loyola 119

Johann Friedrich v. Sachsen (Hzg.) 128
Johann Georg v. Saclisen (Hzg.) 174
Johann Sigmund v. Siebenbürgen 135, 136
Josef II. 55, 88, 123
Juan d'Austria, Don (Admiral) 93, 136
Jurrisic 95

Karl d. Große 21, 28, 29
Karl IV. 49
Karl V. (Habsbg.) 66, 91, 93, 96, 118, 126-129, 132

[1] Seitenzahlen entsprechen der Buchausgabe. *KWF*

Kaltenhauer (Kaufherr) 79
Killian v. Drachenfels 74
Kinsky, Graf 177, 178
Kiesl, Melchior 152, 153
Kürenberger (Minnesänger) 35

Ladislaus Posthumus 51
Ladislaus IV. v. Ungarn 40
Lang, Erzbischof 98, 99
Laon, Bischof v. 17
Leibnitz (Phil.) 155
Lendner (Kaufherr) 79
Leonardo da Vinci 54
Leopold d. Schöne (Babenbg.) 31
Leopold I. (Babenbg.) 23
Leopold III. (Babenbg.) 33
Leopold IV. (Babenbg.) 37
Leopold V. (Babenbg.) 30, 38
Leopold VI. (Babenbg.) 35, 36
Leopold I. (Habsbg.) 140
Lichtenecker, Hans v. 74
Ludwig II. (Jagellon. Kg.) 59
Ludwig XIV. (Franz. Kg.) 162
Luther 93, 115, 127, 128, 132

Macaulay (Hist.) 3
Macchiavelli 54
Madlseder (Bauernführer) 192, 193, 197, 198
Mansfeld, Ernst v. (Feldherr) 154, 156, 157, 163, 165, 168
Maria v. Burgund (Hzgn.) 84
Maria Theresia 55
Martinec 150, 160
Matthias (Habsbg.) 125, 138, 145-149, 151-153
Maximilian I. 52, 72, 79, 80, 82-86, 88-91, 127, 132
Maximilian II. (Habsbg.) 134-143
Maximilian v. Bayern (Hzg.) 177, 188, 191, 195
Mazarin 53
Mehring, Franz (Rist.) 118
Meinhard v. Tirol-Görz (Hzg.) 40, 41
Melanchthon 84, 122, 128
Method 28
More, Th. (Schriftsteller) 54

Nikolaus v. Verdun (Maler) 34

Ottokar II. 39, 40
Oxenstierna 155, 173

Pappenheim (Feldherr) 200, 201
Paracelsus (Arzt) 113
Paul III. (Papst) 128
Peter d. Große 53, 83
Philipp v. Hessen (Rzg.) 128
Podiebrad, Georg 51, 52, 59, 161
Pölgl (Waffenschmied) 80
Prassler (Bauernführer) 99
Prokop 141
Putzer (Kaufherr) 79

Raphael 54
Richelieu 53, 151, 163, 171, 174, 177
Roland 20
Rudolf I. (Habsbg.) 39, 40
Rudolf II. (Habshg.) 125, 132, 137, 138, 140-149, 151, 179
Rudolf IV. 35, 49
Runciman (Rist.) 3

Salm, Graf 95, 102, 103
Schmelzl, Wolfgang (Schriftsteller) 69
Selim Pascha 136
[209:]
Shakespeare 54, 171
Sickingen, Franz v. 57
Sigismund v. Luxemburg (Kaiser) 51
Sigismund v. Tirol (Hzg.) 52
Slawata 150, 160
Sokol, Johann v. 74
Spinoza (Phil.) 54
Suleiman 135-136
Swendy (Feldherr) 136

Taylor, A. J. P. (Hist.) 3
Thurn, Graf 150, 153-157, 163, 177
Tilly (Feldherr) 155, 166, 168, 175
Torstensson (Feldherr) 177, 185
Trčka, Graf 177, 178
Trevelyan (Rist.) 3

Ulrich v. Lichtenstein (Minnesänger)

Wallenstein 155, 160, 166-169, 171, 172, 174-178, 199
Walter v. d. Vogelweide (Minnesänger) 35
Weitmoser (Bauernführer) 99
Wenzel I. (Kg.) 39

Zapolya, Johann 59
Zeller (Bauernführer) 191
Zimmermann (Rist.) 64, 105
Žižka 141, 151
Zott (Kaufherr) 79
Zrinyi 136
Zyrill 28